

Inhalt

Editorial	831
Günther Anders: Über ein Wort Jesu	833
Volker Braun: Antikensaal	835

Luhmann-Kritik

Christian Sigrist Das gesellschaftliche Milieu der Luhmannschen Theorie	837
Klaus Zimmermann Die Abschaffung des Subjekts in den Schranken der Subjektphilosophie	855
Andreas Metzner Die ökologische Krise und die Differenz von System und Umwelt	871
Frank Beckenbach Die Wirtschaft der Systemtheorie	887

* * *

Cynthia Cockburn Perestrojka und Feminismus	905
Stuart Hall Rassismus als ideologischer Diskurs	913
Thomas Laugstien Die Gründung der »Hochschule für Wirtschaft und Politik« als postfaschistischer Kompromiß	923

Dokumentation

Zur gegenwärtigen Lage der DDR: Diskussionsmaterial der Sektion marxistisch-leninische Philosophie der Humboldt-Universität	928
--	-----

Kongreßberichte

Frauenkongreß 200 Jahre Französische Revolution; Frauenarbeit und Informatik; Europa 1992	931
--	-----

Besprechungen

Subjekt-Effekte; Marxismus und Religion; Erziehung und Gesellschaft; Frauen-Psychologie; Frühe Neuzeit und Aufklärung; »Republikaner«; Gewerkschaften; Galbraith	941
Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Jahresinhaltsverzeichnis	983

Besprechungen

Philosophie

<i>Frank, Manfred, Gérard Raulet und Willem von Reijen (Hrsg.): Die Frage nach dem Subjekt (M.Haupt)</i>	941
<i>Lévinas, Emmanuel: Totalität und Unendlichkeit. Versuch über die Exteriorität (M.Hinz)</i>	942
<i>Sommer, Manfred: Evidenz im Augenblick. Eine Phänomenologie der reinen Empfindung (W.Jung)</i>	944
<i>Sommer, Manfred: Identität im Übergang: Kant (Th.Heinrichs)</i>	945
<i>Horváth, Arpad: Sozialismus und Religion (B.Walpen)</i>	946
<i>Bensussan, Gérard: Questions juives (M.Morgenstern)</i>	947
<i>Blank, Renold J.: Der Aufstand des domestizierten Gottes (F.A.Meier)</i> ...	949

Erziehungswissenschaft

<i>Lenhart, Volker: Die Evolution erzieherischen Handelns (A.Schäfer)</i>	950
<i>Winkel, Rainer (Hrsg.): Pädagogische Epochen. Von der Antike bis zur Gegenwart (N.Franck)</i>	951
<i>Kanz, Heinrich: Einführung in die Erziehungsphilosophie. Ein inhaltlicher Entwurf (A.Schäfer)</i>	952
<i>Dudek, Peter: Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und Freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935 (H.Reinisch)</i>	954
<i>Karsten, Maria Eleonora, und Hans-Uwe Otto (Hrsg.): Die sozialpädagogische Ordnung der Familie. Beiträge zum Wandel familialer Lebensweisen und sozialpädagogischer Interventionen (K.A.Chassé)</i>	956
<i>Jantzen, Wolfgang: Allgemeine Behindertenpädagogik. Band 1: Sozialwissenschaftliche Grundlagen. Ein Lehrbuch (M.Kipp)</i>	958

Psychologie

<i>Bataille, Laurence: Der Nabel des Traums. Von einer Praxis der Psychoanalyse (C.Albert)</i>	959
<i>Seifert, Edith: »Was will das Weib?« Zu Begehren und Lust bei Freud und Lacan (C.Albert)</i>	959
<i>Vogt, Irmgard: Alkoholikerinnen (S.Häfliger)</i>	961
<i>Neuwirth, Barbara (Hrsg.): Frauen, die sich keine Kinder wünschen. Eine liebevolle Annäherung an die Kinderlosigkeit (K.Weingartz-Perschel)</i>	963

Geschichte

<i>Koenigsberger, Helmut G. (Hrsg.): Republiken und Republikanismus im Europa der frühen Neuzeit (H.Zückert)</i>	963
<i>Blickle, Peter: Gemeindereformation. Die Menschen des 16. Jahrhunderts auf dem Weg zum Heil (D.Fleischer)</i>	965
<i>Schulze, Winfried (Hrsg.): Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität (F.Konersmann)</i>	966
<i>Vierhaus, Rudolf (Hrsg.): Aufklärung als Prozeß (H.W.Blanke)</i>	967
<i>Bödeker, Hans Erich, und Ulrich Herrmann: Aufklärung als Politisierung — Politisierung der Aufklärung (D.Fleischer)</i>	968

(Fortsetzung Seite X)

Editorial

Heillos verspätet, dennoch schneller als erwartet, mit täglichem Crescendo, ist die DDR unter dem Ansturm demonstrierender Massen in Bewegung geraten. Die neue — sich fast täglich personell und institutionell weiter erneuernde — Führung hat das Ruder ruckartig herumgerissen. »Endlich, um Jahre zu spät, die Erkenntnis, daß wir von der Sowjetunion die Umgestaltung lernen werden und müssen«, erklärte die Akademie der Künste in der Hoffnung, »es möge uns auf deutschem Boden eine sozialistische Reform gelingen«.

Massenaktionen, beantwortet mit einer Politik der Verhandlung zwischen Regierenden und Regierten (»Dialog«), haben seither die Initiative. Die Regierenden versuchen, reformierend Schritt zu halten. Reform und Revolution verdichten sich in einem Moment, dessen Signatur Christa Wolf formuliert hat: »Unten und Oben wechseln ihre Plätze im Wertesystem. Und dieser Wechsel stellt den Sozialismus vom Kopf auf die Füße.«

Könnte die revolutionäre Umgestaltung der DDR zu einer sozialistischen Demokratie gelingen? Arbeitsproduktivität und Lebensstandard liegen unter dem Niveau der BRD. Die Ökonomie liefert die Schwächeren den übermächtigen Konkurrenten aus, wo man diesen keine Grenzen zieht. Aber wie? Die allseitige Entschiedenheit, daß etwas getan werden müsse, kontrastiert mit der Unklarheit, was getan werden kann. Noch sind die Fragen kaum heraus, geschweige die Antworten.

Diese Zeitschrift, die in linksakademischer Isolation die »Erneuerung marxistischer Theorie« zu ihren Aufgaben zählte, mußte durch die sowjetische Umgestaltung in Bewegung geraten. Der Versuch, diese zu denken und dadurch die Theorie umzugestalten, erhielt für uns erst 1987 Priorität. Es ist, als hätten wir uns zuvor durch Angriffe, die zwar uns schlugen, aber vielleicht schon das Neue meinten, davon ablenken lassen, dieses wahrzunehmen: daß man uns auf dem VI. Philosophenkongreß der DDR als »intellektuelles Lumpenproletariat« beschimpfte (vgl. Heft 156/1986), trug dazu bei, eine epistemologische Barriere aufrechtzuerhalten. Indes hieß das letzte Heft von 1986 bereits »Reform der sozialistischen Länder«. Aber das historische Neue in seinem ganzen Umfang war noch nicht im Bewußtsein. Erst in den Heften 167 (»Politik des Kulturellen«) und 170 (»Projekt Perestrojka«) von 1988 und nicht zuletzt in der Studie zur Theorie der Perestrojka* wird es bearbeitet.

Der Umbruch in der DDR stellt nun die Fragen auf Nähe. Soweit möglich, werden wir Theorie an das Niveau der realen Bewegung anschließen. In diesem Heft ein kleiner Vorgriff: Auszüge aus Thesen, die zeigen, wie in der DDR sozialistische Erneuerung vorgedacht worden ist. W.F.H.

Zum vorliegenden Heft

Luhmanns Systemtheorie beansprucht, Universaltheorie zu sein. Sie verknüpft Gesellschaft mit der Welt technischer Rationalität. So verspricht sie den auseinandergefallenen Kulturen von Sozialwissenschaftlern und Natur- und Ingenieurwissenschaftlern eine gemeinsame Sprache. Das macht diese Theorie anziehend bis hinein in Strömungen der »neuen Managementphilosophie« oder des »New Age«.

Luhmann geht davon aus, daß es unvorstellbar sei, »wie Menschen miteinander zu tun haben können, ohne Systeme zu bilden«, daß also der Gegensatz »Hier wir — dort die Systeme« verfehlt sei. »Aber bemerkt Luhmann denn nicht«, fragt der Soziologe Achille Ardigo, »daß das, was außerhalb der Regeln bleibt, in der lebendigen,

* W.F. Haug, *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*. Hamburg 1989.

heimlichen Erfahrung von vielen, heute wie ein Maulwurf in eben jenen objektiven Fundamenten des Sozialsystems arbeitet?« Wie und warum sich der gesellschaftliche Produktionszusammenhang von Systemen als eine »fremde Macht« gegen die Produzenten verselbständigen kann, wie und warum die Produzenten gegen diese Entfremdung Front machen können — solche Fragen sind im Horizont von Systemtheorie nicht mehr stellbar. Denken in Systemen bezieht sich rekursiv auf sich (d.h. bestimmt seine Funktionen und Prozeduren durch diese selbst), nicht aber kritisch; bzw. kritisch nur im Hinblick auf Regelverfehlungen und Strukturdefekte, im Hinblick auf funktionale Alternativen innerhalb eines Systems, nicht aber im Sinne radikaler Eingriffe und Umbrüche. Charakteristisch ist Luhmanns Umformung des Widerspruch-Begriffs: »Der Widerspruch wird nicht mehr als ein dynamischer Faktor gesehen, der dialektisch eine Veränderung der Struktur bewirkt, sondern als ein Element eines 'Immunsystems' des sozialen Systems, das in Funktion tritt, wenn sich bestimmte Kommunikationsschwierigkeiten ergeben, um Anschlußmöglichkeiten für die Kommunikation zu schaffen.«

Luhmann rühmt sich, daß seine Theorie »Vorwürfe an die Adresse der eigenen Gesellschaft diszipliniert«; sie »wirkt dann, politisch, als trojanisches Pferd«. Sie macht kritischem Denken nicht einzelne Terrains streitig, sondern die Existenz. Sie ist in folgendem Sinn Ideologie: in ihr denkt Herrschaft sich als System, indem sie zugleich ihre Kritik desartikuliert. Begriffe wie Emanzipation, Autonomie sollen für wissenschaftliche Arbeit unbrauchbar werden. Den Herrschenden empfiehlt er, diejenigen, die mittels solcher Begriffe handlungsfähiger werden wollen, mit zusätzlicher Komplexität unter Druck zu setzen. »Gegen die Gefahr des guten Willens und der politischen Begeisterung hilft nur eines: die Zahl der Variablen und Kriterien zu erhöhen, die berücksichtigt werden müssen.«

Luhmann-Kritik hat in dieser Zeitschrift Tradition. Erinnerung sei an K.H. Tjadens Analyse der Habermas-Luhmann-Debatte (71/1972), Bärbel Meurers »Kritische Bemerkungen zur Systemtheorie« (83/1974), an das Luhmann-Kapitel in den Theorien über Ideologie (AS 40/1979), an Schöfthalers Beitrag über die »Sozialen Systeme« (151/1985). Inzwischen ist die Diskussion weitergegangen. In verändertem Kontext nehmen die Autoren dieses Heftes die Auseinandersetzung wieder auf: *Sigrist* entwickelt seine Kritik der Luhmannschen Theorie im Rahmen ihres gesellschaftlichen Kontextes. *Zimmermann* analysiert, wie die Denktraditionen der Subjektphilosophie, über die Luhmann hinaus sein will, sein Denken mit Macht gefangenhalten. *Metzner* und *Beckenbach* zeigen an den von Luhmann zuletzt aufgegriffenen Gegenständen der Ökologie und Ökonomie, wie das, was Systemtheorie an ihnen ausblendet, sein eigenlogisches, sperriges, widersprüchliches Leben weiterführt.

Außerhalb des Schwerpunktes berichtet *Cynthia Cockburn* über einen neuen Aufbruch zu einem feministischen Programm im Rahmen der sowjetischen Perestrojka (mit deren Frauenpolitik wir uns zuletzt in Heft 170 kritisch auseinandergesetzt hatten). — *Stuart Hall* analysiert Rassismus als ideologische Ausschließungspraxis, die körperliche Merkmale in soziale Zeichen verwandelt, die den Zugang zu Ressourcen filtern. In den Blick kommt das Verhältnis von (Arbeiter-)Klasse und »Rasse«, die Dialektik, daß der Kapitalismus sich über Geschlechter- und »Rassen«-Unterschiede ebenso hinwegsetzt wie er sie zu seiner Expansion nutzt. Wir knüpfen damit an den Schwerpunkt »Rassismus — Kulturelle Identität« in Heft 175 an. — Anlässlich des 40. Geburtstages der Hochschule für Wirtschaft und Politik rekonstruiert *Thomas Laugstien* deren Gründung als Kompromißbildung zwischen antifaschistischer Arbeiterbewegung und postfaschistischem Korporatismus.

W.v.Tr.

Günther Anders

Über ein Wort Jesu

Als ich im April vergangenen Jahres zögernd über den ersten Zeilen meines zweiten Briefes an Eichmanns Sohn Klaus* saß, um ihn über den »Historikerstreit« zu informieren, über die neuen (zwar nicht Verteidiger, aber doch) Verharmloser der Taten seines Vaters und der Generation der Väter, da erhielt ich den unangemeldeten Besuch eines holsteinischen protestantischen Pfarrers, der mich — die Koinzidenz war schon merkwürdig genug — deshalb besuchte, weil er als Student meinen ersten Brief an Klaus Eichmann mit seinen Kommilitonen diskutiert hatte. Offensichtlich freute es ihn, zu hören, daß ich, wie er es, etwas zu forsch, nannte, »nicht lockerließ«, also nicht müde würde, denjenigen, die »nichts dafür konnten«, »Eichmannsöhne« zu sein, »die nötigen Rippenstöße zu versetzen«; um dann, etwas vorschnell, zu fragen, ob ich nicht mit der im Lukas-Evangelium (23, 34) überlieferten Bitte Jesu »*Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun*« schließen könnte. (Diejenigen, für die Jesus gebeten hat, waren bekanntlich die römischen Legionäre, die ihn schlugen und verhöhnten, gewesen.)

Auf seine Frage antwortete ich sofort »Nein!«

Er gab mir einen ungläubigen Blick. Überrascht war er wohl nicht nur durch den schneidenden Ton meiner Ablehnung, den er als Autoritätsperson vermutlich nicht gewohnt war, sondern wohl auch deshalb, weil ich damit schließlich ein Wort Jesu, und darüber hinaus ein in äußerster Not gesprochenes, glatt abzuweisen schien.

»Und warum nicht?« fragte er nach einer langen Pause stimmlos.

»Deshalb, weil wohl auch Jesus heute so nicht beten würde.«

Diese Vermutung entsetzte ihn geradezu. »Was Christus damals gesagt hatte, das sollte heute nicht mehr gelten? Seine *Wahrheit* hätte sich verändert?«

Ohne zu nicken oder den Kopf zu schütteln antwortete ich: »*Wir haben uns verändert.*«

»Wer 'wir'?«

»Wir Menschen. — *Weil unsere Sünde gerade in unserem Nichtwissen selbst besteht. Oder in der Lüge, daß wir nicht wußten, was nicht zu wissen heute nachgerade unmöglich geworden ist. Das Nichtwissen ist heute nicht Entlastung oder auch nur Ausrede, vielmehr stellt das Sich-Ausreden selbst die Sünde dar.* Nicht zu wissen, was unsere Väter getan haben und was wir jederzeit tun könnten, ist heute unmöglich. Wenn wir vorgeben, das nicht zu wissen, was nicht zu wissen unmöglich geworden ist, dann allein deshalb, weil wir das, was wir angeblich nicht wissen, nicht zu wissen wünschen; *weil wir* — denn unser Lügen steigt noch eine Stufe höher — *wünschen, es nicht wissen zu können.*«

Zwischen seinen Brauen stand nun eine Zornfalte. Er liebte nicht das Verwickelte, nein: er mißtraute diesem. »Das ist nichts für unsereins.«

»Wer ist 'unsereins'?«

* Wir Eichmannsöhne (1964), 2. Aufl., München 1988, 76ff.

»Wir, die wir 'geistlich arm' sind.«

»Mißbrauchen Sie bitte nicht die Bergpredigt, um mit Ihrer Denkverweigerung zu prahlen!«

Darauf wußte er keine Antwort.

»Und diese vielfältige Verlogenheit ... die Verlogenheit derer, sich sich darauf zurückziehen, etwas *nicht* zu wissen, was nicht zu wissen heute gar nicht mehr möglich ist — diese Verlogenheit, finden Sie, sollten wir vergeben? Müßten wir gar vergeben?«

Er blieb noch stumm.

»Und wir sollten, oder müßten sogar, Gott darum bitten, im Gebet sogar, diesen Lügner zu vergeben?«

Nun schien er seiner Sache wieder sicher zu werden. Und zwar dadurch, daß *ich* nun in seinen Augen wirklich sakrilegisch aufgetreten war. »Welche Lieblosigkeit!« rief er nun. Der allzu Liebevollen.

Aber nun ließ ich wirklich nicht mehr »locker«. »Liebevoll sollen wir sein gegen die geradezu professionell Lieblosen, die nicht davor zurückscheuen würden, uns zu vernichten? Und unsere Kinder? Und alles Leben auf Erden? Und die so störrisch sind, so zu tun, als wüßten sie *das* nicht, was nicht zu wissen unmöglich ist? Denen gegenüber?«

Da zerhieb er den gordischen Knoten. Nachdem er heftig seinen Kopf geschüttelt, erklärte er mit der Bestimmtheit, die das Monopol der Dummen ist: »Das ist zu verknäult für alle, die wahrhaft lieben, und die die Wahrheit lieben. *Alle Wahrheit ist einfach!*« Mit dieser einfachen Unwahrheit verließ er, die Tür hinter sich zuknallend, lieblos das Zimmer.

Mein »leider nicht!« hat er gewiß nicht mehr aufgefaßt. Wenn aber doch, dann hätte er es aus Selbstsicherheit im gleichen Augenblick auch schon wieder vergessen.

Volker Braun

Antikensaal

Eine Pinie ragt aus dem Rollfeld, das sich einsam in den Acker streckt, aufrechtes Relikt einer bewaldeten Zeit, wie hätte sie Fuß fassen können im Beton, der sie nun festhält in der Gegend, der Gipfel zerspellt im teigigen Licht, störrischer Schopf, der die Gegebenheiten nicht wahrhaben will, vom dunklem Rand der Piste sickert ein rötliches Rinnsal unter die Schleusendeckel, Blut natürlich, der massigen Tiere, die im Acker abgestochen werden, ihr dumpfes Brüllen ununterscheidbar vom Fluglärm, oder ist es das Geheul von einem Kriegsschauplatz, der etwas abseits liegt im Orient, die Lautsprecher vereiteln eine genaue Wahrnehmung, auch dröhnt Musik in die Szene, die SCHLAGER DER WOCHE, der MANN, DER NEBEN DER STARTBAHN WOHNT, FÜR DIE ER DEN BETON BEREITET, verharrt auf die Schaufel gestützt und starrt in seine Behausung, aus der der Lärm zu dringen scheint, macht er eine Fünfzehn, ist er eingeschlafen oder einfach arbeitslos und steht, sein eigenes Denkmal, Erinnerung großer Zeiten, an dem gewohnten Arbeitsplatz, ER HAT SCHWIELEN AM KINN vom Schaufelstiel, aber ist keinem Flachs mehr zugänglich, um ihn her Spuren heroischer Tätigkeit, Halden, Schrotthaufen, die DURCHGEARBEITETE LANDSCHAFT, die HAT ES HINTER SICH, er starrt, mit seinen verwilderten Augen, auf das Bett, aus dem er sich erhoben hat zu seiner Übung, was treibt ihn an, steckt eine Frau dahinter, der er die Welt tapeziert, die Person, die jetzt aus der Tür tritt, so daß die Handlung beginnen könnte, falls sie nicht schon geendet hat, sie muß eine SCHÖNHEIT sein, wenn man seinem Blick glauben darf, den er jetzt senkt, SCHÖN ihre Arme und Brüste, ihre Gedanken, die die seinen gierig zärtlich umarmen, die sich auf seine werfen und ihn stürzen machen mit ihr auf den kalten Estrich, VON DER SCHÖNHEIT ÜBERWÄLTIGT, die er nun überall sieht, wohin seine Augen greifen, seine geräumige Haut, Gewohnheit, die er beibehält: sich auf sie zu werfen, wo er die Schönheit trifft, die SCHÖNERE WELT, während sie ihn mustert mit mitleidigem Lächeln, das Kinn wie eine Hiebwaaffe erhoben, den Rock herausfordernd hochgerafft, die Hand fährt über die Schamlippen, wie schnell sich der Körper erinnert, er weiß die Lust im Schlaf, aber sie wacht, wacht über den Rest des Mannes, der ihr zugewiesen wurde vom Wohnungsamt, DEIN IST MEIN GANZES HERZ, mein Lieber, warum ist er ihr untreu geworden, warum hat er das Startloch verraten an die tägliche Rennbahn, CHEMIE BRINGT BROT WOHLSTAND SCHÖNHEIT, ihre Eifersucht verfolgt ihn wie sein Schatten, den er in der Hitze des Tages unter den Füßen hält, am Abend aber kniet das vor ihm trauerfarben, Negerin, die ihn rasend macht, HÖR MAL, OB DEIN HERZ NOCH SCHLÄGT, und er schreitet über sie weg an sein wahnwitziges Werk, stampft sie ins Planum mit der Preßluftframme, harte Arbeit der Männer in der freien Natur, die panisch aufblüht, ZUVIELISATION! MÖRDER!, Wahnsinn zu dem er verurteilt ist, und die Musik, Zymbeln und Pfeifen, der entsetzliche Lärm rührt von dem Tanz, mit dem die Frauen, rasend wie er, die Länder durchziehn, CORDULA, I HA DI LIEB! NATALIE, und vom Gurgeln der

Schlachthöfe, die den Schauplatz hermetisch umschließen, und der Gestrafte, auffahrend aus seiner antikischen Haltung, sticht das Blatt der Schaufel in sein nutzloses Geschlecht, die Hoden glitschen blutig auf den Zementsack, er kippt ein Grinsen im weißen Gesicht in endlosem Fall vornüber, den Flug seines Lebens memorierend bis an den schimmernden Anfang, Geburt und Tod die eine Sekunde des Schmerzes der Freiheit, die Umkehr im Urschleim, das Erstarren in der weißen Erkenntnis, und fällt wie ein Stein in den Schatten der Pinie, die verdorrt ist im Flutlicht, der vermischt ist mit dem Schatten der Frau, selber er jetzt ein Schatten, und sein Samen mischt sich mit den Atomen des Staubs, verzweifelte Hochzeit, Materie die lieben lernt im Winter, auferstehendes Mehl, Sprengsatz der Strukturen, Stoff für den Hunger der Welt, der in die Türen tritt, ein Kinderleib.

NICARAGUA

Am 25. Februar 1990 werden in Nicaragua Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden. Die in der U.N.O. (Union Nacional Opositora) zusammengeschlossenen Rechtsparteien werden für diese Wahlen jede nur erdenkliche Unterstützung der finanzkräftigen »Demokraten« aus Washington, Miami und Bonn erhalten. Nachdem die US-Strategie, die sandinistische Revolution durch den Contra-Krieg zu zerstören, gescheitert ist, versucht die Regierung der Vereinigten Staaten nun, mit dem Aufbau der U.N.O. die Contra in ein politisches Oppositionsbündnis zu integrieren. Mit offenen und verdeckten Aktionen arbeiten die USA nun an der legalen Machtübernahme der Contra bei den Wahlen. Die Bundesregierung boykottiert die sandinistische Revolution seit langem. Über parteinahe Stiftungen der Regierungskoalition fließen Gelder, als »entwicklungspolitische Vorhaben« deklariert, in das Rechtsbündnis U.N.O. Die FSNL ist also dringend auf die Unterstützung und materielle Hilfe der internationalen Solidaritätsbewegung angewiesen.

Spendet für die FSNL! Spendenkonto: DIE GRÜNEN, Kennwort »Nicaragua«, Postgiro Köln, BLZ: 370 10050, Konto-Nr.: 284532-505. Die eingehenden Spenden werden ohne jeden Abzug weitergeleitet.

UNTERSTÜTZT DEN WAHLKÄMPF DER SANDINISTEN! DIE GRÜNEN

Vi.S.d.P.: Die GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle, E.Walde, Postfach 1422, 5300 Bonn 1

Christian Sigrist

Das gesellschaftliche Milieu der Luhmannschen Theorie

Paradigmenwechsel in der soziologischen Systemtheorie

Jahrelang hatte die Parsonssche Systemtheorie den Rahmen und das analytische Instrumentarium für US-Machtstrategien geliefert. Der werteintegrationistische Ansatz zielte primär auf die Projektion und den Ausbau der (transatlantischen) westlichen »Staatengemeinschaft«. Der ebenfalls systemtheoretisch angelegte Modernisierungsansatz war auf die Sicherung nachkolonialer Interessen in den Ländern der kapitalistischen Peripherie gerichtet. Der kontrafaktische Zuschnitt dieser Theorie machte bald eine spezifizizierte Anwendung in Form sozialwissenschaftlicher Counter-Insurgency-Programme erforderlich. Die Widerstände auch innerhalb der scientific community gegen diese Programme hatten ihre Anwendbarkeit in Lateinamerika erheblich begrenzt (siehe den Skandal um das Project Camelot).

Die entscheidende Niederlage erlitt die bürgerliche Sozialwissenschaft (nicht nur in ihrer systemtheoretischen Ausarbeitung) allerdings im Vietnamkrieg. Hier mißlang weit stärker noch als in Lateinamerika der Versuch, durch systematische Entwicklungsplanung ein antikommunistisches Regime zu konsolidieren und über die Befriedigung materieller Interessen eine Verbreiterung der politischen Gefolgschaft zu erreichen. Im Vietnamkrieg scheiterte darüber hinaus die Eskalationsstrategie der moral majority, auf gegen die westlichen Werte gerichtete »Normbrüche« mit Sanktionen zu reagieren — mithin Parsons' im Puritanismus wurzelndes werteintegratives Norm/Sanktion-Konzept. Die US-Systemtheorie ist in Vietnam und in anderen Ländern der Dritten Welt nicht einfach an der Assoziation mit dem falschen Partner, der US-Administration und den US-Streitkräften, gescheitert. Sie selbst hatte zur falschen Wahrnehmung und zum falschen politischen Programm beigetragen. Der Idealismus dieser Theorie führte zur Unterschätzung der ökonomischen Basisproblematik und zur Überschätzung von Kommunikationsstrategien. Der eurozentristisch-transatlantische Evolutionismus setzte auf eine Modernisierungsstrategie, die nicht an traditionelle Strukturen konstruktiv anschließen konnte. Die ungelöste Subjektproblematik der System-Theorie versperrte das Verständnis der spezifisch mit der asiatischen Produktionsweise verbundenen Kollektivität und der historischen Tiefe des vietnamesischen Nationalismus. Und schließlich wirkte es sich buchstäblich verheerend aus, daß antiherrschaftlicher Widerstand keine Systemkategorie ist. Auf die Sprache der Bomben mußte eine andere Art der Kommunikation folgen, unverändert jedoch mit dem Ziel der Bestandswahrung der Interessen des westlichen Industriesystems. Die US-Niederlage in Vietnam wurde nicht nur von Kritikern, sondern auch von Politikern des Establishments als Blamage auch der Sozialwissenschaften gewertet.¹ In dieser Situation haben Systemtheorien, die nicht in dieser Weise belastet sind und sich auch inhaltlich von der Parsonsschen Variante unterscheiden, eine wichtige Bedeutung für die Ermöglichung von Konzepten, die mit der dominanten Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft

kompatibel sind. Luhmanns Werk konnte hier einen besonderen Beitrag leisten, weil er trotz starker Prägung durch Strukturalismus und Parsonssche Systemtheorie früh eigenständige Konzepte entwickelt und zugleich fortlaufend aktuelle Innovationen naturwissenschaftlicher Systemanalytiker rezipiert hatte. Der intellektuell anspruchsvollere Rückbezug auf europäische Philosophiestränge bot zudem noch erheblich größere Möglichkeiten, den Status einer »Fachuniversaltheorie« zu reklamieren.

Nachdem der Verwaltungsjurist Niklas Luhmann seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und insbesondere durch die Kontroversen mit Jürgen Habermas wachsende Bekanntheit erlangt hatte, gelang ihm 1984 mit der Veröffentlichung seines Buches »Soziale Systeme« ein großer Wurf, mit dem er sich als führender Theoretiker der BRD-Soziologie etablierte. Die Wirkung dieses »gewichtigen Buches« (Haferkamp/Schmid 1987, 7) auf die verstörte Fachwelt war so nachhaltig, daß sich am 7./8. Februar 1986 Soziologen unterschiedlicher Richtungen in Augsburg trafen, um in Gegenwart des Meisters Verständnisfragen zu klären und sogar auch Kritik vorzutragen. Obwohl Luhmann selbst in seiner Nachbemerkung beruhigend feststellt, daß »mit einer Art Währungsreform in der Soziologie« (ebd., 320) nicht zu rechnen sei, darf diese Veranstaltung der Sektion »Soziologische Theorien« der Deutschen Gesellschaft für Soziologie als byzantinisches Ereignis im Gedächtnis behalten werden.

Einen entscheidenden Bruch mit Parsons markiert die Behandlung der Identitätsproblematik: Luhmann distanziert sich im Gegensatz zu jenem durchgehend von Theorien, welche primär auf die Konstituierung von Identitäten setzen. Ihm geht es im Gegenteil um die Analyse von Differenzen und um die Differenz von Identität und Differenz. Der Parsonssche Integrationsansatz hatte eindeutig affirmativen Charakter; im Vergleich dazu ist der Luhmannschen Differenzanalyse das kritische Moment nicht abzuspüren. Es ist positiv festzuhalten, daß mit seinen theoretischen Arbeiten ein wichtiger Beitrag zur Zurückdrängung der US-Hegemonie zumindest im sozialwissenschaftlichen Bereich gelungen ist.² Gegen die Geschlossenheit der Parsonsschen Systemtheorie, die wesentlich am Modell der US-Gesellschaft orientiert ist, setzt Luhmann eine »polyzentrische« Theorie, die auf »azentrisch konzipierte« Gesellschaften ausgelegt ist (1984, 14). Luhmann bricht mit der von Durkheim bis Parsons reichenden Tradition der Soziologie, den Normbegriff »als letztinstanzliche Erklärung für die Möglichkeit sozialer Ordnung« (Berger in: Haferkamp/Schmid, 139) fungieren zu lassen. Mit diesem normbasierten Ordnungsmodell verbunden war bei Parsons die gleichfalls traditionelle Prägung des Systembegriffs durch das Schema vom Ganzen und seinen Teilen. Im Bruch mit diesem Schema sieht Luhmann selbst das entscheidende Moment des von ihm betriebenen Paradigmawechsels. Der Wechsel wird ermöglicht durch den Anschluß an die von den Biologen Maturana und Varela entwickelte Theorie autopoietischer Systeme. Diese Systeme reproduzieren sich auf der Basis ihrer Elemente. Die Reproduktion ist durch die Funktionsweise der Elemente und ihrer Interrelationen festgelegt. In ihrer Selbstreferenzialität sind sie als geschlossene Systeme analysierbar.

Das Letztelement sozialer Systeme wie auch psychischer Systeme ist Sinn. Diese Konzeption begreift »psychische Systeme als konstituiert auf der Basis

eines einheitlichen (selbstreferentiellen) Bewußtseinszusammenhangs und soziale Systeme als konstituiert auf der Basis eines einheitlichen (selbstreferentiellen) Kommunikationszusammenhangs ... Psychische und soziale Systeme sind im Wege der Co-evolution entstanden. Die jeweils eine Systemart ist notwendige Umwelt der jeweils anderen. Die Begründung dieser Notwendigkeit liegt in der diese Systemarten ermöglichenden Evolution. Personen können nicht ohne soziale Systeme entstehen und bestehen, und das gleiche gilt umgekehrt.« (1984, 92) Die Brisanz dieser Definition steckt in der dazugehörigen Fußnote, in der die Prämisse verneint wird, nach welcher »der Mensch als animal sociale Teil der Gesellschaft sei, die Gesellschaft also 'aus Menschen bestehe'« (ebd.). Dies führe vielmehr zur Gegnerschaft zum »Universalitätsanspruch der Systemtheorie«.

Als (womöglich regressiver) Paradigmenwechsel kann auch Luhmanns Herabstufung des Handlungsbegriffs als zentraler soziologischer Kategorie gelten. Die Parsonssche Theorie war zwar von der Handlungstheorie zur Systemtheorie fortgeschritten, behielt aber soziales Handeln — seit Max Weber erster Grundbegriff der »verstehenden Soziologie« — als Inhalt des Systemzusammenhangs bei. »Handeln«, eine Grundfigur des Hegelschen Denkens, wurde in der Marxschen Anthropologie als »gesellschaftliche Praxis« zur Schlüsselkategorie der Gesellschaftstheorie. Trotz völlig gegensätzlicher ideologischer Ausrichtung schließt sich auch Gehlens Anthropologie an den Handlungsbegriff an, wobei zusätzlich die Einsichten des US-amerikanischen Pragmatismus übernommen werden. In seiner Anthrozentrik ist der Begriff des »Handelns« auf die »Auseinandersetzung mit der Natur« angelegt. Denkformen und Verhaltensweisen werden durch das Grundmuster »handelnder« Erfahrung geprägt. Die physische Grundbedeutung von »Handeln« entsprach einem Stadium gesellschaftlicher Entwicklung, in der »manuelle« Arbeit und ihre Verwertung im kapitalistischen Fabrikssystem die Basis des Akkumulationsprozesses bildeten. Die Marginalisierung des subjektbezogenen Handlungsbegriffes wird durch den Anschluß an die Theorie autopoietischer Systeme geschafft: »Die Systemtheorie bricht mit dem Ausgangspunkt und hat daher keine Verwendung für den Subjektbegriff. Sie ersetzt ihn durch den Begriff des selbstreferentiellen Systems.« (Ebd., 51) »Das Theorem der doppelten Kontingenz und die Theorie autopoietischer Systeme konvergieren, und diese Konvergenz macht es möglich, einen 'subjektfrei' konzipierten Begriff des Handelns als Begriff für die Beobachtung der basalen Elemente sozialer Systeme einzusetzen.« (Ebd., 167)

Der Leitbegriff für die Theorie sozialer Systeme ist Kommunikation: »Der elementare, Soziale als besondere Realität konstituierende Prozeß ist ein Kommunikationsprozeß. Dieser Prozeß muß aber, um sich selbst steuern zu können, auf Handlungen reduziert, in Handlungen dekomponiert werden. Soziale Systeme werden demnach nicht aus Handlungen aufgebaut, so als ob diese Handlungen auf Grund der organisch-psychischen Konstitution des Menschen produziert werden und für sich bestehen könnten; sie werden vielmehr in Handlungen zerlegt und gewinnen durch diese Reduktion Anschlußgrundlagen für weitere Kommunikationsverläufe.« (Ebd., 193)

Die Ausrichtung der soziologischen Systemtheorie auf den Leitbegriff der Kommunikation scheint aktuellen Tendenzen der sich formierenden High-Tech-

Informationsgesellschaft Rechnung zu tragen. Die definitorische Bestimmung sozialer Systeme als Kommunikationssysteme ermöglicht eine flexiblere Anwendung soziologischer Theoreme auf beliebige gesellschaftliche Probleme als die vergleichsweise starre Parsonssche Systemtheorie. Sie ermöglicht auch die Öffnung von Theoriekonzepten für die Wahrnehmung und kategoriale Verarbeitung von Entwicklungen in Richtung Weltgesellschaft, indem diese als maximales Kommunikationssystem aufgefaßt wird. Luhmann analysierte bereits 1971 in seinem Aufsatz »Die Weltgesellschaft« diese Tendenzen.

Weltgesellschaft

Zu Recht macht er darauf aufmerksam, daß die bisherige Soziologie am Modell der Einzelgesellschaft, die mit anderen Einzelgesellschaften koexistiert, orientiert gewesen ist. Gegen diese Borniertheit, die einen Rückfall gegenüber den Visionen eines Condorcet zur Zeit der Französischen Revolution und den marxistischen Analysen des internationalen Klassenkampfes darstellt, setzt er eine Konzeption, die besagt, daß es wegen der progressiven Entwicklung der Kommunikationstechnologien nur noch Weltgesellschaft als größtes Sozialsystem geben kann, und daß staatlich verfaßte Einzelgesellschaften nicht mehr Grenzen für Funktionssysteme und Kommunikation sein können. »Weltweite Interaktion (und) ein immenses Anwachsen der Kenntnisse über Fakten des Lebens und der Interaktionsbedingungen aller Menschen« (1975a, 53), ein weltweites Kommunikationsnetz, »großräumige wirtschaftliche Verflechtung«, weltweite Möglichkeiten der Bedarfsdeckung und »nicht zuletzt eine auf Weltfrieden beruhende durchgehende Verkehrszivilisation« (ebd., 54) — all dies sind für Luhmann Anhaltspunkte, Weltgesellschaft als nicht fiktionale Realität auszuweisen. »Im Unterschied zu allen älteren Gesellschaften konstituiert die Weltgesellschaft nicht nur eine projektive ..., sondern eine reale Einheit des Welthorizontes für alle.« (Ebd., 55) — »Im übrigen gilt diese Prämisse einer Weltgesellschaft nicht nur für formales und normkonformes, sondern auch für abweichendes Verhalten — so neuerdings auch für Flugzeugentführungen.« (Ebd., 54)

Auch in seiner zuerst 1980 erschienenen »Rechtssoziologie« thematisiert er die Weltgesellschaft: »Die Konstitution der Weltgesellschaft ist ... die Konsequenz des gesellschaftlichen Differenzierungsprinzips — genauer gesagt: die Konsequenz der erfolgreichen Stabilisierung dieses Differenzierungsprinzips.« (31987b, 335). Als Beleg für seine Weltgesellschaftskonzeption führt er die universelle Intersubjektivität als eigenes Strukturprinzip und Leistungskriterium (ebd.) an. Hier findet sich allerdings auch ein kritischerer Ton: er macht darauf aufmerksam, daß als Ergebnis einer »zusammenhängenden Weltgeschichte« auch »ein gemeinsamer Tod aller Menschen ... möglich geworden« (ebd., 334) ist. 1984 stellt Luhmann lakonisch fest: »Gesellschaft ist heute eindeutig Weltgesellschaft — ...« (1984, 585). »Als Resultat von Evolution gibt es nur noch eine Gesellschaft: die Weltgesellschaft, die alle Kommunikationen und nichts anderes in sich einschließt und dadurch völlig eindeutige Grenzen hat« (ebd., 557).

Die Problematik dieser Analyse von Weltgesellschaft liegt darin, daß sie nicht Ergebnis einer wie auch immer synthetisierenden Realanalyse, sondern »trans-

dentaler« Reflexion ist. In seinem Vortrag auf dem Frankfurter Soziologentag (1968) formuliert er sein eigentliches Interesse, nämlich auf »Fragen einer transzendenten Theorie der Gesellschaft (zu antworten)« (in: Adorno 1969, 259). Dies soll gelingen, »wenn man konsequent sämtliche Begriffe, die man benutzt, funktionalisiert und sie letztlich auf das Problem der äußersten Komplexität der Welt bezieht.« (Ebd.) In diesem Zusammenhang ist auf die Ambiguität des umgangssprachlichen Weltbegriffs (Kosmos/Globus) hinzuweisen. Luhmanns Systemtheorie geht es »letztlich« nicht um Realanalyse, sondern um die Gewinnung und Ausschematisierung einer generellen Welttheorie, deren Frageimpuls immer noch von den Aporien der »Kritik der reinen Vernunft« bestimmt ist. Die gegenwärtigen »biologischen Erkenntnistheorien« haben eine zusätzliche Möglichkeit geboten, diesem Interesse systemtheoretisch nachzugehen. Die idealistische Präokkupation trägt erheblich dazu bei, daß die generalisierende Analyse grundlegende Fragestellungen einer auf reale gesellschaftliche Probleme zielenden Theorie nicht im Blick hat und blind für die diesen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Widersprüche ist.

Bei allem Positiven, was Luhmanns theoretische Öffnung für globale Zusammenhänge bewirkt, bleibt er doch in wesentlichen Punkten selbst hinter Condorcets Fortschrittsphilosophie — auf der Luhmann als Evolutionstheoretiker zwangsläufig basiert — und der damit verbundenen Perfektibilitätsidee zurück. Ausdrücklich korreliert bei Condorcet der Fortschritt in Richtung einer Weltgesellschaft mit der Forderung nach Aufhebung von Ungleichheiten sowohl innerhalb einer Teilgesellschaft als auch zwischen den Ethnien. In seinem emanzipatorischen Ansatz soll der universelle Fortschritt unter dem Vorzeichen gleicher Teilhabe stehen: asymmetrische Abhängigkeiten werden verworfen. Die angestrebte Weltgesellschaft muß den Ansprüchen einer nicht-repressiven Vernunft genügen. Bei Luhmann hingegen wird diese gesamte Thematik ausgeklammert: Weltgesellschaft wird hier lediglich durch die Weite der Kommunikationsketten definiert. Die bei Condorcet in voller Wahrnehmung gesellschaftlicher Problematik formulierte Prämisse einer allgemeinen Vernunft verfällt bei ihm zu Grenzen der Aufklärung, denn in seiner »transzendente(n) Theorie der intersubjektiven Konstitution von Sinn« (31972b, 73) ist der andere Mensch »prinzipiell unberechenbar«.

Falsch ist nicht die These von der sich beschleunigenden Intensivierung weltweiter Kommunikationssysteme. Auch die Tendenz zu wachsender Spezialisierung solcher Systeme ist beobachtbar. Der für das kapitalistische Weltssystem konstitutive Gegensatz von Zentrum und Peripherie kann jedoch nicht auf der Basis dieser Tendenzen erklärt werden. Luhmann macht sich nicht die Mühe zu klären, welche Vermachtungs- und Verarmungsprozesse diese Weltkommunikation bestimmen. Die wachsende kulturelle Fremdbestimmung der Peripherieländer durch audiovisuelle Medien, die Vernichtung kultureller Identität, Klassengliederung und Marginalisierung — all dies findet sich nicht im Themenkatalog der Luhmannschen Weltgesellschaftstheorie. Luhmanns Ausdruck von der funktionalen Differenzierung enthält einen Bias, die ehrwürdige funktionalistische Unterstellung, daß moderne Gesellschaften nach Kriterien rationaler Arbeitsteilung funktionierende Systeme sind. Ungleichheiten sind nach dieser Theorie

funktionsadäquat; funktionale Differenzierung und nicht herrschaftliche Stratifizierung sind danach die Merkmale moderner Gesellschaften. Die funktionalistische Theorie ist falsch, bezogen auf die Analyse von kapitalistischen Einzelgesellschaften, sie gilt genausowenig für die sich heranbildende Weltgesellschaft. Der Zentrum/Peripherie-Gegensatz ist auch kein isoliert ökonomischer; er ist geprägt durch umgreifende Abhängigkeitsstrukturen. Eine ahistorisch operierende Systemanalyse kann die historischen Prozesse, die zur Heranbildung dieses Abhängigkeitssystems geführt haben, nicht erfassen, und diese Asymmetrie durchzieht alle Funktionssysteme. Luhmann gibt sich bei seinen weitgreifenden Konstruktionen nicht mit Kleinigkeiten ab wie zum Beispiel mit der Tatsache, daß es keinen freien Weltarbeitsmarkt gibt und es auch nicht absehbar ist, wann es je zu einer wirklich universellen Freizügigkeit von Arbeitskräften kommen wird. Sein Ansatz versagt völlig bei der Analyse aktueller und vergangener Nationalitätenkonflikte. Zuzustimmen ist Luhmann, wenn die Unvermeidbarkeit organisatorischer Veränderungen zur Sicherung weltgesellschaftlicher Zusammenhänge behauptet wird. Allerdings räumt er dabei dem wichtigsten Postulat, nämlich organisierte Vorkehrungen gegen globale Umweltkatastrophen zu treffen, nicht die gebotene Priorität ein.

Luhmann konstatiert bedauernd die Stagnation des Prozesses der Weltvergesellschaftung. Er muß einräumen, daß die Dynamik der funktionalen Systeme offensichtlich nicht ausreicht, um Weltgesellschaft als Realität über den gemeinsamen Satellitenempfang hinaus zu konstituieren. Er macht dafür retardierende Faktoren wie die traditionelle Fixierung auf staatlich verfaßte Einzelgesellschaften verantwortlich. In seinem szientifischen Intellektualismus setzt er allerdings darauf, daß die Diskrepanz von evolutionären Möglichkeiten und realer gesellschaftlicher Entwicklung, die verkürzt als »weite Diskrepanz von Möglichkeitsproduktion und Lernfähigkeit« (1975a, 66) diagnostiziert wird, »nur durch kognitive Mechanismen der Forschung und Planung langsam vermindert werden kann.« Es ist jedoch erhärtete Gewißheit, daß weltgesellschaftliche Bürokratien einschließlich der von ihnen abhängigen wissenschaftlichen Institutionen allenfalls begrenzte Rahmenbedingungen für globale Vergesellschaftung schaffen können. Die wesentlichen Impulse müssen von freien Organisationen und sozialen Bewegungen ausgehen. Im Bereich der internationalen Entwicklungskooperation ist diese allgemeine These durch die Überlegenheit der Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) im Vergleich zu den schwerfälligen und profitorientierten Entwicklungsbürokratien und -agenturen eindeutig bestätigt. Forschung und Planung können nur dann eine wünschenswerte Vergesellschaftung im Weltmaßstab vorbereiten, wenn sie mit solchen Organisationen und Bewegungen kooperieren. Dies gilt insbesondere auch bei der Entfaltung globaler Strategien zur Eindämmung ökologischer Katastrophen.

Eine kritischere Sicht des Zustandes der Weltgesellschaft wird zwar in einer seiner jüngsten Publikationen »Die Wirtschaft der Gesellschaft« angedeutet: »Die Weltgesellschaft wird mehr und mehr ein einheitliches System — und zugleich ein System, das immense Diskrepanzen erzeugt und zu ertragen hat.« (1988, 170). Allerdings kann ihn diese Angleichung an die alarmierenden Lageberichte der Weltbank nicht dazu bewegen, seine Weltgesellschaftskonzeption zu

reformulieren und insbesondere seine genetische Theorie in Frage zu stellen. Er führt die »Zunahme regionaler Differenzen« nach wie vor auf die Verfolgung von »Steigerungs- und Verbesserungszielen« einzelner Funktionssysteme zurück. Diese Verengung des alten Perfektibilitätskonzepts, das er im Prinzip ohnehin für obsolet hält, auf die Leistungsfähigkeit funktionaler Systeme wahrt keinerlei Distanz zur Selbstdarstellung des kapitalistischen Industriesystems.

Ahistorische Evolutionstheorie und transatlantischer Eurozentrismus

Weltgesellschaft ist für Luhmann das Ergebnis »evolutionärer Prozesse auf der Systemebene der Gesellschaft« (1975a, 61). Die entscheidende Beschleunigung wurde durch die wachsende funktionale Differenzierung innerhalb einzelner Gesellschaften vorangetrieben. Die zunehmende Effizienz spezialisierter Leistungssysteme sprengt einzelgesellschaftliche Grenzen und führt zu weltweiten Kommunikationsketten. Dieser genetischen Theorie der Weltgesellschaft liegt ein vorgängiger evolutionistischer Schematismus zugrunde. In Anlehnung an Durkheim unterscheidet Luhmann drei Typen von Differenzierung: segmentäre, stratifikatorische und funktionale: »... *archaische* Gesellschaften sind in ihrer Primärstruktur segmentär differenziert, *Hochkulturen* schichtungsmäßig differenziert, die *moderne Gesellschaft* dagegen funktional differenziert.« (Ebd., 198) Seine evolutionistische These behauptet eine progressive Substitution des jeweiligen Differenzierungstyps durch den nachfolgenden. Demnach sind moderne Industriegesellschaften »durch einen Primat funktionaler Differenzierung mit der Folge einer immensen Steigerung hochspezialisierter Kommunikation und Kommunikationsleistungen gekennzeichnet« (1981b, 20) und im Unterschied zur vorhergehenden Formation nicht mehr als Klassengesellschaften zu analysieren. Diese Systematisierung ist in dreierlei Hinsicht zurückzuweisen: erstens unter kategorialen Aspekten, zweitens in historischer Perspektive, drittens als eurozentristischer Unilinearismus.

Luhmann verweist selbst darauf, daß sein Begriff sozialer Differenzierung nicht mit Durkheims Konzept der Arbeitsteilung übereinstimmt. Diese war auf den Arbeitsbegriff zentriert, die Prinzipien der Arbeitsteilung sind die entscheidenden Motoren gesellschaftlicher Entwicklung. Mit der abstrakten Generalisierung strebt Luhmann eine konsistente Loslösung der Theoriebildung vom Arbeitsbegriff an, der nur eine marginale Rolle spielt (³1972b, 111 n 30). Diese strategische Abstraktion hat weitreichende Konsequenzen wie zum Beispiel die Eliminierung der Klassenanalyse. Das evolutionistische Schema läßt auch die Präzision vermissen, mit der Durkheim die fortwirkende Bedeutung segmentärer Strukturen auch in Gesellschaften, die von hochgradiger Arbeitsteilung und daran gebundener organischer Solidarität bestimmt sind, festhält. Die Vernachlässigung des Aspekts der segmentären Größengliederung macht eine konkrete soziologische Analyse nahezu unmöglich. Nicht nur in segmentären Stammesgesellschaften spielt die Verschachtelung von Kollektiven eine wichtige Rolle. Lokale und territoriale Gliederungen sind auch in modernen Gesellschaften unerläßliche Strukturen. Das von Durkheim zuerst formulierte Segmentierungsprinzip läßt sich, wie Hondrich zeigt, sogar auf Prozesse der Unternehmens-

differenzierung anwenden (in: Haferkamp/Schmid 1987, 292). Die Bedeutung sozialer Kollektive und ihrer Stabilitätsbedingungen auch unter modernen Verhältnissen zeigt sich in der Nationalstaatsproblematik. Vereinheitlichungstendenzen in Richtung auf Weltgesellschaft haben nationale Fragen keineswegs erledigt. Die reale Entwicklung im Prozeß der Dekolonialisierung, die kriegerische Zuspitzung nationalistischer Konflikte in der Dritten Welt lassen Luhmanns Analyse »weltfremd« erscheinen. Der Krieg in Afghanistan und seine Rückwirkung auf die politische Dynamik des sowjetischen Gesellschaftssystems bestätigen erneut die enorme Bedeutung ethnischer Identität und die durch sie bedingte Steigerung der Komplexität der Staatsproblematik. An diesen Phänomenen erweist sich die defizitäre Relevanz der Eliminierung des Subjektbegriffs aus der Analyse sozialer Systeme und der Gesellschaftstheorie überhaupt. Selbst wenn Luhmann einräumt, daß auf sekundären Stufen der Differenzierung auch funktional differenzierte Gesellschaften segmentäre Differenzierung zulassen (1975a, 198), ist die Unterschätzung des ersten Gliederungsprinzips eklatant.

Der Schichtungsbegriff wird historisch auf die vormodernen Hochkulturen zurückgedrängt. Eine rationale Behandlung des Stratifikationsprinzips bleibt Luhmann versagt. Aus seiner Aversion gegen die Analysen von Ungleichheit heraus, denen er stets die Möglichkeit attestiert, »mit Ressentiments, mit politischer Munition und mit humanen Appellen« (1985, 123) gefüllt zu werden, läßt er sich zu abstrusen Konstruktionen verleiten. Auch im Falle der Schichtung liegt »Systembildung durch Gleichheit« vor: »Schichtung ermöglicht und erleichtert Kommunikation unter Gleichen in einer gesellschaftlichen Entwicklungslage, in der Ungleichheit schon vorherrscht und, gäbe es keine Schichtung, als normal erwartbar wäre. Schichtung ist gegen Ungleichheit durchgesetzte Gleichheit — eben schichtspezifische Gleichheit.« (1975a, 198) Auch wenn Phänomene wie Gleichrangigkeit innerhalb eines Standes nicht zu bestreiten sind, ist es abwegig, diese gebundene Gleichheit als eigentliche Funktion schichtmäßiger Differenzierung zu bewerten und ihre Vernachlässigung durch die empirische Forschung und die Kritik der Schichtung auf die »übliche Präokkupation mit den Problemen der Asymmetrie in der Verteilung von Chancen, mit Herrschaft und Ausbeutung« (ebd.) zurückzuführen.

Bei der Absurdität dieser Interpretation abgeschlossener historischer Formationen wie der Ständegesellschaft verwundert es nicht, daß Luhmann sehr im Unterschied zu bürgerlichen Soziologen anderer Länder größte Schwierigkeiten hat, sich auf eine rationale Behandlung der Klassenproblematik einzulassen. Zwar ist in »Die Wirtschaft der Gesellschaft« ein ganzes Kapitel den »Problemen einer Unterscheidung«, nämlich »Kapital und Arbeit«, gewidmet. Seine Behauptung jedoch, der Klassenbegriff erfasse auch bei Marx »nur die Reflexivität des Verteilens, das Verteilen auf Verteilungen, und nicht den basalen Prozeß selbst« (1988, 66), trifft gerade auf die Marxsche Klassenanalyse, die wesentlich an den *Produktionsbedingungen* ansetzt, nicht zu. Andererseits kritisiert Luhmann knappe hundert Seiten später, daß die »auf den Produktionsprozeß bezogene Dichotomie von Kapital und Arbeit« den »Konsumaspekt des wirtschaftsbezogenen Handelns« (ebd., 164) ausblende. Der Gegensatz von Kapital und Arbeit und seine Zuspitzung im offenen Klassenkampf sind für ihn »Folge einer seman-

tischen Fehlsteuerung« (ebd., 169). Gegen alle historische Evidenz bestreitet Luhmann generell, »daß die Unterscheidung von Kapital und Arbeit die Politik beherrscht« (ebd., 163). Die Fehleinschätzung resultiert aus dem Mangel eines persönlichen Zugangs zur Arbeitssphäre und zu typischen Klassenlagen wie Verelendung und Marginalisierung. Keines weiteren Kommentars bedarf folgende intellektuelle Katastrophe: »Schon seit mehr als dreihundert Jahren gibt es in Europa keine Hungersnöte mehr, und die großen sozialen Erfindungen des späten 19. Jahrhunderts wie Sozialversicherung und Margarine tun ein übriges, um diese Auffassung als reichlich anachronistisch erscheinen zu lassen.« (Ebd., 166)

Selbst wenn man sich auf die Begriffsbildung Luhmanns einläßt, ist die Abkoppelung der funktionalen Differenzierung von der Klassenproblematik nicht schlüssig. Um es in seiner eigenen Terminologie zu sagen: die Funktionssysteme sind nicht nur binär codiert. Die Operationen ihres Programms haben unter den Bedingungen des kapitalistischen Industriesystems zu einer extremen Spannweite der Leistungsverteilung geführt. Dies gilt auch dann, wenn die Skala zwischen den entgegengesetzten Polen durchgängig besetzt ist. Die zentrale These, daß mit der Steigerung funktionaler Differenzierung die objektive Klassenproblematik entfällt, ist eindeutig falsch. Dies gilt unbeschadet der Tatsache, daß in den privilegierten Metropolen durch die erhebliche Verbesserung der ökonomischen Lage der Stammbelongschaften kohärentes Klassenhandeln an Gewicht und an gesellschaftlichen Chancen eingebüßt hat, ganz zu schweigen von den Verwerfungen kollektiver Bewußtseinslagen.

Evolutionstheoretisch fällt zunächst die terminale Fixierung des Modells auf. Gesellschaftliche Evolution gipfelt in funktionaler Differenzierung; es werden keine Differenzpunkte wenigstens angezeigt, von denen eine dieses Stadium übersteigende neue Formation projiziert werden könnte. Diese Evolutionstheorie ist also alternativlos bezogen auf den gegenwärtigen Stand der »postindustriellen« Gesellschaft. Ein Aspekt dieser Verengung ist die unilineare Borniertheit dieser Theorie, die auf eine schematisch verkürzte Rekonstruktion des europäisch-transatlantischen Entwicklungsweges fixiert ist. Dieses Modell verzichtet darauf, die Entwicklungswege außereuropäischer Gesellschaften zu verstehen. In der Unerbittlichkeit des Verfahrens ist es zum Beispiel undenkbar, daß aus dem konfliktreichen Industrialisierungsprozeß der größten Gesellschaft des Globus eine neue Gesellschaftsform hervorgehen könnte. Die Alternativlosigkeit steht auch in Widerspruch zu Luhmanns eigenem Anspruch, funktionale Äquivalente zu erschließen.

Die Dürftigkeit seiner Aussagen über Kapital und Arbeit in »Die Wirtschaft der Gesellschaft« erstaunt insofern, als er drei Jahre zuvor einen seiner rund 150 Aufsätze der Klassenproblematik widmete (1985). Dieser zeugt von einer profunden Kenntnis der Begriffsgeschichte, doch trotz des weitreichenden Zugriffs auf umfangreiche Informationszusammenhänge verschiedenster Wissenschaften und zahlreicher durchaus gelungener Illustrationen aus dem wirklichen Leben verstärkt sich mit fortschreitender Lektüre der fatale Eindruck, daß Luhmann nur zwei gesellschaftliche Problembereiche wirklich ernst genommen hat: das Knirschen im Getriebe »rationaler« Organisationen (wie z.B. staatlicher

Verwaltungen) und die Peinlichkeit von Stockungen in Salongesprächen. Zwar werden auch die real existierenden Ungleichheiten nicht geleugnet — ja sogar als »ubiquitär gegeben« (1985, 119) angenommen —; er weigert sich jedoch, bei prinzipieller Anerkennung der Bedeutung der objektiven Differenz von Kapital und Arbeit, Klassenbewußtsein als Ausdruck von Produktionsverhältnissen zu verstehen. Dies ist vielmehr lediglich ein künstliches Resultat der »Formulierung von Gegensätzen und Kampfscenen« (ebd., 132). »Das Differenzschema selbst produziert die Kontroverse. Es sind nicht einzelne Klassen, die zum Zwecke der Selbsterhaltung eine Ideologie entwickeln; sondern es ist das Differenzschema der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung, das die Differenz zwischen Klassenbeherrschern und Klassenverneinern produziert.« (Ebd., 149)

Nicht der Überlebenskampf der Proletarier, sondern ein Schematisierungszwang »der Gesellschaft« führt also zur Herausbildung des Klassenantagonismus. Luhmann weist zwar selbst darauf hin, daß die Fabrikorganisation ein wesentliches Element der Klassenbildung und des Klassenbewußtseins gewesen ist. Aber es bleibt bei dieser sporadischen Ortsangabe — eine Analyse des Fabriksystems selbst bleibt aus. Detaillierten Aussagen über »Prominenzphasen des eigenen Daseins« steht ein Vakuum in bezug auf die Lebensbedingungen von Arbeitern gegenüber. Exemplarisch zeigt sich die Fixierung auf Oberschichtinteressen in einer Aussage darüber, daß Klassen »auf laufende Reproduktion der Klassenzugehörigkeit ihrer Individuen angewiesen (sind)«: »Die Reichtumsklasse auf *Zahlungen*, die Organisationsklasse auf *Entscheidungen* (...) und die Prominenzklasse auf *Erwähnungen* — vor allem in den Massenmedien, aber auch qua 'name dropping' in der Oberschichtinteraktion selbst« (ebd., 145) — über die »laufende Reproduktion« der Arbeiterklasse wird in diesem Zusammenhang kein Wort verloren. Zwar werden die Unterschiede der Ständegesellschaft und der sie substituierenden Klassenschichtung sehr facettenreich und mit Hilfe des Interaktionsbegriffs innovativ analysiert; um so mehr enttäuscht jedoch die schematische Verengung der Problematik: »Nach der Französischen Revolution sind 'ordres' und 'états' verschwunden. Es steht nur noch der Klassenbegriff zur Verfügung, um Unterschiede der Bevölkerung in ein Schema zu bringen.« (Ebd., 121)

Die »Frage, ob man die modernen Gesellschaften als ein funktional differenziertes System oder ob man sie besser als ein nach Klassen differenziertes System beschreiben soll« (ebd., 151), wird im Sinne der ersten Alternative beantwortet, ohne daß die Grundproblematik analysiert worden wäre. Im realen historischen Prozeß sind die gesteigerte Arbeitsteilung und die Ausbildung spezialisierter Funktionssysteme das Ergebnis einer vorgängigen technologischen Revolution, und dieses Bedingungsverhältnis hat sich auch im weiteren Verlauf nicht umgekehrt. Die gesellschaftlichen Konsequenzen der technologischen Entwicklung sind und waren aber mit bestimmten Produktionsverhältnissen verbunden, die selbst durch Grundstrukturen der vorindustriellen Klassengesellschaft kodeterminiert waren: Die schon in der ständischen Gesellschaft gegebene Eigentumslosigkeit der unteren Schichten setzt sich im kapitalistischen Industrialisierungsprozeß als Proletarisierung fort. Aus dem fehlenden Zugang zu Produktionsmitteln und der Abhängigkeit vom Verkauf der Arbeitskraft und der damit

zusammenhängenden prekären Arbeitsplatzsicherheit ergeben sich jene objektiven Momente der Klassenbildung, die als Kernproblem der Klassenanalyse anzusehen sind.

Über der kenntnisreichen Darstellung der Genese des Klassenbegriffs aus der physiokratischen Theorie und der weiteren »semantischen Karriere« des Klassenbegriffs³ verdrängt Luhmann den basalen historischen Kontext, in dem Klassenbildung und Klassenbewußtsein artikuliert wurden, nämlich die unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung. Auch hier rächt sich die Entsubjektivierungsoperation, der die Gesellschaftstheorie durch den Systemtheoretiker unterzogen wird. Damit soll keineswegs die Notwendigkeit einer Kritik der analytischen Grundlagen der Klassentheorie im Hinblick auf reale gesellschaftliche Entwicklungen wie zum Beispiel die Auswirkungen des Fordismus bestritten werden. Luhmanns vor Gelehrsamkeit strotzende Polemik ist aber kein Äquivalent für den wissenschaftlichen Beweis seiner diskutablen Kernthesen: »... rückblickend gesehen war auch die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts bereits viel zu komplex, als daß man sie selbst und ihre Entwicklungsaussichten mit dem Gegensatz von Kapital und Arbeit hätte begreifen können. Heute ist evident (sic!), daß keines der drängenden Großprobleme unserer Gesellschaft durch Klassenkampf und durch Auflösung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit gelöst werden könnte.« (Ebd., 152)

Die weitgehende Aussparung der Arbeitssphäre — auch in der »Rechtssoziologie« (31987b) zum Beispiel sucht man vergebens nach Ausführungen zum Arbeitsrecht, das nicht einmal als Stichwort erwähnt wird — und die Ausblendung von Mechanismen der Profitmaximierung in den Produktionsverhältnissen weisen auf ein allgemeines Defizit von Luhmanns soziologischen Arbeiten: die schmale empirische Basis, auf der seine Theorie konstruiert wird. Schon in der Diskussion auf dem Frankfurter Soziologentag wurden »Fragen nach dem empirischen Gehalt der Luhmannschen Systemtheorie« (in: Adorno 1969, 268) gestellt. Die einzige empirische Untersuchung, an der Luhmann federführend mitgewirkt hat, ist eine Studie über das weltbewegende Thema »Personal im öffentlichen Dienst. Eintritt und Karrieren« (1973). Diese Untersuchung kann kaum als eine Umsetzung seiner Systemtheorie gelten. Die Kritik der fehlenden Spannung von Theoriebildung und empirischer Forschung formuliere ich nicht aus methodologischer Pedanterie. Dieses Defizit drückt etwas wichtigeres aus: die eingeschränkte Erfahrung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Der wesentliche Zugang hierzu ist für Luhmann die öffentliche Verwaltung gewesen. Seine glänzende Beobachtungsgabe hat hier jene Fragestellungen eröffnet, die seine eigenständige Weiterführung der Weberschen Bürokratietheorie in der Form einer Theorie formaler Organisation ermöglichte. Seine juristische Schulung befähigt ihn zur schematisierenden Analyse organisatorischer Zusammenhänge und ihrer gesellschaftlichen Folgewirkungen. Ein erheblicher Teil des Interesses, das Luhmanns Schriften entgegengebracht wird, verdankt sich dieser Nachbildung der von formalen Organisationen ausgehenden Schematisierungszwänge, denen sich keiner gänzlich entziehen kann. Auch die Kommunikationsproblematik, um die die Luhmannsche Systemtheorie zentriert ist, erscheint vorrangig als das typische Kommunikationsproblem von Behörden (vor allem untereinander, aber auch mit

der Umwelt: Betroffene, Klientel etc.). Über diesen Bereich von gesellschaftlicher Realität ist Luhmann sicher als kompetenter Soziologe ausgewiesen. Seine Analysen formaler Organisation gewinnen an Schärfe und Informationsvielfalt durch die Kontrastierung mit der Analyse von Interaktionssystemen. Die Herausarbeitung der Differenz dieser beiden Systemtypen gehört zu den wichtigsten organisationssoziologischen Anregungen für effektivere politische Praxis.

Obwohl seine 1981 erschienene Schrift »Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat« eine neokonservative Position vertritt und den Geist der »Wende« ausstrahlt, ist sie zugleich als eine informative Darstellung der Wirkungsschranken bürokratischer Programme im »Wohlfahrtsstaat« zu bewerten. Vor dem Hintergrund dieser partiell triftigen Kritik der Staatsillusionen erscheinen die teilweise abwegigen Bemerkungen zur Herrschaftsproblematik ansatzweise nachvollziehbar. Als diskutabile Position kann zunächst der systemtheoretische Leitsatz, daß funktionale Systeme nicht durch andere Systeme ersetzt werden können und daß ihre Sinn Grenzen beachtet werden müssen, angesehen werden. Das politische System kann Leistungen des ökonomischen Systems im Prinzip nicht übernehmen, ohne ein Leistungsdefizit zu riskieren. Seine Kritik an den Steuerungsprinzipien bisher realisierter sozialistischer Gesellschaften, insbesondere die Zusammenfassung politischer und ökonomischer Funktionen in einer einzigen Organisation, letztendlich der zentralistischen Einheitspartei, ist überzeugend und wird auch durch die gegenwärtige Krise dieser Gesellschaften bestätigt.

Die von ihm durchgängig vertretene These hingegen, daß gesellschaftliche Prozesse nicht von einem Zentrum aus gesteuert werden könnten, erscheint fragwürdig. Sie übergeht Strukturen wie den militärisch-industriellen Komplex und die Machtverhältnisse im Imperialismus. Es bleibt nun noch abgesunkenes Kulturgut teutonischer Provenienz. Bei der Rede von Herrschaft schlagen irrationale Aversionen gegen kritische Theorien durch. Im Anschluß an die These, auf Grund der »dreistelligen Differenzierung von *Politik*, *Verwaltung* und *Publikum*« verlöre politische Macht ihren »eindeutig-asymmetrischen Charakter von 'oben nach unten'«, und dies sei »ein System ohne Zentrum« (1981b, 44f), findet sich die Formulierung: »Die geradezu neurotischen Formen der Herrschaftskritik in den letzten beiden Jahrzehnten zeigen nur an, daß dieser Terminologie ihr Gegenstand abhanden gekommen ist, und daß sie deshalb übertreiben muß.« (Ebd., 46) Der Autor treibt die Antikritik bis zum Zynismus: »Das Publikum wirkt seinerseits auf den verschiedensten Kanälen, über Interessenorganisationen oder Tränen im Amtszimmer, auf die Verwaltung ein.« (Ebd.) Dieser Antikritik liegt ein Dilemma zugrunde, das man als *déformation professionnelle* der bürgerlichen Soziologie seit Comte bezeichnen kann. Apologetisches bürgerliches Denken scheut vor der Erörterung der Bedingungen der Möglichkeit realer Herrschaftsfreiheit und des antiherrschaftlichen Widerstandes als konstitutivem Gesellschaftsprinzip zurück. Diese Verlegenheit äußert sich bei Luhmann in den »Sozialen Systemen« zum Beispiel so: »Anders als in der Freudschen Sublimierungspsychologie kehrt das verdrängte Allgemeine nicht verbessert ins Bewußtsein zurück, sondern verschlimmert: als Krankheit. In diese Lage gebracht, kann das Individuum den Ausweg wählen, nicht sich selbst, sondern die Gesellschaft für krank zu erklären. Das Repertoire, das dann zur Verfügung steht,

reicht vom Anarchismus über Terrorismus bis zu Resignation — ... Das wirkliche Individuum hilft sich durch Anfertigung von Copien (gelegentlich auch: durch Copieren jener Extremmodelle). Es lebt als 'homme-copie' (Stendhal). Der Protest dagegen ist ebenso vergeblich wie der Protest gegen Herrschaft.« (1984, 366) Zwar schreibt er im weiteren Text ganz unaufgeregt von der »basalen Anarchie der Interaktionen« (ebd., 575), aber sonst findet sich keine begriffliche Klärung von Anarchie. Diese scheint bei ihm — aber nicht nur bei ihm — eine Denkblockade auszulösen. Allenfalls könnte man sagen, daß Anarchie als leere Negation von Herrschaft den Bruchpunkt des soziologischen Denkens markiert.

Die verweigerete ökologische Kommunikation

Ein Leitthema der Luhmannschen Systemtheorie ist ihr spezifischer Bezug zum Komplexitätsproblem. Steigerung und Reduktion von Komplexität sind Dauerthemen dieser Theorie. Ihre Spezifizierung der allgemeinen System/Umwelt-Thematik in der Bestimmung von Systemleistung durch Reduktion von Komplexität ist die systemtheoretische Generalisierung des Gehlenschen Entlastungstheorems. Luhmann versucht, diese Abhängigkeit in Fußnoten abzulegen: »Manche einschlägige Beobachtung findet sich auch bei Gehlen (Der Mensch), obwohl dessen Kategorien der 'Institution' und der 'Entlastung' mehr impressionistisch gefunden und nicht auf eine Systemtheorie rückbezogen gedacht sind.« (1973b, 183 n 27) Die der Gehlenschen Entlastungstheorie zugrunde liegende Analyse der Weltoffenheitskonstitution des Menschen⁴ wird bei Luhmann in die zentrale Plazierung des Selektionsbegriffs übersetzt. Diese Umstellung und die unterbliebene Auseinandersetzung mit der ökologischen Grundinterpretation der Anthropologie von Portmann, Uexküll und Gehlen hat seine Systemtheorie nachhaltig beeinträchtigt. Dieses Defizit ist mit dafür verantwortlich, daß sein auf ein breites Publikum zielendes Buch »Ökologische Kommunikation« (1986) kurzfristig den falschen Eindruck erwecken konnte, diese Form der Systemtheorie könnte einen entscheidenden sozialwissenschaftlichen Beitrag zur ökologischen Krise der Gegenwart leisten. Nachdem der Geltungsanspruch der Luhmannschen Theorie sich jahrelang gerade daraus hergeleitet hatte, daß das Zentraltheorem der leistungsmäßigen Unüberbietbarkeit funktionaler System durch die scheinbar evidente Effizienz und Dynamik der Subsysteme kapitalistischer Gesellschaften verifiziert wurde, ist gerade deren katastrophale Auswirkung auf die natürlichen Lebensgrundlagen menschlicher Gesellschaften unübersehbar geworden. Auf dieses Dilemma reagierte Luhmann mit dem Versuch, die ökologische Krise als Problem der ökologischen Kommunikation zu thematisieren. Er räumt zwar ein, daß sich »das Problem« zu einer vorher nicht erreichten Intensität gesteigert hat, setzt dann allerdings hinzu, daß diese »sich als nicht länger ignorierbares, störendes 'Rauschen' der menschlichen Kommunikationsgemeinschaft aufzwingt« (1986, 12). Luhmann kann nicht umhin, die systematische Ausblendung von Gefährdungslagen durch hochspezialisierte Leistungssysteme festzustellen, geht aber nicht auf die dahinterstehenden Interessenlagen und Machtverhältnisse ein. Statt dessen polemisiert er gegen »eine gezielte öffentliche

Rhetorik der Angst« (ebd., 243), die insbesondere von den neuen sozialen Bewegungen, »denen Theorie fehlt« (ebd., 234), ausgeht. Diese Bewegungen sind deshalb — und weil ihre Mitglieder zumindest teilweise als »Parasiten« (ebd.) leben — nicht dazu qualifiziert, als Selbstbeobachtungsorgan der Gesellschaft zu funktionieren.⁵

Politische Semantik und Lingua Tertii Imperii

Der Leser registriert bei der Lektüre der Luhmannschen Werke zwiespältige Empfindungen: Zunächst stößt er auf prägnante Textstellen. Das dadurch ausgelöste Interesse verrinnt jedoch recht bald in der Monotonie eines durch »Engführungen« und rekursive Wendungen gerasterten Sprachbildes. Luhmann selbst präokkupert das Monotonieproblem: »Die gesamte Welt der sozialen Kommunikation (ist) darauf eingerichtet, daß Monotonie ausgeschlossen ist und man nur kommunizieren kann, indem man Themen und Beiträge wechselt. Wenn nichts zu sagen ist, muß man etwas erfinden.« (1984, 99). Luhmanns Semantik reproduziert die sensorische Deprivation, die weite Bereiche der gegenwärtigen Gesellschaft durchzieht. Monotonie ist eine mögliche Konsequenz dieses Defizits. Rationalisierungsmaßnahmen haben in der Tat vielerorts die Menschen zur Umwelt von sozialen und maschinellen Systemen, zu deren Restgrößen gemacht. Die speziell durch den Vietnamkrieg und die Raumfahrt vorangetriebene Sensortechnologie hat diese Entwicklung beschleunigt. Super-clean-Bereiche in Fabriken, akustische Isolation samt Sicherheitszonen in Funkhäusern und Hochsicherheitstrakte sind typische Ausprägungen dieser Tendenz zur sensorischen Deprivation, zu der Luhmanns Texte über weite Strecken das sprachliche Äquivalent darstellen.

Soweit zur zwiespältigen Faszination der Luhmannschen Werke. Diese Ambiguität verschwindet ins Negative, wenn man sich einem dunklen Aspekt seiner politischen Semantik zuwendet. Bedenkenlos gebraucht der Autor von bisher drei Bänden »Gesellschaftsstruktur und Semantik« Begriffe, die zeitgeschichtlich »belastet« sind, so daß sie nur noch als Objekte von Analysen politischer Semantik taugen, aber nicht mehr als Instrumente des Denkens. Das gilt in allererster Linie für Luhmanns Verwendung des Selektionsbegriffes. Biologische Evolutions- und Systemtheorien mögen sich vom Selektionsbegriff nicht mehr lösen können. Die Ausprägung des Selektionsbegriffes im Spencerismus (vulgo Sozialdarwinismus) und ihre geradlinige Vergrößerung durch Sozialreform und Sozialpolitik bis hin zur Selektion an der Rampe von Auschwitz machen den harmlosen Weitergebrauch des Begriffs unerträglich.

Die Bedenkenlosigkeit in der Entscheidung für »Selektion« als Zentralbegriff führt assoziativ in die Kernbereiche der Lingua Tertii Imperii. Ausgerechnet in der »Soziologischen Aufklärung« (Bd. 3) findet sich der Satz: »Deren (Funktion) Sonderbehandlung erfordert ja die Bereitstellung hochselektiver Systemgrundlagen ...« (1981a, 302). Kein einmaliger Ausrutscher: »Sonderbehandlung« gibt es zum Beispiel auch in der »Politischen Theorie im Wohlfahrtsstaat« (1981b, 140). Mehrfach wird der Ausdruck »Ausmerzungen« gebraucht: »Ausmerzungen jeder Unsicherheit« (1984, 391) oder »Ausmerzungen von Widersprüchen« (1984, 496).

Auf der gleichen Seite schreibt Luhmann im schönsten Polizeideutsch vom »Erkennungsdienst der Logik«. Recht wird als »Immunsystem der Gesellschaft« (ebd., 507, 509) begriffen. Aggressiver Biologismus tobt sich auch in Kollegenschelte aus: »Die soziologische Utopie lebt auf Grund eines eigenen Immunsystems, das mit dem der Gesellschaft inkompatibel ist. So wird die Soziologie zur Krankheit der Gesellschaft und die Gesellschaft zur Krankheit der Soziologie — wenn diese Inkompatibilität nicht theoretisch unter Kontrolle gebracht wird.« (Ebd., 505)

Da Luhmann sich explizit von der NS-Mentalität distanziert, müssen derartige Gedankenlosigkeiten als eine durchgängige Insensibilität für gesellschaftliche Grenzsituationen verstanden werden. Läßt sich diese Insensibilität entschlüsseln? Luhmanns Äußerungen über seine politischen Primärerfahrungen bekunden eine tiefe Desillusionierung in einem für politische Sozialisation entscheidenden Lebensabschnitt. In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau sagte er:

»Vorher schien alles in Ordnung zu sein und hinterher schien alles in Ordnung zu sein, alles war anders und alles war dasselbe. Man hatte vorher seine Probleme mit dem Regime und hinterher war es nicht so, wie man es sich erwartet hatte. Und deshalb war wahrscheinlich auch das juristische Studium für meine Art des Denkens wichtig geworden. (...) Vor 1945 hatte man doch gehofft, daß nach dem Wegfall des Zwangsapparates alles von selbst in Ordnung sein würde. Das erste jedoch, was ich in der amerikanischen Gefangenschaft erlebte, war, daß man mir meine Uhr vom Arm nahm und daß ich geprügelt wurde. Es war überhaupt nicht so, wie ich vorher gedacht hatte. Und man sah dann bald auch, daß der Vergleich von politischen Regimen nicht auf der Achse 'gut/böse' verlaufen konnte, sondern daß man die Figuren in ihrer begrenzten Wirklichkeit beurteilen muß. Ich will damit natürlich nicht sagen, daß ich die Nazi-Epoche und die Zeit nach 1945 als gleichwertig betrachte. Aber ich war nach 1945 einfach enttäuscht. Aber ob das wirklich so wichtig ist? Auf jeden Fall ist die Erfahrung mit dem Nazi-Regime für mich keine moralische gewesen, sondern eher eine Erfahrung des Willkürlichen, der Macht, der Ausweich-Taktiken des kleinen Mannes.« (1987a, 128f.)

Hier kann man vielleicht die existentielle Wurzel für die eigentümliche Veräußerlichung des Moralbegriffs in Luhmanns Sozialtheorie sehen. So klar die Nicht-Identität mit der NS-Ideologie ist, so eindeutig ist auch die Zurückweisung jeder Theorie, welche Widerstand gegen ein verbrecherisches Regime als gesellschaftliche Möglichkeit und Notwendigkeit versteht. Dieses Politikdefizit steht in engem Zusammenhang mit der Ausblendung des Widerstandsbegriffs aus seinem Themenkatalog. Die primäre Verzagtheit kontrastiert auffällig damit, daß Luhmann in einer anderen Diskussionssituation seinen Optimismus für die Zukunft »am ehesten in der Selbstanpassungsfähigkeit der Großstrukturen« (ebd., 106) begründet sieht.

In seinem Nachruf auf den Schreibtischtäter Hans Globke meint der Zeithistoriker Hans Buchheim in der *FAZ* vom 16.2.1973, Globkes Verhalten in der NS-Zeit könne nur von denjenigen verstanden werden, »die die komplexe Natur des Totalitarismus begriffen hatten«. Diese Meinung fügt sich in eine Serie ähnlicher Apologien, in denen Fragen moralischer Schuld oder wenigstens Mitschuld des für die Nürnberger Gesetze als Jurist verantwortlichen Referenten und Mitverfassers des maßgeblichen Kommentars gegenstandslos gemacht werden sollen (vgl. Gotto 1980). Nicht nur im Hinblick auf diesen umstrittenen Staatssekretär, sondern auf Täter und Mittäter des NS-Regimes generell wurde eine Komplexitäts- und Systemargumentation entwickelt, mit der Fragen persönlicher

oder kollektiver Schuld und Haftung ausgeschlossen werden sollten. In Auseinandersetzung mit der von Niemöller und anderen Angehörigen der Bekennenden Kirche aufgeworfenen Kollektivschuld-These wurde im juristischen Nachkriegsmilieu in letzter Konsequenz die Idee eines kollektiven Subjekts zu Grabe getragen, um sich von der Verantwortung freizusprechen — wo kein Subjekt, da keine Schuld.

Diese Zusammenhänge bilden den zeitgeschichtlichen Kontext zu Luhmanns theoretischer Konzentrierung auf den Systembegriff und auf die Komplexitätsproblematik.

Zusammenfassung

Luhmanns »Anschluß« an biologische Systemtheorien führt nicht zu einer soziologischen »Reflexion« über die riskanten Anwendungsmöglichkeiten der von diesen Theorien bearbeiteten naturwissenschaftlichen Entdeckungen und systematischen Erkundungen manipulativer Technologien. Eine solche soziologische Systemtheorie trägt nichts Positives dazu bei, daß »die Gesellschaft«, insbesondere ihr politisches System, durch frühzeitige wissenschaftliche Folgenabschätzung über Risiken zum Beispiel der Gentechnologie kommunizieren und vernünftige Entscheidungen treffen sowie richtige Entwicklungen programmieren kann. Der Ertrag der Entsubjektivierungsoperation ist mager, da durch die kommunikationstheoretische Verengung der Systemtheorie der potentielle Abstraktionsgewinn entscheidend geschmälert wird: Der Rekurs auf Sinn als Letztelement schließt die Analyse nicht intendierter objektiver Strukturzusammenhänge aus der Analyse aus (vgl. Berger in: Haferkamp/Schmid 1987). Indem Luhmanns Begriffe bisher bestehende Definitionen als naiv oder durch die reale Evolution als »überholt« darstellen, gelingt es dieser eloquenten Systemlogik, ihre eigenen Modelle als alternativlos hinzustellen. Ihre wichtigste gesellschaftliche Funktion besteht nicht in der expliziten Festlegung auf dominante Klasseninteressen, sondern in der Entwaffnung alternativer Theorien. Diese Form generalisierender Theoriebildung ist deswegen scharf zu kritisieren, weil sie mit abstrakten Theoremen, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit entfremdete Interessen verfolgen, soziologisches Terrain okkupiert und durch ihre Blendwirkung die Ausarbeitung und Erörterung von soziologisch relevanten Theorieansätzen erschwert, die Alternativen zum Selbstlauf kapitalistischer Gesellschaften entwerfen und den Rückstand sozialwissenschaftlicher Reflexion gegenüber der technologischen Dynamik auf holbar machen könnten.

Anmerkungen

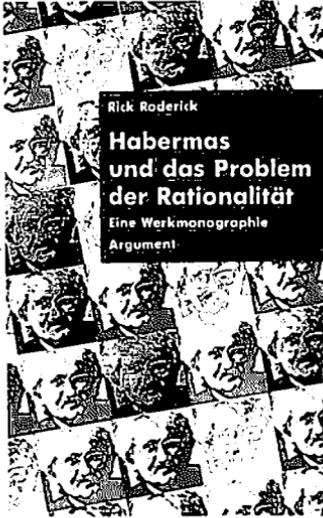
- 1 Im US-Kongreß wurde insbesondere beklagt, daß sich herausgestellt habe, welche Unsummen für nutzlose sozialwissenschaftliche Forschung ausgegeben worden war. Die Folge dieser negativen Bilanz war das Ausbleiben erheblicher Beträge für sozialwissenschaftliche Projekte, was zu einer vorübergehenden Schwächung des Einflusses der US-Soziologie in anderen Ländern führte. Erst die wachsenden Schwierigkeiten von Befreiungsbewegungen an der Macht und die sowjetische Parallellaktion in Afghanistan haben zu einer erneuten Stärkung des amerikanischen Einflusses auf ideologischem und sozialwissenschaftlichem Gebiet in den Ländern der Dritten Welt geführt.

- 2 Zwar hatte schon Ralf Dahrendorf mit seinen »Pfadern aus Utopia« eine konflikttheoretische Überwindung der »grand theory« (C.W. Mills) versucht, das niedrige theoretische Niveau seines Gegenwurfs verhinderte aber eine nachhaltige Wirkung, zumal ein Teil der Argumentation durch das Parsonssche Spätwerk überholt wurde.
- 3 Bei aller Bemühung um historische Vielseitigkeit unterlaufen Luhmann allerdings auch erhebliche Irrtümer. Um nur ein Beispiel zu nennen: es stimmt nicht, daß in der alteuropäischen Gesellschaft die Differenz von Stadt und Land »fast unerwähnt« (1985, 149) bleibt. Die pejorative semantische Karriere des auf das vulgärlateinische »vilanus« zurückgehenden Worts »villain« ist ein schlagender Gegenbeweis.
- 4 »Überhaupt trifft die hier skizzierte Theorie sozialer Systeme sich in wesentlichen Punkten mit einer anthropologischen Soziologie, welche die 'Weltoffenheit' und die entsprechende Verunsicherung des Menschen zum Bezugspunkt von (letztlich funktionalen) Analysen macht.« (1972b, 131 n 9)
- 5 H. Ahlemeyer hat in seiner Münsteraner Habilitationsschrift »Soziale Bewegung als soziales Problem. Prolegomena zu einer systemtheoretischen Analyse von Einheit, Umweltverhältnis und Funktion sozialer Bewegungen« (1988) versucht, mit der Luhmannschen Systemtheorie soziale Bewegungen zu analysieren. Obwohl Ahlemeyer dabei zu interessanten Ergebnissen gekommen ist, zeigt sich m.E., daß die Luhmannsche Version der Systemtheorie nur sehr beschränkt für diesen Zweck brauchbar ist (vgl. Ahlemeyer 1989).

Literaturverzeichnis

- Adorno, Th.W. (Hrsg.), 1969: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Stuttgart
- Ahlemeyer, H., 1989: Was ist eine soziale Bewegung? Zur Distinktion und Einheit eines sozialen Phänomens. In: Zeitschrift für Soziologie 3, 175-191
- Gotto, K. (Hrsg.), 1980: Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes. Stuttgart
- Habermas, J., und N. Luhmann, 1971: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie — Was leistet die Systemforschung? Frankfurt/M.
- Haferkamp, H., und M. Schmid (Hrsg.), 1987: Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung. Frankfurt/M.
- Luhmann, N., 1972a: Funktion und Folgen formaler Organisation. West-Berlin
- ders., 1972b: Soziologische Aufklärung. Bd. 1, Opladen
- ders., und R. Mayntz, 1973a: Personal im öffentlichen Dienst. Baden-Baden
- ders., 1973b: Zweckbegriff und Systemrationalität. Frankfurt/M.
- ders., 1975a: Soziologische Aufklärung. Bd. 2, Opladen
- ders., 1980: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Bd. 1, Frankfurt/M.
- ders., 1981a: Soziologische Aufklärung. Bd. 3, Opladen
- ders., 1981b: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München, Wien
- ders., 1981c: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Bd. 2, Frankfurt/M.
- ders., 1984: Soziale Systeme. Frankfurt/M.
- ders., 1985: Zum Begriff der sozialen Klasse. In: N. Luhmann (Hrsg.), Soziale Differenzierung. Opladen
- ders., 1986: Ökologische Kommunikation. Opladen
- ders., 1987a: Archimedes und wir. West-Berlin
- ders., 1987b: Rechtssoziologie. Opladen
- ders., 1988: Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt/M.
- ders., 1989: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Bd. 3, Frankfurt/M.

Marxismus und kritische Theorie



Rick Roderick
**Habermas und das
Problem der
Rationalität**
Eine Werkmonographie
Aus dem Amerikanischen von
Michael Haupt
ca. 250 S., br., DM 28,—

Jürgen Habermas, der im Juni 1989 60 Jahre alt geworden ist, wird auch in der angloamerikanischen Philosophie und Soziologie, der Habermas nach eigenem Bekunden viele Anregungen verdankt, in zunehmendem Maße als Vertreter einer Gesellschaftstheorie wahrgenommen, deren Wurzeln sowohl in der Philosophie des deutschen Idealismus als auch im Marxismus und der Frankfurter Schule zu finden sind. Kaum ein anderer Theoretiker hat so viele verschiedene, ja einander widersprechende Ansätze aufgenommen, um sie zu einer einheitlichen Theorie der Moderne und des ge-

sellschaftlichen Wandels zu verarbeiten.

Gerade diese Einheitlichkeit will der Marxist Roderick hinterfragen. Am Leitbegriff der Rationalität diskutiert er das sozialphilosophische Werk von Habermas von den frühen Schriften bis zur »*Theorie des kommunikativen Handelns*«. Indem er die verschiedenen Traditionsstränge im Habermas'schen Werk analysiert, verdeutlicht er zugleich die Brüche und Inkonsistenzen, welche die Entwicklung einer radikal-kritischen Gesellschaftstheorie behindern. Dabei wird auch Habermas' Hinwendung zum »linguistic turn« der kritischen Reflexion ausgesetzt: Inwieweit tragen sprachphilosophische und evolutionstheoretische Rekonstruktionen des Historischen Materialismus tatsächlich zu einer Erneuerung marxistisch fundierter Gesellschaftstheorie bei? Radikale Theorie muß, so Roderick, über Habermas hinausgehen, um anhand neuer Untersuchungen zu Staat, Klasse, Ökonomie und Kulturapparaten eine fundamentale Kritik des entwickelten Kapitalismus leisten zu können.

Zusammen mit der Einleitung, die der Autor für die deutsche Ausgabe geschrieben hat, ist der Band nicht nur ein Dokument kritischer Rezeption im angelsächsischen Bereich, sondern, aufgrund der umfassenden Darlegung des historisch-theoretischen Hintergrundes von Habermas' Werk, auch eine gelungene Einführung in die Probleme und Wandlungen kritischer Gesellschaftstheorie.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Klaus Zimmermann

Die Abschaffung des Subjekts in den Schranken der Subjektphilosophie

Erkenntnistheoretische Herkunft

Aufgabe und Form einer Wissenschaft darzustellen, ist abhängig von der Bestimmung des Gegenstandes, dessen sie sich zu vergewissern hat. Welche Theorie denn entwickelt werden soll, kann nicht unabhängig vom Inhalt dieser Theorie sein. Die oft konstatierte Krise der Soziologie, insonderheit der Gesellschaftstheorie, die sich in Theoriebeliebigkeit und Empirismus niederschlägt, läßt die Reflexion auf ihr Objekt als notwendig erscheinen. Wenn die Wirklichkeit der Theorie davonläuft, stellen sich zwei Anforderungen an die Theorie. Zum einen muß sie sich sputen, zum anderen muß sie ihre Verspätung erklären.

Theorieangebote bezeichnen soziale Wirklichkeiten, deshalb taugen Wiederholungen vergangener Konzeptionen kaum. Dennoch treten wissenschaftstheoretische und sozialphilosophische Konzeptionen, die vom wissenschaftlichen Fortgang abgelöst schienen, wieder ins Zentrum des theoretischen Interesses. Die (formale) objekttheoretische Reflexion gerät zur ausgezeichneten Erkenntnis des Objekts. Untersuchungen, die sich den impliziten Voraussetzungen der Formen des sozialen Handelns widmen oder die die Konstitutionsbedingungen der sozialen Realität beschreiben, werden für sachhaltige Erkenntnisse genommen und bilden den Kern von Sozialtheorien. Diese Formalismen sollen den Anspruch auf Universalität sichern, den die Theorie material nicht zu erreichen scheint. Im Rekurs auf universale Begründungen aber ist sie ihren Phänomenen immer schon vorweg.

Die Orientierung an der philosophischen Tradition der Erkenntnistheorie begleitet die Systemtheorie N. Luhmanns einem Schatten gleich. Seine Theorie gibt nicht nur eine bestimmte Lesart der Ideengeschichte vor, die sich den originären Theorieformen anderer Philosopheme nicht mehr öffnen kann. Zugleich werden die wesentlichen Prämissen der Erkenntnistheorie idealistischer und positivistischer Provenienz und ihre lebens- und kulturphilosophischen Ableger festgeschrieben; mithin auch deren Theoretizismus, der noch den Aufstand gegen den Geist prägt. Obwohl die Entwicklung der Systemtheorie mit ihrer Differenz von System und Umwelt erst neueren Datums zu sein scheint, läßt sich bei Luhmann kaum ein Theoriemoment ohne ideellen Vorläufer finden. Damit soll nicht einer sterilen Philosophiegeschichtsschreibung das Wort geredet werden, die bei jeder neuen Erscheinung des Geisteslebens — und vor allem bei einer, die von sich behauptet, ein neues Paradigma einzuführen — im bedingten Reflex »Alles schon mal dagewesen« ruft und nachweist, daß sich alles spätestens bei Aristoteles schon findet. Aber ein Paradigma, oder auch nur eine Theorie, können nicht als neu gelten, wenn sie sich von ihren impliziten ideellen Prämissen nicht mehr distanzieren. Dabei ergeht es Luhmann nicht viel anders als seinen vielen Referenzautoren, die das Traditionsfeld seiner Theorie abstecken: seien es nun Nietzsche, Heidegger oder Gehlen. Deren Interpretation der

ideellen Herkunft ist ihnen gleichsam philosophisches Programm, ohne daß es ihnen gelungen ist, aus den gesteckten Denkwängen auszubrechen — sie verfolgen nur konsequent die Implikationen ihrer Voraussetzungen und negieren sie abstrakt. Dadurch bestätigen sie implizit das, was sie explizit ablehnen.

Es ist keine neue, aber dennoch erhellende Einsicht, daß Luhmann sich spärlich auf die kanonisch gewordenen soziologischen Klassiker bezieht. Den Bemühungen, sie erneut zu interpretieren, attestiert er im Gegenteil nur Ausflucht aus einem Theoriedefizit; statt dessen widmet er sich universalistischen Tendenzen anderer Wissenschaftsgebiete: Kybernetik, Biologie, Philosophie. Seine Theorie lebt vom Theorieimport. Aber diese Inkorporationen sind bei aller Augenfälligkeit nur Randphänomene — Implikationen eines Theoriekerns, der als technisch-operationell zu beschreiben ist; alles vollzieht sich gemäß operationeller Prozesse, die die Wissenschaft zu beschreiben hat. Mit diesem Ideal der Deskription ist die Systemtheorie eine spezifischen Form der Erkenntnistheorie afffin: dem Programm der »deskriptiven Psychologie« in ihrer transzendentalen Fassung, also der Transzendentalphänomenologie E. Husserls.

Die Interpretation der soziologischen Klassiker hat sich dieser Grundannahme zu fügen. Marx wird früh verabschiedet, von Durkheim, Simmel und Weber ist wenig, von Parsons etwas mehr die Rede. Dahinter verbirgt sich nicht nur die ideenpolitische Absicht, sich als soziologischer Hochalpinist zu bewähren, der alle bisherigen Höchstmarken überwindet, damit er Entdecker eines alle und alles überragenden Bergmassivs soziologischer Theorie werde. Vielmehr zeigt sich darin deren Nähe zu Luhmanns Programm, dessen vermeintlicher Fortschritt sich an ihnen aufzuzeigen hätte. Aber auch hier gilt es in prononcierter Radikalität, wie die Phänomenologie es zu ihrem Motto erkoren hat, sich der Sache selbst zu widmen und nicht den Theorien über die Sache. So beschränkt sich die Rezeption vornehmlich auf die erkenntnistheoretischen Momente, wie sie sich bei Simmel und Weber in ihrer Orientierung am Neukantianismus finden lassen; so findet der Institutionalismus Durkheims vor allem über die soziologische Erkenntnistheorie Einlaß. Die soziale Erfahrung muß sich in Form des erkenntnistheoretischen Dualismus von Subjekt und Objekt artikulieren, und es nimmt wenig Wunder, daß Theorien, die von diesem Modell weiter entfernt sind, es sehr schwer haben, von Luhmann angenommen zu werden.

Erkennen hat Vorrang vor Handeln, so daß Luhmann eher den theoretischen denn den praktischen Aspekt des Sozialen aktiviert. Luhmann bezieht sich auf die soziale Situation der Moderne und der mit ihr verbundenen Schwierigkeiten individueller Lebensführung aus der Position des Beobachters. Die orientierungspraktische Problematik, wie zu handeln sei, wird durch die Aufforderung, die Situation zunächst theoretisch zu erfassen, unterlaufen. Diese theoriestrategische Entscheidung, in der sich Objektivismus und Universalismus der Systemtheorie ankündigen, zeitigt eine Gesellschaftstheorie, die ohne individuelle Akteure auszukommen glaubt.

Produktionstheorie

Die Verbindung anscheinend heterogener Momente wie der darwinistischen Evolutionstheorie, Geschichtsphilosophie, Positivismus und Idealismus und der sozialen Differenzenerfahrung als Grundbefindlichkeit der Moderne bei gleichzeitigem Einschluß der kulturellen Implikationen des Kapitalismus, der Rationalisierung und der Eigenlogik autonomer Sachspähren: Diese theoretische Gemengelage ist Simmel, Weber und Luhmann gemeinsam.

Gemeinsame Situation besagt noch nicht gemeinsame Theorie, bedeutet auch noch nicht theoretischen Eklektizismus. Die alten Denkmittel scheinen verbraucht zu sein, sind durch die Kritik zerrieben. Was uns mit den Vormaligen verbinden könnte, ist nicht deren Methodologie, denn hier dünkt sich der heutige Theoretiker weiter — und radikaler. So wendet er sich ab und sucht nach Ersatz. Dabei vergißt er anscheinend, obwohl er es besser wissen müßte, daß sich Theorie und Realität gar nicht reinlich trennen lassen. Das gegebene soziale Phänomen einer logischen Behandlung zu unterziehen, um dergestalt generell und universell zu werden und die Erkenntnistheorie zu beerben, unterschätzt die Möglichkeit der logischen Rekonstruierbarkeit sozialer Wirklichkeit. Luhmann rekurriert auf die Faktizität sozialer Systeme und übersieht die Abstraktheit ihrer impliziten Logik. Zwar will er soziologische Aufklärung betreiben, indem er die soziale Erfahrung systemlogisch analysiert und sie somit universell begreift und verständlich macht, aber seine Theorie wird daraufhin tautologisch. Es gelingt ihr nur, die Logik der Erfahrung zu explizieren, ohne zu bemerken, daß ihre Logik schon die Erfahrung erzeugt hat.

Luhmanns Systemtheorie ist vor aller ausformulierten Systemtheorie, vor jedem Theorem, allein durch ihre Theorieform bedingt technisch-poietisch. Sie reiht sich damit auch theoriegeschichtlich in die Tradition neuzeitlicher Sozialtheorien ein, wie sie von Hobbes und Vico anfänglich formuliert worden sind. Heißt es dort, daß ein Phänomen erklärt sei, wenn man es selbst erzeugen könne, so wird dieses erkenntnistheoretische Prinzip zur Prämisse einer universalen Produktionstheorie: Erkennen heißt Herstellen, Machen. Unerkennbarkeit des Wesens und Beherrschbarkeit des Phänomens implizieren einander; die vorausgesetzte Logik, das gegebene Prinzip, bedingt ihre eigene Erklärungsreichweite mit dem Verzicht, die Wirklichkeit, das Wirkliche, selbst erklären zu können. Die Grenzen der eigenen Theorie stecken die Grenzen der Realität ab. Verschärft formuliert heißt das, daß diese Theorieform sich nur selbst erklären kann; sie ist nur in sich reflexiv, nur äußere Reflexion. Wenn Luhmann Parsons dessen analytischen Realismus als Fehler ankreidet, weil dieser der — vorgeblich — konkreten Handlung analytische Momente ablesen wollte und sie obendrein noch systemisch in seinem AGIL-Schema¹ faßte, so trifft dieser Vorwurf auch Luhmann selbst. Er kann nur den logischen Abstraktionsprozeß der sozialen Realität reproduzieren, den sie als ihre sinnhafte Selbstinterpretation liefert.

Die soziologische Aufklärung restituiert die Erfahrung, indem sie deren Eigenlogik rekonstruiert. Ihr Realitätsbezug in der Übereinstimmung von Realität und Logik gerinnt zur unausgewiesenen, und mit ihren begrifflichen Mitteln auch nicht ausweisbar unterstellten Isomorphie von Theorie und Realität. Diese unab-

dingbare Voraussetzung teilt sie mit der Phänomenologie Husserls wie mit der neueren Theorie des Konstruktivismus, für den Erkennen heißt, das beobachtete Phänomen zu erzeugen. Wie für ihn die Realität konstruiert wird, so interpretiert die Systemtheorie die soziale Realität, wie sie sich ihr darbietet. Um es mit einem Terminus der Wissenschaftslehre Webers zu beschreiben: Das System ist sein eigener Idealtypus.

Subjektivität ohne Subjekt

Die theoretische Aufgabe universeller Deskription ist von ihrer orientierungspraktischen Funktion nicht zu trennen. Die Systemtheorie Luhmanns ist implizit Subjektivitätstheorie — mitunter sträubt sie sich gegen diese Einsicht. Sie ist Reflexionstheorie und beschreibt nicht nur soziale Systeme, sondern sie macht die Systeme in dieser Beschreibung dem einzelnen erst verständlich. Daraus leitet sich die Plausibilität der Isomorphieunterstellung ab: Die soziale Realität konstituiert sich gemäß desselben Operationsmodus, nach dem sie der Beobachter erfährt. Das ontologische Problem der Bestandserhaltung wird systemtheoretisch transformiert in das funktionale Problem der Einheit des Systems selbst; es wird Identitätssystem. Zwischen der objektiven Einheit des Systems und der subjektiven Einheit des Beobachters darf unter dieser Perspektive nicht mehr unterschieden werden: Die subjektive Einheit kann nur die objektive Einheit reproduzieren, kann nur als objektive Einheit existieren.

Entgegen ihrem Anschein ist die Systemtheorie prinzipiell dualistisch; so fallen die Reproduktion des Systems als objektive Einheit durch die Autopoiesis einerseits und die Selbstreferenz des Systems als subjektive Einheit in der Selbstbeobachtung andererseits strikt auseinander. Die sich durch die Produktion ihrer Elemente selbstkonstituierende autopoietische Einheit prozessiert ohne die begleitende Selbstbeobachtung. Dementsprechend spricht Luhmann von der Autopoiesis des Bewußtseins, die aber seltsamerweise so gänzlich ohne Bewußtsein vonstatten zu gehen scheint, daß es schwierig wird, Selbstbewußtsein theoretisch zu erfassen. Die Systemtheorie ist Subjektivitätstheorie ohne Subjekt. Das System sorgt für sich selbst (für wen denn sonst?), und niemand ist dafür verantwortlich. Es geht in seiner funktionalen Identität auf. Innersystemische Ereignisse werden auf das Integral des Systems bezogen. Sie sind kontingent, denn sie hätten auch anders geschehen können. Die Kontingenz sozialer Handlungen und die unterstellte Notwendigkeit des Systems implizieren einander. Darin zeigt sich die Doppeldeutigkeit des Systemgedankens: Einerseits zur beliebigen Erfüllung vorgegebener Erwartungen degradiert, wird der Akteur andererseits zum Funktionär des Systems ernannt.

Luhmanns universelle Interpretationswissenschaft versucht, den objektiven Blick zu restituieren, indem sie auf die Relationsontologie rekurriert: Die Realität ließe sich demnach in ein vollständig bestimmbares Relationsgefüge von Elementen auflösen. Während das System dann jederzeit das objektive Bild seiner selbst wäre, wären alle anderen Beschreibungen perspektivisch verkürzt. Die Theorie will ortlos sein, weil sie zugleich im Zentrum und überall sonst sein muß. Seinen Beteuerungen zum Trotz, reproduziert Luhmann eine Theorie der

absoluten Realität (vgl. Luhmann 1984, 173) und der systemischen Respezifizierung.² Luhmanns Systemtheorie bezieht sich in ihrer prinzipiellen Problematik keineswegs nur auf die jüngsten kybernetischen Überlegungen zum Systembegriff; der ist viel älter. Schon in der Antike als Begriff des ordnenden Zusammenstellens konzipiert, tritt der Systembegriff mit der neuzeitlichen Wende zur Subjektivität, mit Descartes seine Herrschaft an. Descartes verbindet den universellen Anspruch, das Ganze des Seins zu erfassen, mit dem Gedanken der unüberbietbaren Begründung im *sum cogitans* des Selbstbewußtseins. Der Idee des Systems als universeller Zusammenhang des Seienden entspricht die Idee der Wahrheit als (subjektive) Evidenz. Diese Konzeption ist auch für Luhmann prägend — vor allem in der Form, wie sie durch Spinoza und Leibniz über Wolff und Baumgarten bis hin zu Kant vermittelt worden ist. Die Idee der vollständigen Ordnungseinheit findet in der Kantischen Bestimmung der idealen Vernunfteinheit als »Einheit der mannigfaltigen Erkenntnisse unter einer Idee« (Kant 1787, 860) ihren Ausdruck. Die Idee der systematischen Einheit beansprucht das, was ihr in der Einheit der Natur niemals korrespondieren kann. Die Natur als Ganzes ist kein Gegenstand der Erfahrung, so daß die prätendierte ideale Einheit der Erkenntnisse real nicht einzulösen ist und sie, wenngleich sie notwendige Vernunftforderung ist, hypothetisch bleibt. Der Versuch nun, zwischen Vernunfteinheit und Natureinheit, Idealität und Realität, zwischen Subjekt und Objekt, Synthesis und Substanz zu vermitteln, steckt den Rahmen auch einer Systemtheorie ab, die mit der Philosophie des deutschen Idealismus wohl mehr verbindet als Luhmann selbst recht sein mag.

Subjektkritik

Luhmanns Verdikt gegen die Subjektphilosophie mutet seltsam an, da sich die logischen Probleme, die die Systemtheorie traktiert, aus ihr herleiten. Das Erbe ist prägend, weil sich die Verhältnisse von Theorie und Realität, von System und Umwelt, als von jenen Überlegungen konstituiert erweisen, die sich gemeinhin als metaphysisch bezeichnen lassen. Die Überwindungen der Metaphysik sind ungezählt, und nicht selten hat sich die mit großer Geste angekündigte letztgültige Verabschiedung der Metaphysik eben deswegen selbst als metaphysisch dargestellt. Die Metaphysik scheint eine zu hartnäckige Gewohnheit zu sein, als daß sie sich schlichtweg durch Vergessen oder Verzicht abtun läßt.³

Das neue Paradigma rechtfertigt sich allein aus dem Nachweis, daß das alte gescheitert ist — und keineswegs aus sich selbst. Aber die Versicherung, alles anders und besser zu machen, verzerrt die Perspektive besonders dann, wenn man nicht so recht weiß, was denn früher gemacht worden ist und warum es fehlgeschlug. So ist es kein Kunststück, Kant Reziprozitätsethik vorzuwerfen, die Kant selbst als unzureichend ablehnt (Kant 1785, 68). So soll sich die Dialektik angeblich für die der Selbstreferenz und Fremdreferenz »zu Grunde liegende Einheit« (Luhmann 1984, 607) interessieren — wenn dem bloß so wäre! Warum ist den früheren Theoretikern das Quentchen Aufklärung versagt geblieben, das sie wunschlos glücklich gemacht hätte? Für eine Universaltheorie ist die Systemtheorie zuweilen seltsam blind gegenüber notwendigen Irrtümern, indem sie

logisch linear argumentiert. Es fehlt ihr die transzendente Dialektik, die aufzuzeigen hätte, warum notwendigerweise falsche Theorien erscheinen. Statt dessen werden Theorien, die sich dem systemlogischen Schema nicht fügen, für schlichtweg falsch erklärt. Das neue Paradigma jedoch definiert sich über die Negativform des alten der Subjektphilosophie und ist, wenn's gelingt, nur dessen Selbstreflexion.

Vieles, was Luhmann anführt, entstammt dem herkömmlichen Argumentationsarsenal des Pragmatismus, des Positivismus oder der Kritik Nietzsches, denen der Subjektbegriff ein Hauptziel ihrer Angriffe ist. Luhmanns Darstellung des Subjekts- oder des Bewußtseinsbegriffs ist jedoch selbst inkonsistent. Die Unterscheidung von psychischem und sozialem System setzt die Sachhaltigkeit dieser Unterscheidung voraus. Die Differenzierung von Organismus, psychischem und sozialem System — auch in anderen soziologischen Entwürfen sehr beliebt — rekurriert gar auf eben die philosophischen Distinktionen und Prämissen, die Luhmann metaphysikkritisch nicht teilen will; vor allem auf die Unterscheidung von Geist und Natur. Also interpretiert er Bewußtsein als autopoietisches System und somit als Entität. Das sei ihm unbenommen, nur trifft dann kein Einwand mehr gegen die Bewußtseinsphilosophie. Der systemtheoretische Dualismus besiegt sich selbst. Denn wäre das Bewußtsein nur ein selbstkonstituierendes System, nur ein regelgesteuerter Prozeß, dann wäre es nur Bewußtsein als Objekt der naturwissenschaftlich verfahrenen Psychologie, aber nicht Subjekt. Damit wäre alle Theorie, alle Erkenntnis hinfällig: Kein Objekt ohne Subjekt.

Luhmann unternimmt gewissermaßen die Quadratur des Kreises: Er will vom Bewußtsein als Erkenntnisprinzip abrücken, dem Psychologismus entgehen, aber die Differenz von Bewußtsein und Gesellschaft aufrechterhalten, ohne deren Verhältnis zueinander beschreiben zu können. Als Beleg sei eines von vielen möglichen Zitaten angeführt. »Auch sind Philosophen, die sich mit Hegel befassen, zumeist nicht bereit, das Bewußtsein scharf auf den Bereich zu beschränken, in dem es empirisch vorfindbar ist, nämlich auf psychische Systeme.« (Luhmann 1984, 496) Empirisch vorfindbar ist Bewußtsein nirgends. Wenn es so wäre, wäre es extern beobachtbar und die gesamte Philosophiegeschichte seit Descartes völlig unsinnig; das meint aber wohl Luhmann auch nicht. Abgesehen von solchen Beschreibungen reproduziert Luhmann, bedingt durch seinen Ausgang vom momentanen Bewußtsein, die Konstruktionen und Aporien der abgelehnten Transzendentalphilosophie. Ihre Probleme jedenfalls sind vorhanden: der Objektivismus, die Selbstobjektivation, das Bewußtseinsmodell, die apriorische Leibdeduktion. Luhmann fällt aber im Theoriestand, ebenso wie sein Gewährsmann Maturana, hinter die Überlegungen des späten Kant (Kant 1799; 1936; 1938) und des späten Husserl (Husserl 1950; 1973) zurück. Es lassen sich plausible Argumente gegen die sozialtheoretische Verwendung des Bewußtseinsbegriffs anführen; wenn man sie akzeptiert, sollte man überhaupt auf den Bewußtseinsbegriff verzichten und ihn nicht nur in seiner Funktion einschränken.

Sozialphänomenologie

Luhmanns Bewußtseinskonzeption leitet sich, wie auch seine philosophiegeschichtliche Perspektive, aus der Phänomenologie her. Deren philosophische Konzeption begreift die Ideengeschichte einzig in der Funktion, Vorläufer der Phänomenologie zu sein. Von dieser Rekonstruktion zehrt Luhmanns Theoriegeschichte, so daß sich andere Positionen vor dem phänomenologischen Blick rechtfertigen müssen. Dabei unterstellt Luhmann, es hätte mit einer Verlagerung der Abstraktion sein Bewenden: Anstelle auf das transzendente Subjekt wäre auf das System hin zu abstrahieren. Statt der transzendentalen Phänomenologie des reinen Ego hätten wir dann die transzendente Systemtheorie.

Verwunderlich bleibt die Annahme, es ließen sich die phänomenologischen Deskriptionen umstandslos systemtheoretisch transponieren, indem sie auf die Systemlogik umgestellt werden. Luhmann benötigt das Kritisierte, denn er muß dessen Richtigkeit unterstellen, um es zu generalisieren. So findet sich denn alles Phänomenologische verteilt und verdoppelt auf Bewußtsein und Gesellschaft wieder ein, die Logik des Bewußtseins und die der Gesellschaft verfahren isomorph zueinander. Dabei attestiert Luhmann der Bewußtseinsphilosophie, keine eigentliche Intersubjektivitätstheorie ausbilden zu können. Aber deren Kernpunkt, die Deduktion des Alter ego, ist ein erkenntnistheoretisches Thema, das sich erst nachträglich stellt — trotz Descartes, Fichte und Husserl. Auch bei ihnen entwickelt sich die Intersubjektivitätsproblematik als Konsequenz ihrer ursprünglichen Theoreme. Was der modernen Subjektivitätstheorie als Stärke ausgelegt worden ist — Unüberbietbarkeit der Gewißheit, Letztbegründung, Subjektivität, Individualität, Rationalität, Universalität, Autonomie, Selbstbestimmung — wird ihr in neueren Interpretationen als Hybris der Selbstermächtigung ausgelegt; nicht zuletzt weil sie den Anderen theoretisch beherrschen wolle. Die ausgezeichnete Stellung des cartesianischen Cogito in der Phänomenologie bedingt gerade die Kritik in der Form der abstrakten Negation. Nur wo die theoretische Zentralposition mit einem universellen Prinzip besetzt ist, läßt sich durch eine radikale Umwertung genereller Gewinn erzielen, ohne doch eingreifend etwas zu ändern. Deswegen wird das Ego cogito der Phänomenologie angegriffen, aber nur um es auszutauschen.

Die Bewußtseinsphilosophie, so Luhmann, sei konstitutiv nicht in der Lage, das Soziale zu begreifen. Sie könne »die Eigenständigkeit der Sozialdimension und die ihr zugeordnete Unendlichkeit ichhafter Innenhorizonte nicht formulieren« (Luhmann 1984, 129). Die Anlehnung an die Phänomenologie rächt sich, denn Luhmann verläßt sich auf Theoriemomente, die gegen das Soziale konzipiert worden sind. Luhmann argumentiert mit der Phänomenologie gegen sie; seine Explikation des Sozialen treibt ihn in die phänomenologische Monadologie, deren Sozialtheorie durch ihr a-soziales transzendentes Ego konterkariert wird. Was die Phänomenologie an Intersubjektivität gewinnt, verliert sie an Subjektivität, an sich selbst. Intersubjektivität kann nur dadurch erzielt werden, daß die konstitutiven Leistungen des Subjektes eingeschränkt werden. Aber damit wird die gesamte Theorie gefährdet, weil ihre prinzipiellen Prämissen aufgehoben werden. Wie Husserl an der Intersubjektivitätsproblematik scheitert, so

kann Luhmann nicht Momente der Ichkonstitution beliebig vervielfältigen, um das Soziale zu generieren. Die »ichspezifische aktuelle Unendlichkeit« des Ich, »seine transfiniten Selbstheit« (ebd., 129) gewönne das Ich »nur in der Kontrastierung zu einem anderen Ich (Du) gleicher Art.« Ein verdoppeltes Ich ist kein Du. Die Theoreme, die Luhmann zur Sozialkonstitution verwendet, sind konstitutive Momente einer Subjektivitätstheorie, die annimmt, sich und die Subjektivität vom Sozialen abstrahieren zu können.

Luhmanns Hinweise auf die Transzendentalphilosophie sind irreführend, er fordert Problemlösungen am falschen Ort. Der vermeintliche Mangel Kants, eine dezidierte Theorie des Selbstbewußtseins nicht aufweisen zu können, ist in seiner unmittelbaren Nachfolge reklamiert worden. Auf diese Theorien bezieht sich Luhmann, auf Konzeptionen, die sich ethisch, ästhetisch, ironisch und verzweifelt geben — aber nicht sozial. Die Unendlichkeitsspekulation des affirmativen und sich selbst affirmierenden Ich — der Selbstheit, des Ganzseins — ist das Wesen einer Philosophie, die sich das Epitheton »bürgerlich« verdient hat.

Nachträgliche Sozialität

Luhmann beschreibt trotzdem Sozialität als sekundär-derivativ. Er argumentiert *e contrario*: Da die Antithese unmöglich sei, müsse die These wirklich sein. Seine Konzeption der Autopoiesis des Bewußtseins nimmt einen geradezu klassischen Topos auf, wenn sie die Enge des Bewußtseins — daß das Bewußtsein nur einen Inhalt in einem Moment haben kann — als Voraussetzung seines notwendigen Prozessierens anführt. Erst dieser Mangel konstituiert Sozialität. »Allwissende psychische Systeme stünden im Verhältnis zueinander in voller Transparenz und könnten daher keine sozialen Systeme bilden« (Luhmann 1984, 458). Demnach wäre Sozialität anthropologisch supplementär, denn sie ergänzte einen ursprünglichen Mangel, der niemals auf Dauer zu kompensieren wäre. Der augenblicklich erfassende totale Blick, die reine Intuition, wäre *a-sozial* und einem monologischen theoretischen Subjekt zugehörig — Gott oder das logische Subjekt des Theoretikers.

Dieser Ausgriff von konstitutionellen Beschränkungen auf die Totalität ist schlichtweg Metaphysik. So wie die Autopoiesis denselben epistemologischen Status wie das cartesische *Cogito* beansprucht, so entgeht Luhmann auch hier nicht den Konsequenzen seiner Systemtheorie. Die Defizienz des Bewußtseins wird nur in Beziehung auf ihre Negation festgestellt. Das Ideal des sich völlig selbst präsenten Bewußtseins kann nur abstraktiv gebildet werden, wenn alle Einschränkungen des Bewußtseins aufgehoben werden. Aus der Verendlichkeit der Unendlichkeit wird die Faktizität des Bewußtseins begriffen; nur aus dem Vergleich mit der Allwissenheit läßt sich verstehen, was es heißt, nicht allwissend zu sein. Das Ideal aber impliziert seine Unmöglichkeit — ein sich selbst transparentes Bewußtsein ist nicht vorstellbar, ob es überhaupt möglich wäre, strittig. Es ist nur als Grenzbegriff der aktuellen Bewußtseinsleistung denkbar. Das Ideal muß einerseits unterstellt werden, sonst wäre es seiner Funktion beraubt, während es andererseits für das endliche Bewußtsein unmöglich zu verwirklichen ist. Damit beansprucht die Systemtheorie auf der einen Seite, was sie

sich auf der anderen Seite als limitativ ausgeschlossen anrechnen läßt. Die Unterstellung der »schlechten« Unendlichkeit des unendlichen Prozesses, die die Unendlichkeit als unbeschränkte Endlichkeit begreift, ist theortietragend. In ihren Idealisierungen erschleicht sich die Systemtheorie ihre kritische Pointe, indem sie ihre Voraussetzungen als Resultate genetisch erzeugt.

Luhmanns Theorie wird durch anthropologische Annahmen gestützt und gesteuert. Dort, wo sie explizit auf die Anthropologie eingeht, gestattet sie sich einen leicht errungenen Sieg, wenn sie eine Wesensanthropologie menschlicher Eigenschaften widerlegt, die mit ihrer Form der Wesensaussage schon den neueren wissenschaftstheoretischen Bedingungen nicht mehr genügt. Statt dessen heißt es: »Autopoiesis qua Leben und qua Bewußtsein ist Voraussetzung der Bildung sozialer Systeme, und das heißt auch, daß soziale Systeme eine eigene Reproduktion nur verwirklichen können, wenn die Fortsetzung des Lebens und des Bewußtseins gewährleistet ist.« (Ebd., 296) Das mag trivial sein, aber nicht trivial wäre es, wenn es gelänge, Leben und Bewußtsein oder organische und psychische Reproduktion nur durch »ausreichende Beobachtung« (ebd., 296) zu unterscheiden — als wären es unkorrigierbare, unmittelbare Selbstverständnisse, das intuitive Selbstgefühl. Die als selbstverständlich beanspruchte Unterscheidung zwischen Leben und Bewußtsein müßte als notwendiges Moment des Bewußtseins aufgezeigt werden. Die Unterscheidung setzt sich selbst voraus. Luhmanns grundlegende Annahmen sind unausgewiesen; seine Theoreme bedürfen schon zu ihrer Darstellung der ausgearbeiteten Kultur- und Gesellschaftstheorie. Darin eine rekursive Tugend der Theorie zu erblicken, verleugnet die Schwäche der Reflexionstheorie, die logisch von ihrem Substanz- und Systembegriff herührt. Auch sie reflektiert nur das, was sie selbst hervorgerufen haben muß, soll sie möglich sein. So werden die Analysen tautologisch, denn sie bestätigen nur die abstrakte Anthropologie der Systemlogik.

Technizität

Die von der Systemtheorie beanspruchte und doch nur postulierte Unendlichkeit und Totalität des Bewußtseins, die das Maß für das verendlichte, defiziente Bewußtsein stellt, findet in der idealen Unendlichkeit des Sozialen ihr Gegenstück. Das Soziale ist die Restitution dessen, was dem Bewußtsein ursprünglich nicht gelingt. Soziale Systeme treten mit der Präntention der prinzipiellen idealen Allwissenheit auf. Die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen werden sozialtheoretisch eingeholt. Das universale soziale System ist das einzige mögliche logische Subjekt der sozialen Realität. »Im Grunde sind die Begriffe der Totalität, der Gesellschaft und der Gottheit wahrscheinlich nur verschiedene Aspekte ein- und desselben Gedankens.« (Durkheim 1968, 630f.)

Luhmann beabsichtigt, indem er das Theorem der Leitdifferenz einführt, die universalistischen Ansprüche seiner Theorie einzulösen, die denen des Systems entsprechen. Der Universalismus Hegels wird phänomenologisch aufbereitet. Die Systemtheorie analysiert nicht mehr das Ganze und die Teile, aus denen es besteht, sondern sie gibt die Äquivalenzklasse der Operation an, die die funktionale Einheit des Systems garantiert. Die Einheit des Systems wird differenz-

theoretisch bestimmt: Das System erhält sich identisch durch die Differenz zu seiner Umwelt. Entscheidend sei für die Systemtheorie die Differenz von Identität und Differenz, von Selbstreferenz und Fremddreferenz, und nicht die Identität von Identität und Differenz, wie es Hegel konzipiert. Luhmann reproduziert die phänomenologischen Unterscheidungen, die sich entlang der Differenz von Immanenz und Transzendenz des Bewußtseins in der Form der Intentionalität — daß Bewußtsein immer Bewußtsein von etwas ist — organisieren, und generalisiert sie zur binären Differentialität; so wird etwa die Lebenswelt als vergessene Ur-Differenz von Vertraut und Unvertraut rekonstruiert.

Der von Luhmann des öfteren angeführte systemtheoretische Imperativ »Draw a distinction!« impliziert aber ebenso wie sein Rekurs auf die ursprüngliche Differenz unerkannt und unbemerkt die Repräsentationstheorie des vorstellenden Denkens. Zur Abwehr der Reifikation der differentiellen Verhältnisse als ontisch wird die Differenz als Operation eingeführt. Wie in der Erkenntnistheorie die Subjekt-Objekt-Relation keine Beziehung zweier Gegenstände ist, so werden in der Differenz auch nicht zwei Gegenstände in ein reales Verhältnis gebracht. Die operative Relationierung wird in der Phänomenologie als Intentionalität des Bewußtseins, als universale Sinnkonstitution, bestimmt. Diese Operationalität verbindet Luhmann mit Husserl, dessen Phänomenologie ein prominentes Beispiel für den Übergang vom Substanzbegriff zum Funktionsbegriff darstellt.

Husserls auch außerphilosophisch wirkungsmächtiges Werk »Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie« (Husserl 1954) traf bei seiner erneuten Veröffentlichung 1954 mit seiner Kritik an den neuzeitlichen Wissenschaften und ihrem Technizismus im Namen der sinnerfüllten Lebenswelt auf eine wiederbelebte Technologie- und Technokratie-Debatte; die Verbreitung der Phänomenologie nach dem Zweiten Weltkrieg ist von dieser Rezeption der Lebenswelt-Thematik nicht zu trennen. Husserl argumentiert gegen den Sinnverlust der modernen rationalen Wissenschaften, der mit ihrer erhöhten Leistungsfähigkeit durch Symbolisierung und Idealisierung einhergeht. Was auf der einen Seite an wissenschaftlichen Resultaten und technischen Erfolgen gewonnen werde, ginge auf der anderen Seite an Anschaulichkeit und Verstehbarkeit verloren. Aber Husserl will die moderne Wissenschaftlichkeit nicht verabschieden, sondern verteidigen, denn sie bedürfte nur der Korrektur durch die transzendente Phänomenologie. Generelle Technikkritik wird zur generellen Rechtfertigung der Technik; es kommt nur darauf an, die Operation phänomenologisch zu legitimieren, den Sinn des Verfahrens zu restituieren. Die Korrektur wird aber nur dadurch möglich, daß die Phänomenologie vor aller phänomenologischen Technik der Beschreibung und Anschauung prinzipiell Technisierung ist: Die Gegebenheitsweise eines Phänomens bestimmt seine Seinsweise. Wie etwas prozessiert, bestimmt das Was. Der Schlüssel für das Verstehen der autonomen Sachlogik moderner Wissenschaften taugt daher auch für das Verstehen der autonomen Sachlogik moderner Bürokratie — beide als Rationalisierungseffekte der Moderne begriffen.

Die Technizität der konstitutiven Operation eines Systems läßt die Deskription dialektisch werden. Der technische Prozeß ist faktisch endlich, weil alle realen Prozesse zeitlich wie material limitiert sind, und ideal unendlich, weil jede

Operation der Möglichkeit nach unendlich oft reproduzierbar sein muß. Erst seine Idee ermöglicht faktisches Prozessieren, weder wiederholt sich Wirkliches noch wäre Identität überhaupt möglich, gäbe es nicht die ideale Voraussetzung der Identität. Verfahren wie Resultat eines technischen Prozesses müssen als je identisch angesehen werden, damit ihre Anwendbarkeit garantiert ist. Identität ist nicht nur Resultat, sondern vor allem Voraussetzung, ohne die die technische Beherrschbarkeit realer Prozesse unmöglich wäre. Die Idee des technischen Prozesses beansprucht idealisierte Bedingungen, die real nicht einzuholen sind. Die systemtheoretische Antinomie, zwischen Realität und Idealität vermitteln zu müssen, kehrt wieder. Die Termini der Systemtheorie werden zugleich als Begriff und als Idee verwendet. Durch den Vorrang der Idee ist die Vorherrschaft der Gesellschaft als Idee möglicher Kommunikation vor jeglicher faktischen Interaktion theoretisch erzwungen. Der Institutionalismus ist durch die Logik der Systemtheorie angelegt. Etwaige Restbestände materialer oder substantieller Sittlichkeit wie Leitideen oder Führungssysteme, die auch schon vom Funktionalismus affiziert sind, werden zu schematisierten Leitdifferenzen transformiert. Die Differentialität erfordert, daß die Institutionen erfahrungskonstitutiv sind und nicht die individuellen Handlungen. Darin zeigt sich die Pointe der Bewußtseinskonzeption Luhmanns, denn sie erzwingt logisch notwendig die integrale Stellung des sozialen Systems. Die Systemtheorie integriert Voraussetzungen als Konstitutionsmomente, alle externen Bedingungen werden internalisiert. Der Standpunkt des Systems ist der Immanenzstandpunkt: Was vordem in der Phänomenologie Bewußtsein war, ist nun System.

Differenz

Die Systemtheorie hat also nicht nur erkenntnistheoretische Implikationen, sondern sie deutet erkenntnistheoretische Prämissen und deren ontologische Voraussetzungen sozialtheoretisch. Dabei zeigt die Logik der Differenz ihre prinzipielle Schwäche. Der Versuch, die Momente der Differenz zu explizieren, läßt den Glauben an ihre einfache Handhabung schnell schwinden. Es bedarf eines erheblichen logischen Aufwandes, nicht nur um die Operation der Differenz, sondern auch um deren Leistungsfähigkeit zu sichern. Die gesamte Theorie sozialer Systeme und die ihr folgende Gesellschaftstheorie werden zu ihrer Plausibilisierung benötigt; von ihrem logischen Aufweis ganz zu schweigen. Die binär codierte Differenz ist Resultat einer sozio-kulturellen Abstraktionsleistung, deren Bedingungen wohl kaum evolutionstheoretisch oder sprachanalytisch aufzubereiten sind; die Ja-Nein-Unterscheidung kann nicht umstandslos als Ergebnis der Evolution oder als Merkmal sprachlicher Aussagen eingeführt werden.

Jede Differenz ist auf Einheit angelegt, als reine Differenz auch gar nicht vorstellbar. Die Unterscheidung des Einen vom Anderen ist nur möglich, wenn das Andere im Einen als Moment des Einen erscheint. Daher sind unter der Voraussetzung strikter Differenz selbstreferentielle Prozesse prinzipiell geschlossen; ideale und reale Bedingungen werden marginalisiert und ausgeschlossen. So wird der wahrhaft paradoxe Schein erzeugt, daß das System real, evolutionär und

logisch von seiner Umwelt abhängt, es aber als logische Errungenschaft betrachtet, in einem historisch späten Stadium seine Umwelt abzuschaffen (vgl. Luhmann 1984, 592).

Die einzige Umwelt eines Systems aber ist es selbst. Jedes System ist seine eigene Umwelt, ist sich selbst Umwelt. Die prinzipielle Doppeldeutigkeit der Systemtheorie rührt von ihrem Anspruch her, die interne Verfassung eines Systems extern zu beschreiben, das Subjektive objektiviert darzustellen. Ein System jedoch kann sich nicht selbst von anderem unterscheiden, denn es fehlt ihm gerade die Kenntnis der anderen. Die Zustände des einen sind nicht die Zustände des anderen. Ein System kann sich nur von dem unterscheiden, was es selbst nicht ist, aber es ist nur, was es ist. Alle wohlfeilen Überlegungen hinsichtlich Tautologie und Paradoxie entkommen nicht der ruinösen Identitätslogik. Ein System ist Innen ohne Außen, Immanenz ohne Transzendenz. Alles andere ist erschlichen.

Die unterstellte Pluralität von Systemen in der Umwelt setzt voraus, daß das beobachtende System die anderen Systeme nicht als Systeme begreift, denn extern ist die Konstitution eines Systems nicht zu vollziehen. Nicht nur wäre jedes System allein — wenn darunter etwas zu verstehen wäre —, sondern der Plural, der von Systemen spricht, wäre genauso unverständlich wie der Plural von Welt oder Ich. So terminieren alle Systeme in der Umwelt in einem System, sollen sie nicht bizarr unberührt voneinander ihre Kreise ziehen. Identitätsbedingungen lassen sich nicht fallweise aufheben. Deswegen ist auch Fremderfahrung prinzipiell ausgeschlossen, nur Systemassimilation möglich. Das letzte, universale System ist das logische Subjekt, von dem allein in der Systemtheorie die Rede ist.

Luhmann gelingt es daher nur verbal, den Synthesisedanken zu verabschieden, der für die Bewußtseinsphilosophie kennzeichnend ist. Die Überlegenheit gegenüber dem Synthesisedanken resultiert aus der Erschleichung der Synthesis als Auto-poiesis. Die sich selbst produzierende Einheit beansprucht, sowohl Synthesis als auch Organismus zu sein. Diese Identifikation liegt auf der Linie einer naturalistischen Kantinterpretation, die die biologische Selektionstheorie mit der Erkenntnistheorie verbindet. Die Lehre von der Reduktion von Komplexität entspringt als legitimer Sproß dieser Vereinigung.

Wie bei der Konstitutionstheorie der Erkenntnis erforderte die Komplexitätsreduktion einen anschauenden Verstand, dem der Übergang vom ursprünglich unverbunden gegebenen Mannigfaltigen zum einheitlichen Objekt der verbindenden Bewußtseinsleistung unmittelbar anschaulich einsichtig wäre. Entweder ist der unreduzierte Komplexitätszustand anschaulich, dann ist die angenommene Beschränktheit des Systems hinfällig. Oder er ist prinzipiell nicht zugänglich, dann wird die Reduktion unverständlich, weil etwas prinzipiell Unerkennbares nicht als bestimmbar angenommen werden kann. Die Komplexitätsreduktion ermöglicht erst Komplexität, sie kommt früher als der Zustand, zu dessen Bewältigung sie angetreten ist. Nur der reduzierten Komplexität läßt sich entnehmen, was unreduzierte vorher war — wie bei Luhmanns Bewußtseinskonzeption. Damit ist der Begriff der Komplexitätsreduktion nur erheblich eingeschränkt zu verwenden.

Die Differenztheorie bleibt wie ihr Zwilling Identitätstheorie im Formalismus stecken. Beide sind als Theorien abstrakt-formeller Verhältnisse tautologisch. Begriffsexplikationen werden als sachhaltige Ergebnisse abgeleitet, Reflexionsbestimmtheiten als Reflexionsbestimmungen aufgelöst. (Transzendental-)Logische Bestimmungen werden realontologisch interpretiert. Die Systemtheorie ist — nach allem Dargelegten kaum verwunderlich — Substantialismus. Luhmann interpretiert logische Bedingungen als intuitiv, beobachtbar, vorstellbar. Ebenso wie die Phänomenologie Intentionalität als prinzipiell gegeben unterstellt, wird die Differenz von Luhmann als beobachtbar angenommen; dabei beansprucht die Differenz Identität und setzt Differenz voraus. Die Differenztheorie ist trotz ihrer Konsequenz zum Scheitern verurteilt. Das Theorem der Gleichursprünglichkeit von Identität und Differenz ist zwar selbst different, doch muß es die Einheit seiner Differenz einschließen. Die eigenen Prämissen müssen sich von der ursprünglichen Differenz unterscheiden und dennoch mit ihr identisch sein. Den Preis für diese logischen Komplikationen bezahlt die Systemtheorie mit ihrem Naturalismus und Objektivismus.

Wäre die differenztheoretisch verfahrenende Sozialtheorie kritisch (horribile dictu!) angelegt, lieferte sie das Bild einer Gesellschaft atomisierter Einzelentitäten als Kommunikationsagenten, die heteronom handelten, und die vorgeordneten Wahlmöglichkeiten — krypto-existentialistisch — als Ekzeß freier Selbstwahl feiern dürften. Zwar ist es niemandem verwehrt, sich als Kommunikations- oder Konstitutionsmaschine aufzufassen, aber fraglich wäre doch, ob jemand sich bei dieser Selbstbeschreibung selbst erkennt. Diese Problematik wäre vor Luhmann als Entfremdung bezeichnet worden, aber Luhmann verbietet sich und anderen mit dem Begriff auch die Erfahrung der Sache.

Objektivität der Erfahrung

Die sinnhafte Realität des Systems ist negationslos. Der in sich indifferente Sinn nimmt die Position des Seins ein — und ist schließlich dort angelangt, wo er spätestens seit Lotzes »Logik« von 1874 (Lotze 1912) über die Zwischenstationen des Neukantianismus und der Phänomenologie hingelangen wollte. Sinn hat Sein verdrängt, Sinn ist Wesens- oder Reflexionssein. Sinn repräsentiert sein unerkennbares Substrat; so setze »die Genese und Reproduktion von Sinn einen Realitätsunterbau« voraus, »der seine Zustände ständig wechselt« (Luhmann 1984, 97). Der universelle Heraklitismus des Lebens- oder Bewußtseinsstromes der Lebensphilosophie und Phänomenologie ist wieder erreicht. Der Sinnbegriff restituiert die Dichotomie von Leben und Form, er begründet den prinzipiellen Dualismus der Systemtheorie. Das Leben vollzieht sich selbst autonom und wird durch die Form distinkt repräsentiert. Die theoretische Beziehung zu Konzeptionen von Simmel, Dilthey oder James wäre leicht herzustellen. Während aber diese Philosophen Antinomien und Krisen als Konsequenzen dieses Verhältnisses befürchten, ist Luhmann hingegen Institutionsoptimist. Die Objektivität des Sinnes wird gegenüber individuellen Selbstinterpretationen abgesichert, denn sie schützt vor eventuell dräuenden Gefahren der Realität.

Die Objektivität der Erfahrung könne nur rekonstruiert werden, wenn die

Operation der Erfahrung bestimmt ist — so wäre Luhmanns Systemtheorie auch mit dem Titel »Das Wesen der Erfahrung« zu belegen. Es gibt in ihr keine individuelle Erfahrung, nur noch als individuell behauptete Erfahrungen. Der Widerstand des Individuellen, der Einspruch des Subjektes, gelingt dann nur scheinbar; er könnte sich einzig symbolisch codiert artikulieren, indem er die systemische Bedingung der Kommunikation akzeptiert. Was die Kulturphilosophie noch als Konflikt zwischen subjektiver und objektiver Kultur sistieren wollte, beruht nun auf einem Kategorienfehler: Die binären Codes der generalisierten symbolischen Kommunikationsmedien schließen einander strikt aus.⁴ Jedes Unbehagen an der Kultur fällt im psychischen System an und muß dort, und nicht im sozialen System, aufgelöst werden. Luhmanns Theorie reagiert auf die geschichtsphilosophische Diagnose, daß der Gesellschaft das Subjekt, ihr geschichtlicher Akteur, abhanden gekommen sei, mit der These, daß sie des Subjektes nicht bedürftig ist, weil das soziale System dessen Position usurpiert hat.

Seine Theorie sei »nicht an Perfektion und Perfektionsmängeln orientiert, sondern an einem wissenschaftsspezifischen Interesse an Auflösung und Rekombination von Erfahrungsgehalten« (ebd., 162). Dekomposition und Rekombination beschränken die Erfahrung auf Wesenserfahrung. Diese Form der Erfahrung ist schon subsumtionslogisch zugerichtet. Die Annahme, der Erfahrungsgehalt der sozialen Wirklichkeit sei unmittelbar gegeben und bedürfe lediglich der soziologischen Aufklärung, setzt die Logik der Erfahrung voraus. Die unmittelbare Erfahrung ist eine theoretische Konstruktion — oder eine Einbildung, die die Systemtheorie mit der autopoietischen und konstruktivistischen Kognitionstheorie teilt. Die konkret-individuelle Erfahrung ist niemals schon immer je objektivierter Erfahrungsgehalt, denn sonst wären die gesellschaftlichen Akteure nur Annexe eines anonymen Objektivationsprozesses.

Die Thematisierung der Erfahrung selbst erfolgt gemäß Prinzipien, die sich nicht auf dem Wege geregelter Erfahrung gewinnen lassen. Der Traum von der unverstellt dargebotenen Erfahrung, das »Durchbrechen des Scheins« (ebd.) der Erfahrung, wie es Luhmann anstrebt, wird zum Alptraum. Das Ideal der operativ hergestellten Reinheit ist illusionär — und beschreibt ein für immer verlorenes Paradies der Theorie. Es ist gleich der Naturzustandsfiktion im schlechten Sinne spekulativ. Schattenlose Präsenz wäre nur gegen das Soziale zu gewinnen — und doch nur eine gesellschaftliche Abstraktion.

Luhmann bestätigt die strikte Unterscheidung von Individuell und Allgemein. Seine Theorie kann individuelle, und nicht nur private, Erfahrung gar nicht begreifen. Als Prinzipientheorie, die sich auf Regelanwendung und Operationalität beruft, erreicht sie das Individuelle überhaupt nicht und verbleibt im allgemeinen. Folgerichtig werden Individuen zu psychischen Systemen, von denen dann wiederum nur objektivierend funktional-allgemein gesprochen werden kann. Daran ändert auch die individualisierende Autopoiesis nichts, denn deren Individuation gilt für jedes Blatt eines Baumes: Luhmann verfährt subsumtionslogisch, wenn er »die Frage nach dem Verhältnis des Ich zum Allgemeinen und die nach dem Allgemeinwerden des Ich« (ebd., 352) ventiliert. Aus den selbstformulierten logischen Zwängen der strikten Gegenüberstellung von Ich und

Allgemeinem gibt es kein Entrinnen. So kann er nur von Individualität sprechen, aber nicht vom konkreten, wirklichen Ich.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß Luhmann keine zureichende Theorie des Selbstbewußtseins hat; das Selbst fällt vom systemtheoretischen Himmel, es ist geborgt vom System. »Das 'Selbst' der Selbstreferenz ist nie die Totalität eines geschlossenen Systems, und es ist nie das Referieren selbst. Es geht immer nur um Momente des Konstitutionszusammenhangs offener Systeme, die dessen Autopoiesis tragen: um Elemente, um Prozesse, um das System selbst.« (Ebd., 606) Die Relationsontologie setzt ihr Resultat voraus. Die mit ihr verbundene These, alle Objekte seien selbstreferentiell und differentiell konstituiert, wäre — ungeachtet eines direkten Nachweises — auch auf ihre erkenntnistheoretischen Implikationen hin zu überprüfen. Ein Objekt, das sich zu sich selbst verhält, ist kein Objekt mehr. Damit wären die wesentlichen epistemologischen Annahmen der Systemtheorie hinfällig, und sie müßte sich eine andere Ontologie suchen, die nicht Subjektivität auf Objektivität reduzierte.

Luhmanns Identitätstheorie gerinnt zu einer Identifikationstheorie, die allemal logisch zirkulär ist, wenn Identität durch die Identifikation der eigenen Individualität gewonnen werden soll. Ähnlich wie die Subjektivitätstheorie, auf deren Wegen er geht, sähe sich Luhmann gezwungen, seine anfänglichen Prämissen zu revidieren, wenn er Begriffe wie »Selbstkonstitution« oder »Selbstobjektivierung« entwickelte. Hier wird die Theorie über sich selbst hinausgetrieben. Sowohl die Erkenntnistheorie als auch die Soziologie hätten sich von der These zu trennen, daß die epistemologische Differenz von Subjekt und Objekt fraglos voraussetzen sei. Zugleich aber müßte auch auf den naturalistischen Systembegriff verzichtet werden, der den natürlichen Schein des unbegreifbaren Sozialen nicht aufklärt, sondern verdoppelt, und sich somit als untauglich erweist, sozialtheoretisch zu fungieren.

So sei ein theoretisches Gegenbild zitiert. »Das Umschlagen des individuellen Verhaltens in sein Gegenteil, ein bloß sachliches Verhalten, die Unterscheidung von Individualität und Zufälligkeit durch die Individuen selbst, ist ... ein geschichtlicher Prozeß und nimmt auf verschiedenen Entwicklungsstufen verschiedene, immer schärfere und universellere Formen an. In der gegenwärtigen Epoche hat die Herrschaft der sachlichen Verhältnisse über die Individuen, die Erdrückung der Individualität durch die Zufälligkeit, ihre schärfste und universellste Form erhalten und damit den existierenden Individuen eine ganz bestimmte Aufgabe gestellt. Sie hat ihnen die Aufgabe gestellt, an die Stelle der Herrschaft der Verhältnisse und der Zufälligkeit über die Individuen die Herrschaft der Individuen über die Zufälligkeit und die Verhältnisse zu setzen.« (*Die deutsche Ideologie*, MEW 3, 423f.)

Wirklichkeitsverlust

Luhmanns Theorie repräsentiert das ideelle Auto-Immunsystem der sozialen Systeme. Seine Theorie der Selbstbeobachtung will mit der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung konvergieren. Dennoch gähnt zwischen dem Versprechen auf Theorie und dessen Erfüllung ein Abgrund; die Soziologie als »weltaufklärende

Wirklichkeitswissenschaft« (Luhmann 1970, 79) verliert ihre Wirklichkeit. Auf dem Wege der Explikation verdampft der Gegenstand der Sozialtheorie und die Systemtheorie hält das, was sie expliziert, für ihren Gegenstand. Diese theoretische Reduktionsleistung ist ihr eigentümlich. Die Soziologie Luhmanns ist Theorie der Wirklichkeit, gewiß, aber sie ist die Theorie ihrer Wirklichkeit. Sie beugt sich ihren logischen Grundannahmen, indem sie die Wirklichkeit logisiert. Luhmanns Rekonstruktionen geschichtlicher Semantik bestätigen nur das Ablaufschema systemischer Entwicklungslogik: Geschichte prägt die reinen Funktionsformen aus, sie evolviert reine Modelle. Die Logik bezieht sich einzig auf sich selbst und schließt, was sich ihr nicht fügt, aus. Der reine Code, der alle geschichtlichen Eintrübungen abscheidet, wird zum Inhalt seiner selbst. Die Systemlogik ist nur insofern vernünftig, als sie sich zu ihrem Inhalt macht, als hätte sich ihre abstrakte Differenz in grauer Vorzeit auf den Marsch gemacht, um in der heutigen Systemtheorie anzukommen. So schließt die Evolutionslogik die Geschichtslogik aus. — Ihre Reflexivität als gesellschaftliche Objektivationslogik verdankt die Systemtheorie der *intentio recta* des vorstellenden Denkens der gegenständlichen Einstellung. Und so basiert sie auf der Korrelation und Isomorphie von Bewußtseinsformen und objektivierten Sozialformen. Das objektivierende Denken ist Voraussetzung für die Erkenntnis des Sozialen. Gerade diese Prämisse reflektiert die Systemtheorie nicht, weil ihre theoretische Anstrengung ihr gegenüber blind ist. Die *intentio recta* kann nicht hinter sich selbst gelangen. Will sie wissen, was sie eigentlich ist, so ist sie auf Annahmen angewiesen; sie wird hypothetisch, fiktiv. Solange das, was sie erkennt, sich nicht widerspricht, wird sie es für wirklich halten. So erzeugt sie die Phänomene, die sie beschreibt.

Anmerkungen

- 1 *adaptation, goal-attainment, integration und latency* bezeichnen Systemprobleme in der strukturell-funktionalen Theorie.
- 2 Luhmanns Theorie erfährt deswegen dieselben Probleme, wie sie alle Theorien des Absoluten seit Spinoza teilen.
- 3 Auch die so genannte Subjektphilosophie von Descartes bis Husserl hat sich als dezidiert metaphysikkritisch begriffen. Die Geschichte der Metaphysik läßt sich geradezu, wie es Dilthey (Dilthey 1883) gezeigt hat, als Metaphysikkritik schreiben — ohne doch letztlich mit den Prämissen des soeben Überwundenen zu brechen.
- 4 Die einzelnen Subsysteme werden durch für sie je verschiedene symbolische Formen oder Werte konstituiert, die sich in ihrer Konzeption auf die zweiwertige Negation zurückführen lassen; so verwendet die Wissenschaft den Code der Wahrheit mit der Unterscheidung von »Wahr« und »Falsch«.

Literaturverzeichnis

- Dilthey, W., 1883: Einleitung in die Geisteswissenschaft. Leipzig
 Durkheim, E., 1968: *Les formes élémentaires de la vie religieuse*. Paris
 Husserl, E., 1950: *Cartesianische Meditationen*. Den Haag
 ders., 1954: *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie*. Den Haag
 ders., 1973: *Zur Phänomenologie der Intersubjektivität*. Dritter Teil. Den Haag
 Kant, I., Text nach der Akademie-Ausgabe (1902ff.), Seitenzahlen nach folgenden Ausgaben: 1785: *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*. Riga — 1787: *Critik der reinen Vernunft*. 2. Aufl., Riga — 1799: *Critik der Urteilskraft*. 3. Aufl., Berlin — 1936: *Opus postumum*, Erste Hälfte. Berlin, Leipzig — 1938: *Opus postumum*, Zweite Hälfte. Berlin, Leipzig
 Lotze, H., 1912: *Logik*. Leipzig
 Luhmann, N., 1984: *Soziale Systeme*. Frankfurt/M.
 ders., 1970: *Soziologische Aufklärung*. Opladen
 MEW = Marx-Engels Werke. Berlin/DDR 1953ff.

Andreas Metzner

Die ökologische Krise und die Differenz von System und Umwelt

1. Einleitung: Systemtheorie und »high-tech-Kapitalismus«

Niklas Luhmanns »allgemeine Theorie sozialer Systeme« (Luhmann 1984) steht für einen vitalen, selbstgewissen Spätkapitalismus, der sich selbst durchaus nicht als »spät« begreifen will, sondern — vermittelt über Mikroelektronik, Gentechnologie usw. — beachtliche Entwicklungspotentiale vor sich sieht. Allerdings sieht er sich auch mit den »neuen sozialen Bewegungen« konfrontiert, die nicht nur angesichts einer schleichenden, aber kumulativen ökologischen Bedrohung zunehmend die Frage nach dem Sinn des Ganzen stellen, sich durch Konsum- und Freizeitindustrie nicht mehr verblenden lassen, und nach gesellschaftlichen Lösungen Ausschau halten, die sinnvolle individuelle Lebensformen zulassen, was seine Legitimationsbasis beeinträchtigt. Daher muß er sich selbst so darstellen, als ob er durch seine Systemmechanismen in der Lage wäre, die gestellten gesellschaftlichen Probleme anzugehen und individuellen Lebensansprüchen Raum zu bieten. Dies erfordert aber nicht nur mehr oder minder populäre Konzepte, wie z.B. den durch high-technology forcierten Einstieg in die »post-materialistische Informationsgesellschaft« oder »Postmoderne«, und den parallel dazu scheinbar zwanglos möglichen »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft«, sondern auch eine ideologische Selbstbeschreibung dieser Gesellschaft, die auf hohem theoretischem Niveau Geltungs-, d.h. Wahrheitsanspruch anmeldet.

Einer bürgerlichen Soziologie, die auf der Höhe der Zeit steht, kann es also nicht nur um die Durchsetzung des mit den »neuen Technologien« verbundenen Innovationsschubs gehen, sondern um das Gesamtkonzept einer »modernisierten kapitalistischen Gesellschaft«, die ihre grundlegenden sozioökonomischen Funktionssysteme fortentwickelt, was gleichzeitig veränderte Legitimationsmuster erfordert. Für Niklas Luhmann ist die heutige Gesellschaft in »funktionale Subsysteme ausdifferenziert«. Diese erbringen ihre Leistungen durch handelnden Vollzug einer jeweils kommunikativen Eigenlogik, die lediglich durch im sozialtechnologischen Kalkül gewonnene »funktional äquivalente« Problemlösungen verbessert werden können. Den menschlichen Individuen, die er in der Umwelt dieser Funktionssysteme — ja der Gesellschaft überhaupt ansiedelt, bleibt nurmehr die Wahl, den Ansprüchen dieser Eigenlogik zu folgen oder als Störfaktoren zu gelten, sofern sie sich nicht in Räume abdrängen lassen, in denen ihr Protest oder soziales Engagement folgenlos bleiben muß.

2. Ökologische Kommunikation und soziologische Abstinenz

Luhmann beginnt seine »Ökologische Kommunikation« (Luhmann 1986) mit der Frage: »Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?« Er zielt damit zwar schon auf Gesellschaftstheorie, weicht aber der grundlegenden Frage nach Form und Inhalt der Austauschverhältnisse von

Gesellschaft und Natur aus, von der ausgehend deren Widersprüche erst theoretisch greifbar zu machen wären. Trotz dieser »Engführung« beginnt die Arbeit mit Grundsätzlichem. Zum einen sieht er die Sozialwissenschaften schon durch die Ausgrenzung naturwissenschaftlicher Denkansätze, die in ihrem Entstehungszusammenhang begründet liegt, in einer *Fixierung auf Gesellschaft und Soziales befangen* (vgl. ebd., 12f.). Als Aufgabe der Soziologie bleibt dann die Selbstkritik der Gesellschaft an Hand bestimmter Ideale (vgl. ebd., 16).¹ Die Öko-Diskussion konnte das Fach somit nur theoretisch unvorbereitet antreffen. Bezüglich Ökologie konstatiert Luhmann »soziologische Abstinenz« (vgl. ebd., 1).² Zum anderen setzt er hier seine früher eher allgemein gehaltene Kritik an der soziologischen Theorietradition auf das Feld der Ökologie um. Unter soziologischer Theorie verstehen viele etwas anderes — und andere vieles. Klassiker werden in Anspruch genommen, um zu legitimieren, was unter der Rubrik soziologische Theorie noch laufen kann. Daraus folgt für Luhmann: Es gibt kaum noch Neuentwicklungen (höchstens Mischungen verschiedener Theoriestränge), und: wichtige Probleme bleiben außen vor, da die Diskussion bei den Inhalten der Klassiker stehenbleibt (vgl. Luhmann 1984, 7f.). »Die Problematik der Probleme wird auf Strukturen des Gesellschaftssystems oder seiner Subsysteme zurückgeführt; und wenn man diese nicht ändern kann, kann man wenigstens die Verhältnisse beklagen. Externe Problemquellen werden kaum beachtet, und erst recht wird nicht gesehen, daß *jedes Systemproblem letztlich auf die Differenz von System und Umwelt zurückzuführen ist.*« (Luhmann 1986, 13) Für Luhmann folgt daraus die Notwendigkeit, einen radikalen Schnitt zu führen, um sich von diesen Beschränkungen der soziologischen Theoriediskussion zu trennen. Außer dem Funktionalismus à la Parsons bleibt da nur die in den Naturwissenschaften entwickelte »Allgemeine Systemtheorie«.

3. Allgemeine Systemtheorie und Übertragungsproblem

Im Theoriekonglomerat der Allgemeinen Systemtheorie, die Ende der vierziger Jahre von Ludwig v. Bertalanffy begründet wurde (Bertalanffy 1968), findet sich der konzeptionelle Hintergrund für tragende Modelle des Luhmannschen Funktionalismus. Das Feld der Allgemeinen Systemtheorie lag zunächst auf dem Gebiet von Kybernetik und Biologie. Sie besteht in einer Verbindung von Modellen der Thermodynamik und Kybernetik und entwickelte sich vom Modell des offenen Systems³ über Gleichgewichts- und Regulationsmodelle⁴ zu Selbstorganisationskonzepten, wie z.B. das vom Chemiker Ilya Prigogine vertretene Prinzip der dissipativen Strukturen — der »Ordnung aus dem Chaos« (vgl. Prigogine 1973 und 1979), und dem von den Biologen Humberto Maturana und Francisco Varela konzipierten Organismus-Modell der »Autopoiesis«.⁵

Luhmann benutzt diese Konzepte als Matrizen zur Herstellung seiner soziologischen Kategorien wie: Reduktion von Komplexität, System/Umwelt-Paradigma, doppelte Kontingenz, Selbstreferenz/Autopoiese und Evolution. Diese Einbindung in das universale Paradigma der allgemeinen Systemtheorie entbehrt natürlich nicht der Faszination, da durch sie eine universelle Welterklärung möglich wird. Dies stellt nicht eine einfache Übernahme naturwissenschaftlicher

Erklärungen für soziologische Probleme dar, sondern läßt sich nur als Ankopplung an ein sich veränderndes Paradigma innerhalb des naturwissenschaftlichen Raumes verstehen, welches auch — als Weltbild genommen — starke Ausstrahlungen auf gesellschaftliche Fragen und Probleme hat bzw. diese in gewisser Weise widerspiegelt (vgl. Bammé 1986). Entscheidend an diesen Ablösungsprozessen vom klassisch-mechanischen Paradigma ist, daß sie einen neuen Begriff von Natur entwickeln und Erkenntnisse, die sie auf dieser Basis gewinnen, handlungsleitend und in problemlösender Absicht auf gesellschaftliche Fragestellungen übertragen. Neben populärwissenschaftlichen bis esoterischen Verarbeitungen (vgl. u.a. Capra 1985, Rifkin 1982, Bateson 1981, Vester 1980, Haken 1984, Jantsch 1979) existieren auch zahlreiche Versuche fachwissenschaftlicher Umsetzung (vgl. Schmidt 1987); deren exponiertester Vertreter in der Soziologie ist Luhmann.

Schon im »Positivismustreit der deutschen Soziologie« hat das Problem naturwissenschaftlich orientierten Theorietransfers eine große Rolle gespielt, wengleich die Kontroversen zwischen Popper und Adorno, zwischen Albert und Habermas hauptsächlich um methodologische Probleme kreisten, also um die Überprüfbarkeit soziologischer Theorie an der empirischen Basis. Luhmann ist hier ein Stück weiter als der Neopositivismus, insofern er keinen Empirizismus predigt, keine teilbereichsspezifischen Theorien will, sondern den Blick auf eine Theorie der Gesamtgesellschaft geworfen hat.⁶ Während die Protagonisten einheitswissenschaftlicher Bestrebungen sich an die These kontinuierlicher Gesetzmäßigkeiten in der gesamten Wirklichkeit halten, wobei angenommen wird, daß diese mit naturwissenschaftlichen Methoden erkannte oder zu erkennende sind, gehen deren Gegner von verschiedenen Gesetzmäßigkeiten in den Gegenstandsbereichen der wissenschaftlichen Disziplinen aus, die methodisch anders verarbeitet werden müssen; Theorietransfers sind dann nur im heuristischen Sinne erlaubt.

Weitgehender als diese verbreitete »klassische« Sichtweise des Problems ist Habermas' Trennung von technischen, praktischen und emanzipatorischen Erkenntnisinteressen, da sie eine Rückbeziehung der differenten Theoriebildung der verschiedenen Disziplinen auf gesellschaftliche Praxis forciert (vgl. Habermas 1968, 146ff.). Problematisch bleibt aber die offenbar korrespondierend gedachte Abtrennung einer instrumentellen von einer kommunikativen Rationalität (vgl. Habermas 1981, Bd.1, 28f.).

Eine hier weitertragende Sichtweise des Wissenschaftsdualismus ergibt sich, wenn man die inhaltliche und institutionelle Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystems in Beziehung zur gesellschaftlichen Entwicklung setzt. Es lassen sich so unschwer starke Wechselwirkungen zwischen der Idee gesellschaftlicher Entwicklung (Evolutionismus des 19. Jh.), der Theorie biologischer Evolution (Darwin), der Entdeckung der Historizität naturwissenschaftlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Theorien und der Entwicklung des Austauschverhältnisses zwischen ökologischer Umwelt und gesellschaftlicher Produktion im Zuge der Durchsetzung kapitalistisch-industrieller Wirtschaftsformen erkennen. Auszugehen ist also von einem Wechselwirkungsverhältnis von naturwissenschaftlichem Weltbild und gesellschaftlicher Praxis. Insoweit diese gesellschaftliche

Praxis heute auf verschiedensten Gebieten in nie gekannter Weise in natürliche Abläufe und Zusammenhänge eingreift und in globalem Maßstab ökologische Folgewirkungen erzielt, entwickelt sich ein neues Bild einer komplexen, mannigfaltigen und dynamischen Natur mit komplizierten Ursache-Wirkungsketten und Kreisläufen (vgl. Bammé 1986); korrespondierend dazu ergibt sich auch ein neues Verständnis von Naturwissenschaft (vgl. Prigogine/Stengers 1981). Die Entwicklung der Konzeption des Ökosystems ist somit auch Ausdruck einer zunehmenden Eingriffstiefe und Folgewirksamkeit der gesellschaftlichen Praxis. Ähnlich wie im Fall des Evolutionismus kann man hier von einer Art Gegenübertragung ausgehen, wobei damit weniger die verkürzende Übertragung des »survival of the fittest« gemeint ist, sondern der notwendige Zusammenhang naturwissenschaftlicher Paradigmata mit einer sich verändernden gesellschaftlichen Praxis, was deren Widersprüche und damit auch progressive Aspekte einschließt.

Die neue Qualität einer in einheitswissenschaftlicher Absicht formulierten Soziologie, wie sie von Luhmann erreicht wird, ergibt sich durch die Anbindung an naturwissenschaftliche Denkweisen, die nicht nur stärker interdisziplinär orientiert sind als der ältere Positivismus, sondern vor allem ein komplexeres und progressiveres Bild von Natur und Gesellschaft vermitteln. Hinsichtlich der Umdispositionen der allgemeinen Systemtheorie (vgl. Luhmann 1984, 15-29; Ganzes—Teil, geschlossenes—offenes System, Selbstorganisation/Autopoiese) postuliert Luhmann: »Die neue Theorie ist jeweils inhaltsreicher als die vorangegangene, sie erreicht höhere Komplexität; und aus genau diesem Grunde wird sie für die Behandlung sozialer Sachverhalte allmählich angemessener.« (Ebd., 20) Die wachsende Komplexität der Geisteskonstruktionen stellt für Luhmann also das Kriterium für den Fortschritt der Erkenntnis dar, und das höhere Abstraktionsniveau ist hinreichend für die Übertragung auf sozialwissenschaftliche Fragen. Von der Begründung mal abgesehen, läßt sich dieser Anspruch aber nicht einfach zurückweisen, ohne sich die Chance zu nehmen, in der Auseinandersetzung mit den theoretischen Fortschritten, Problemen und ideologischen Gehalten, die sich in Umsetzung dieses Programms ergeben, selber neue Perspektiven und vielleicht Einsichten zu gewinnen. Besonders interessant ist dabei, inwieweit es Luhmann gerade mit diesem Ansatz, der für ökologische Fragen prädestiniert erscheint, wirklich gelingt, die Ökologie-Problematik in seiner Theorie zu entfalten.

4. Individuum und soziales System

Luhmann versteht »unter Gesellschaft ganz einfach das umfassende soziale System aller aufeinander Bezug nehmenden Kommunikationen« (Luhmann 1986, 24). Die Grenzen der Gesellschaft trennen nun Kommunikationen von allen nicht kommunikativen Ereignissen oder Sachverhalten (vgl. Luhmann 1984, 549). Dagegen ergeben sich die Grenzen gesellschaftlicher Subsysteme durch einen binär schematisierten Sinnzusammenhang von Kommunikationen; z.B. alle auf den Code »zahlen/nicht zahlen« eingeschränkten Kommunikationen grenzen das Wirtschaftssystem ein, alle auf den Code »Wahr/Unwahr« bezogenen das Wissen-

schaftssystem, alle auf den Code »Recht/Unrecht« bezogenen das Rechtssystem. Die Grenze der Gesellschaft zur Umwelt der Gesellschaft wird also als Kommunikationsgrenze identifiziert, während die Grenzen sozialer Systeme zu ihren gesellschaftlichen Umwelten als Sinn Grenzen markiert werden. Diese unterschiedliche Definition hindert Luhmann nicht daran, beide, also soziale Systeme wie Gesellschaft, in der Kategorie »autopoietische Systeme«⁷ unterzubringen (vgl. ebd., 60f.). Diese Theorieentscheidung hat widersprüchliche Konsequenzen, da sie zwei einander ausschließende Interpretationen des Verhältnisses von Gesellschaft und sozialen Systemen zuläßt, die beide von Luhmann auch verwendet werden. Einerseits kann man soziale Systeme als Subsysteme der Gesellschaft, die dann ein Metasystem ist, verstehen. Andererseits kann man soziale Systeme als Oberbegriff wählen, die Gesamtheit des Sozialen wird dann aufgelöst in ein Kontinuum vielfältigster sozialer Systeme die füreinander Umwelten sind, wobei Gesellschaft nur ein Fall unter anderen ist. Im ersten Sinne spricht er z.B. vom Rechtssystem als dem Immunsystem der Gesellschaft (vgl. ebd., 509) oder auch von der institutionalisierten Soziologie, verstanden als »ein Subsystem eines Subsystems eines Subsystems der Gesellschaft« (ebd., 660), die Gesellschaft als Sozialsystem ist dann »das komplexeste, das alle anderen in sich einschließt« (ebd., 345). Im zweiten Sinne ist die Gesellschaft »ein Fall unter anderen« (ebd., 18). Semantische Ausweichlösungen sind »Gesellschaft als das Sozialsystem par excellence« (ebd., 133) oder die »Sonderstellung des Gesellschaftssystems« (ebd., 61).

Die Gesellschaft wird so erstens schematisch in funktionale Subsysteme aufgespalten; die Einheit von Gesellschaft läßt sich dann nur noch in Hinblick auf diese Partikularsysteme thematisieren. Zweitens dient Gesellschaft nur noch als Residualkategorie, indem sie interne Umwelt und damit Voraussetzung des weiteren Operierens verschiedenster Sozialsysteme ist, die im Zentrum des Luhmannschen Theorieinteresses stehen. Diese Doppel-Definition von Gesellschaft als System gleichzeitig zweier Ordnungsgrade⁸ ist ebenso widersprüchlich wie geschickt, da sie zum einen eine Theorie funktionaler Differenzierung der Gesellschaft zuläßt und zum anderen erlaubt, solche ausdifferenzierten sozialen Systeme als autonome geschlossene Entitäten wie die Gesellschaft als Ganze zu behandeln. Der Anspruch der Gesamtgesellschaft auf Leistungen dieser Systeme (z.B. Güterproduktion zur Bedürfnisbefriedigung) ist damit ebensowenig thematisierbar wie deren gesellschaftskonstituierende Kraft; statt dessen werden Wirtschaft und Politik zu ahistorisch selbstgenügsamen Systemen. Die Kritik an der Wirkungsweise dieser Systeme und die Forderung nach deren Veränderung kann dann leicht als illusorisches Aufbegehren gegen das alternativlose Prinzip funktionaler Differenzierung der Gesellschaft abgestempelt werden.

In welchem Verhältnis stehen nun die Menschen zu diesen Systemen? »Es gibt Maschinen, chemische Systeme, lebende Systeme, bewußte Systeme, sinnhaft-kommunikative (soziale) Systeme; aber es gibt keine all dies zusammenfassenden Systemeinheiten. Der Mensch mag für sich selbst oder für Beobachter als Einheit erscheinen, aber er ist kein System. Erst recht kann aus einer Mehrheit von Menschen kein System gebildet werden.« (Ebd., 67f.) Da die menschliche Gesellschaft also nicht aus Menschen gebildet werden kann, definiert er ersatz-

weise Kommunikationen (und deren Zurechnung als Handeln) als Elemente der Gesellschaft (ebd., 240). Den Menschen, verstanden als psychisches und organismisches System, siedelt Luhmann in der Umwelt sozialer Systeme an (ebd., 286). Wie läßt sich nun aber durch diese eine Gesellschaft bilden? Der Schlüssel dazu liegt in Luhmanns handlungs- bzw. kommunikationstheoretischem Grundbegriff der »doppelten Kontingenz«. In der doppelkontingenten Grundsituation jeglicher Interaktion stehen sich mindestens zwei »black boxes« gegenüber, d.h. »hochkomplexe sinnbenutzende Systeme die füreinander nicht durchsichtig und nicht kalkulierbar sind« (ebd., 156). In einer Ego/Alter-Interaktion ist also das »so, aber auch anders möglich« sowohl für Egos Aktion als auch für Alters Reaktion gültig. Beide Partner wissen weder, ob der Sinn ihrer (kommunikativen) Handlungen von ihrem Gegenüber aufgenommen und verstanden wird noch, ob dies eine erwünschte oder unerwünschte Antwort nach sich zieht. Bei Parsons löst sich das Problem durch beiderseitige Abstraktion von der je perspektivisch bestimmten spezifischen Situationsdefinition auf übergreifend geltende normative Orientierungen, die so weiteres Handeln und Kommunizieren ermöglichen (ebd., 148f.). Luhmann vertritt dagegen einen weiterreichenden Ansatz und will auch diese Normen, die parallel zu den sozialen Systemen entstehen, durch das Problem der doppelten Kontingenz erklären (ebd., 151f.). Nach diesem radikalisierten Verständnis bezeichnet Luhmann die als doppelkontingent ausgezeichnete, völlig unbestimmte Situation, als extrem zufallsempfindlich, was dazu führt, daß jedem Zufall (jeder Handlung) Strukturaufbauwert zukommt, da Erwartungen daran geknüpft werden, welche Handlungssicherheit bzw. Anschlußwert erzeugen (ebd., 158).

Die Bildung von Systemen sozialen Handelns wird so als emergentes Phänomen begriffen, hebt also von den interagierenden Individuen ab, die vollständig auf ihre Funktion, als Spielmaterial emergenter Systembildungen zu dienen, reduziert werden. »Was Kontingenzerfahrung leistet, ist mithin die Konstitution und Erschließung von Zufall für konditionierende Funktionen im System, also die Transformation von Zufällen in Strukturaufbauwahrscheinlichkeiten.« (Ebd., 171) Die so geschaffenen Erwartungsstrukturen befinden sich auf einem emergenten Niveau der Realität (jenseits der beteiligten Individuen) und werden mit den Strukturen sozialer Systeme gleichgesetzt (ebd., 398). Personen, Rollen, Programme, Werte und Normen sind also — sehr zu Skinners Freude — nichts anderes als interaktiv-konditionierte mehr oder minder aggregierte Verhaltenserwartungen (ebd., 429f.). Das Handeln in der Situation der doppelten Kontingenz wird damit vollständig dem Zufall gleichgesetzt, um Anschluß an das Erklärungsschema der »order-from-noise«-Theorie zu gewinnen (ebd., 150). Wo die thermodynamische »order-from-noise«-Theorie die Entstehung materieller Strukturen durch einen Symmetriebruch erklärt, der durch zufällige Fluktuationen ausgelöst wird (vgl. Haken 1984), behauptet Luhmann zur Entstehung sozialer Kommunikationssysteme: »Der Aufbau sozialer Systeme (und ebenso Aufbau psychischer Systeme) folgt dem order from noise principle ... Soziale Systeme entstehen auf Grund der Geräusche, die psychische Systeme erzeugen bei ihren Versuchen zu kommunizieren.« (Luhmann 1984, 291, 292)

Für das menschliche Individuum heißt das, daß seine Handlungsfreiheit, die ja

gerade mit dem Begriff der Kontingenz im Gegensatz zu determiniertem tierischen Verhalten betont wird, auf den rein formalen Aspekt des Begriffs der Kontingenz reduziert wird. Die Möglichkeit von Einsicht in Motive und Folgen seines Handelns, eben die Möglichkeit von bewußtem Handeln, spielt in Luhmanns Kalkül keine Rolle. Auf der anderen Seite wird aber auch jede vorgängige Bestimmung von Handlungssituationen ausgeschlossen: »Diese Annahme eines autokatalytisch wirkenden Grundproblems stellt sich in mehrfacher Weise quer zu verbreiteten Theorieprämissen. Sie verträgt sich nicht mit der Annahme einer Natur (im Sinne von etwas aus sich selbst heraus Gewachsenem), und sie verträgt sich nicht mit der Annahme eines a priori (im Sinne von etwas aus sich selbst heraus Geltendem). Sie setzt vielmehr im Sinne der Theorie selbstreferentieller Systeme emergente Ordnungsniveaus autonom, und zwar sowohl im Hinblick auf Ermöglichung 'von unten' als auch auf Konditionierung 'von oben' und erst recht im Hinblick auf alle Hypostasierungen solcher Abhängigkeitsrichtungen durch Begriffe wie Materie oder Geist.« (Ebd., 172) Die Probleme der Dualität von Körper und Geist, von Natur und Kultur werden als gelöst vorgestellt, wo sie lediglich ausgeklammert werden. Alter und Ego scheinen sich nicht in einer natürlichen bzw. physischen Umwelt zu bewegen, mit der sie sich als biologische Wesen auseinandersetzen müssen. Grundbedürfnisse menschlicher Art wie Nahrung, Wärme, Sexualität oder Zuneigung scheinen ebensowenig eine Rolle zu spielen wie darauf abzielende menschliche Verhaltens- und Gefühlsdispositionen, die einer weiteren psychischen oder kulturellen Sublimierung offenstehen. Kulturelle oder soziale Daseinsweisen scheinen sich in einer Art von natur- und subjektfreiem Raum durch blanke wechselseitige Konditionierungen zu ergeben.

Durch diesen »subjektfrei« konzipierten Begriff des Handelns« (ebd., 167) wird die Möglichkeit geschaffen, Handlungen als zufällige Ereignisse zu thematisieren und sie als temporalisierte Elemente autopoietischer Systembildungsprozesse zu fassen. Im Sinne dieses subjektfreien Handlungsbegriffs müssen sich Handlungen ohne handelnde Subjekte denken lassen. Dies scheint mir die notwendige Bedingung dafür zu sein, daß Luhmann soziale Systeme von den Menschen »befreit« und sie statt dessen in ihrer Umwelt ansiedelt (vgl. Schöffthaler 1985, 372f.).

Diese Systembildungen werden nun im nächsten Schritt einer funktionsausgerichteten Selektion unterworfen und so der Evolution ausgeliefert (vgl. Luhmann 1984, 171). Soziale Systeme entstehen aus zufälligen Ereignissen und entwickeln sich weiter, indem die Zufälle durch funktionale Selektion eingeschränkt werden; Kommunikationen und Handlungen werden also im Verlauf der sozialen Evolution immer mehr durch das System determiniert. »Die doppelkontingente Konditionierung hat demnach nur die Funktion, für weitere Konditionierungen sensibel zu machen. Sie schafft Zufallsempfindlichkeit und setzt damit Evolution in Gang. Ohne sie gäbe es keine sozio-kulturelle Evolution.« (Ebd., 186) Mit der Konstruktion des Problems der doppelten Kontingenz und seiner Lösung wird versucht, die Konstitution menschlicher Gesellschaft überhaupt zu erklären. Luhmann geht von einem hypothetischen ungesellschaftlichen Null-Punkt der Evolution aus, der an die fiktive Konstruktion eines »Naturzustandes« bei Hobbes

oder auch an die »solitäre Lebensweise« Rousseaus erinnert. Er übersieht dabei, daß die gesellschaftliche Natur des Menschen nicht soziologisch begründbar ist, da diese sie immer schon voraussetzen muß. Die Erkenntnisse zur Evolution der Hominiden lassen außerdem keinen Zweifel daran, daß die Konstituierung menschlicher Gesellschaft nicht über die Vergesellschaftung vormals vereinzelter Individuen gedacht werden kann. Darüber hinaus wird in Hinsicht auf ein andauerndes Evoluieren sozialer Systeme die doppelte Kontingenz auch als Dauerproblem dargestellt (ebd., 177). In diesem Sinne spricht Luhmann auch von »basaler Anarchie« der Interaktionen (vgl. ebd., 575) oder »basaler Instabilität«, die das Spielmaterial für ordnungsstiftende Systemaufbauprozesse abgeben sollen. Der unmittelbar herrschaftslegitimierende Charakter dieser Konzeption besteht in der simplen Entgegensetzung von sozialer Ordnung — unabhängig von deren Form und Ausgestaltung — gegen ein mit Anarchie identifiziertes »strukturloses Chaos«. ⁹

5. Soziale Systeme und ökologische Umwelt

Der Einsatz des Luhmannschen Systembegriffs hat die Trennung von gesellschaftlichen, psychischen und organischen Aspekten des menschlichen Lebens zur Folge. Organismus, Psyche und soziales System werden als je autonomes, selbstreferentielles bzw. autopoietisches System betrachtet. Korrespondierend dazu wird auch der Umweltbegriff gebildet. Umwelt wird durch das jeweilige System konstituiert. »Die Umwelt erhält ihre Einheit erst durch das System und nur relativ zum System. Sie ist ihrerseits durch offene Horizonte, nicht jedoch durch überschreitbare Grenzen umgrenzt; sie ist selbst also kein System ...« (Ebd., 36 sowie 249) Da autopoietische Systeme ihre Grenzen zur Umwelt selbst generieren, folgt daraus: »Jedes selbstreferentielle System hat nur den Umweltkontakt, den es sich selbst ermöglicht.« (Ebd., 146) Der Umweltbegriff wird auf das System zentriert, in dem Sinne, daß als Umwelt nur das gilt, was vom System als Umwelt wahrgenommen wird. Dieser Umweltbegriff geht auf Maturana zurück, der ihn im Zusammenhang mit neurophysiologischen Fragen entwickelte, und beruht auf der Differenz zwischen dem Interaktionsbereich des Organismus und dem an den (wissenschaftlichen) Beobachter gekoppelten Relationsbereich. Eine ähnliche Konstruktion einer Systemumwelt bildet der subjektivierte Umweltbegriff Uexkülls, entwickelt für die Bearbeitung ethologischer Probleme, um über die Rekonstruktion der artspezifischen Umwelt funktionale Erklärungen der Umwelteingebundenheit des Verhaltens zu realisieren. Der ökologische Umweltbegriff ist demgegenüber unabhängig von der Umwelt eines Organismus, verstanden als der Bereich, auf den er mittels Effektoren einwirkt bzw. den er über Rezeptoren wahrnimmt, er bezieht sich auf sämtliche biotischen und abiotischen Faktoren, die für Organismen relevant sein können. In Luhmanns Behandlung der ökologischen Problematik wird ausschließlich der Begriff »Umwelt« verwendet. Darüber hinaus verneint er die Möglichkeit des sinnvollen Einsatzes des Begriffs »Ökosystem« (vgl. Luhmann 1984, 55, und 1986, 21 Anm. 17). Warum?

1. Er gewinnt so Anschluß an den umgangssprachlichen Umweltbegriff und suggeriert zunächst erfolgreich, daß sein »System/Umwelt-Paradigma« sich direkt und wirkungsvoll auf ökologische Fragen beziehen ließe.

2. Er versucht, das Thema soziologisch bearbeitbar zu machen, aber gleichzeitig die Vorstellung zweier Gegenstandsbereiche von Natur und Gesellschaft beizubehalten, die in der Realität selbst vollständig voneinander getrennt sind. In seiner Realität sind ausschließlich Kommunikationen gesellschaftsrelevante Tatsachen, während materielle oder energetische Prozesse sich in der ungesellschaftlichen Natur d.h. Umwelt abspielen.

Die Öko-Krise liegt aber gerade »quer« zu dieser Konzeptualisierung. Probleme, die durch die materiellen Austauschbeziehungen mit der Natur entstehen, lassen sich nicht schematisch einer Soziologie zuordnen, der es dann darum gehen soll, Rückwirkungen auf die bestehende Gesellschaft möglichst zu kompensieren, und einer ökologischen Technik, die ebenfalls nur Rückwirkungen auffangen soll. Für Luhmanns Systemtheorie besteht damit das Problem einer statischen Naturauffassung, was angesichts der theoretischen Anstrengungen der Umsetzung interdisziplinärer Innovationen etwas überrascht. Sie will als soziologische Theorie alles Soziale behandeln, entkoppelt dies aber von dessen natürlicher Umwelt, die genuine Bedingung gesellschaftlichen Lebens ist. Natur wird der Gesellschaft lediglich als Abstraktum zugeordnet, wird lediglich als »Rest« gedacht. Um aber überhaupt Aussagen über die Realität machen zu können, muß wieder miteinander verbunden werden, was vorher systematisch zergliedert wurde. Dabei bleibt einiges auf der Strecke: Menschliches Leben, Gesellschaft und natürliche Umwelt werden lediglich über den Komplexitätsbegriff miteinander verbunden. Das wechselseitige Zurverfügungstellen von Komplexität bezeichnet Luhmann als Interpenetration. »Sinn ermöglicht die Interpenetration psychischer und sozialer Systeme bei Bewahrung ihrer Autopoiese.« (Luhmann 1984, 297) Zwar gesteht Luhmann zu, daß »Autopoiese qua Leben und qua Bewußtsein ... Voraussetzung der Bildung sozialer Systeme« (ebd., 297) ist, und entsprechend »soziale Systeme eine eigene Reproduktion nur verwirklichen können, wenn die Fortsetzung des Lebens und des Bewußtseins gewährleistet ist« (ebd.), aber diese Einsichten bleiben abstrakt und werden nicht ausgebaut. Wo Luhmann mit seiner Verwendung des Begriffs »Sinn« psychische und soziale Systeme noch miteinander verklammern kann, fehlt ein gleichartiger Begriff für die Beziehungen des lebendigen menschlichen Organismus zu seinem gesellschaftlichen Sein ebenso wie für seine Beziehungen zur natürlichen Umwelt. Jeder Organismus ist existentiell auf physische Umwelt angewiesen, also notwendig in materielle und energetische Stoffwechselprozesse mit ihr eingebunden, die beim Menschen in besonderer Weise als durch gesellschaftliche Arbeit organisierte Produktion der eigenen Lebensgrundlagen erfolgen, und in diesem Sinne auch »Stoffwechsel von Gesellschaft und Natur« sind.

Damit spielt die ökologische Umwelt in Luhmanns Konzept nur als systeminterne Umwelt, als Desiderat der natürlichen Umwelt im gesellschaftlichen System eine Rolle. Da soziale Systeme als reine Kommunikationssysteme aufgefaßt werden, wird die ökologische Dimension nurmehr als »ökologische Kommunikation« gefaßt. Die systeminterne Umwelt ist die Differenz von System und

Umwelt, insoweit sie in die Operationsweise des Systems einbezogen wird, also als Kommunikation aktualisiert wird. Die Problematik wird so von der Ebene der Existenzgefährdung durch selbstverursachte Umweltveränderungen auf die Ebene der Existenzgefährdung eingefahrener funktionaler Systeme (kapitalistische Ökonomie, staatliche Administration usw.) durch in der Gesellschaft stattfindende ökologische Kommunikation (Bürgerinitiativen, Medien etc.) verlagert. Sicher ist richtig, daß gezielte gesellschaftliche Veränderungen von unserer Wahrnehmung des Zustands der Umwelt abhängen, und daß geplante gesellschaftliche Reaktionen nur erfolgen, wenn über Umweltveränderungen kommuniziert wird. Dieses Theoriedesign kann der ökologischen Problematik aber nicht gerecht werden, da die ökologische Gefährdung ihrer materiellen oder physischen Dimension völlig entkleidet wird, sie also nur noch als rein gesellschaftsinternes Krisenphänomen existiert. Versteht man natürliche Umwelt nicht als abstrakte Bedingung allen menschlichen Lebens und Wirtschaftens, sondern als konkreten materiellen Zusammenhang, kann man einsehen, daß die Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Kommunikation und ökologischer Realität weit vielschichtiger sind als dies von Luhmann wahrgenommen wird. Einerseits tauchen ökologische Veränderungen auch ohne kommunikative Vermittlung als soziale Tatsachen auf, nicht nur als einfache Störung, sondern auch als soziostrukturelle Veränderung bis hin zur Destruktion ganzer Gesellschaften. So kann ein Tankeruntergang ganze Wirtschaftszweige ruinieren, was seinerseits Sekundäreffekte auslöst. Die Ressourcenverknappung vor allem nicht-erneuerbarer Energieträger modifiziert die energetische Basis der Wirtschaft, was unweigerlich zu Umstrukturierungen der Produktion führen muß. Die Verwüstung der Sahel-Zone schreitet fort; auch wenn die Kommunikation über dieses Themas in Europa keine Veränderungen bewirkt, die existentiellen Bestandsprobleme dort lebender Nomadenvölker dürften in jedem Fall eine soziale Größe darstellen. Die reale Wirksamkeit des Treibhauseffekts oder des Ozonlochs hängt nicht davon ab, ob über sie kommuniziert wird oder nicht, und die reale Wirksamkeit globaler Klimaveränderungen wird sich wahrscheinlich zu einer sozialen Größe erster Ordnung auswachsen: Einschränkungen des Lebensraums, Ernteausfälle, Hunger, Migrationsbewegungen und international verschärfte Verteilungskonflikte usw. sind mögliche Folgen (vgl. Bach 1982).

Andererseits ist auch die gesellschaftliche Thematisierung von Umweltphänomenen nicht mit den ökologischen Phänomenen deckungsgleich. So zählen beispielsweise Überschwemmungen auch hierzulande noch als Naturkatastrophen, während der Smog über Buenos Aires schon semantisch erkennbar hausgemacht ist. Die ökologische Realität unserer Umwelt und deren gesellschaftliche Effekte sind also keineswegs gleichzusetzen mit unserer kommunizierten Umweltwahrnehmung. Es muß mindestens unterschieden werden zwischen bewußten gesellschaftlichen Reaktionen auf ökologische Zustände und ökologisch verursachten gesellschaftlichen Veränderungen, und auch dies kann, was die Theorie betrifft, nicht genügen: Die gesellschaftliche Produktion ökologischer Veränderungen ist ein Prozeß, der mit der gleichen Gewißheit die Differenz von System und Umwelt sprengt wie ein Eintrag von fünf Gigatonnen CO₂ pro Jahr (vgl. Houghton/Woodwell 1989, 106ff.) infolge Verbrennung fossiler Energieträger unsere

Atmosphäre aufheizt. — Wer Luhmann hier so versteht, daß er dazu aufruft, solche Vorgänge in die öffentliche Diskussion einzubringen, damit sich was ändert, da funktionale Systeme von allein darauf nicht reagieren, folgt einer ausgelegten falschen Fährte. Die Begrenztheit der Reaktion der Exekutive auf Tschernobyl ist ein Beispiel für die von Luhmann konstatierte Einschränkung des Wahrnehmungs- und Möglichkeitsspielraums ausdifferenzierter Systeme. Luhmann geht es aber um die Legitimation dieser Einschränkung: Würde der Staat zu wenig darauf reagieren (zu wenig Resonanz), wäre seine Legitimationsbasis bedroht, würde er zu stark darauf reagieren (zu viel Resonanz; z.B. sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie), würde er u.U. die Energiewirtschaft ruinieren, Arbeitslose produzieren und anderes mehr. Es geht Luhmann nicht um ökologisch orientierte gesellschaftspolitische Veränderungen und deren Durchsetzung, sondern darum, wie sich die herrschende Ordnung trotz selbst erzeugter Krisen und trotz Widerstand dagegen weiter erhalten und reproduzieren kann. Die Luhmannsche Definition des Begriffs der »ökologischen Gefährdung« läßt sich jedenfalls kaum anders verstehen: »Er soll jede Kommunikation über Umwelt bezeichnen, die eine Änderung von Strukturen des Kommunikationssystems Gesellschaft zu veranlassen sucht.« (Luhmann 1986, 62) Die Umweltgefährdung besteht also in erster Linie im »Rauschen« der ökologischen Kommunikation. Die Selbstgefährdung der Gesellschaft durch die »basale Anarchie« der Protestbewegungen erscheint als das wahre Übel. Die selbstdestruktiven Tendenzen der modernen Gesellschaft werden zu Randerscheinungen, die basale Verursachung dieser Probleme durch Kernstrukturen der bestehenden sozio-ökonomischen Ordnungen wird gar nicht erst problematisiert.

6. Systemrationalität und ökologische Vernunft

Die modernen Gesellschaften haben die technologischen Fähigkeiten in einem Ausmaß und Umfang entwickelt, daß die sozialen Kompetenzen hinterherhinken, d.h. zur Steuerung der technisch forcierten Veränderungen in Umwelt und Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Daran wird einerseits die Forderung geknüpft, die überproportional entwickelte technische Vernunft oder instrumentelle Rationalität müsse durch eine kommunikativ zu entwickelnde umfassende Vernunft bzw. »ökologische Vernunft« eingeholt werden. Andererseits wird der Mangel eher in ethischen Handlungsorientierungen gesehen, notwendig sei eine Bewußtseinsänderung als Basis zur Entwicklung einer Umwelt- bzw. Öko-Ethik.

Im Sinne der Systemtheorie Luhmanns ist Vernunft nur als Selbstreferenz des Systems — als »Systemrationalität« — zu denken. Diese kann sich folgerichtig nur auf das Operieren des Systems selbst beziehen und nicht auf seine Umwelt. Für Luhmann kann »ökologische Vernunft« daher nur in einer systemeigenen Kontrolle der Rückwirkungen von Umwelt auf Gesellschaft bestehen. Diese ist aber azentrisch aufgebaut, weil in funktionale Subsysteme differenziert (vgl. Luhmann 1987), unterliegt somit der jeweiligen Eigenlogik der gesellschaftlichen Subsysteme. Weiterhin ist »ökologische Vernunft« für Luhmann nur denkbar als je systemspezifische Anstrengung, mögliche Veränderungen der eigenen Systemumwelt zu kontrollieren und zu kompensieren (vgl. Luhmann 1986, 246f.).

Die im Wirtschaftssystem mögliche ökologische Vernunft ergibt sich dann durch 1. dessen spezifische Beschränkung auf das Kommunikationsmedium Geld mit Zahlungen als kommunikativen Operationen, 2. dessen Systemrationalität, also Wiederherstellung der eigenen Zahlungsfähigkeit unter Kapitalverwertung, 3. dessen Selbstregulierung über Markt/Preise und 4. der Wahrnehmung der wirtschaftsexternen gesellschaftlichen Umwelt (ebd., 101f.). Zwar ist Luhmann gegenüber der Fiktion der Umweltökonomie über den Markt eine ökologische Anpassung zu erreichen, ebenso skeptisch wie gegenüber den klassischen Modellen eines sich quasi-automatisch einstellenden internen Gleichgewichts bei gleichzeitiger externer Wohlfahrtsmaximierung, die er als »systeminterne Theorie systeminterner Vorgänge« qualifiziert (ebd., 113, 116). Aber Resonanz auf ökologische Probleme kann es nur geben, wenn sie in den Doppelkreislauf von »zahlen/nicht zahlen« über Preise eingeführt werden (ebd., 114f.), die Alternative dazu ist »Destruktion der Geldwirtschaft mit unabsehbaren Folgen für das System der modernen Gesellschaft« (ebd., 122). Und dieses gilt es zu schützen. Folgerichtig kritisiert er das Verursacherprinzip nicht in Hinblick darauf, daß sich ökologische Schäden oft nicht finanziell kompensieren lassen, da sie irreversible Folgen haben, auch nicht, daß es meistens gar nicht zur Anwendung kommt, sondern in Hinblick auf eine von ihm so gesehene willkürliche und simplifizierende Zuschreibung von Verursachung und damit Verantwortung für die Folgen, was u.U. wirtschaftliche Unternehmungen zugrunde richten könnte (ebd., 30). Auch staatliche Eingriffe sind problematisch, da unrentable Investitionen oder etwa Steuern die Zahlungsfähigkeit der Wirtschaft belasten, die sie auf ihre Weise durch Kostenüberwälzung wiederherstellen muß (ebd., 110). Was die Wahrnehmung der ökologischen Umwelt durch die Wirtschaft angeht, ist diese durch die Notwendigkeit, eigene Operationen anschließen zu müssen, beschränkt. Versetzt man sich nun in die Rolle eines Bankers der Weltbank, der soeben dem tropischen Regenwald den Gnadenstoß erteilt, wird mit Luhmann klar: er weiß nicht was er tut, sondern lediglich, was daran zu verdienen ist. In seine Umweltwahrnehmung geht der Wald gar nicht ein, die ökologischen Konsequenzen seiner Handlungen sind nicht Bestandteil seiner Systemrationalität. Einzelentscheidungen sind also nur kritisierbar, ob sie der Systemrationalität voll genügen oder nicht, die Systemrationalität als solche bleibt für Luhmann aber alternativlos. Mit Luhmann kann man aber noch mehr einsehen (wenn man möchte), nämlich: Als Banker kann man gar nicht wissen, daß man nicht weiß, was man tut, denn ein »System kann nur sehen, was es sehen kann. Es kann nicht sehen, was es nicht sehen kann. Es kann auch nicht sehen, daß es nicht sehen kann, was es nicht sehen kann« (ebd., 52).

Luhmann schränkt damit die Frage nach ökologischer Vernunft auf das Problem der Steuerungsfähigkeit ein. Dies entspricht seinem Gesamtprogramm: Die Probleme einer bewußten von Vernunft getragenen Vergesellschaftung werden in der Systemtheorie auf die Frage der Komplexität der Verhältnisse reduziert. Soziale Krisensituationen und Entwicklungsprobleme ergeben sich durch mangelnde Reduktion von Komplexität oder unzureichende Differenzierung. Die Gesellschaft ist derart differenziert, komplex etc., daß sie kaum zu überschauen, zu steuern oder gar zu ändern wäre — die systemtheoretisch verfahrenende Soziologie

sieht folgerichtig ihre Aufgabe darin, diese Verhältnisse transparent zu machen. Realwidersprüche sind dann methodisch als solche nicht mehr erkennbar. Das Problem scheint lediglich darin zu bestehen, ausreichend komplexe theoretische Konzepte zu entwickeln, mit denen soziale Komplexität aufgeschlüsselt und bearbeitbar wird. Die Widersprüche sind keine realen mehr, sondern solche der Deskription mit Begriffen, die gesellschaftliche Komplexität nicht hinreichend erfassen.

Die damit getroffene Theorieentscheidung läßt sich durch eine vereinfachte Gegenüberstellung der Argumentationskerne von Systemtheorie und dialektischer Gesellschaftstheorie verdeutlichen. In der Systemtheorie agieren und reproduzieren sich soziale Systeme über ihre Elemente, also durch menschliche Kommunikationen bzw. Handlungen, wobei die Individuen selbst aber als Umwelten dieser Systeme begriffen werden. Die mangelnde Kontrolle der jeweiligen Umwelt durch das System führt zu dessen Krisenerscheinungen. Die Aufhebung dieses basalen Integrationsproblems gesellschaftlicher Systeme erhofft sich die Systemtheorie von einer konsequenten Durchfunktionalisierung aller gesellschaftlicher Teilbereiche. In der dialektischen Gesellschaftstheorie handeln und kommunizieren Menschen in einem von ihnen selbst erzeugten und organisierten System. Mangelnde Fähigkeiten zu einer bewußten, von Vernunft getragenen Vergesellschaftung führen dazu, daß sie selbst von der unkontrollierten Dynamik des Systems erfaßt werden. Die Aufhebung dieses Systemwiderspruchs, daß ein System, das von Menschen für Menschen und durch Menschen erzeugt wird, diese selbst in variierendem Umfang beherrscht, wird über die Eliminierung von sozioökonomischen Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen angestrebt.

Die ökologischen Probleme der Industriegesellschaft lassen sich nicht einfach durch Erweiterung technischer Kompetenz oder instrumenteller Rationalität lösen. Alternative Technik kann nicht einfach höhere instrumentelle Rationalität in bezug auf Folge- oder Nebenwirkungen heißen, sondern muß durch eine neue kommunikative Kompetenz gesteuert werden. Luhmann sieht zwar, daß die ökologische Krise ein gesellschaftliches Problem ist und nicht ein technisches. Seine Soziologie bleibt aber einer Ratio verhaftet, die soziale Beziehungen wie menschliche Interaktionen in vergegenständlichender Einstellung zum Gegenstand möglicher Operationen macht, genau wie naturwissenschaftliche Technik Natur zum Objekt menschlicher Beherrschung macht. Eine derartige Sozialtechnologie erscheint machbar, birgt aber die Gefahr in sich, gegenwärtige Probleme durch Technologieeinsatz aktuell zu meistern, zukünftig und aber weit größere Folgeprobleme zu erzeugen. Was sich mit Luhmann einsehen läßt, ist, daß es nicht ausreichen kann, an eine »ökologische Vernunft« zu appellieren, die z.B. den vernünftigen Gebrauch nicht erneuerbarer Ressourcen gewährleisten soll. Die Frage ökologischer Vernunft muß — um wirksam werden zu können — auf die Ebene gesellschaftlicher Organisationsformen bezogen werden.

7. Resümee

1. Das Scheitern des Luhmannschen Versuchs der Einbeziehung der Öko-Problematik in seine Systemtheorie verweist darauf, daß es nicht ausreicht, Ökologie

als soziologisches Thema zu entdecken, ohne die Frage nach sozioökologischen Austauschprozessen zu stellen.

2. Ökologische Gefährdung läßt sich nicht einfach als technisches oder sozial-technologisches Problem behandeln, welches über Zunahme der Regelungskapazitäten gelöst werden könnte. Die Alternative zwischen den möglichen Entwicklungspfaden einer technisch kontrollierten »künstlichen Umwelt« oder einer »ökologisch-natürlichen« steht in einem inneren Zusammenhang mit den sozioökonomischen Widersprüchen der Industriegesellschaften.

3. Luhmann ist an Bestandserhaltung orientiert. Seine Disziplinierung von Vorwürfen an die Gesellschaft mit dem Argument der systembedingten Unflexibilität, auf ökologische Probleme reagieren zu können, kann aber auf einen wichtigen Punkt hinweisen. Die Rekonstruktion von Innensichtstandorten und der Realitätswahrnehmung von funktionellen Gruppen in öffentlicher Verwaltung, Management etc. ist nicht nur für die Kritik von Dysfunktionen interessant, sondern auch für die Diskussion von Durchsetzungsstrategien sozialer und ökologischer Veränderung.

Anmerkungen

- 1 Die Kritik, die er hier an der »Kritischen Theorie« anbringt, ist zwar pointiert, trifft aber insofern, als Probleme materieller oder ökologischer Art in dieser eher erkenntnis- und kulturkritisch verfahrenen Theorie vernachlässigt sind.
- 2 Trotz einiger Anläufe in der marxistischen Theoriediskussion, deren Verfolgung Luhmann offenbar für vernachlässigenswert hält, muß man diese massive Kritik ernstnehmen, insofern sie auf Defizite hinweist. Zu diskutieren wäre allerdings, ob nicht die tradierte Orientierung der Soziologie auf gesellschaftlichen Fortschritt durch das herrschende Industrialismus-Modell wichtiger für die soziologische Abstinenz ist, als die »Fixierung auf Gesellschaft und Soziales« (vgl. auch Bühl 1980, 97f.).
- 3 Ein thermodynamisch offenes System hat im Gegensatz zum geschlossenen System Grenzen, die für Materie und Energie durchlässig sind. Den entscheidenden Durchbruch hatte das Modell nicht in der Physik, sondern in der Biologie, da Organismen, verstanden als offene Systeme, durch ihre Stoffwechselprozesse mit der Umwelt abnehmende Entropie realisieren können. Die Konzeption ermöglichte somit, den scheinbaren Widerspruch des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik mit der Entstehung von Ordnung in der biologischen Evolution zu lösen. Daneben konnten auch vitalistische Ansätze in der Embryologie zurückgedrängt werden, da offene Systeme von verschiedenen Ausgangssituationen aus ein bestimmtes Entwicklungsstadium erreichen können (Bertalanffy 1950, 23f.). In diesem Zusammenhang wichtiger ist aber der große Einfluß dieser Konzeption auf die Ökologie; die Einbindung von biotischen Lebensgemeinschaften in Kreislauf- und Durchflußprozesse von Materie und Energie ist für den modernen Ökosystem-Begriff zentral (vgl. Kreeb 1979, 70f.; auch Schramm 1984).
- 4 Diese haben sich durch ihre Prädestination für Regelungsprobleme auch in der ökonomischen Theorie stark ausgebreitet, führen aber mitunter leicht zu Aussagen mit ideologischem Charakter (vgl. Kade 1968).
- 5 Maturana hat das Konzept der Autopoiesis im Rahmen einer allgemeinen Theorie lebender Organismen entwickelt, die für ihn die Basis seiner biologischen Epistemologie darstellt. Ein System heißt autopoietisch, wenn es durch seine Organisation die Produktion der Elemente, aus denen es besteht, selbst realisieren kann (vgl. Maturana/Varela 1982, 170f., und 1987). Das Konzept läßt sich einerseits als Weiterentwicklung des »hypercycle«-Modells für die präbiotische Evolution verstehen (vgl. Eigen 1971). Andererseits setzt es den transklassischen Maschinenbegriff auf Organismen um (vgl. Bammé 1983, 149f.).
- 6 Habermas' Motivation für den Einstieg in die Auseinandersetzung mit Luhmann um die »Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie« beruht, neben dem Aspekt der gemeinsamen

- Gegnerschaft gegenüber den Bindestrich-Soziologien, auf dieser Einschätzung, wonach Luhmanns funktionalistische Soziologie »unbeirrt den Anspruch der großen Tradition, Gesellschaft im Ganzen zu begreifen«, erneuert. Er hebt sogar eine »gemeinsame Ebene der Theoriebildung« hervor: »Mit der auf Marx zurückgehenden kritischen Gesellschaftstheorie verbindet Luhmann also das Interesse an gesamtgesellschaftlicher Analyse, das dazu nötig ist, eine Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung (wie im Historischen Materialismus) und eine Theorie der Gesellschaftsstruktur (wie in der Politischen Ökonomie) in Angriff zu nehmen. Mit Marx verbindet Luhmann darüber hinaus ... eine der Geschichtsphilosophie entlehnte Konzeption der Einheit von Theorie und Praxis sowie die dazugehörige Idee der Selbstkonstitution der Gattung bzw. der 'Gesellschaft.'« (Habermas 1971, 142f.) Da Luhmann aber alle Bezüge zur dialektischen Gesellschaftstheorie ausblendet, geht Habermas davon aus, daß Luhmann auf dieser »gemeinsamen Ebene« einer »gegenläufigen Strategie« folgt (siehe auch Willms 1973, 43f.).
- 7 Luhmann bezieht Begriff und Konzeption der Autopoiesis von Maturana (vgl. Luhmann 1984, 57, Anm.58). Im Gegensatz zu klassischen Organismus-Analogien (Hobbes, Spencer) übernimmt Luhmann die Analogie auf dem Abstraktionsniveau eines modernen biowissenschaftlich-kybernetischen Modells. Schon in den Auseinandersetzungen um die »Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie« betont Luhmann den Stellenwert solcher Analogien: »Der Vergleich von sozialen Systemen und Organismus ist alteuropäisches Traditionsgut und ist einer der wichtigsten, wenn auch seit dem 19. Jahrhundert heftig umstrittenen Anreger für eine Theorie sozialer Systeme gewesen.« (Luhmann 1971, 92) Bezüglich der eigenen Theorie sieht er aber keine »Direktanalogie« vorliegen. Demgegenüber wirft ihm Habermas vor, die Begriffe System/Umwelt und Komplexität von Anbeginn nach dem Organismus-Umweltmodell zu interpretieren (vgl. Habermas 1971, 147). Der Transfer des Autopoiesis-Konzepts in die Soziologie läßt sich einmal von ihrer eher materialen Seite betrachten, und führt dann zur Frage, inwieweit sozialdarwinistische Gehalte damit verbunden sein können (vgl. Lipp 1987, 452f.). Zum anderen können eher epistemologische Aspekte im Vordergrund stehen, was zur Frage führt, inwieweit Fortschritte im Bereich naturwissenschaftlicher Theoriebildung das Moment gesellschaftlicher Praxis im nötigen Umfang einbeziehen können (vgl. Mocek 1986, 214f.). Daneben bleibt die immanente Kritik (vgl. Bühl 1987, 225f.).
 - 8 An anderer Stelle identifiziert er dieses Problem der systemtheoretischen Theoriebildung mit dem von ihm so gesehenen theoretischen »Grundproblem der alteuropäischen Tradition ... wie die Gesellschaft als ein soziales System unter anderen zugleich das umfassende Ganze sein könne.« (Luhmann 1974, 141) Mir scheint aber seine Bemerkung irreführend, da diese Widersprüchlichkeit eher auf der Umsetzung des Autopoiesis-Konzepts beruht, die alle sozialen Systeme als autonome geschlossene Entitäten ansieht. Wo dies auf der Ebene der biologischen Begriffsbildung bei Maturana noch wenig Schwierigkeiten macht, da dieser Zellen, als auch mehrzellige Organismen als autopoietische Systeme erster und zweiter Ordnung unterscheidet, aber gleichwohl miteinander verkoppeln kann (vgl. Maturana/Varela 1982, 211f.), führt dies bei einer Gesellschaftstheorie unweigerlich zu Paradoxien.
 - 9 Luhmann bezeichnet jeden Versuch als verfehlt, die funktionsorientierte »Ordnung als 'Herrschaft' anzugreifen, parodierende Formen zu wählen und offizielle Plätze wie Universitäten oder Gerichte in Karnevalszenen umzufunktionieren« (1984, 464). Er vergißt dabei, daß der uniformierte Mummenschanz von Doktorhut und Richterkluft nicht nur anachronistisch ist, sondern durchaus etwas mit Insignien der Über- und Unterordnung zu tun hat. Die Parodie wirkt hier nicht nur über ein befreiendes Lachen entkrampfend, sondern nimmt sich das Recht, gerade in umkehrender Verzerrung der Wirklichkeit über diese Aspekte aufzuklären.

Literaturverzeichnis

- Bach, Wilfrid, 1982: Gefahr für unser Klima — Wege aus der CO₂-Bedrohung durch sinnvollen Energieeinsatz. Karlsruhe
- Bammé, Arno, 1986: Wenn aus Ordnung Chaos wird — Die Herausforderung der Sozialwissenschaften durch die Naturwissenschaftler. In: Soziologie 2/86, 117f.
- ders. u.a., 1983: Maschinen — Menschen, Mensch — Maschinen. Reinbek
- Bateson, Gregory, 1981: Ökologie des Geistes. Frankfurt/M.

- Bertalanffy, Ludwig v., 1968: *General System Theory*. New York
- ders., 1950: *The Theory of Open Systems in Physics and Biology*. In: *Science* Vol. III 23f.
- Bühl, Walter L., 1980: *Das ökologische Paradigma in der Soziologie*. In: Niemeyer, Harald (Hrsg.): *Soziale Beziehungsgeflechte*. West-Berlin
- ders., 1987: *Grenzen der Autopoiesis*. In: *KZSS* 2/87
- Capra, Fritjof, 1985: *Wendezeit — Bausteine für ein neues Weltbild*. Bern, München, Wien
- Eigen, Manfred, 1971: *Selforganisation of Matter and the Evolution of Biological Macromolecules*. In: *Naturwissenschaften* 58, 465f.
- Habermas, Jürgen, 1968: *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*. Frankfurt/M.
- ders., 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M. 2 Bde.
- ders., 1971: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie?* In: Habermas/Luhmann: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*. Frankfurt/M.
- Haken, Hermann 1984: *Erfolgsgeheimnisse der Natur-Synergetik: Die Lehre vom Zusammenwirken*. Frankfurt/M., West-Berlin, Wien
- Houghton, Richard A., und George M. Woodwell, 1989: *Globale Veränderung des Klimas*. In: *Spektrum der Wiss.*, Juni, 106ff.
- Jantsch, Erich, 1979: *Die Selbstorganisation des Universums*. München, Wien
- Kade, Gerhard, 1968: *Die Systemidee in den Wirtschaftswissenschaften*. In: Diemer, A. (Hrsg.): *System und Klassifikation in Wissenschaft und Dokumentation*. Meisenheim a.G.
- Kreeb, Karl-Heinz, 1979: *Ökologie und menschliche Umwelt*. Stuttgart
- Lipp, Wolfgang, 1987: *Autopoiesis Biologisch, Autopoiesis Soziologisch — Wohin führt Luhmanns Paradigmawechsel?* In: *KZSS* 3/87, 452f.
- Luhmann, Niklas, 1974: *Soziologische Aufklärung*. Bd. I. Opladen
- ders., 1971: *Sinn als Grundbegriff der Soziologie*. In: Habermas/Luhmann: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*. Frankfurt/M.
- ders., 1984: *Soziale Systeme — Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/M.
- ders., 1986: *Ökologische Kommunikation*. Opladen
- ders., 1987: *Tautologie und Paradoxie in den Selbstbeschreibungen der modernen Gesellschaft*. In: *ZfS* Juni
- Maturana, Humberto R., 1982: *Erkennen: Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit*. Braunschweig, Wiesbaden
- ders., und Francisco Varela, 1987: *Der Baum der Erkenntnis — die biologischen Wurzeln des menschlichen Erkennens*. Bern, München, Wien
- Mocek, Reinhard, 1986: *Systemdenken zwischen Dialektik und Konstruktivismus. Zur Theorie selbstreferentieller Systeme*. In: *Dialektik* 12, Köln
- Müller, Josef, 1979: *Umweltveränderungen durch den Menschen*. In: Kreeb, K.H.: *Ökologie und menschliche Umwelt*. Stuttgart
- Prigogine, Ilya, 1973: *Time, Irreversibility and Structure*. In: Mehra, J.-I. (Hrsg.): *The Physicists Conception of Nature*. Dordrecht (NL), Boston (USA)
- ders., 1979: *Vom Sein zum Werden. Zeit und Komplexität in der Naturwissenschaft*. München, Zürich
- ders., und Isabelle Stengers, 1981: *Dialog mit der Natur — Neue Wege naturwissenschaftlichen Denkens*. München
- Rifkin, Jeremy, 1982: *Entropie — ein neues Weltbild*. Hamburg
- Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.), 1987: *Der Radikale Konstruktivismus: Ein neues Paradigma im interdisziplinären Diskurs*. In: ders. (Hrsg.): *Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus*. Frankfurt/M., 11f.
- Schöfthaler, Traugott, 1985: *Soziologie als interaktionsfreie Kommunikation — Niklas Luhmanns leidenschaftlicher Antihumanismus*. In: *Das Argument* 151, 372ff.
- Schramm, Engelbert (Hrsg.), 1984: *Ökologie-Lesebuch. Ausgewählte Texte zur Entwicklung ökologischen Denkens*. Frankfurt/M.
- Uexküll, Jakob v., und Georg Kriszat, 1970: *Streifzüge durch die Umwelten von Tieren und Menschen*. Frankfurt/M.
- Vester, Frederik, 1980: *Neuland des Denkens*. Stuttgart
- Willms, Bernard, 1973: *System und Subjekt oder die politische Antinomie der Gesellschaftstheorie*. In: Maciejewski, Franz: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie — Beiträge zur Habermas-Luhmann-Diskussion*. Frankfurt/M.

Frank Beckenbach

Die Wirtschaft der Systemtheorie

1. Einleitendes zur Notwendigkeit interdisziplinärer sozialwissenschaftlicher Kommunikation

1.1 *Differenz von Ökonomie und Soziologie: Akteure vs. Strukturen*

Obwohl durch eine große Schnittmenge ihrer jeweiligen Untersuchungsfelder miteinander verknüpft, folgen die ökonomische Theorie einerseits und die soziologische Theorie andererseits doch ganz unterschiedlichen Grundparadigmen. So gilt es innerhalb der mainstream-Ökonomie als common sense, daß sie ihren Gegenstandsbereich aus der Untersuchung der Aufteilung einer gegebenen (oder nur in Grenzen vermehrbaren) Ausstattung an Ressourcen und Gütern auf unterschiedliche Verwendungsweisen gewinnt. Fachterminologisch ausgedrückt: sie setzt Knappheit und Allokation in Beziehung. Ihren Ruf, eine Akteurs- bzw. Handlungstheorie zu sein, bezieht sie aus dem Umstand, daß sie die Artikulation von über die jeweiligen Anfangsausstattungen hinausweisenden Bedürfnissen akteursbezogen spezifiziert und zur Grundlage der ökonomischen Operationen macht. Insoweit ist der eigentliche Kern ihrer Akteurslogik die Betrachtung dezentraler, ja isolierter Mensch/Ding-Beziehungen. Diese Mensch/Ding-Beziehungen in gesellschaftliche Beziehungen (Mensch/Mensch-Beziehungen) zu überführen und damit den Mechanismus der Allokation akteurslogisch zu entschlüsseln, bereitet der ökonomischen Theorie einige Schwierigkeiten. Sie löst diese Schwierigkeiten, indem sie die Einzelakteure einfach mit gesellschaftlicher Koordinationskompetenz ausstattet und, wo dies nicht hinreichend für eine effiziente gesellschaftliche Synthetisierung ist, indem sie ihnen übergreifende Koordinationen explizit oder implizit beigesellt. Dies begründet eine Dichotomie zwischen dem Handlungskalkül der dezentralen Akteure einerseits und den zentralen gesellschaftlichen Koordinationsmechanismen andererseits. Eine Akteurstheorie ohne gesellschaftstheoretischen Gehalt zu liefern mag daher als paradoxes Charakteristikum des mainstreams der Wirtschaftswissenschaften angesehen werden.

Dieses Defizit liefert der soziologischen Theorie, soweit sie sich mit ökonomischen Themen beschäftigt, das Betätigungsfeld. Sie kapriziert sich nicht nur auf die in der ökonomischen Theorie unterschlagenen Mensch/Mensch-Beziehungen, sondern auch auf die Anschlußfrage, wie diese gestaltet sein müssen, damit eine gesellschaftliche Synthese überhaupt möglich ist. Hier wird den Akteuren nicht mehr die (schwer durchzuhaltende) Doppelrolle der isolierten Monade einerseits und des willfähigen gesellschaftlichen Vollzugsorgans andererseits zugeschrieben, sondern spätestens mit der von Parsons thematisierten doppelten Kontingenzbeziehung zwischen den Akteuren ihre von Anfang an gegebene Interdependenz berücksichtigt. Allerdings wird diese Abhängigkeit so beschrieben, daß eine gesellschaftliche Synthese nur bei Unterstellung einer akteursübergreifenden (normativen) Referenzstruktur möglich erscheint. Dieses endogen nicht auflösbare Dilemma der doppelten Kontingenz mag denn auch erklären, warum die soziologische Theorie die Frage nach der gesellschaftlichen Synthetisierung entlang der Thematisierung von Strukturen zu beantworten versucht. Eine Gesellschaftstheorie ohne Akteure zu liefern kann daher als paradoxes Charakteristikum der ökonomisch interessierten Soziologie angesehen werden.

1.2 Differenzabbau durch Neumischung?

Offensichtlich wird den Akteuren in der ökonomischen Theorie zuviel zugemutet: die »Transsubstantiation« des monadisch-eigeninteressierten Nutzenmaximierers in einen umsichtigen Exekutor eines paretoeffizienten Gesamtzustandes gelingt offenbar nur bei Unterstellung weitgehender Informations-, Koordinations- und Konsensbildungsmechanismen, die auf eine versteckte Strukturtheorie hinauslaufen. Umgekehrt in der soziologischen Strukturtheorie: hier werden die Akteure zu einer *quantité négligeable*, obwohl die Erklärung dieser Strukturen ebenso wie ihrer Veränderungen doch auf eine implizites Akteurskonzept verweisen. So sehr diese Stilisierungen einer dinglich orientierten Akteurtheorie bzw. einer gesellschaftlich orientierten Strukturtheorie — nicht zuletzt auch unter wissenschaftssoziologischen Gesichtspunkten — ihre Berechtigung gehabt haben mögen, so sehr schält sich doch heute die Einsicht heraus, daß eine sozialwissenschaftlich gehaltvolle Theorie das Ineinanderreflektieren von Akteurs- und Strukturkonzepten zu ihrem zentralen Anliegen machen muß. Dies belegen nicht nur die Versuche, das ökonomische Entscheidungsparadigma soziologisch zu ergänzen (»rational choice« bzw. »bounded rationality«), sondern auch das in der Ökonomie platzgreifende Bestreben, gesamtwirtschaftlichen Mechanismen eine »Mikrofundierung« zu geben.

Die vorliegenden Adaptionen der Systemtheorie sind nun ebenfalls als Versuch zur Vermittlung zwischen Akteurs- und Strukturtheorie zu verstehen (vgl. Luhmann 1985, 240f., Baecker 1988, 319ff.). Sie sind als Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der mechanistisch-objektivistisch (mit Maschinenanalogien arbeitenden) Kontrollkybernetik bzw. zielorientierter Input/Output-Modelle anzusehen. Den hier im Vordergrund stehenden System/Umwelt-Beziehungen gegenüber verschiebt sich der Betrachtungsschwerpunkt auf die systeminternen Ordnungsleistungen. Die Strukturtheorie wird in eine Kommunikationstheorie aufgelöst. Statt von dauerhaften Strukturen wird von vergänglichen Ereignissen ausgegangen. Nicht nur dadurch, daß sie diese Ereignisse als Kommunikationsakte auffaßt, sondern auch dadurch, daß sie die mit diesen Akten verbundene Beobachtung (und Beobachtung der Beobachtung) thematisiert, kann diese Variante der Systemtheorie als entscheidungs- und akteursbezogene Theorie aufgefaßt werden¹. Dadurch, daß sie innerhalb der gegebenen Abgrenzung gegen eine Systemumwelt die Reproduktion der Systemelemente zu erklären versucht (Theorem der Selbstreferenz bzw. Autopoiesis) kann sie zugleich als Fortschreibung des gesellschaftsbezogenen Anliegens der soziologischen Theorie verstanden werden. Diese soll allerdings von ihrer früheren kritischen Supplement-Funktion gegenüber der Ökonomie emanzipieren. Wirtschaft und Gesellschaft werden vielmehr im Rahmen einer soziologischen Supertheorie vermittelt. Es überrascht daher nicht, daß auch das spezifische Anwendungsfeld Wirtschaft von einer allgemeinen systemtheoretischen Methodik her strukturiert wird.

Im folgenden soll untersucht werden, ob es gelingt, mittels einer als Kommunikationstheorie reformulierten Systemtheorie Akteurs- und Strukturgesichtspunkte in bezug auf wirtschaftliche Fragestellungen konsistent zusammenzuführen. Dazu werden in Abschnitt 2 die wichtigsten Merkmale der systemtheoretischen Methodik dargestellt, um dann zu erörtern, wie mittels dieses Instrumentariums die Wirtschaft als Teilsystem der Gesellschaft interpretiert werden kann (Abschnitt 3). Daß die Grundprinzipien der Systemtheorie bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden müssen, wenn die Interpretation der Wirtschaft unter dem Synthesegesichtspunkt gehaltvoll sein soll, wird in Abschnitt 4 gezeigt. In Abschnitt 5 soll eine Würdigung unter interdisziplinären Kommunikationsgesichtspunkten vorgenommen werden.

2. Soziale Systemtheorie als Kommunikationstheorie

Soziale Systeme werden in Absetzung zu einer vorgefundenen Umgebung begründet. Einerseits bilden sie eine eigene (Reproduktions-)Logik aus, während sie andererseits auf die Umgebungsbedingungen als einer Reproduktionsbedingung verwiesen bleiben. Luhmann versucht diese Dialektik durch die *Differenz von System und Umwelt* einzufangen. Für ihn läßt sich die Konstituierung des sozialen Systems durch die Reduktion der Umweltkomplexität beschreiben, so daß die Umwelt stets komplexer als das System sein muß. Die spezifische Leistung des kommunikationstheoretischen Ansatzes besteht darin, daß er die Eigenlogik des Systems als geschlossenen kommunikativen Zirkel darstellbar macht. Die Verwiesenheit auf nicht innerhalb des Systems produzierbare Bedingungen läßt sich dann als eine diese Geschlossenheit nicht störende System/Umwelt-Beziehung auffassen. Von Nichtgeschlossenheit soll allenfalls im nichtkommunikativen Sinn geredet werden können. Die Gesellschaft »besteht aus Kommunikationen, sie besteht nur aus Kommunikationen, sie besteht aus allen Kommunikationen. Sie reproduziert Kommunikation durch Kommunikation. Was immer sich als Kommunikation ereignet, ist dadurch Vollzug und zugleich Reproduktion der Gesellschaft. Weder in der Umwelt noch mit der Umwelt der Gesellschaft kann es daher Kommunikation geben. Insofern ist das Kommunikationssystem Gesellschaft ein geschlossenes System.« (Luhmann 1988, 50)

Ein Problem für diese Geschlossenheitsvision ergibt sich dadurch, daß die Abhängigkeit des Systems von den Umweltbedingungen selber zum Gegenstand der Kommunikation gemacht werden kann. Die Gesellschaft »ist aber nur in einer Umwelt und vor allem nur dank psychischen Bewußtseins, dank organischen Lebens, dank physischer Materialisierungen, dank der Evolution von Sonnen und Atomen möglich. Die Gesellschaft registriert diese Lage, indem sie sich als offenes System etabliert. Sie kommuniziert *über etwas* — über Themen, die ihre Umwelt ... betreffen.« (Ebd.) Nur dadurch, daß die Beziehungen zur Umwelt nicht als Kommunikation gefaßt werden und insofern *per definitionem* nicht *mit* ihr kommuniziert werden kann, ist es möglich, trotzdem weiterhin von einem geschlossenen System auszugehen.

Durch diese Reduktion von Gesellschaft auf ein Kommunikationssystem ist zugleich auch ein gemeinsamer Nenner für die Charakterisierung der verschiedenen Segmente dieses Systems gegeben. Als Segmente, die einerseits einer eigenständigen Entwicklungslogik folgen, andererseits aber in einem einheitlichen Kommunikationssystemzusammenhang stehen, begründen sie die *funktionale Differenzierung* der Gesellschaft.

Auch für die sich als Ergebnis der funktionalen Differenzierung ausbildenden Teilsysteme muß gelten was für das Verhältnis von System und Umwelt im allgemeinen gültig ist. Erstens müssen sie eindeutig abgrenzbar sein und zweitens darf es keine Fremdbestimmung der Kommunikation in den einzelnen Teilsystemen und damit Dominanz einzelner oder mehrerer Teilsysteme geben. Ihr Verhältnis zueinander ist weder durch Komplementarität noch durch Substitutionalität zu kennzeichnen. Sie sind durch eine Eigenlogik konstituiert; sie können nicht für einander einspringen.

Zwar sind die Teilsysteme aufeinander angewiesen. »Diese Angewiesenheit ist aber keine Frage des Leistungsempfangs und der Leistungsabgabe. Ebendas läßt funktionale Differenzierung als ein außerordentlich anspruchsvolles, nicht über Aufgaben oder Systemziele zu regulierendes Ordnungsprinzip erscheinen. Die Abhängigkeiten zwischen den Teilsystemen ergeben sich aus dem Redundanzverzicht, der seinerseits die Grundlage für eine hohe Spezifikation und Leistungsfähigkeit der

Teilsysteme ist. Ein Leistungsaustausch mag, vor allem auf der Organisationsebene, trotzdem eine mehr oder weniger wichtige Rolle spielen und das System vor einer Übersteigerung seines Prinzips bewahren. Im Prinzip aber operiert jedes System aufgrund seiner eigenen autopoietischen Autonomie, und die Kopplung an die Umwelt wird durch diese Geschlossenheit, und nicht durch Input und Output, vermittelt.« (Luhmann 1988, 133)

Luhmann diskutiert nicht die aus dieser Überlegung zu ziehende Schlußfolgerung, daß der Transferbedarf zwischen den Teilsystemen mit der funktionalen Differenzierung zunimmt und auch nicht die Frage, durch welchen Mechanismus dieser gedeckt wird, wenn der Güter- und Dienstleistungsaustausch dafür nicht in Frage kommt. Auch bleibt unerörtert, inwieweit etwa die Belieferungsstrukturen die interne Struktur der Teilsysteme prägen und damit die postulierte Eigenlogik untergraben.² Unter Außerachtlassung all dieser Probleme geht er vielmehr analog der System/Umwelt-Abgrenzung davon aus, daß je verschiedene »Codes« den Teilsystemen eine Geschlossenheit möglich machen. Diese Annahme ist hier aber um so erstaunlicher, als diese Geschlossenheit jetzt nicht mit dem nichtkommunikativen Charakter der Umweltbeziehungen begründet werden kann, denn die anderen Teilsysteme sind auch Kommunikationssysteme. Um die Geschlossenheit der Teilsystemkommunikation zu begründen, bedarf es vielmehr zusätzlich des Nachweises, daß die teilsystemspezifische Codes gegeneinander abgeschottete Kommunikationszirkel begründen können.

Mit der Betonung der Selbstbezüglichkeit und Eigenreproduktion im sozialen System soll die in der wissenschaftlichen Systembeschreibung gern bezogene externe Beobachterposition aufgelöst werden. Statt von dieser aus werden die Elemente des Systems als durch das System reproduzierbar aufgefaßt. Mit dieser Selbstreferenz soll eine »autopoietische« Geschlossenheit verbunden sein.

Damit ist aber bereits eine Grundaporie dieses Konzepts aufgeworfen: »(W)ie kann sich etwas unterscheiden und in dieser Unterscheidung selbst bezeichnen, was Unterscheidung und Bezeichnung selbst vollziehen muß?« (Baecker 1988, 325) Diese Aporie soll durch die kommunikationstheoretische Lesart der Systemtheorie gelöst werden: durch die Unterscheidung zwischen einer basalen Selbstreferenz in Operationen und einer reflexiven Selbstreferenz in Beobachtungen (vgl. ebd., 307f., 325).

Für den Beobachter folgt aus dieser Geschlossenheit das Problem, daß er sich dieser Selbstreferenz nur durch eine Probierstrategie nähern kann: da die Selbstreferenz nicht beobachtet werden kann, muß der Beobachter Differenzen daraufhin testen, ob sie ihm eine der Selbstbeobachtung des Systems entsprechende Beschreibung desselben erlauben (vgl. ebd., 88, 331). Damit ist zugleich auch das Prozedere der wissenschaftlichen Beobachtung festgelegt. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen Operationen und Beobachtungen müssen Differenzen getestet werden, die sich zu einer Systembeschreibung insgesamt verdichten lassen. Dies soll im folgenden für das System Wirtschaft durchexerziert werden.

3. Wirtschaft als autopoietisches Teilsystem der Gesellschaft

3.1 Geld als generalisiertes Kommunikationsmedium: Zahlung als Elementaroperation

3.1.1 Doppelte Kontingenz als Grundlage generalisierter Kommunikationsmedien

Das Teilsystem der Wirtschaft kann in systemtheoretischer Sicht verstanden werden als Ergebnis einer spezifischen Auflösung des Problems der doppelten Kontingenz. Doppelte Kontingenz ist zunächst als Metapher für die Interdependenz menschlichen

Handelns (dargestellt als Beziehung von Ego zu Alter), als Grundbedingung für die Möglichkeit des sozialen Handelns, zu verstehen. Während für Luhmann schon Parsons sich durch die Einsicht auszeichnet, »daß kein Handeln zustandekommen kann, wenn Alter sein Handeln davon abhängig macht, wie Ego handelt und Ego sein Verhalten an Alter anschließen will« (Luhmann 1985, 149) und sich die Lösung für diese Problem nur bei Existenz eines gemeinsamen kulturellen Referenzsystem vorstellen kann, sucht Luhmann jedoch nach anderen Lösungen für dieses Handlungs-dilemma. Die doppelte Kontingenz wird für ihn zur konstituierenden Konstellation für das Sozialsystem selber.

»Diese Theorie artikuliert die Frage, 'Wie ist soziale Ordnung möglich?' in einer Weise, die diese Möglichkeit zunächst als unwahrscheinlich vorführt. Wenn jeder kontingent handelt, also auch anders handeln kann und jeder dies von sich selbst und anderen weiß und in Rechnung stellt, ist es zunächst unwahrscheinlich, daß eigenes Handeln überhaupt Anknüpfungspunkte ... im Handeln anderer findet; denn die Selbstfestlegung würde voraussetzen, daß andere sich festlegen, und umgekehrt. Zugleich mit der Unwahrscheinlichkeit sozialer Ordnung erklärt dieses Konzept aber auch die Normalität sozialer Ordnung; denn unter dieser Bedingung doppelter Kontingenz wird jede Selbstfestlegung, wie immer zufällig(!) entstanden und wie immer kalkuliert, Informations- und Anschlußwert für anderes Handeln gewinnen. Gerade weil ein solches System geschlossen-selbstreferentiell gebildet wird, also A durch B bestimmt wird und B durch A, wird jeder Zufall, jeder Anstoß, jeder Irrtum produktiv ... Es ist mithin die Emergenz eines sozialen Systems, die über Verdoppelung der Unwahrscheinlichkeit ermöglicht wird und dann die Bestimmung des je eigenen Verhaltens erleichtert.« (Ebd., 166)

Erstens beruht diese Konstitution des Sozialsystems auf der Setzung eines geschlossenen Kommunikationszirkels als gesellschaftlicher Entität. Unklar bleibt aber die Erweiterung der Kommunikation durch Einbeziehung Dritter, Vierter, Fünfter usw.; ausgeschlossen bleibt der Einfluß von nichtkommunikativen Umständen auf die kommunikativen Selektionen. *Zweitens* ist die Konstitution des Sozialsystems an eine »zufällige« Anfangskonstellation gebunden, in der die Handlungsblockaden durch einen Münchhausen-Akt aufgelöst werden. Luhmann plausibilisiert dies einerseits durch Verweis auf trial-and-error-Verfahren und deren evolutionstheoretische Verfestigung (ebd., 150, 168f., 175f., 184f.) und andererseits durch den Verweis auf die Notwendigkeit der Auflösung von Dilemmasituationen (ebd., 172, 184 und Luhmann 1988, 182). Insbesondere die letzte Begründungsvariante wird aber nicht weiter verfolgt, weil sie offenbar in gefährliches theoretisches Fahrwasser führt: sie würde sowohl die Annahme der Wahlfreiheit als auch der Abschottung gegen eine nichtkommunikative Umwelt erschüttern. Auf diese Weise bleibt der Nimbus dieser Theorie gewahrt, die Möglichkeit des Sozialen, die Strukturierung des Zufalls, zu begründen, nicht aber die soziale Welt als Verwirklichung einer utilitaristischen Triebstruktur oder gar als Vollzug laboristischer Zwänge zu interpretieren.

Die Anfangsfestlegung von Alter oder Ego (bzw. A oder B) bedeutet eine Selektion der Handlungsmöglichkeiten. Diese verfestigt sich um so eher zu einem sozialen System, je umstandsloser sie Anschlußselektionen ermöglicht. Zur Verwirklichung dieses Systemimperativs werden Kommunikationsmedien eingeführt. Je situationsunabhängiger diese ihre Kommunikationsleistung vollbringen, desto angemessener sind sie. Als solche sind sie generalisierte Kommunikationsmedien. Ein derartiges generalisiertes Kommunikationsmedium soll Geld sein.

3.1.2 Geld als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium

Entsprechend der doppelten Begründungsfigur des sozialen Systems aus der Handlungssituation der doppelten Kontingenz wird auch das Geld als ein spezifisches kommunikatives Generalisierungsmedium doppelspurig begründet. Einerseits wird es im Anschluß an die Tauschmitteltheorien »der« Ökonomen, die es als Erleichterungsmittel für den Austausch von Gütern begreifen, als evolutionäre Herausbildung eines Vereinfachungsmittels für Anschlußselektionen begriffen. Die Festlegung (Selektion) des A wird in derartig generalisierter Form vorgenommen, daß B ohne weiteres mit Selektionen anschließen kann. Dadurch wird die Schwierigkeit, aus einer privaten, undurchsichtigen Selektion ein Motiv für eine Anschlußselektion zu gewinnen, gelöst (vgl. Luhmann 1988, 238). Allerdings ist damit eine neue Schwierigkeit verbunden: die Anschlußselektion von B an die Selektion von A ist um so einfacher, je weniger sie an A gebunden ist und insoweit soll A etwas ins Werk setzen was ihn selbst aus dem Rennen wirft! Allenfalls könnte er noch Trost darin finden, daß er mit dieser aufopferungsvollen Anfangstat für den »Triumph der Knappheit über die Gewalt« gesorgt (ebd., 253) und den neidvollen Direktzugriff Dritter abgewendet hat. Doch auch dies liefert keine stichhaltige Begründung der Möglichkeit und Notwendigkeit der mit dem Geld gegebenen spezifischen Generalisierungsform von Selektionen. Auch der geldlose Gütertausch legitimiert den Ausschluß Dritter, insoweit der Zugriff auf »knappe« Güter nur durch Gegenleistung erfolgt.

Daher rekurriert Luhmann bei der Begründung des Geldes denn auch andererseits einfach auf die vorausgesetzte Systemlogik, dergemäß durch Geld das Postulat einer kontextübergreifenden Kommunizierbarkeit eingelöst wird. Es wird zum Vollzugsorgan der geforderten Systemdifferenzierung, indem es die Ausbildung eines besonderen Funktionssystems für wirtschaftliche Kommunikation in Gang bringt (vgl. ebd., 14). Dieses Apriori ermöglicht erst die Absetzung von einem — implizit immer noch als güterwirtschaftlich gedachten — zweiseitigen Kontingenzkontext.

3.1.3 Zahlung als Grundoperation der Wirtschaft

Diese zentrale Rolle des Geldes für das Kommunikationssystem Wirtschaft macht die auf Geld bezogenen Operationen, nämlich Zahlungen, zu Grundoperationen des Wirtschaftens. »Die Wirtschaft gewinnt ihre Einheit als autopoietisches, sich selbst produzierendes und reproduzierendes System dadurch, daß sie eine eigene Typik von Elementen verwendet, die nur in der Wirtschaft vorkommen und nur in ihr, das heißt nur in rekursivem Bezug auf andere Elemente desselben Systems ihre Einheit gewinnen. Der 'unit act' der Wirtschaft ist die *Zahlung*. Zahlungen haben alle Eigenschaften eines autopoietischen Elements: Sie sind nur aufgrund von Zahlungen möglich und haben im rekursiven Zusammenhang der autopoiesis der Wirtschaft keinen anderen Sinn als Zahlungen zu ermöglichen.« (Ebd., 52) Im Lichte dieser Geschlossenheit der Zahlungsoperationen erscheinen Produktion, Tausch, Verteilung, Kapital und Arbeit als »derivate Sachverhalte« (ebd., 55). Auch das der ökonomischen Theorie soviel Kopfzerbrechen bereitende Phänomen des Profits soll dabei elegant erklärt werden: »Das System kann aber so eingerichtet werden, daß indirekt auch der Zahlende selbst Zahlungsmöglichkeiten gewinnt.« (Ebd., 56) Hier zeigen sich denn auch drastisch die Grenzen dieses Konstrukts: die Konditionierung durch Zahlung allein ist gerade kein hinreichende Erklärung dafür, daß aus Zahlungen eine größere Zahlungsfähigkeit erwachsen kann. Eine zumindest nicht unplausible Erklärung für dieses Phänomen geht gerade von der Überführbarkeit *nicht* bezahlter

Produktionselemente in bezahlte Waresegmente aus.³ Aber auch jenseits dieser delikaten Selektivität hat das Zahlungswesen seine ganz unpoetischen Voraussetzungen: nicht nur die Existenz bzw. Akzeptanz des Geldes, auch der Zwang zur Einbringung von Gütern und Leistungen in das Marktgeschehen, die Möglichkeit einer funktionsfähigen Preisbildung, die Begrenztheit der Geldhortung und vieles andere mehr.

Daß der Zahlungsstrom seine sozialen Voraussetzungen hat und nur auf Grundlage einer perpetuierten sozialen Polarisierung fließt, entgeht auch Luhmann nicht: »Die Zahlung schafft sehr hohe *Sicherheit der beliebigen Verwendung* des erhaltenen Geldes für den Gelderwerber (Geldeigentümer) und zugleich sehr hohe *Unsicherheit der bestimmten Verwendung* für alle anderen.« (Ebd., 21) Die beständige Auflösung und Erneuerung dieser sozialen Gegensätzlichkeit ist Bedingung für den Zahlungsfluß und bindet alle Teilnehmer an die Fortführung dieses Prozesses. Insoweit ist das Teilsystem Wirtschaft nicht nur durch die Reproduktion von Zahlungen sondern auch durch die Reproduktion von Nichtzahlungen charakterisiert (vgl. ebd., 53).

3.1.4 Fortschreibung der Knappheitssemantik der Fachökonomie

Die Theorie des Geldes als eines generalisierten Kommunikationsmediums zeichnet sich durch eine grundlegende Ambivalenz aus: Einerseits nimmt sie Bezug auf eine binäre, aus zwei Polen bestehende, Handlungskonstellation. Ursprünglich gewonnen aus der in der soziologischen Theorie thematisierten doppelten Kontingenz, reichert sie diese an um Versatzstücke aus der in der Fachökonomie behandelten Theorie des zweiseitigen Tauschs (»barter«).⁴ Diesem Bezug steht andererseits eine Erörterung einer Systemkonstellation gegenüber. Diese ergibt sich aus der durch Zahlungsoperationen hergestellten Verknüpfung, also durch die Existenz eines vom Gütertausch spezifisch verschiedenen monetären Kommunikationssystems. Um diese Ambivalenz zu beseitigen, wird die Knappheitssemantik der mainstream-Ökonomie aufgenommen. Denn es läßt sich sowohl die zweiseitige Tauschsituation knappheitstheoretisch interpretieren⁵ als auch ein durch Geldgebrauch ausdifferenziertes Wirtschaftssystem.⁶

Aber allein der Umstand, daß der Zugriff auf eine Geldsumme deren Wiederverwendungsmöglichkeit für andere nicht beschränken muß (also Knappheit nicht im güterwirtschaftlichen Sinn gegeben sein kann), zeigt, daß hier ganz disparate Dinge knappheitstheoretisch analogisiert werden. Während die Mengenbeschränkung des Geldes einzig durch die Funktionserfordernisse des jeweiligen Geldsystems diktiert ist, ist die Mengenbeschränkung von Gütern durch Produktions- bzw. Naturbedingungen bestimmt (wenn von Monopolen u.ä. abgesehen wird). Entscheidend ist aber, daß die Knappheitssemantik in der Fachökonomie für eine spezifische Thematisierung einer spezifischen Situation steht. Diese ist gekennzeichnet durch das Gegenüberstehen von begrenzten Ressourcen und unbeschränkten Bedürfnissen, was theoretisch dann verdichtet wird zum Gegenüberstehen einer gegebenen Anfangsausstattung (die mehr oder weniger explizit als privat angeeignete unterstellt wird) einerseits und autonomatomisierten Bedürfnisträgern andererseits. Deren Optimierungsbestreben begründet die über entsprechende Austauschproportionen (»relative Preise«) zu bewerkstelligende Allokationsaufgabe.⁷ Insofern ist die Knappheitssemantik in der Fachökonomie eng verknüpft mit der Logik des Gütertauschs, von der Luhmann/Baecker ihre monetäre Kommunikationstheorie gerade absetzen wollen.

3.2 *Nichtgeschlossenheit des Zahlungskreislaufs: Differenz von Operationen und Beobachtungen*

Jenseits der Scheinvermittlung durch die Knappheitssemantik bleibt als Problem festzuhalten, daß die Kontinuität der Zahlungen an das prekäre Mitlaufen von Nichtzahlung gebunden ist. Weder das neoklassische »haben wollen«, das nutzentheoretische Maximierungskalkül, noch das klassische »haben müssen«, das arbeitswerttheoretische Reproduktionskalkül, werden als Erklärung für das Überwinden der Nichtzahlungsfähigkeit akzeptiert. Wenn aber die Überführung der Nichtzahlung in Zahlung nicht als 'Abfallprodukt' einer güterwirtschaftlichen Gleichgewichtslogik bzw. einer arbeitswerttheoretischen Äquivalenzlogik begriffen werden kann, wie dann? »Da 'Gleichgewicht' und 'Äquivalenz' die Möglichkeit der Ordnung unrespezifizierbar nur postulieren, ist die Frage neu zu stellen, wie in der Wirtschaft aus der Interdependenz der Kalküle Ordnung zu gewinnen ist. Dabei setzt Interdependenz diese Ordnung bereits voraus. Die hier verfolgte These ist, daß wirtschaftliche Kalküle unter der Voraussetzung der Etablierung einer marktorientierten Differenzpragmatik operieren.« (Baecker 1988, 57) Diese »Differenzpragmatik« muß das Problem lösen, wie bei Delegation der Welt der Güter und der Leistungserstellung in die Umwelt die kommunikationstheoretisch entscheidende Anschlußselektivität so zu gewinnen ist, daß Nichtzahlung in Zahlung überführt werden kann.

Zur Lösung dieses Problems wird unterstellt, daß sich die ökonomischen Kommunikationsteilnehmer an der Differenz von Leistung und Preis bzw. von Kosten und Nutzen orientieren (vgl. ebd., 64ff., 73ff.). An die Stelle der gleichgewichtstheoretischen bzw. äquivalenztheoretischen Plausibilisierung für die Überbrückung dieser Differenz tritt hier die Postulierung dieser Überbrückung durch den Bezug auf das vorausgesetzte Geldmedium.

Denn die Konstituierung und Differenzierung des Teilsystems Wirtschaft durch das Geld schafft zwar einen kommunikativen Verweisungszusammenhang, der von der Systemtheorie als »Geschlossenheit« interpretiert wird. Diese ist aber nicht zu verwechseln mit einer autonomen Selbstreproduktionsfähigkeit des Teilsystems. Um letztere sicherzustellen bedarf es vielmehr der Zufuhr von Materie bzw. von Leistungen aus der Umwelt. Geldkommunikation und Güterwirtschaft werden dann als System und Umwelt gegenübergestellt und müssen gleichwohl zu einer Einheit finden. »Aus der Perspektive des Wirtschaftssystems erscheint die autopoietische Reproduktion angewiesen auf die Kopplung von (selbstreferentiellen) Zahlungen und (fremdreferentiellen) Transaktionen. Solche Kopplung ist notwendig, jedoch in jeder Interaktion innerhalb des Systems nur problematisch zu sichern.« (Ebd., 119) Offensichtlich im ökonomischen Kontext entstandene technische, psychische und organisatorische Artefakte (wie z.B. Technologien, Bedürfnisse usw.) müssen dann als nichtkommunikative Sachverhalte in die Systemumwelt verwiesen werden, obwohl sie für die Verkettung und Stabilisierung von Zahlungsoperationen von zentraler Bedeutung sind (vgl. ebd., 151ff.). Wohl um die verselbständigte Welt der Zahlungskommunikation für diese Umweltgrundlagen zu öffnen, wird mit den *Transaktionen* eine Relationierung von Leistung und Zahlung eingeführt. — Transaktionen stellen eine Relationierung von Operationen und Umwelt dar. Sie verweisen auf eine prekäre Einheit von System- und Umweltbedingungen als Reproduktionserfordernis. Diese Einheit kann nur durch »Akteure« des Systems, die Kommunikationseinheiten, hergestellt werden. Sie müssen diesbezügliche Verknüpfungsentscheidungen fällen. Mit den *Beobachtungen* werden dann die dafür erforderlichen Relationierungen von Operationen bzw. Transaktionen und Kommunikationsakteuren thematisiert.

Durch Beobachtungen werden die Systemergebnisse (Operationen, Transaktionen und Beobachtungen) erfaßt und verarbeitet. Diese Ereignisbezogenheit ist offenbar die Grundlage dafür, daß die Umsetzbarkeit von Beobachtungen in Entscheidungen den Aufbau von *Strukturen* erfordert. Diese Strukturen werden in der sozialen Systemtheorie zweifach beschrieben:

- Einerseits als Verdichtung zu Erwartungen, die selbst wieder ihre Quelle haben sollen in: a) der sozialer Reflexivität von Interaktionssystemen, b) der Normierung von Verhaltenserwartungen und c) der formalen Organisation sozialer Systeme (vgl. Luhmann 1988, 294f.).
- Andererseits als operationsbezogene Konditionierungen von Umweltbedingungen. Baecker (1988, 153ff., 170ff.) nennt hier: Technologie, Eigentum, Bedürfnisse und Arbeit.

Die Transaktion stellt die Verklammerung des Kommunikationssystems mit der Umwelt her; die Beobachtungen stellen seine Verklammerung mit den Akteuren her. Es bleibt zu erörtern, wie Operationen (Transaktion) und Beobachtungen verknüpft werden und ob das Geldmedium einerseits und die Erwartungsbildung andererseits dafür hinreichende Strukturbildungen darstellen.

3.3 Markt als Integrationsmittel für Operationen und Beobachtungen

Innerhalb des Teilsystems Wirtschaft soll diese Verknüpfung der Markt leisten. Damit sollen zugleich neue Überlegungen zu der Frage skizziert werden, was Märkte eigentlich sind; denn in der ökonomischen Theorie wird die gleichgewichtsstiftende Effizienz von Märkten einfach vorausgesetzt, »ohne daß deutlich würde, welche soziale Dynamik all dem zugrundeliegt.« (Ebd., 24) In der Sicht der sozialen Systemtheorie kann der Markt weder als eindeutig lokalisierbarer Tauschort noch als eigenständiges soziales System aufgefaßt werden. »Als Markt kann man die wirtschaftsinterne *Umwelt* der partizipierenden Systeme des Wirtschaftssystems ansehen, die für jedes eine andere, zugleich aber auch für alle dieselbe ist. Der Begriff des Markts bezeichnet also kein System, sondern eine Umwelt — aber eine Umwelt, die nur als System, in diesem Fall also als Wirtschaftssystem ausdifferenziert werden kann. Als Markt wird mithin *das Wirtschaftssystem selbst* zur *Umwelt seiner eigenen Aktivitäten* ...« (Luhmann 1988, 94) Dieser Absetzung des Marktes von den eigentlichen Systemoperationen liegt die Auffassung zugrunde, daß der Markt ein Beobachtungssystem bzw. System zur Beobachtung von Beobachtungen darstellt und diese an die Akteure der Ökonomie und ihre Operationen zurückvermittelt.

Allerdings ist diese Rückvermittlung nur indirekt möglich, da die Marktteilnehmer keine direkte Kommunikation untereinander pflegen, sondern sich nur indirekt beobachten können wie durch einen Spiegel. Sie handeln weder kooperativ noch isoliert, sondern sind strategisch orientiert: an der Beobachtung anderer und der Beobachtung dieser Beobachtung durch diese. Da es für diese Beobachtungskontingenzen und den sich in der Folge ergebenden Entscheidungen keine Gewißheiten gibt, zeichnet sich Markthandeln für die soziale Systemtheorie durch strukturelle Unsicherheit und Risiko aus. Die daraus folgende Verhaltensmaxime ist die Sicherung einer entsprechenden Robustheit gegenüber diesen Gefahren. Auf dieser Grundlage läßt sich die Preisbildung als ein Probier- und Testverfahren begreifen, das durch Variation vorgegebener Preise die Marktteilnehmer zur Offenbarung ihrer Festlegungen veranlaßt. Nur wenn die hinter diesen Festlegungen stehenden Erwartungen und Annahmen unterschiedlich sind, lassen sich Marktprozesse stabilisieren.⁸

Das oben skizzierte Problem, wodurch die Vermittlung von strikt zweiwertig orientierten Operationen einerseits und den vieldeutigen, weil mannigfache Umweltbezüge herstellenden Beobachtungen andererseits geleistet werden soll, oder anders wie die Medientheorie des Geldes mit der Beobachtungstheorie des Marktes verknüpft werden kann (vgl. Baecker 1988, 242), ist damit noch nicht gelöst. Diese Verknüpfung soll durch das Konstrukt einer »Differentialmatrix« hergestellt werden. Sie führt die Beobachtungen mit den Operationen unter Berücksichtigung der jeweils relevanten Leitdifferenzen zusammen. Dabei wird den Operationen die Leitdifferenz Information/Erwartung und den Beobachtungen die Leitdifferenz Anreiz/Risiko zugeordnet und diese werden aufeinander bezogen. »Die Differentialmatrix beschreibt, so die Hypothese, die Gesamtheit der in Märkten dem Wirtschaftssystem überhaupt zugänglichen Perspektiven, an die sich die einzelnen Teilsysteme [wie Haushalte, Unternehmen usw.; Anm.d. Verf.] in beliebiger Kombination und Varianz anhängen können ... jede Perspektive soll prinzipiell für alle anderen Perspektiven beobachtbar sein.« (Ebd., 230)

Für die selbstreferentiell-autopoietische Fassung der Wirtschaft ist die Integration von Operationen und Beobachtungen, von Geldmedientheorie und Markttheorie ein entscheidendes Erfordernis (vgl. oben 2.3). Es zeigt sich nun, daß diese Integration drei Eigentümlichkeiten aufweist: *Erstens* liefert sie keine akteurstheoretisch gehaltvolle Zuordnung von Ereignistyp (Operation, Beobachtung) und der jeweiligen Leitdifferenz. *Zweitens* blendet sie die — nicht zuletzt durch das Geldmedium verursachte — Differenz zwischen den Perspektiven der geldbesitzenden und nicht geldbesitzenden Marktteilnehmern ebenso aus wie die akteurspezifische Typologisierung der Verarbeitung von Marktereignissen. *Drittens* ist sie mit »Überschneidungen und Unschärfen« (ebd., 235) zwischen den in die Leitdifferenzen eingehenden Werte (Informationen, Erwartungen, Anreize und Risiken) verbunden. Ob diese Vieldeutigkeiten allein auf die »katalytische Virulenz des Marktparadoxons« (ebd.) zurückzuführen sind, soll im folgenden Abschnitt untersucht werden.

4. Probleme und Widersprüche der systemtheoretischen Sicht der Wirtschaft

4.1 *Problem der Integration von Operation und Beobachtung als Kritik der Selbstreferenz*

Die zentrale Aufgabenstellung für eine selbstreferentiell/autopoietisch angelegte Theorie der Wirtschaft lautet: Wie können die basalen Elemente des Systems Wirtschaft, die Zahlungen, vermittelt über Nichtzahlungen wiederum Zahlungen hervorbringen unter Einhaltung und Auflösung der System- und Umweltabgrenzung, will sagen unter Absetzung von der Umwelt und durch Bezug von Umweltleistungen und deren Einbindung in den Zahlungskontext. Dies soll geleistet werden durch die Vermittlung von zweiwertigen Operationen und mehrwertigen Beobachtungen.

In den vorliegenden Versuchen zu einer ökonomischen Systemtheorie wird dieses Problem durch zwei zentrale Vorgaben gelöst: *Erstens* wird auf dem Markt eine zentrale Beobachterposition eingenommen. Mit Hilfe der Differentialmatrix wird die Transaktions- und Beobachtungspolarisierung ausgeblendet.⁹ *Zweitens* wird ein existentes und für die Elemente des ökonomischen Systems bindendes Kommunikationssystem in Gestalt des Geldes angenommen. Dessen Leistungsfähigkeit soll darin bestehen, daß es die entscheidungsleitenden Differenzen in einen Kommen-

surabilitätskontext überführt und Anschlußmöglichkeiten bei getroffenen Entscheidungen sichern soll.¹⁰

Widersprüchlich an dieser Lösung ist zunächst, daß beide Vorgaben einander ausschließen: die Differentialmatrix blendet die mit dem Geld gegebene Perspektivendifferenz (zwischen den Einzelakteuren und der Gesellschaft, zwischen den nachfragenden Geldbesitzern und den anbietenden Nichtgeldbesitzern) aus.¹¹ Widersprüchlich an dieser Lösung ist aber auch ihre Unvereinbarkeit mit den Eigenschaften, die den Elementen des ökonomischen Systems zugesprochen werden. Diese Elemente sollen nicht nur keinerlei zentralen Steuerungsinstanzen unterworfen, sondern auch antinomisch aufeinander bezogen sein. Diese Eigenschaften machen den Beobachterzentrismus zur Fiktion und die 'Akzeptanz' des Geldes als Komensurabilisierungs- und Anschlußmittel zu einer prekären Angelegenheit. Eine Einpassung des monetären Kommunikationssystems in diesen eigenständigen, antinomischen Bezugskontext der Systemelemente erfolgt nicht.

Der oben skizzierte Versuch, dies durch Verweis auf das Bedürfnis nach situationsunabhängiger Anschlußselektion im Kontext der doppelten Kontingenz zu bewerkstelligen, muß als gescheitert angesehen werden (vgl. Abschnitt 3.1.1). Insofern bleibt auch hier nur die Postulierung des Geldes selbst als ein Systemerfordernis. Aus der anfänglich konstatierten Dichotomie zwischen Handeln und Struktur wird so die Dichotomie zwischen doppelter Kontingenz und Kommunikationssystem. Durch Entleerung der Knappheitssemantik aus der Fachökonomie läßt sich diese Dichotomie nicht überbrücken: sie führt letztlich in die Logik des Gütertauschs, von der sich die monetäre Kommunikationstheorie gerade absetzen will. Knappheit steht für eine Mensch/Ding-Situation und liegt mit der Einbeziehung von Umwelt jenseits der Kommunikation (vgl. Abschnitt 3.1.4).

Mit der Unterstellung und Dethematisierung von privat angeeigneten Anfangsausstattungen und deren Größenunterschieden impliziert die Knappheitssemantik aber eine Handlungs- und Herrschaftstheorie. Dies hat auch Luhmann vor Augen, wenn er formuliert: »Gesellschaft bedeutet, daß Menschen in der Bestimmung und in der Befriedigung dessen, was sie als Bedürfnis erfahren, nicht allein und nicht unabhängig voneinander operieren. Jeder stimuliert und stört den anderen. Daraus, und nicht aus der Unzuverlässigkeit der Natur, ergibt sich ein Vorsorgebedürfnis. Jeder muß, weil auch andere interessiert sind und interferieren werden, langfristig vorsorgen, und dieses Vorsorgen macht alle Güter knapp; denn jeder möchte für seine Zukunft reservieren, was ein anderer schon gegenwärtig braucht.« (Luhmann 1988, 64) Damit wird ein Gesellschaftsbild deutlich, das dem der neoklassischen Knappheitsökonomie strikt entgegengesetzt ist: es geht hier um eine Rivalenökonomie mit strategischen (statt autonomen) individuellen Entscheidungssituationen; es geht nicht um die Frage effizienter Allokation, sondern um die Frage möglicher Reproduktion.

Interpretiert man vor *diesem* Hintergrund die Situation der doppelten Kontingenz, dann kann das Erfordernis einer kontextübergreifenden Kommunizierbarkeit mittels Geld plausibel gemacht werden. Diesem Erfordernis geht die Erfahrung voraus, daß die genannte Interdependenz und Interferenz der dezentralen Akteure in einem Rivalitätskontext in Handlungsblockaden umschlagen muß (vgl. Luhmann 1985, 172, 184; und 1988, 182). Die Kommunizierbarkeit dieser gemeinsamen Erfahrung und die Verfügbarkeit über einen externen Hilfsakteur in Gestalt von Politik und Recht führen dann zwischen Konflikt und Evolution zur Herausbildung des Geldes als generalisiertem Kommunikationsmedium. Aber nicht nur die Generierung des Geldes, sondern auch seine Fortentwicklung im modernen Währungs- und Kreditsystem

bleibt durch die Mischung von externer Sanktionierung und interner Nutzung bestimmt. In dieser Mischung liegt auch das mit dem Geld verbundene »Ruhigstellen Dritter« begründet: die gesellschaftliche Polarität wird versachlicht und an dieser 'Sache' hängt die Aura der allgemeinen Akzeptanz. »Geld wendet für den Bereich, den es ordnen kann, Gewalt ab« (Luhmann 1988, 253) — indem es sie monopolisiert!¹²

Allerdings ist diese emergente Bindung der Akteure an den Geldkontext und das damit verbundene Streben nach »Anschlußsicherung« nicht hinreichend für eine Erklärung der Möglichkeit ökonomischer Reproduktion. Die Vielfalt der möglichen Anschlußselektionen bedarf ihrerseits der Selektion. Diese läßt sich jenseits der obigen vagen Andeutungen über Strukturbildungen nur gewinnen, wenn die Reproduktionslogik der Akteure spezifiziert wird. Denn erst diese Reproduktionslogik bindet die möglichen Einzelereignisse in einen Kontext, der dem Zufälligen und dem Erforderlichen gleichermaßen Raum gibt.¹³

Die emergenztheoretische Geldklärung läßt mit der 'gebrochenen' (nur teilweise und auch dann nur mittels Spiegelung möglichen) Kommunikation eine strukturelle Störung der »differentiellen Integration von Beobachtungen und Operationen« erwarten.¹⁴ Diese 'Brechung' der ökonomischen Kommunikation ist deshalb schwer von der Systemtheorie einzufangen, weil sich im Geld gegensätzliche Sachverhalte ausdrücken, die in diesem Ansatz in die Umwelt des Systems verortet werden: die güter- bzw. leistungsbezogene Abhängigkeit der Akteure einerseits und ihre durch das Privateigentum besiegelte Separierung andererseits. Die mit diesen Sachverhalten verbundenen Handlungs- und Informationsbeschränkungen werden durch das Geld einerseits gelöst und andererseits in entwickelter Form reproduziert.

Fazit: Es gelingt nicht, die monetäre Kommunikationstheorie zu einer Theorie funktionierender Märkte auszubauen, bei der systeminterne Vorgänge mit Umweltvorgängen ebenso verknüpft werden müssen wie die unterschiedlichen Akteursperspektiven. Mehr noch: Wird das Geld selbst mit in die Selbstreferenz des Systems eingeschlossen, erfordert dies ein Hinausgehen über den neoklassischen Knappheitshorizont. Dies unterstellt, kann aber nur von einer bedingten Selbstreferenz die Rede sein: Zulieferungen aus anderen Teilsystemen werden zu einer notwendigen Bedingung für die Reproduktion des Geldsystems. Es steht als *pars pro toto* für eine Strukturbildung, die über den durch das Konzept der Selbstreferenz vorgegebenen Rahmen der Struktur als Handlungserwartung hinausweist.¹⁵ Daß die Elemente der Wirtschaft sich auf Zahlungen reduzieren lassen bleibt dann frommer Wunsch.¹⁶

4.2 *Problem der Offenheit des Zahlungskreislaufs als Kritik der System/Umwelt-Abgrenzung*

Die beiden Ausgangsannahmen der kommunikativen Systemtheorie waren: *erstens* gibt es ein trennscharf von Umweltbeziehungen abgrenzbares Kommunikationssystem; *zweitens* ist dieses Kommunikationssystem insoweit geschlossen, als es nicht durch die Umweltbedingungen selber bestimmt wird (vgl. oben 2.1). Die Ausführungen in Abschnitt 4.1 sollten verdeutlicht haben, daß in einer gehaltvollen Porträtierung des Teilsystems Wirtschaft die erste Annahme nicht durchzuhalten ist. Diese Ausführungen bilden nun den Anknüpfungspunkt für die Problematisierung der zweiten Annahme. Die skizzierte Verknüpfung des monetären Kommunikationssystems mit einer hobbesianischen sozialen Grundlage macht die Nutzung 'nicht-kommunizierter' Umweltbedingungen zum Erfordernis einer Teilnahme am ökonomischen Kommunikationssystem, oder drastischer formuliert: zur Notwendigkeit

für das Überleben als ökonomisches Gesellschaftsmitglied. Denn dadurch kann Entlastung in einem durch Rivalität gekennzeichneten Kommunikationskontext erreicht werden. Insofern ist mit dem ökonomischen Kommunizieren (mittels Preisen) systemnotwendig eine Veränderung der Umweltbedingungen verbunden. Damit sind die Grenzen dieses Kommunikationssystems markiert: »Preise bieten keine ausreichende Information über die Umwelt, speziell dann nicht, wenn ihre Auswirkungen auf Nachfrage und Produktion Interdependenzen in der Umwelt tangieren und über Folgewirkungen langfristig auf das System(!), das sie auslöst, zurückwirken. Der Widerspruch läßt sich theoretisch nicht auflösen.« (Luhmann 1988, 39) — Er läßt sich auflösen, wenn das kommunikationstheoretische Korsett der Systemtheorie gelockert wird. Denn nichts schließt aus, daß diese Umweltfolgen — nicht weil sie Moralprinzipien verletzen, sondern weil sie Kommunikationsstörung bedeuten — selber zum Gegenstand der Kommunikation, zum Gegenstand der Kommunikation über das Kommunikationssystem Geld werden. Nichts schließt infolgedessen aus, daß der Horizont der ökonomischen Kommunikation über Preise hinaus erweitert wird: daß Preissubstitute, administrative Vorgaben oder Abstimmungsverfahren für die Allokation von Umweltgütern eingesetzt werden. Treffen diese Zusammenhänge zu, dann läßt sich aber das Kommunikationssystem (hier: Geld) nicht unabhängig von den Umweltbedingungen (etwa: den Naturgrundlagen) und ihrer Nutzung bestimmen. Die Vision der kommunikativen Geschlossenheit wäre dann zu ersetzen durch die Respektierung einer übergreifenden System-Umwelt Interdependenz, die — letztlich zum Weltall hin — offen ist.¹⁷

Fazit: In Abschnitt 4.1 wurde deutlich, daß die Selbstreferenz des Systems Ökonomie nur bei Hinausgehen über den Kommunikationshorizont thematisierbar ist. Wenn die Kommunikation aber die für die Umweltabgrenzung erforderliche Systemgeschlossenheit definiert (vgl. oben 2.1), dann wackelt damit die System-Umwelt Abgrenzung. Wird nun darüber hinaus berücksichtigt, daß eine wohlverstandene Geldökonomie Umweltfolgen produziert und diese das Kommunikationssystem beeinflussen, dann wird entgegengesetzt zum Ausgangspunkt das System zu einer Abhängigen von den Umweltbedingungen und damit zu einem Element eines übergeordneten System-Umwelt Zirkels.

4.3 Problem der Systemstabilität als Kritik der funktionalen Differenzierung

Mit der Existenz des Geldmediums ist verbunden, daß die Ereignisse des ökonomischen Teilsystems sowohl in polarisierter Entgegensetzung als auch in temporalisierter Form auftreten. Dies bringt grundsätzliche Unsicherheit mit sich (vgl. ebd., 20ff) und erfordert eine Anpassungsfähigkeit der Preise, ihre »Instabilität«. Der Normalzustand des Systems ist das Ungleichgewicht und die Frage nach seiner Reproduktionsfähigkeit ist dann die Frage nach der Möglichkeit einer systeminternen Komplexitätsproduktion bzw. nach der umweltbezogenen Komplexitätsreduktion. Gleichwohl bleibt offen, woher das System die Fähigkeit zur Begrenzung von Instabilitäten (z.B. durch Ausschluß aufschaukelnder feedback- Prozesse) erhält.

Jenseits der in Abschnitt 4.1 kritisierten Beobachtungszentralisierung wird als Erklärung dieser Reproduktionsmöglichkeit das Erreichen einer »höhere(n) Ebene der Reflexivität« der monetären Kommunikation angeboten: nicht nur soll der Kredit Preissteigerungen in Grenzen halten (vgl. ebd., 25), sondern die Banken sollen auch als zentrale Vermittlungsinstanz von Zahlungs- und Nichtzahlungskreislauf fungieren (vgl. ebd., 144ff). Dies als zutreffend unterstellt, ergeben sich dennoch zwei grundsätzliche Probleme für die funktionale Eigenständigkeit des Teilsystems

Wirtschaft: *Erstens* ist das Bankensystem hochgradig von politischer Konditionierung (Institution der Zentralbank, öffentliche Absicherung der Kreditpyramide usw.) und damit von der Zulieferung aus dem politischen Teilsystem abhängig. *Zweitens* unterstellt dies die Möglichkeit der Zinszahlung und damit die Möglichkeit der ökonomischen Überschußproduktion. Will man hier über diskrete ideologische Redensarten hinausgehen, wird man um die Einbeziehung der spezifischen ökonomischen Nutzung von Umweltgütern nicht umhinkommen. Dann wäre die Systemstabilität (bzw. die Begrenzung seiner Instabilität) letztlich von Umweltbedingungen abhängig. Die Grenzen einer systemtheoretischen Deutung der Wirtschaft werden offenkundig. »Es ist schwer zu sagen (und rein theoretisch wohl auch kaum zu ermitteln), wo bei einem solchen System die Toleranzgrenzen für Instabilitäten liegen.« (Vgl. ebd., 32)

5. Abschließendes zur Gefahr des Rückfalls in Rauschzustände

5.1 Auflösung von Akteuren und Strukturen in Kommunikation?

Resümiert man die bisher vorgetragenen Interpretationen und Einschätzungen im Blick auf die anfangs formulierte Fragestellung der Zusammenführung von Akteurs- und Strukturgesichtspunkten, dann muß die Schlußfolgerung gezogen werden, daß diese Zusammenführung nicht durch Vermittlung, sondern durch Auflösung von strikt akteurstheoretischen und strikt strukturtheoretischen Gesichtspunkten versucht wird. Einerseits werden Strukturen in Ereignisse aufgelöst; damit wird aber Stabilitätsproblematik begründet, deren Lösung entweder exogene Vorgaben aus anderen Teilsystemen erfordert oder die Einführung »grauer« Strukturen in Gestalt von Erwartungen, Organisationen usw. (vgl. Abschnitt 3.2.3 und 4.3). Andererseits werden die Akteure durch ein Kommunikationssystem ersetzt, das subjektlos Operationen und Beobachtungen relationiert; dadurch, daß der Entscheidungshorizont weiter reicht als das Kommunikationssystem, wird aber eine Entscheidungsproblematik begründet, deren Lösung unplausible Konstrukte ernötigt (vgl. Abschnitt 4.1 und 4.2). Diese Ergebnisse geben Anlaß zu der Vermutung, daß Akteurs- und Strukturkonzepte weiterhin erforderlich sind, daher nicht aufgelöst, sondern reformuliert werden müssen, wenn sie vermittelt werden sollen.

5.2 Ersetzung der interdisziplinären Kommunikation durch Subsumtion

Darüber hinaus muß aber auch gefragt werden, ob die Vermittlung einer sozial gehaltvollen ökonomischen Theorie und einer ökonomisch interessierten Soziologie durch die Subsumtion beider unter eine gegenstandsunspezifisch gewonnene Methodik geleistet werden kann. Das Anwendungsbeispiel der Wirtschaft zeigt *erstens*, daß diese Methodik nicht durchgehalten werden kann.

Die in Abschnitt 2 deutlich gewordene Schwierigkeit die Absetzung und Abhängigkeit der Systemkonstitution von der Umwelt gleichermaßen zu porträtieren, führt in Abschnitt 3 am konkreten Anwendungsfall der Wirtschaft zur Lockerung der methodischen Anfangspostulate des Systemansatzes. Die offenkundigen Aporien der Fachökonomie bei dem Versuch, eine güterwirtschaftliche Betrachtung zur Grundlage der Erklärung monetärer Prozesse zu machen, wird für die systemtheoretische Behandlung der Wirtschaft zum Anlaß für die Abgrenzung einer monetären Kommunikationstheorie von dem geläufigen güterwirtschaftlichen Zugang genommen. Diese Abgrenzung gelingt aber mittels des Kontingenztheorems nur unzureichend, sodaß die monetäre Kommunikation als äußerliches Systemerfordernis eingeführt

wird. Dies zieht eine Ablösung von den »realwirtschaftlichen« Restriktionen nach sich, die daher — weil der Ausweg einer expliziten Akteurstheorie nicht gewählt wird — durch Lockerung der Systemkonstruktion wieder hereingeholt werden müssen, um überhaupt eine Entscheidungsnähe in der Theorie zu erreichen. Dies macht die Durchbrechung des Prinzips der Selbstreferenz, der System/Umwelt-Abgrenzung und der funktionalen Differenzierung erforderlich (vgl. Abschnitt 4).

Es stellt sich daher *zweitens* die Frage nach dem heuristischen Ertrag eines Verfahrens, das in dem Überstülpen einer gegenstandsspezifischen Methodik über je spezifische Gegenstände besteht. Es hat den Anschein, als ob dadurch das Herausarbeiten von kritischen Punkten der fachwissenschaftlichen Diskussion eher behindert als gefördert wird, solange das Einfädeln systemtheoretischer Fragestellungen in der Ökonomie nicht im sensiblen Nachvollzug der hier stattfindenden Diskussionen erfolgt. Dies sei durch die Art und Weise der *Anknüpfung an die fachökonomische Geldtheorie* angedeutet.

In der Geldtheorie lassen sich zwei Grundströmungen ausmachen: Zum einen die Auffassung (i) des Geldes als eines 'Schmiermittels' für einen vorhandenen bzw. ohne das Wirken des Geldes denkbaren gesellschaftlichen Zusammenhang, der als generalisierter barter-Tausch (»relative Preise«) gefaßt wird. Dies ist die schulübergreifende mainstream-Auffassung von Smith bis zu Fisher. Nach dieser ist die Realwirtschaft langfristig autonom gegenüber den Geldeinflüssen, sodaß sich eine Dichotomie zwischen relativen Preisen und Geldmenge ergibt. Dem steht zum andern gegenüber die Auffassung (ii) des Geldes als eines Vergesellschaftungsinstituts, das unter bestimmten sozialen Ausgangsbedingungen eine Notwendigkeit für die gesellschaftliche Synthese nach ökonomischen Kriterien darstellt. Beispiele für eine derartige 'soziale Formenlehre' des Geldes sind die Marxsche Wertformentwicklung (die allerdings ihres substanztheoretischen Gehalts entledigt werden muß), die in der keynesschen Lohn- und Liquiditätsanalyse enthaltenen Absetzungen von der neoklassischen Dichotomie zwischen relativen Preisen und Preisniveau (deren Mikrofundierung allerdings — noch — zu wünschen übrig läßt) und neuere Diskussionen um eine empirisch gehaltvollere allgemeine Gleichgewichtstheorie.¹⁸

Die Systemtheorie pflückt die (vermeintlich) in das allgemeine Schema passenden Theoriestücke heraus, ohne sich weiter um deren Kompatibilität zu kümmern. Einerseits kann die monetäre Kommunikationstheorie als Radikalisierung der (ii)-Position, als Zuspitzung eines von Mensch/Ding-Beziehungen gelösten gesellschaftlichen Zusammenhangs zu einem kommunikativen Bedeutungsträger interpretiert werden. Es wird aber auf eine gesellschaftliche Restriktionsanalyse für diese monetär-kommunikative Generalisierung verzichtet und statt dessen die dafür erforderlichen Bedingungen (gesellschaftliche Abhängigkeit in Gestalt von ökologischem Stoffwechsel und Teilung der Arbeit, rechtliche Sanktionierung von Privateigentum ebenso wie von öffentlichen Elementen der Geldorganisation) in der systemexternen und systeminternen Umwelt einfach vorausgesetzt. Banken und Geldpolitik erscheinen dann als Zahlungskraft schaffende Wundertäter, deren prekäre gesellschaftliche Grundlagen nicht reflektiert werden. Andererseits wird auf (i)-Position Bezug genommen, indem die doppelte Kontingenz ökonomisch als barter-Situation interpretiert wird und indem die anschließenden Komensurabilisierungs- und Generalisierungsprobleme durch Übernahme der Knappheitssemantik zugedeckt werden. Das Interesse, einen vorgefaßten Systemkontext zu legitimieren, führt zu einer sehr willkürlichen und selektiven Rezeption der Fachökonomie. Es geht nicht darum, durch Zuendedenken ihrer eigenen Kritik ihre Grundaxiome zu kritisieren, sondern darum, von ihr verwendete Begriffe durch solche »auszuwechseln«,

die kompatibel mit dem Konzept der Systemtheorie sind. Genau diese fehlende — durch das systemtheoretische Korsett verhinderte — Theoriekritik führt dazu, daß Versatzstücke der Gleichgewichtstheorie trotz andersartiger Vorsätze dann doch übernommen werden.¹⁹

Dabei könnte die systemtheoretische Methodik, eingesetzt als heuristisches Sensibilisierungsinstrument, durchaus einen kritischen Impetus in der Ökonomie entfalten: etwa als Kritik der ohne die Existenz einer Umwelt argumentierenden ökonomischen Modellhermetik²⁰, als Kritik des hier obwaltenden Beobachterzentrismus oder als Kritik der handlungstheoretisch gehaltlosen Gleichgewichts- bzw. Äquivalenzlogik. Der kritische Impetus dieser Methodik geht aber verloren, wenn sie ebenso wie die wirtschaftliche Phänomene, die darunter subsumiert werden sollen, zurechtgebogen werden muß (Beispiel Selbstreferenz-Zahlungsfluß) oder wenn sie gewaltsam zu einzelnen Theoriestücken der Ökonomie analogisiert wird (Beispiel Kontingenz-Knappheit). Dieser Teil der Gedankenübung muß daher ganz konträr zu dem, was beabsichtigt war, als schlecht gelungenes »Sprachspiel der Übersetzung der Konzepte der einen Theorie in jene der anderen« (ebd., 46) betrachtet werden. Der Teil der Gedankenübung hingegen, der sich auf die Präsentation von neuen gegenstandsspezifischen Konzepten bezieht, scheint von der systemtheoretischen Methodik relativ unabhängig zu sein: so etwa die hobbesianischen Grundlagen des Tauschs, die doppelte Kontingenz, die Absetzung der 'Geldkommunikation' gegen den güterwirtschaftlichen Kontext, die Spiegelanalogie bezüglich des Markts usw. Insofern bietet sich an, die vorliegenden Theoriekonstrukte zu zerlegen in eine heuristische Sensibilisierungsmethodik gegenüber der fachökonomischen Diskussion einerseits und in den Entwurf einer positiven ökonomischen Alternativtheorie unter Verzicht auf das vorschnelle Anlegen eines systemtheoretischen Korsetts andererseits. Andernfalls droht mit der Fortschreibung fachwissenschaftlicher Selbstgefälligkeit ebenso wie universalwissenschaftlichen Sektierertums das Erlöschen der Kommunikation im allgemeinen Rauschzustand.

Anmerkungen

- 1 Die für den selbstreferentiellen Bezug entscheidenden Kategorien der Information und des Risikos werden allerdings unabhängig von allem akteursbezogenem (wahlhandlungstheoretischem) Gehalt definiert (vgl. Baecker 1988, 12f.). Diese Subjektivierung von Systemoperationen wird daher als Versuch verstanden, »die geläufige Frage nach den Akteuren des Geschehens als Frage zu akzeptieren und gleichwohl weder zu stellen noch zu beantworten.« (Ebd., 16)
- 2 So kann Luhmann der Vermutung einer sich über die Finanzierungs- und Geldabhängigkeit aller Teilsysteme herstellenden Dominanz der Wirtschaft in der modernen Gesellschaft nur durch die Gegenvermutung umgekehrter Abhängigkeit der Wirtschaft von der Zulieferung von anderen Teilsystemen entgegenreten (vgl. Luhmann 1988, 322f.). Zum einen würde dies aber eher ein Bild der Gesellschaft als voneinander abhängiger Teilsysteme begründen; zum andern täuscht dies über die historisch beobachtbare Schlüsselstellung des Wirtschafts- und Finanzsystems für die moderne bürgerliche Gesellschaft insgesamt hinweg. Dies läßt sich unschwer etwa mit der zentralen Bedeutung des Finanzwesens für die moderne Politikstruktur belegen (vgl. z.B. Schumpeter 1918).
- 3 Marx versucht z.B. in seiner Mehrwerttheorie diesen Nachweis für das Produktionselement Arbeitskraft zu führen.
- 4 So wird etwa ganz entsprechend der fachökonomischen Mär von der Entstehung des Geldes aus dem barter-Tausch vorgeschlagen, den »Vorgang der Einführung von Geld als einen Substitutionsvorgang (zu) begreifen, der einen einheitlichen und multifunktionalen Mechanismus durch zwei spezifischere ersetzt.« (Ebd., 196)
- 5 So wird Knappheit »als Zugriff auf eine Menge unter der Bedingung, daß der Zugriff die Möglichkeit weiterer Zugriffe beschränkt« verstanden (ebd., 179). Hier zeigt sich, daß der ur-

- sprünglich eine Mensch/Ding-Beziehung thematisierenden Knappheit (als Kombination aus Nützlichkeit und Seltenheit) eine Mensch/Mensch-Beziehung unterlegt wird. Als »Kontingenzformel« interpretiert wird ihr flugs die Fähigkeit zugeschrieben »die Überführung des Unbestimmten in ... Vergleichbares« leisten zu können (Baecker 1988, 50). Fragt sich nur, wie?
- 6 »Die Innovation besteht in einer *Duplikation von Knappheit*. Neben die Knappheit der Güter wird eine ganz andersartige Knappheit des Geldes gesetzt ... Das ermöglicht es, die Operationen der Wirtschaft mehr und mehr(!) in diesem zweiten Medium abzuwickeln ...« (Ebd., 197)
 - 7 Nur wenn man diesen in der ökonomischen Theorie präsenten Zusammenhang zwischen Knappheits- und Allokationsperspektive ausblendet, kann man mit der Theorie der Selbstreferenz gegen die Annahme des methodologischen Individualismus argumentieren und gleichzeitig der Ökonomie die Aufgabe der Allokation gegebener Ressourcen auf alternative Zwecke zuweisen (vgl. Baecker 1988, 46, 48).
 - 8 Mit dieser Preisbildungsvorstellung, Überlegungen in neueren fachökonomischen Stabilitätsanalysen nicht unähnlich, lassen sich sowohl die Orientierung am Grenznutzen als zu »wahrheitsabhängig« kritisieren als auch die Theorie der rationalen Erwartungen: zum einen weil sich darin zu unrecht die Akteure rationales Verhalten unterstellen; zum andern, weil ein externer theoretischer Beobachter seine Theorie in den beobachteten Gegenstand hineinprojiziert (ebd., 120).
 - 9 Es überrascht daher auch nicht, daß der Walrassche t'atonnement-Prozeß als »Selbstbeobachtung« aufgefaßt wird, obwohl dieser »die Annahme einer zentralen Regulierung der dezentralen Marktwirtschaft« (ebd., 27f.) einschließt.
 - 10 In der ökonomischen Theorie werden diese Leistungen als Maßstabs- und Zirkulationsmittelfunktion des Geldes beschrieben.
 - 11 Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die Zuordnung von entscheidungsleitenden Differenzen und Ereignistypen willkürlich ist, daß die sich ergebenden Schnittmengen in der Matrix interdependent sind (was eigentlich eine Matrixdarstellung ausschließt!). Denn es lassen sich hier Eindeutigkeiten doch erst dadurch herstellen, daß die mit dem Geld gegebene Ereignisdifferenzierung und die mit unterschiedlichen Eigentumsgrößen/Anfangsausstattungen gegebenen Akteursdifferenzierungen aufgenommen werden. Vgl. demgegenüber die entsprechenden Darstellungen bei Baecker 1988, 232, 262, 273, 293, 302.
 - 12 Im Lichte dieser Interpretation erscheint die von Aglietta/Orlean (1984) vorgelegte Theorie des Geldes als generalisiertem Gewaltmedium plausibler als die von Luhmann/Baecker vertretene Theorie des Geldes als generalisiertem Kommunikationsmedium: Erstere verzichtet erstens auf die vieldeutige Knappheitssemantik und stellt die Imitations- und Rivalitätsdramatik in den Kontext einer Reformulierung der Marxschen Wertformtheorie (vgl. ebd., 36ff.). Zweitens ermöglicht sie zwar keine schlüssige Erklärung für das Entstehen und die Akzeptanz eines Geldmediums überhaupt aus den polarisierten Tauschoptionen wohl aber die Erklärung von Differenzierungen und Hierarchisierungen des modernen Geldwesens als notwendigen Bedingung für die fortbestehende Rivalität ums Geld (ebd., 60ff.; vgl. auch die Diskussion dieses Ansatzes bei Luhmann 1988, 182f.; Baecker 1988, 1988a, 57ff., und Beckenbach 1987, 109, 181).
 - 13 Vgl. De Vroey (1987, 789f.) für den Versuch, die Reproduktionslogik einer monetären Ökonomie von Gütern und Preisen auf Akteure und Budgets umzuorientieren.
 - 14 Vgl. Baecker 1988, 239, wo dies aber als Ausnahmefall behandelt wird. Offenbar in Ansehung dieser Schwierigkeiten dreht Baecker den Spieß um und ersetzt die bisher dominierende deskriptive Attitüde durch normative Vorgaben für effiziente Märkte (vgl. ebd., 242). Die in bezug auf die ökonomische Theorie formulierte Kritik, daß hier die fehlende Unterscheidung zwischen interner Systembeobachtung und externer Theoriebeobachtung eine gehaltvolle Theorie der Produktion und Allokation von Informationen und Risiken verhindert hat (vgl. ebd., 245f.), kann getrost auch gegen Baecker selber gekehrt werden. Er postuliert lediglich eine Lösung für die marktkonforme Vermittlung von zweiwertigen Operationen und mehrwertigen Beobachtungen (vgl. ebd., 251f.).
 - 15 Vgl. auch die Kritik an den Beschränkungen des systemtheoretischen Strukturbegriffs bei Berger 1987, 138-141.
 - 16 Zusammengefaßt läßt sich die mangelnde Tragfähigkeit des Konzepts der Selbstreferenz im Bereich der Wirtschaft zurückführen erstens darauf, daß Zahlungen nicht mittels Zahlungen allein erzeugt werden können: dafür sind sowohl nichtmonetäre Kommunikationsakte (über Produktquantitäten, -qualitäten, Gebräuche usw.) erforderlich als auch nichtkommunikative Sachverhalte (Abhängigkeitssystem der Akteure, Zugangsbeschränkungen zu den lebensnotwendigen

Ressourcen, Gewaltabwehrsysteme). Zweitens sind aber die Produkte des ökonomischen Systems nicht nur Zahlungen: es bringt sowohl andere Kommunikationsprodukte hervor, als auch Produkte, die keine Kommunikationsprodukte sind (z. B. verbrauchte Arbeiter und vernutzte Naturgrundlagen).

- 17 Gerade die in der neueren Systemtheorie beobachtbare Schwerpunktverlagerung von Kybernetik- bzw. Input/Outputfragestellungen zur Porträtierung systeminternen Prozesses führt dazu, daß die Umwelt lediglich als abstraktlogisches Konstruktionsprinzip fungiert, das eine gehaltvolle Untersuchung des System/Umwelt-Beziehungen ausschließt (vgl. Bühl 1987, 232). Für eine differenziertere Fassung des System/Umwelt-Ansatzes unter Aufnahme der im Text skizzierten Fragestellungen vgl. Godard 1984, 318-326.
- 18 Vgl. den Überblick bei Foley 1987, 519-525. Die historische Herausbildung einer »Geldpolitik« mit eigenen Akteuren und Institutionen wird im Lichte dieser Strömungen ganz unterschiedlich interpretiert: Die (i)-Auffassung sieht darin einen durch Kriege und Krisen vermittelten sozialen Lernprozeß zur Ersetzung der »materiellen« Restriktionen des Geldes (oft plausibilisiert für Geldwaren) durch »politische«, verbunden mit sehr unterschiedlich eingeschätzten Rückfallgefahren. Die ökonomische Analyse öffnet sich dann gezwungenermaßen zu politökonomischen Fragestellungen. Die (ii)-Auffassung sieht in dieser Entwicklung demgegenüber eher eine Bestätigung der Exogenisierung des Geldes (der Geldmenge) gegenüber dem realwirtschaftlichen Sektor (relative Preise) und kapriziert sich im wesentlichen auf den Nachweis, daß sich die realwirtschaftliche Stabilität gegenüber den (Geld-)Politikermanipulationen immer wieder durchsetzen muß.
- 19 Z. B. die zentralistische Beobachterposition gegenüber dem Marktgeschehen. — Der Versuch, die Konstitutionsproblematik der Gesellschaft dadurch zu bearbeiten, daß »man zunächst Unwahrscheinlichkeit postuliert und sich dann gleichsam im Gegenstromprinzip dafür interessiert, wie die Form trotzdem möglich wird und wie man an dem nun Wahrscheinlichen noch Spuren seiner Unwahrscheinlichkeit, Gefährdungen, Folgelasten usw. entdecken kann« (Luhmann 1987, 311), führt im Anwendungsfall der Wirtschaft zum Anschluß an einen Theoriekontext, der nach dem ganz anderen methodischen Prinzip gebaut ist, daß er »Richtiges postuliert und sich dann für eine abweichende Realität interessiert« (ebd.).
- 20 Vgl. etwa den Versuch von Godard 1984.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, M./Orléan, A., 1984²: *La violence de la monnaie*, Paris
- Baecker, D., 1988: *Information und Risiko in der Marktwirtschaft*, Frankfurt/M.
- ders., 1988a: *Die Unwahrscheinlichkeit der Marktwirtschaft*, in: *Freibeuter* 35
- Beckenbach, F., 1987: *Zwischen Gleichgewicht und Krise. Zur Konstitution einer Geldökonomie*, Frankfurt/M.
- Berger, J., 1987: *Autopoiesis: Wie »systemisch« ist die Theorie sozialer Systeme?* In: *Haferkamp/Schmid, M. (Hrsg.): Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung*, Frankfurt/M.
- Boulding, K.E., 1987: *Artikel »general systems theory«*. In: *The New Palgrave Dictionary of Economics*, Bd. 2, London
- Bühl, K.L., 1987: *Grenzen der Autopoiesis*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*
- De Vroey, M., 1987: *La possibilité d'une économie décentralisée, Esquisse d'une alternative à la théorie de l'équilibre général*. In: *Revue Économique* 3
- Foley, D., 1987: *Artikel »money in economic activity«*. In: *The New Palgrave Dictionary of Economics*, Bd. 3, London
- Ganßmann, H., 1986: *Geld — ein symbolisch generalisiertes Medium der Kommunikation? Zur Geldlehre in der neueren Soziologie*. In: *Prokla* 63
- Godard, O., 1984: *Autonomie socio-économique et externalisation de l'environnement: le théorie néo-classique mise en perspective*. In: *Économie appliquée* 2
- Keynes, J.M., 1974: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, Cambridge (Original: 1936)
- Luhmann, N., 1985²: *Soziale Systeme, Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt/M.
- ders., 1987: *Autopoiesis als soziologischer Begriff*. In: *Haferkamp/Schmid (Hrsg.): Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung*, Frankfurt/M.
- ders., 1988: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- Schumpeter, J., 1976: *Die Krise des Steuerstaats, wieder abgedr. in: Goldscheid/Schumpeter: Die Finanzkrise des Steuerstaats*, Frankfurt/M. (1918)
- Weber, M., 1956: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen
- Wiese, L. v., 1965: *»Wirtschaftssoziologie«*. In: *Beckerath u.a. (Hrsg.): Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd.12, Göttingen

Cynthia Cockburn

Perestrojka und Feminismus*

Die Reden Michail Gorbatschows verkünden Befreiung in vielen Bereichen sowjetischen Lebens, aber mit keinem Wort wird die Befreiung der Frauen erwähnt. Statt dessen spricht er (wie andere sowjetische Führer auch) davon, »den Frauen die Rückkehr zu ihren weiblichen Aufgaben zu ermöglichen«. Seit Jahrzehnten litten die Frauen in der UdSSR unter drei sich ergänzenden Umständen: dem Arbeitskräftemangel, der Erwerbsarbeit für jede erwachsene Person unerlässlich machte, der Notwendigkeit einer höheren Geburtenrate und der Tatsache, daß die sowjetischen Männer sich an Hausarbeit und Kindererziehung kaum beteiligen. Die derzeitige Angst vor einer sinkenden Geburtenrate führt zu einer offensiven Bevölkerungspolitik; die Männer scheinen ihre Strategien nicht zu verändern. Im Zuge der Perestrojka erfolgt mittlerweile eine Umstrukturierung der Wirtschaft und der Betriebe. Das wird die Arbeitsproduktivität erhöhen, größere Effizienz und möglicherweise strukturelle Arbeitslosigkeit bedeuten. Von den Frauen wird ein weiteres Mal erwartet, daß sie für die Gesellschaft den Widerspruch lösen — diesmal indem sie zu Hause bleiben.

Wenn die Perestrojka für Frauen auch ein zweifelhafter Segen zu sein scheint, so ist Glasnost mit Sicherheit eine Wohltat, die ihnen neue Möglichkeiten eröffnet, ihre Sorgen an die Öffentlichkeit zu bringen. In einem beispiellosen Aufsatz im *Kommunist*, dem theoretischen Organ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, diskutierten kürzlich drei Sozialwissenschaftlerinnen die Geschlechterrollen.¹ Während vor kurzem Sozialwissenschaftler in der UdSSR zugegeben haben, daß die Doppelbelastung der Frauen durch bezahlte Arbeit plus Hausarbeit zu jenen »nicht antagonistischen Widersprüchen« zähle, die ein »entwickelter Sozialismus« noch zu lösen habe, bricht dieser Artikel in eindrucksvoller Weise das Schweigen über die Männer und fordert das Ende der sexuellen Stereotypisierung und der Mutmaßungen über die Geschlechterdifferenzen.

Die Frauenfrage erlangte wechselhafte Aufmerksamkeit in der Sowjetunion. Aktive Feministinnen gab es selbstverständlich schon vor und während der bolschewistischen Revolution. Das Verhältnis von Lenin und Alexandra Kollontai war, zumindest was Frauenfragen betraf, gespannt und das *Zhenotdel* oder Frauenministerium, das Kollontai mehrere Jahre leitete, wurde 1919 gegen Lenins Widerspruch eingerichtet. »Wir wollen keine separate Organisation kommunistischer Frauen«, sagte er, »die Kommunistin gehört als Mitglied ebenso zur Partei wie der Kommunist«. Rückblickend markieren die Jahre, die der Oktoberrevolution unmittelbar folgten, für die Frauenbewegung dennoch einen Höhepunkt. 1930 löste Stalin das *Zhenotdel* auf, und die Rhetorik der »großen Errungenschaften« erklärte die Emanzipation der Frauen für erreicht. Sie sei verwirklicht worden, wie Marx und Lenin es erwarteten, durch juristische Reformen verbunden mit dem Eintritt der Frauen in die gesellschaftliche Produktion. Die Frauenfragen wurden auf Eis gelegt. Es folgten dreißig Jahre Winterschlaf.

* Zuerst erschienen in *Marxism Today*, Juli 1989.

Dornröschen regte sich erst wieder unter Chruschtschow Anfang der sechziger Jahre. Soziologen machten sich auf die Suche nach weiteren Daten über die Stellung der Frau. Im Kontext der Dissidentenbewegung gab es 1979 einen waghalsigen Versuch im feministischen *Samisdat*²: in Leningrad gab eine Gruppe von Frauen den Almanach *Die Frau und Rußland* (deutsch: München 1980) heraus. Breschnews schlagkräftiger KGB holte zu einem harten, folgenreichen Schlag aus. Vier Frauen des Kollektivs trieb man ins Exil, andere wurden ins Gefängnis gebracht, mit der Begründung, »das sowjetische System diffamiert« zu haben. In offiziellen Verlautbarungen wurde weiterhin mit den Geschlechterverhältnissen umgegangen wie bisher. Die gängige englischsprachige Broschüre *Gleiche Rechte, gleiche Chancen* von Alexandra Birjukowa, Mitglied im Obersten Sowjet und im Präsidium des Staatlichen Sowjetischen Frauenkomitees, ist ein gutes Beispiel für diese Gattung, worin zwar Leistungen und Erfolge aufgelistet, aber Probleme und Beschwerden verschwiegen werden.

Der vor kurzem im *Kommunist* erschienene Aufsatz schlägt dagegen ein wie ein Blitz. Bei den Autorinnen handelt es sich um zwei junge wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des Instituts für sozioökonomische Probleme der Demographie an der Akademie der Wissenschaften, und um ihre Direktorin Dr. Natalja Rimachewskaja, deren Unterschrift dem Aufsatz wissenschaftliche Seriosität verleiht. Die politischen Ideen stammen aber überwiegend von den beiden jüngeren Frauen. Natalja Zacharowa (Natascha) und Anastasja Posadskaja gehören mit zwei weiteren Moskauer Frauen einer informellen Gruppe an, die sie halb scherzhaft ihre »Vereinigung zur Abschaffung sexueller Stereotypisierung« nennen. Wir begegneten uns auf einem Forschungsseminar in Suzdal und diskutierten anschließend einige Stunden miteinander. Ein paar Frauen aus westlichen Ländern besuchten Natascha in Moskau und nahmen ein Gruppeninterview auf.

Der Artikel im *Kommunist* gewinnt zweifellos an Wert durch die umfangreichen Untersuchungen des Institutes über Verhalten und Einstellungen von Männern und Frauen. Spielte die Soziologie in der Sowjetunion lange Zeit eine Zuliefererrolle für das System, reagiert sie heute auf die Herausforderung, drängendere Fragen zu stellen. So fordern die Autorinnen die Einrichtung eines interdisziplinären Zentrums für Frauenforschung am Institut. Sie begründen dies mit der Notwendigkeit von Fakten, die in einem respektierten wissenschaftlichen Umfeld erhoben werden sollten, damit die Öffentlichkeit und staatliche Einrichtungen ihre These ernst nehmen, daß eine Revolutionierung des Geschlechterverhältnisses in der Sowjetunion nach wie vor dringlich ist. Die Autorinnen stellen zunächst gängige Positionen in den wissenschaftlichen Disziplinen der Soziologie, der Ökonomie und der Demographie vor. Grundannahme in den Sozialwissenschaften sei eine humanbiologische Begründung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Seien Frauen dazu geboren, zu pflegen und zu reproduzieren, seien Männer von Natur aus dazu da, zu beschützen und die Verbindung zwischen dem Mikrokosmos der Familie und dem Makrokosmos der Gesellschaft herzustellen. Die sowjetische Gesellschaft habe Schaden dadurch genommen, daß nahezu alle Frauen in den Bereich bezahlter Arbeit eingetreten sind. Die Kinder wüchsen unbeaufsichtigt auf und würden straffällig. Die Alten, die Kranken und die Ehemänner seien um die weibliche Fürsorge betrogen worden. Der

Zwang zu wirtschaftlicher Produktivität habe unglücklicherweise die »Vermännlichung der Frauen« gefördert. Und die Männer liefen deshalb Gefahr, passiv und weibisch zu werden. Eine zweite Theorie führe eine ökonomische Sichtweise ein und wiegele Frauen als Produktivkraft gegen Männer auf: aus dieser utilitaristischen Sicht sei Frauenarbeit infolge von Unterbrechungen durch Geburten und häusliche Pflichten weniger effizient als Männerarbeit. Eine dritte demographische Theorie warne gleichzeitig davor, daß sich die Geburtenrate im umgekehrten Verhältnis zum Frauenanteil in der Wirtschaftsproduktion entwickle. Drei Rechtfertigungen, warum Frauen die bezahlte Arbeit den Männern überlassen sollten.

Diese heute vorherrschenden Theorien bezeichnen die Autorinnen als »patriarchalisch«. Sie streiten für ein alternatives Verständnis des Geschlechterverhältnisses, mit dem die geschlechtliche Arbeitsteilung nicht biologisch, sondern gesellschaftlich bedingt begriffen werden kann. Veränderungen der männlichen und der weiblichen Rolle verkünden nicht »die Zerstörung der Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaft«, vielmehr nimmt die Sowjetunion teil an einer weltweiten positiven Entwicklung des 20. Jahrhunderts. Überall verweisen die Widersprüche des Patriarchats auf Probleme in den sozialen Beziehungen. Man sollte das Individuum nicht länger an einem rigiden Maßstab von Männlichkeit und Weiblichkeit messen. Die Zukunft gehört nicht zwei gegeneinander gerichteten Geschlechtern, sondern unterschiedlichen, frei wählenden und entscheidenden Menschen in einem komplementären Beziehungsverhältnis.

Viel Raum widmet der Aufsatz der statistischen Offenlegung der Benachteiligung weiblicher Arbeitskraft. Für jede westliche berufstätige Frau wäre das eine schmerzvoll vertraute Geschichte. Vor sowjetischem Hintergrund aber ist es ein Skandal. Natürlich sind viel mehr Frauen in der Sowjetunion ganztags erwerbstätig als in westlichen Ländern. Im Vergleich zu 69 % in Großbritannien sind es hier 90 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter. Von 1975 bis 1983 wuchs der Anteil weiblicher Beschäftigter von 52 auf 59 %, die Zahl der Frauen mit Abitur oder Hochschulausbildung stieg parallel auf 39 %. Dennoch müssen sich Frauen, wie der Artikel im *Kommunist* hervorhebt, mehrheitlich mit Jobs zufriedengeben, die kaum Aufstiegschancen bieten. Gemeinsam mit jugendlichen, älteren und weniger qualifizierten Arbeitern bilden die Frauen einen sekundären Arbeitsmarkt. Vor allem in Beschäftigungssektoren, wo ähnliche Fähigkeiten gefordert sind wie im Haushalt, finden sich übermäßig viele Frauen. Diese Arbeit wird — vor allem weil es sich um Frauen handelt — unterbewertet. Entlohnung und Arbeitsbedingungen sind vergleichsweise schlecht, weit mehr Frauen als Männer leisten Nachtschichten. Frauen sind in der Erstausbildung erfolgreicher als Männer, aber Ehe und Kinder stehen einer beruflichen Weiterentwicklung häufig im Wege. So entsteht eine geschlechtsspezifische Qualifikationslücke. Eine Folge davon ist, daß der durchschnittliche Frauenarbeitslohn nur zwei Drittel des Männerarbeitslohnes beträgt — vergleichbar mit der Situation in Großbritannien. Fast ein Drittel der Frauen verdient monatlich weniger als 100 Rubel; nur bei 2 % der Männer ist das der Fall. Westliche Feministinnen bewundern die Tatsache, daß so viele sowjetische Frauen in Männerberufe eingedrungen sind: 68 % der Ärzte, 40 % der Wissenschaftler, viele Ingenieure sind Frauen. Der

Zusammenbruch horizontaler Geschlechtersegregation im Beschäftigungssektor wird von den Frauen in der Sowjetunion jedoch nicht so positiv gesehen, sondern eher bedauert — für sie eine unglückselige Notwendigkeit. Zwei Faktoren schmälern zusätzlich den Erfolg. Männer haben sich nicht in eine andere Richtung bewegt. Die weiblichen Ghettos bleiben bestehen, insbesondere in der Serienfertigung und im Dienstleistungsbereich, zum anderen drängen sich Frauen in den unteren Beschäftigungssektoren: die vertikale Geschlechtersegregation dauert an.

Die Autorinnen beklagen, daß man über Frauen und ihre Fähigkeiten stereotype Urteile fällt. Frauen sind — das belegen auch westliche Untersuchungen — in der bekannten doppelten Art und Weise gehandikapt. Es heißt, Frauen haben keinen Erfolg, es heißt aber auch, Frauen wollten gar nicht erfolgreich sein. Sind sie es doch, so hält man sie für »Glückspilze«, nicht aber für kompetent. Eine Frau zu sein und aufzusteigen, gilt als unvereinbar. So werden Frauen dazu gebracht, den eigenen Führungsqualitäten zu mißtrauen und infolge mangelnden Selbstvertrauens ihre Fähigkeiten zu verstecken. Die Hausarbeit ist gleichzeitig häufig schwerer und zeitintensiver als in den westlichen hochtechnisierten Haushalten. Ergebnis dieser weiblichen Belastung, so stellen sie fest, sind eine weit verbreitete Frustration, Streß und Nervenzusammenbrüche. (Ein Vergleich zur Abhängigkeit westlicher Frauen von Tranquilizern liegt nahe.)

Anstatt diese Formen von Frauenunterdrückung anzugehen, propagieren staatliche Stellen heute wieder die biologistische Argumentation der »wahren Aufgabe einer Frau«, um eine Reihe politischer Maßnahmen zu legitimieren, die für die Frauen höchst widersprüchlich sind. Seit den siebziger Jahren bemühte man sich verstärkt um einen Anstieg der Geburtenrate. 1981 wurden im Anschluß an den 26. Parteitag die Regelungen des Mutterschutzes erweitert. Seitdem erhält eine Frau 112 Tage während ihres Mutterschaftsurlaubs den vollen Lohn, anschließend einen Teil ihres Lohnes bis zum vollendeten ersten Lebensjahr des Kindes und auf Wunsch weitere sechs Monate unbezahlten Urlaub. Kindergärten und -krippen stehen zwar nicht überall zur Verfügung, der Staat trägt aber 80 % — und für Familien mit niedrigem Einkommen 100 % — der vorschulischen Kinderversorgung. Erwerbstätige Frauen mit zwei Kindern unter 12 Jahren erhalten zusätzlichen, bezahlten Jahresurlaub, das Recht auf unbezahlte freie Tage und werden bei der Urlaubsplanung bevorzugt berücksichtigt. Hat eine Frau ein Kind im Alter von ein bis acht Jahren, wird sie ohne ihr Einverständnis weder zu Überstunden noch zu Geschäftsreisen eingeteilt.

Große Bedeutung mißt man auch den Arbeitsschutzgesetzen für Frauen bei. Werden Frauen primär als Gebärende betrachtet, so erhält das Wohl von Mutter und Ungeborenem unweigerlich Priorität. 1978 hat die Staatliche Kommission für Arbeit und Soziale Angelegenheiten Listen von Industrie- und Erwerbszweigen aufgestellt, in denen Frauen nicht beschäftigt werden dürfen. Die Liste enthält Arbeiten, die schweres Tragen, den Umgang mit giftigen Substanzen und Untertagarbeit erfordern. In den darauffolgenden zwei Jahren wurden 160 000 Frauen an andere Arbeitsplätze versetzt, wenn auch ohne Lohnverlust. Wie Anastasja und Natascha uns erzählten, wird heute sogar über strengere Sicherheits- und Gesundheitsmaßnahmen nachgedacht, z.B. darüber, daß Frauen keine

Nachtschichten mehr machen, Teilzeit- und Heimarbeit ausgedehnt werden sollen. In der Diskussion ist sogar ein Vorschlag, die Erwerbsarbeit von Frauen ohne Lohnneibußen auf eine Vier-Tage-Woche zu reduzieren, damit sie ihren häuslichen Aufgaben nachkommen können. Der erweiterte Mutterschutz und ähnliche fürsorgliche Maßnahmen mögen den Frauen gegenüber großzügig erscheinen. Eine Gefahr liegt jedoch in den gegenwärtig stattfindenden ökonomischen und politischen Veränderungen und dem der sowjetischen Gesellschaft zugrunde liegenden Geschlechterverhältnis.

Die Perestrojka in der UdSSR bedeutet Intensivierung der Kapitalinvestition in neue Technologien, ein Vorstoß in Richtung höherer Arbeitsproduktivität. Erstmals seit der Revolution gibt es die Angst vor Arbeitslosigkeit, wenn technologische und geographische Rationalisierung das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage der Arbeitskräfte zerschlägt. Unternehmen erhalten Verfügungsrechte über ihr eigenes Budget und werden gleichzeitig unter Druck gesetzt, ihre Leistung zu steigern. In dieser Atmosphäre werden die Führungskräfte versuchen, eine streng kosteneffektive Arbeitskraft heranzuziehen, und so mancher Mann mit Leitungsfunktion mag froh darüber sein, einen rationalen Grund für die Bevorzugung männlicher Arbeitskraft angeben zu können. In den jüngsten Wahlen haben zahlreiche männliche Kandidaten für »eine Rückkehr der Frauen zu ihren natürlichen Pflichten« geworben. Eine Ironie liegt darin, daß die Perestrojka, die als großer Fortschritt für das sowjetische Volk begrüßt wird, jene Vorteile sowjetischer Frauen bedrohen könnte, die diese aufgrund ihrer weitgehenden Integration in die bezahlte Ökonomie im Vergleich zu Frauen in westlichen Ländern besitzen.

Die Autorinnen machen konkrete Änderungsvorschläge: Erstens sollte der Staat für die Betriebe die ökonomischen Voraussetzungen schaffen, unter denen der Charakter der Frauenarbeit und die aktuelle Verantwortung für die Kinder weder für die Frauen selbst noch für die Betriebe eine Benachteiligung darstellen muß. Dieser Vorschlag der Autorinnen könnte durch Abzüge vom Bruttoprofit realisiert werden. Der Gewinn, den der Betrieb für sich zurückbehält, sollte mit der Kinderzahl eines Kollektivs im Verhältnis zur Zahl seiner erwachsenen Mitglieder steigen. In jedem Betrieb könnte ein »Kinderfond« eingerichtet werden. Das Kollektiv könnte dann über die Verwendung dieses Geldes entscheiden. Es könnte diejenigen, die häusliche Arbeiten verrichten, ihre zusätzliche Belastung ausgleichen. Es könnte Eltern Lohnfortzahlung gewähren, wenn sie auf Grund der Krankheit ihrer Kinder frei nehmen. Es könnte Personen für die Kinderbetreuung oder die Einrichtung von Kindergärten bezahlen. Die Perestrojka sieht weitere, unterschiedliche Formen der Kooperation vor. Kooperativen könnten sich, so die Hoffnung, zu einem attraktiven Bereich für Frauen entwickeln, »befreit« von den von Modernisierungsmaßnahmen betroffenen Staatsbetrieben. Den Frauen sollten Umschulungen angeboten werden, Frauenkollektive könnten eingerichtet werden.

Der Artikel setzt sich kritisch mit der Frage des Arbeitsschutzes auseinander. Frauen sind keine Invaliden. Was sie brauchen, ist nicht Schutz, sondern Unterstützung. Anstatt Frauen aus Nachtschichten zu entfernen, sollte man die Notwendigkeit von Nachtschichten überhaupt in Frage stellen. Die Richtlinien der

Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sollten anerkannt und der Frauenarbeit ihr voller Wert beigemessen werden. In unseren Gesprächen berichteten Anastasja und Natascha von Untersuchungen, die gegenwärtig die Auswirkung von Arbeitsrisiken auf Empfängnis und Schwangerschaft betonen. Das ist zwar wichtig, leugnet aber die Bedeutung der Männer für die Fortpflanzung. Sie meinten, man solle die berufsbedingten Gesundheitsprobleme von Männern ebenfalls untersuchen und dabei die chemischen und Strahlenrisiken für die Qualität der Spermien einkalkulieren. Die Autorinnen bringen ihre These schließlich auf den Punkt, daß Emanzipation nicht allein Frauenemanzipation sein könne. Sie müsse Bestandteil des Systems sein. Frauenemanzipation mache keinen Sinn ohne die »Emanzipation« der Männer und letztlich der gesamten Gesellschaft. Beide Geschlechter sollten darin unterstützt werden, an den Bereichen teilzuhaben, von denen sie traditionsgemäß ausgeschlossen wurden. Die Einbeziehung von Frauen in die gesellschaftliche Produktion ist durch ihre Zuständigkeit für Haushalt und Familie eingeschränkt worden. Die Einbeziehung der Männer in Hausarbeit und Kindererziehung ist (wie sie es freundlich ausdrücken) »verhindert« worden durch ihre Lohnarbeit. Das Resultat war eine überarbeitete Frau und ein monofunktionaler Mann. Und das war schlecht für die Frauen, aber auch für die Männer.

Auch die Scheidungen sind eine Aufforderung, die männliche Rolle neu zu denken. In der Sowjetunion werden heute jährlich eine Million Ehen geschieden, in 700000 Fällen sind Kinder beteiligt. In 99 % aller Fälle gibt man das Kind der Mutter, ohne die näheren Umstände zu berücksichtigen. Vom Mann werden Unterhaltszahlungen erwartet, aber die Beteiligung an der Erziehung seiner Kinder bietet man ihm nicht an. Über Nacht wird aus dem Vater ein Vater a. D. Die Autorinnen schlagen vor, »mütterliche Privilegien« durch »Rechte für Menschen« im Kontext der Familie zu ersetzen. Jede Unterstützung, mit Ausnahme solcher, die mit den physischen Anforderungen von Schwangerschaft und Geburt zusammenhängen, sollte Männern gleichermaßen zugänglich sein wie Frauen und die Gesetzgebung entsprechend geändert werden, um dies zu garantieren. Die Autorinnen betonen, daß sie nicht — wie in der Rhetorik der »alten sozialistischen Utopien« — eine reduzierende Gleichmacherei aller Geschlechtsunterschiede anstreben. Sie schlagen vielmehr vor, die Frauenfrage zu lösen, indem aktiv neue Voraussetzungen geschaffen werden für die Entwicklung einer lebhaften Gleichheit. Sexuelle Stereotypisierung wird in diesem Zusammenhang als prinzipielle Schranke ausgemacht, die das Individuum erniedrigt und reduziert und Selbstverwirklichung verhindert. Die Autorinnen sind überzeugt, daß ihre Vorschläge eine differenziertere, komplexere soziale Welt ankündigen, die mit der aktuellen nachdrücklichen Betonung einer Weiterentwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion voll und ganz vereinbar ist.

Alle genannten Vorschläge haben wir selbstverständlich lange und heftig diskutiert. Als westliche Feministinnen drückten wir unser Erstaunen darüber aus, ob dieses Mitleid mit den Männern, denen eine Rolle in der Familie »vorenthalten« wurde, nicht übertrieben sei. »Seht ihr in den Männern nicht diejenigen, die die Hausarbeit der Frauen ausbeuten?« fragten wir. »Die Ungleichheit erniedrigt beide Geschlechter«, lautete die Antwort. »Der einzige Weg, auf dem die Frauen

zu Würde gelangen, ist die Würde der Männer zu sichern.« Besser als an den Männern herumzunörgeln, sei es, konkrete Utopien aufzuzeigen und die Entwicklung der materiellen Voraussetzungen zu unterstützen, in denen Männer sich ändern können. Sie hoffen, durch die neuen Zugänge zu den Medien Wege für Veränderungen aufzeigen zu können. Ihre Position wird zweifellos durch die Tatsache geschwächt, daß ihnen offensichtlich noch eine Anhängerinnenschaft fehlt. Angesichts der aktuellen Stimmung in der Öffentlichkeit ist die große Mehrheit der Frauen nicht bereit, frauenspezifische Forderungen zu stellen. Viele Frauen — der Tretmühle eines Vollzeitjobs plus Schlangestehen vor den Geschäften und Bedienen der Familie verständlicherweise überdrüssig — scheinen tatsächlich bereit zu sein, der blendenden Verlockung »mütterlicher Privilegien« zu erliegen. Bislang gibt es keine Bewegung antisexistischer Männer für eine stärkere Beteiligung an den Fürsorgepflichten des häuslichen Lebens. Viel typischer ist immer noch der Standpunkt jenes Professors, der uns bei Tee und Keksen, serviert von seiner Frau, erklärte: »Emanzipation: genug damit!« Und dabei handelte es sich um einen Aktivist für Glasnost in der wissenschaftlichen Forschung.

Der Feminismus wird von vielen als eigennützig kritisiert; solche Positionen und Ziele erwarten sie von westlichen bürgerlichen Frauen. Es existiert eine tiefe Abwehr, das Persönliche als politisch zu begreifen: Vergewaltigung, Selbstbestimmung der Frau, weibliche Sexualität, diese Dinge sind nach wie vor für sowjetische Frauen tabu. Die vier Frauen der Moskauer Frauengruppe konzentrieren sich deshalb auf Geschlechterverhältnisse im Arbeitsbereich und in der Familie. Unweigerlich beinhaltet ihr Programm ein gewisses Maß an Selbstzensur. Ihr Verhältnis zu westlichen Feministinnen ist zurückhaltend. Auf der einen Seite lösen die Ideen, die sie durch den neuen Zugang zu westlicher Literatur jetzt erreichen, Aufregung aus. Sie sind davon überzeugt, daß die Frauenbewegung, von einem gewissen »Extremismus« abgesehen, für uns wie für sie eine historische Notwendigkeit ist. So gesehen, beschränken sie ihre Forderungen möglicherweise aus Angst vor einem Gegenschlag. Andererseits ist ihre Voreingenommenheit wie ihre Strategien eindeutig eine Antwort auf die materiellen Umstände, in denen sie sich befinden. Sie stehen unter dem Druck, eine Position zu entwickeln, die Frauen hilft, die Folgen von Bevölkerungspolitik und Wirtschaftsumbau zu begreifen und darauf zu reagieren.

Es ist häufig festgestellt worden, daß das Aufleben bzw. Wiederaufleben des Feminismus von der Entwicklung von Widersprüchen in Befreiungsbewegungen abhängt. Im Westen brachten Frauen ihre Energien ein in die Bewegung gegen den Vietnamkrieg, in die Bürgerrechtsbewegung und die Studentenrevolte von 1968. Die Erfahrung, daß unsere männlichen Genossen sich unser Engagement zunutze machten, während sie uns weiterhin als marginal und unterlegen behandelten, führte zur Entstehung der Frauenbewegung Ende der sechziger Jahre. In der Sowjetunion ärgerten sich zur gleichen Zeit Frauen wie Tatjana Mamanowa und Julija Wosnesenskaja über die Arroganz und die Nachlässigkeit in den Dissidentenkreisen, in denen sie zunächst aktiv waren, und gründeten den kurzlebigen feministischen *Samisdat*.

Auch Glasnost und Perestrojka scheinen den Frauen widersprüchliche Frei-

heiten zu bringen. »Verführerische Schönheit« wird eine sein, wie für uns die sexuelle »Befreiung«, Stellvertreterpolitik könnte eine andere sein. Nach dem alten Quotierungssystem hatten Frauen im Obersten Sowjet 33 % und in den lokalen Sowjets 50 % der Sitze. In den jüngsten Wahlen nach neuem System gab es keine Quoten. Frauen waren bei den Wählerinnen und Wählern nicht populär. Wie eine in der *Prawda* zitierte Meinungsumfrage vor den Wahlen ergab, rangierte das Kriterium »Mann« unter den meistgenannten Eigenschaften, die von Kandidaten erwartet wurden. Das Ergebnis: anstatt ihre Energien und Fähigkeiten in die neue soziale Bewegung einzubringen, gewannen Frauen im Kongreß der Volksdeputierten nur 17 % der Sitze. Erfahrungen wie diese könnten dazu führen, daß sich Frauen in einer autonomen Bewegung zusammenschließen, worin sie ihre eigenen Bedürfnisse und Hoffnungen artikulieren.

Natascha Zacharowa und Anastasja Posadskaja fühlen sich isoliert, als Pionierinnen. Andererseits spüren sie, daß überall um sie herum einzelne Frauen in der Sowjetunion anfangen, ihr Verhalten zu ändern. In verschiedenen Berufen schließen sich aktive Frauen zusammen. Sie beschreiben dies so: »Wir sind inspiriert durch die Zeit, in der wir leben. Jetzt könnten unsere Vorstellungen eine Chance haben.«

Aus dem Englischen von Gisela Stockem

Anmerkungen

- 1 »Wie wir die Frauenfrage lösen« von N. Zacharowa, A. Posadskaja und N. Rimachewskaja, *Kommunist* Nr. 4, März 1989. Dem Artikel liegen eine mündliche Übersetzung und ergänzende Gespräche zugrunde.
- 2 Abkürzung für samisdatelstwo (Selbstverlag). Literarische und politische Schriften (handschriftliche Manuskripte, Typoskripte, Fotokopien), die unter Umgehung behördlicher Zensur von Privatpersonen vervielfältigt und verbreitet werden.

Stuart Hall

Rassismus als ideologischer Diskurs*

Rassismus ohne »Rassen«

Es gibt m.E. keine wissenschaftliche Grundlage für die Aufteilung der Menschheit in biologisch unterscheidbare »Rassen«. Natürlich bestehen physiologische und phänotypische Unterschiede, Unterschiede in der Hautfarbe, der Körperform, usw. Die neuesten Forschungen definieren Rassen nach der Häufigkeit, mit der bestimmte Genkombinationen vorkommen. Sie haben jedoch gezeigt, daß die Unterschiede innerhalb einer als genetisch gleich definierten Gruppe genauso groß sind, wie die Unterschiede zwischen zwei als genetisch verschieden definierten Gruppen. Das heißt nicht, daß es keinen Rassismus gibt, sondern daß er nicht auf natürlichen, biologischen Fakten beruht. Rassismus ist eine soziale Praxis, bei der körperliche Merkmale zur Klassifizierung bestimmter Bevölkerungsgruppen benutzt werden, etwa wenn man die Bevölkerung nicht in Arme und Reiche, sondern z.B. in Weiße und Schwarze einteilt. Kurz gesagt, in rassistischen Diskursen funktionieren körperliche Merkmale als Bedeutungsträger, als Zeichen innerhalb eines Diskurses der Differenz. Es entsteht etwas, was ich als rassistisches Klassifikationssystem bezeichnen möchte, ein Klassifikationssystem, das auf »rassistischen« Charakteristika beruht. Wenn dieses Klassifikationssystem dazu dient, soziale, politische und ökonomische Praxen zu begründen, die bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen oder symbolischen Ressourcen ausschließen, dann handelt es sich um rassistische Praxen.

Ich fasse das bisherige in einer Paradoxie zusammen: »Rasse« existiert nicht, aber Rassismus kann in sozialen Praxen produziert werden. Das ist m.E. das Kennzeichen für den ideologischen Diskurs. Der Begriff der Ideologie ist fast genauso schwer zu definieren wie der Begriff Rassismus, und es gibt mindestens ebensoviel unterschiedliche Auffassungen darüber, auf die ich jetzt nicht im Detail eingehen möchte. Nur soviel sei gesagt: Immer wenn Bedeutungen produziert werden und wenn diese Bedeutungsproduktion mit Fragen der Macht verknüpft ist, finden wir das Ideologieproblem. Bedeutungsproduktion ist nicht an sich ideologisch, und Macht kann ohne Bedeutungsproduktion funktionieren. Doch die Verknüpfung von Bedeutung und Macht oder von Wissen und Macht konstituiert die ideologische Instanz. Rassistische Ideologien entstehen also immer dann, wenn die Produktion von Bedeutungen mit Machstrategien verknüpft sind und diese dazu dienen, bestimmte Gruppen vom Zugang zu kulturellen und symbolischen Ressourcen auszuschließen. Ich möchte dies als Ausschließungspraxen bezeichnen.

Auf dieser allgemeinen Ebene besteht kein Unterschied zwischen rassistischen und sexistischen Praxen. Auch im Sexismus findet man scheinbar natürliche Eigenschaften, die als Zeichensystem funktionieren, durch das ein Teil der Bevölkerung auf einen gesellschaftlich untergeordneten Platz verwiesen wird. Rassis-

* Vortrag, gehalten am 17.5.1989 in Hamburg. Zwischentitel von der Redaktion hinzugefügt.

mus wie Sexismus sind Formen der Naturalisierung. Damit bezeichnete Marx jenen Vorgang, in dem kulturelle und soziale Tatsachen als natürliche Eigenschaften dargestellt werden. In dieser Form läßt sich über die kulturellen und sozialen Tatsachen leicht eine allgemeine Zustimmung organisieren, weil für diese eben die Evidenz des angeblich Natürlichen spricht. In England haben wir deshalb eine Redesart: Wenn jemand nach dem Unterschied zwischen Frauen und Männern fragt, antwortet man ironisch: den sieht man auf den ersten Blick. Um die Praxen, mit denen Klassen vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen werden, zu verstehen, müßte man sich ein bisschen mehr anstrengen. Aber wenn es um »Rassen« geht — da liegt der Grund unmittelbar auf der Hand, man »sieht ihn«.

Ausschließungspraxen haben große Ähnlichkeit mit dem, was Foucault Diskurs genannt hat. Ich werde im weiteren Verlauf allgemein von »rassistischen Diskursen« oder »Diskursen des Rassismus« sprechen. Das hat nicht nur eine theoretische, sondern auch eine praktische Bedeutung. Foucaults Diskursbegriff hat zwei Vorteile. Er macht erstens keinen Unterschied zwischen dem, was normalerweise Praxis und Ideologie genannt wird. Der Unterschied zwischen Geist und Körper, der für das ganze westliche Denken charakteristisch ist und den die Deutschen besonders gern machen, wird im Diskurs-Begriff aufgehoben. In ihm sind alle Praxen durch Ideen bestimmt und alle Ideen sind in Praxen eingeschrieben. Zweitens befreit er Marxisten von einer Versuchung, der sie so gerne erliegen: das Ökonomische für wichtiger zu halten als das Politische. Viele marxistische Theorien des Rassismus leiden daran, daß sie die Spezifik des Rassismus auf ein bloßes Nebenprodukt des Ökonomischen reduzieren. In dem begrifflichen Rahmen, in dem ich arbeite, haben alle ideologischen Praxen politische und ökonomische Existenzbedingungen, wie alle ökonomischen Praxen ideologisch mit bestimmt sind. Nach Althusser gibt es keinen Augenblick, in dem ihre Majestät die Ökonomie voranschreitet ohne Politik, ohne Ideologie und uns sagt, wohin die Geschichte läuft. Wir können also den Begriff des rassistischen Diskurses im Sinne von Ausschließungspraxen benutzen, so wie ich sie zu definieren versucht habe.

Klasse und »Rasse«

Rassismus ist in den modernen kapitalistischen Instrustriegesellschaften zu einem bestimmenden Moment geworden. Er ist verknüpft mit Fragen des Kapitals, aber die kapitalistische Produktionsweise kann keineswegs einfach als Ursache des Rassismus betrachtet werden. Wie das Patriarchat ist der Rassismus auch ein vor- und nachkapitalistisches Phänomen. Andererseits kennen wir Gesellschaften, in denen es den Gegensatz von Kapital und Arbeit gibt, der aber nicht strukturiert ist durch die Konstruktion »rassistischer« Unterschiede. Wir kennen andere Gesellschaften, in denen es die Gegensätze von Kapital und Arbeit und von Schwarz und Weiß gibt, ohne daß beide sich entsprechen würden. Nehmen wir das Beispiel Südafrika, den offensichtlichsten Fall einer rassistisch organisierten Gesellschaft. In einer klassischen marxistischen ökonomischen Analyse sind sowohl schwarze als auch weiße Arbeiter durch das weiße Kapital ausgebeutet.

Aber die schwarzen Arbeiter werden politisch und ökonomisch auch durch die weißen Arbeiter ausgebeutet. Es gibt also keine einfache Entsprechung zwischen dem Gegensatz von Kapital und Arbeit und dem Gegensatz der »rassisch« definierten Gruppen. Es kann also keine einfache Identität zwischen Klasseninteressen und den Interessen geben, die sich aus »rassischen« Unterschieden ergeben. Nähme man das an, unterstellte man außerdem, daß es überhaupt so etwas wie ein einfach gegebenes Klasseninteresse gibt. In letzter Zeit ist es ziemlich schwierig geworden, irgendein einfaches ökonomisches Klasseninteresse zu entdecken, das nicht von Ideologie durchsetzt ist. Und jetzt sehen wir uns darüber hinaus noch mit der Schwierigkeit konfrontiert, daß selbst die ökonomischen Klasseninteressen, die wir entdecken können, nicht mit jenen politischen Interessen korrespondieren, die durch »Rasse« organisiert werden. Ich behaupte nicht, daß es keine Verknüpfung von sozialen oder ökonomischen Klasseninteressen und »rassisch« bestimmten Interessen geben kann. Aber Verknüpfung unterscheidet sich sehr von Identität.

Das mag sich sehr abstrakt anhören, aber es hat unmittelbaren Einfluß auf antirassistische Praxen. Um es einfach zu sagen, selbst wenn man — mit viel Glück — eine Klasse finden würde, die ihre Interessen kennt und politisch entsprechend handelt, könnte man nicht unterstellen, daß sie das richtige über »Rasse« denkt. Antirassismus stellt sich also nicht mit Notwendigkeit ein, sondern es gibt ihn immer nur soweit er politisch hergestellt wird. Wenn man in einer Gesellschaft ohne antirassistische Politik lebt, ist man dazu verurteilt, in einer rassistischen Gesellschaft zu leben, und weder irgend ein ehernes historisches Gesetz noch der letzte Flug der Eule der Minerva wird uns davor bewahren.

Dies hat Konsequenzen für die Frage, wie Rassismus sich in den modernen kapitalistischen Gesellschaften entwickelt hat. Die klassische Geschichte über die Entwicklung des Kapitalismus, wie wir sie bei Marx finden, unterstellt ganz andere Entwicklungen als die, die wir historisch vorfinden. Die Logik des Kapitals soll sich über solche Partikularismen wie Geschlecht und »Rasse« hinwegsetzen, sie soll geschlechts- und »rassen« blind sein. Es ist gleichgültig, wer den Mehrwert produziert, solange er überhaupt produziert wird. Bis zu einem gewissen Grad ist das richtig. Die Expansion des Kapitals hat tatsächlich zunehmend einige der Schranken, die historisch in traditionellen Gesellschaften existiert haben, niedrigergerissen. Aber daneben gibt es noch eine andere historische Tendenz: den Kapitalismus, der spezifische Unterschiede ausnutzt und darauf aufbaut. Der moderne Kapitalismus funktioniert entgegen der nivellierenden Tendenz des Weltmarkts gerade aufgrund und nicht etwa trotz geschlechtsspezifisch und »rassisch« definierter Arbeitskraft. Die Unfähigkeit der Linken, das zu begreifen, hindert sie auch zu erkennen, daß es so etwas wie Sexismus, Rassismus und Nationalismus, die nach der Theorie längst verschwunden sein müßten, überhaupt gibt.

Der Rassismus lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die andere Geschichte des Kapitalismus. Ich meine nicht die Geschichte der bürgerlichen Revolution in Europa, die den Kapitalismus aus den feudalen Strukturen geschaffen hat, sondern den Kapitalismus der Eroberungen, des Weltmarktes, der Besetzung der Peripherien, des Imperialismus. Denn genau dort, wo die expandierende Herrschaft

des kapitalistischen Imperiums auf andere »Rassen« getroffen ist, hat sich der Rassismus als eine Form der Ausschließungspraxis entwickelt.

Rassismus der Subalternen

Die dritte Frage, die ich in bezug auf den Zusammenhang von »Rasse« und Klasse behandeln möchte, ist die, ob Rassismus ausschließlich ein Problem der herrschenden Klasse, der herrschenden Gruppen der Gesellschaft ist. Ich fürchte, das ist eine weitere Geschichte, die die Linke sich selbst lange Zeit zu ihrer Beruhigung erzählt hat: die Geschichte von der logischen Unmöglichkeit einer rassistischen Arbeiterklasse. Die Erfahrungen in der postkolonialen Welt zeigen, daß diese Geschichte unhaltbar geworden ist. Wir hätten die Unhaltbarkeit dieser Geschichte schon längst erkennen müssen, denn schließlich hat sich die Arbeiterklasse in der imperialistischen kapitalistischen Welt im Rahmen der Etablierung des Kapitalismus als Weltsystem herausgebildet. Folglich waren die Ideologien des Imperialismus und der rassischen Überlegenheit und Minderwertigkeit innerer Bestandteil der Kultur der Arbeiterbewegung. Sie formten und beeinflussten das kulturelle und soziale Leben aller subalternen und aller herrschenden Klassen in der europäischen Welt. Nur weil wir die Geschichte unserer Nationen im Nachhinein ohne die Beziehung zur restlichen Welt konstruiert haben, konnten wir so lange am Bild einer Arbeiterklasse festhalten, die gegenüber dem Rassismus immun ist. Die untergeordneten Klassen neigen weder mehr noch weniger als irgendjemand sonst auf der Welt zum Rassismus.

Aber ich muß euch warnen: Ich bin nicht der Meinung, daß der Rassismus der untergeordneten Klassen eine Form falschen Bewußtseins ist. Er ist ebenso authentisch wie jede andere Form sozialen Bewußtseins. Ich lehne die Theorie des falschen Bewußtseins insgesamt ab, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Ich habe noch nie jemanden sagen hören: »Ich habe ein falsches Bewußtsein.« Man hört nur: »Ich begreife die Dinge, die andern haben ein falsches Bewußtsein.« Das falsche Bewußtsein ist so etwas Ähnliches wie Werbung und Pornographie: »Ich bin dafür unempfindlich, aber die anderen fallen darauf rein.« Das ist keine Form, den Rassismus als Phänomen ernst zu nehmen. Stattdessen müssen wir lernen zu begreifen, inwiefern Rassismus eine authentische Form sein kann, in der untergeordnete soziale Gruppen ihre Unterordnung leben und erfahren. Wir müssen begreifen, wie Gruppen, die von den Reichtümern unserer Wohlstandsgesellschaften ausgeschlossen sind, die aber gleichwohl zur Nation gehören, sich mit ihr identifizieren wollen, im Rassismus eine authentische Form der Identitätsgewinnung und des Selbstbewußtseins finden können.

In England haben wir die Erfahrung gemacht, daß Rassismus gerade dort selbstverständlich und offensichtlich ist, wo Leute mit Menschen, die als andere »Rasse« definiert werden, Seite an Seite zusammenleben, und wo Gruppen, die um einen Platz an der Sonne kämpfen, andere Gruppen auszuschließen versuchen, die ebenfalls um diesen Platz kämpfen. Folglich ist der Kampf gegen Rassismus nicht hauptsächlich ein Kampf gegen andere Leute in anderen Gesellschaften, sondern ein Kampf innerhalb unserer eigenen Gesellschaft, innerhalb unserer eigenen Bewegungen und Kulturen.

Genetischer und kultureller Rassismus

Ich habe bislang über den allgemeinen Begriff des Rassismus gesprochen, über Rassismus im allgemeinen. Aber wo immer wir Rassismus vorfinden, entdecken wir, daß er historisch spezifisch ist, je nach der bestimmten Epoche, nach der bestimmten Kultur, nach der bestimmten Gesellschaftsform, in der er vorkommt. Diese jeweiligen spezifischen Unterschiede muß man analysieren. Wenn wir über konkrete gesellschaftliche Realität sprechen, sollten wir also nicht von Rassismus sondern von Rassismen sprechen.

Wenn ich jetzt über England spreche, könnt ihr vielleicht eure Erfahrungen in Gedanken einfügen. Aus der Zeit der Sklaverei (England ist eine Gesellschaft ehemaliger Sklavenhalter) hat sich eine sehr alte und gut etablierte Sprache des Rassismus erhalten, in der schwarze Sklaven als eine völlig andere, nicht menschliche Spezies dargestellt werden. Es gab damals, wie ihr vielleicht wißt, einen Streit zwischen Sklavenhaltern und Kirche, denn nur wenn der Sklave nicht als Mensch definiert wird, ist es möglich, ihn wie eine Sache zu verkaufen. Während der Bewegung gegen die Sklaverei faßte dann das liberale Bürgertum die Sklaven nicht mehr als andere Spezies auf. Schwarze waren für es lediglich unentwickelte Kinder, die man zur Demokratie erziehen mußte. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, also im Zenit des Imperialismus, lebte in England der — wie ich sagen würde — genetische Rassismus wieder auf. In der nachkolonialen Periode findet man den genetischen Rassismus nicht mehr so häufig, üblich ist jetzt der kulturelle Rassismus. Dieser richtet sich nicht mehr gegen Sklaven, die in überseeischen Plantagen arbeiten, sondern gegen den großen Bevölkerungsteil, der nach dem Krieg aus der Karibik und aus dem indischen Subkontinent als »Gastarbeiter« nach England emigriert ist. Das ist die Paradoxe: Das englische Imperium holt seine Fahne ein und entläßt alle Kolonien aus der Abhängigkeit, nur um zu erleben, daß die Bewohner dieser Kolonien das erste Bananenschiff nehmen und nach London fahren, um zu sehen, wie es dort eigentlich aussieht. Manchmal glaube ich, die Engländer hätten uns lieben können, wenn wir bloß zu Hause geblieben wären. Aber dieser Affront, aufzutauchen um nachzusehen, ob die Straßen Londons wirklich mit Gold gepflastert sind — das war zu viel für die englische Psyche.

Der Unterschied zwischen genetischem und kulturellem Rassismus ist folgender: Die Engländer behaupten nicht, daß wir kleinere Gehirne haben, aber sie glauben, daß unsere Fähigkeit, rational zu denken, nicht so entwickelt ist. Dort, wo wir hingehören, sind wir durchaus akzeptabel. Aber wenn wir die eingeborene Bevölkerung so durchmischen, dann spielen die Unterschiede in der Sprache, Hautfarbe, den Gewohnheiten, der Religion, der Familie, den Verhaltensweisen, den Wertsystemen doch eine große Rolle. Unsere Premierministerin hat das in der ihr eigenen Art klar und deutlich formuliert. Sie sagte: »Die englische Lebensweise wird von einem Fremdkörper bedroht.«

Was das heißt, werdet ihr gleich an dem Beispiel einer Schule in Nordengland sehen, einer Schule in einer Gegend, in der sehr viele Migranten leben. Die Mehrheit der Schüler und Schülerinnen dort sind entweder afrokaribisch oder asiatisch. Die Eltern der weißen Minderheit möchten ihre Kinder in einer anderen

Schule einschulen. Sie argumentieren mit kulturellen Gründen, zum Beispiel möchten sie, daß ihre Kinder eine christliche Erziehung bekommen, während in der Schule eine ganze Reihe unterschiedlicher Religionen unterrichtet werden. Sie fügen hinzu, daß sie keine praktizierenden Christen sind. Wichtig ist für sie, daß das Christentum ein Kennzeichen ihrer Kultur ist und deshalb wollen sie, daß ihre Kinder Zugang zu bestimmten kulturellen Werten bekommen, nicht zu bestimmten Glaubenssätzen. Diese Art von Rassismus ist keine gesellschaftliche Randerscheinung mehr. Er steht am Ende von zwei bis drei Jahrzehnten der Ausschließungspraxen. Das Ergebnis ist, daß der schwarze Bevölkerungsanteil die schlechtesten Arbeiten hat, unter den schlechtesten Wohnverhältnissen leidet, in den Vierteln mit den schlechtesten Schulen und Erziehungssystemen lebt, usw. Die Versuche, die Benachteiligung der schwarzen Kinder aufzuheben, sind während der 10 Jahre des Thatcherismus auf erbitterten Widerstand getroffen. Es wird argumentiert, daß Programme zur Verbesserung der Ausbildungsbedingungen schwarzer Kinder die Interessen dieser Minderheit den mehrheitlich weißen Kindern aufzwingt. Der sogenannte Anti-Antirassismus ist deswegen zunehmend populär geworden.

Diese Argumentationsweise wird jetzt auch als Begründung für ein nationales Curriculum verwendet. Die englische Erziehung bildete bisher eine Kompromißform zwischen zentraler und lokaler Administration. Lehrer und Schulen hatten einen gewissen Spielraum zu entscheiden, was gelehrt wurde. So konnten antirassistische Programme entwickelt werden. Darüberhinaus ermöglichte dies auch die Entwicklung von Lernprogrammen, die es schwarzen Kindern erlaubten, etwas über ihre Geschichte und ihre Kultur zu lernen und auf diese Weise bestimmte Identifikationen aufzubauen, die sie in der herrschenden weißen Kultur nicht finden konnten. Aber jetzt gibt es zum ersten Mal ein nationales Curriculum, das denselben Unterricht Tag für Tag zum gleichen Zeitpunkt an jeder englischen Schule vorsieht. Das erklärte Ziel besteht darin, das Curriculum in seine alte, traditionelle englische Form zu überführen. Nichts mehr über die Geschichte der Sklaverei, die Geschichte Indiens, die Geschichte anderer Sprachen — nur noch die englischen Könige und Königinnen. Das gehört zur sogenannten »Rückkehr zu den viktorianischen Werten«.

Es ist Teil der Wiedergeburt einer ganz spezifischen Form des Nationalismus. Eine bestimmte Auffassung von nationaler englischer Identität kämpft gegen alle diejenigen, die nicht dazugehören, einschließlich der Schwarzen natürlich. Diese beschränkte Einheit wird die »englische Art genannt«, das Englischtum. *Great Britain limited*, so könnte man das Ziel nennen, Großbritannien als Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Um dazu zu gehören, müssen wir englisch aussehen, englisch denken und englisch glauben, man muß lernen, die Oberlippe steif zu halten, sich zum Abendessen in einen Abendanzug werfen. Diese Konzeption der englischen Lebensweise ist rassistisch. Es ist eine sehr enge und ausgrenzende Definition dessen, wer dazugehört und wer nicht. Geschichte, Kultur und »Rasse« werden benutzt, um ein System der Differenz zu konstruieren.

In dem Maße, in dem der Thatcherismus durch die Forcierung eines Markt-Individualismus den Zusammenbruch der Solidarbeziehungen vorantreibt, muß er die Nation auf einer anderen Grundlage konsolidieren und diese Grundlage ist

eine Neukonstruktion der englischen Identität. Die Premierministerin fragt: Gehören sie zu uns? Es gibt eine ganze Menge Leute, die nicht zu ihnen gehören. Je genauer man das »Englischtum« betrachtet, desto weniger scheinen dazuzugehören: die Schotten, die Walliser, erst recht die Iren, die Schwarzen, die Frauen, die außerhalb des Hauses arbeiten, die meisten Leute im unterentwickelten Nordwesten und Nordosten, Arbeitslose — sie alle gehören nicht dazu. Man könnte meinen, diese Engländer seien eine aussterbende Spezies. Es gibt nur ein Problem mit ihnen: Sie haben die Macht. Sie sind hegemonial. Sie sind die hegemoniale Minderheit.

Eine Gesellschaft, die versucht, mit einer solchen engen rassistischen Definition nationaler Identität ins 21. Jahrhundert zu kommen, wird in zunehmenden Maße rassistisch werden. Diejenigen, die nicht dazugehören und die das nicht schweigend hinnehmen wollen, müssen polizeilich verfolgt, normalisiert und reguliert und zum Objekt symbolischer Ausschließung werden.

Der Innenraum des Rassismus: Die binäre Spaltung

Zum Schluß möchte ich über den Charakter dieser symbolischen Ausschließung sprechen. Denn meiner Ansicht nach dienen die Ausschließungspraxen nicht nur dazu, Gruppen vom Zugang zu materiellen und kulturellen Gütern auszuschließen. Sie haben auch die Funktion, sie symbolisch aus der Familie der Nation, aus der Gemeinschaft auszuweisen. Man sollte nicht nur über die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Konsequenzen des Rassismus nachdenken, sondern auch über etwas, das ich den inneren Raum des Rassismus nennen möchte.

Der rassistische Diskurs hat eine eigentümlich Struktur: Er bündelt die den jeweiligen Gruppen zugesprochenen Charakteristika in zwei binär entgegengesetzte Gruppen. Die ausgeschlossene Gruppe verkörpert das Gegenteil der Tugenden, die die Identitätsgemeinschaft auszeichnet. Das heißt also, weil wir rational sind, müssen sie irrational sein, weil wir kultiviert sind, müssen sie primitiv sein, wir haben gelernt, Triebverzicht zu leisten, sie sind Opfer unendlicher Lust und Begierde, wir sind durch den Geist beherrscht, sie können ihren Körper bewegen, wir denken, sie tanzen usw. Jede Eigenschaft ist das umgekehrte Spiegelbild der anderen. Dieses System der Spaltung der Welt in ihre binären Gegensätze ist das fundamentale Charakteristikum des Rassismus, wo immer man ihn findet. Das meine ich, wenn ich von der Konstruktion der Differenz durch die rassistischen Diskurse spreche.

Dieser Prozeß, die Welt in Begriffen »rassistisch« definierter Gegensätze zu konstruieren, hat die Funktion, Identität zu produzieren und Identifikationen abzusichern. Er ist Bestandteil der Gewinnung von Konsensus und der Konsolidierung einer sozialen Gruppe in Entgegensetzung zu einer anderen, ihr untergeordneten Gruppe. Allegemein ist dies als die Konstruktion »des Anderen« bekannt. Sie teilt die Welt in jene, die dazugehören, und jene, die nicht dazugehören. Das ist keine simple Beschreibung von natürlichen Tatbeständen, sondern hier geht es um die Produktion von Wissen selbst.

In seinem ausgezeichneten Buch »Orientalismus« hat der palästinensisch-amerikanische Autor E.W. Said (Harmonsworth 1985) über diesen Prozeß der

Konstruktion des Anderen geschrieben, darüber wie der Mittlere Osten für den Westen zum Anderen wurde, wie der ganze Diskurs der Anthropologie, der wissenschaftlichen Forschung, des Reisens, der Linguistik, der Philologie, der Museumskunde etc. organisiert wurde, um dieses Unbekannte zu produzieren: den Orient.

Seit der feministische Bewegung wissen wir etwas mehr über die politische Bedeutung der Konstruktion sexueller Differenz. Von der Psychoanalyse wissen wir, daß es keine Konstruktion des Selbst, keine Identität gibt, ohne eine Konstruktion des Anderen. In der Arbeit von Lacan finden wir die Anfänge eines theoretischen Verstehens nicht nur davon, wie durch das Selbst das Andere konstruiert wird, sondern auch, wie dies durch die Konstruktion der sexuellen Differenz geschieht. Sehr viel weniger wissen wir bislang über die innere Produktion der kulturellen Differenz. Zweifellos steht diese in einer Beziehung zur Konstruktion der sexuellen Differenz, ist aber nicht damit gleichzusetzen. Trotzdem gibt es eine ganze Menge Indizien für die Annahme, daß die Konstruktion kultureller Differenz für die Herausbildung der Identität eine ähnliche Funktion hat wie die sexuelle Differenz.

Das heißt, obwohl die Konstruktion des Anderen ein Versuch ist, das, was wir nicht sind, an seinem Platz zu fixieren, in sicherer Entfernung zu halten, können wir selbst uns doch nur verstehen in Beziehung zu diesem Anderen. Deshalb ist zu bezweifeln, daß unsere kulturellen und nationalen Identitäten authentisch von innen definiert werden. Wer wir kulturell sind, wird immer in der dialektischen Beziehung zwischen der Identitätsgemeinschaft und den Anderen bestimmt.

Franz Fanon, der wohl am grundlegendsten verstanden hat, wie Rassismus und die Konstruktion der kulturellen Differenz zusammenhängen, gibt in seinem Buch, *Schwarze Haut, weiße Masken*, ein sehr gutes Beispiel dafür. Im Kapitel »Die erlebte Erfahrung des Schwarzen« beschreibt er, wie er zum ersten Mal begriffen hat, was es bedeutet, schwarz zu sein, als ein Kind seine Mutter am Ärmel zupfte und sagte: »Schau, Mama, ein Neger.« Ich zitiere einen Abschnitt aus diesem Kapitel: »Eingeschlossen in dieser erdrückenden Objektivität, wandte ich mich flehend an meinen Nächsten. Sein befreiender Blick, an meinem Körper entlang gleitend, der plötzlich keine Unebenheiten mehr hat, gibt mir eine Leichtigkeit zurück, die ich verloren glaubte, gibt mich, indem er mich der Welt entfernt, der Welt zurück. Aber da unten, direkt am Steilhang, strauchle ich, und der andere fixiert mich durch Gesten, Verhaltensweisen, Blicke, so wie man ein Präparat mit Farbstoff fixiert. Ich wurde zornig, verlangte eine Erklärung ... Nichts half. Ich explodierte. Hier die Scherben, von einem anderen Ich aufgelesen.«

Rassismus ist m.E. zum Teil das Verleugnen, daß wir das, was wir sind, aufgrund innerer gegenseitiger Abhängigkeiten von Anderen sind. Es ist die Zurückweisung der angsterregenden Bedrohung, daß das Andere, so schwarz wie er oder sie ist, möglicherweise ein Teil von uns ist. Rassismus mit seinem System binärer Gegensätze ist ein Versuch, das Andere zu fixieren, an seinem Platz festzuhalten, er ist ein Verteidigungssystem gegen die Rückkehr des Anderen.

Die Angst, daß dieses Andere, das wir ausweisen und ausschließen wollten, möglicherweise wiederkehrt, taucht ebenfalls im Diskurs des Rassismus auf.

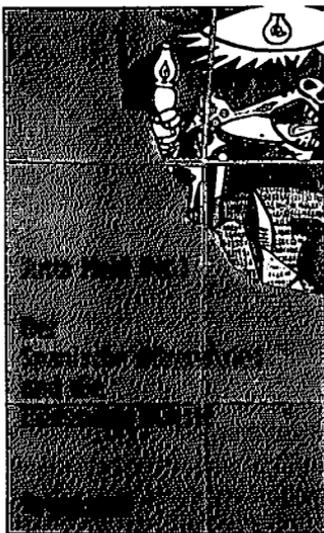
Dies erkennt man in den Phantasien, die mit dem Rassismus überall einhergehen. Die Phantasie des weißen Mannes, daß der schwarze Mann sexuell potenter ist, als er es jemals sein könnte; die Phantasie, daß die primitiven Schwarzen noch eine Beziehung zur Natur, zu den Instinkten, zu den Gefühlen haben, die man verdrängt und unterdrückt hat. Ich sage etwas, das vielleicht schockierend scheint, nämlich daß diese Sprache des Hasses und der Gegnerschaft zum Teil genährt wird durch ein unaussprechliches Begehren. Deshalb können wir oft die Tiefe und die Macht des rassistischen Diskurses nicht begreifen.

Wir denken, daß er die Dinge in binäre Pole spaltet, um Ordnung herzustellen, während er in Wirklichkeit versucht, die Welt in diesen binären Gegensätzen zu fixieren, aus Furcht, sonst in einem Mischmasch zu versinken. Hinter dem Diskurs des Rassismus lauert immer die Angst vor kultureller Umweltverschmutzung. Wir versuchen den Diskurs des Rassismus rational zu analysieren, während er seine Macht und Dynamik gerade aufgrund der mythischen und psychischen Energien gewinnt, die in die Kultur investiert werden. Er ist Teil unserer Selbstdefinition, unserer Definition, zu welcher Gemeinschaft wir gehören und welches die Zukunft und das Schicksal unserer Kultur sein wird. Strategien und Politik des Antirassismus, die nicht versuchen, in diese tieferen und grundlegend widersprüchlichen Schichten des Rassismus hinabzusteigen, werden scheitern, weil sie sich auf die Oberflächenstruktur einer ausschließlich auf das Rationale zielenden Politik beschränken.

Die Politik des Rassismus und des Antirassismus dreht sich um die Produktion und Reproduktion der gesellschaftlichen Identität. Und es gibt kein Problem, das für die europäischen Gesellschaften derzeit dringender auf der Tagesordnung steht. Für sie stellt sich folgende Frage: Können sie, nachdem sie zwei- bis drei Jahrhunderte in den Peripherien operiert haben, zu Beginn des 21. Jahrhunderts lernen, mit Unterschieden zu leben? »Mit Unterschieden leben«, das läßt sich einfach sagen, aber für die heutigen europäischen Gesellschaften ist es die schwerste Sache der Welt, praktisch mit Unterschieden zu leben. Denn es bedeutet, fähig zu werden zu einer Gemeinschaft, die es nicht nötig hat, alle anderen zu vernichten, um sie selbst zu sein. In der Sprache des Rassismus sind alle anderen ethnische Gruppen, und es geht jetzt darum, ob weiße Europäer es lernen können, eine ethnische Gruppe unter anderen zu sein. Das virulente Auftreten der verschiedensten Formen rassistischer Diskurse und Praxen im Herzen der industrialisierten kapitalistischen Welt ist ein Teil der langen Geschichte des relativen Niedergangs des Westens. Aber wie Marx in bezug auf den Niedergang des Kapitalismus sagte: Es gibt immer die Alternative zwischen Barbarei und Sozialismus.

Aus dem Englischen von Nora Rützel

Kunst und Antifaschismus



Der Spanische Bürgerkrieg und die bildenden Künste

Hrsg. von Jutta Held
Schriften der
Guernica-Gesellschaft
Bd. 1

Dieser Band ist der erste einer Schriftenreihe der Guernica-Gesellschaft im Argument-Verlag.

Antifaschistische Kunst und Antikriegskunst werden an keinem Ort der BRD systematisch gesammelt oder dokumentiert. Deswegen sind viele Künstler vergessen, die im Widerstand gegen den Faschismus oder im latenten Konflikt zu ihm leben und arbeiten mußten. Ziel der Guernica-Gesellschaft ist es, sich der in Vergessenheit geratenen oder in Vergessenheit gebrachten antifaschistischen Kunst anzunehmen, sie zu erforschen

und zu dokumentieren. Gilt es doch, die Traditionen und Erfahrungen eines Kunstschaffens lebendig zu halten, das aus dem Widerstand gegen Krieg und Faschismus hervorgegangen ist.

In diesem Verständnis hat der erste Band der Reihe programmatischen Charakter: Der Spanische Bürgerkrieg, Guernica zumal, signalisierte weltweit die drohende Gefahr des Faschismus. Wohl kaum ein anderes Ereignis des 20. Jahrhunderts hat die Künstler deswegen so herausgefordert.

Erst aufgrund sehr genauer Rekonstruktionen lassen sich Fragen sinnvoll stellen, beispielsweise die nach einer Logik der Reaktionen auf die Bedrohung durch Faschismus und Krieg, danach, in welcher Weise die Künstler diese Bedrohung reflektierten und ihr gegenüber Widerstand leisteten.

Der vorliegende Band kann hierbei nur einen Anfang markieren. Versammelt sind Forschungen unterschiedlicher Richtung. Einen Schwerpunkt bilden neue Analysen und Materialien zu Picassos Werken zum Spanischen Bürgerkrieg, insbesondere zu seinem »Guernica«-Bild.

Autoren des Bandes sind — neben der Herausgeberin — u. a. Reinhard Kühnl, Harald Olbricht, Peter H. Feist, Reiner Rumold, Walther L. Bernecker.

67 Abb., ca. 250 S., DM 34,—

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument

Thomas Laugstien

Die Gründung der »Hochschule für Wirtschaft und Politik« als postfaschistischer Kompromiß

»Etwas zu eindeutig« fand Karl Schiller, Chef der Gutachterkommission für den Wiederaufbau der Freien und Hansestadt und seit wenigen Monaten Sozialdemokrat, im Januar 1947 die »einseitige Zweckbindung« der geplanten *Akademie für Gemeinwirtschaft*. Den Namen ließ man ihr vorerst. Aus dem Gesetzentwurf, den Schiller mit den Doktoren Hummel und von Hepe zum Jahresende vorlegte, waren alle Hinweise auf sozialistische Gemeinwirtschaft getilgt, verschwunden auch die Charakterisierung als Arbeiterbildungsstätte und der Auftrag im Satzungsentwurf, »den sozial benachteiligten Schichten unseres Volkes ein Hochschulstudium zu ermöglichen«. Ende 1948 öffneten sich die Pforten der neuen Akademie. Am 11. November 1988 konnte Hamburgs Erster Bürgermeister auf ein 40jähriges Wirken zurückblicken — in einem Festakt der *Hochschule für Wirtschaft und Politik*, wie sie seit 1961 heißt.

Als Institut des Zweiten Bildungsweges ermöglicht die HWP Bewerberinnen ohne Abitur nach bestandener Aufnahmeprüfung ein sozialwissenschaftliches Studium, das mit einem Universitätsdiplom abgeschlossen wird. Zur Zeit wird eine Promotionsordnung verabschiedet. Die Arbeiterbewegung hat damit eine institutionelle Tatsache geschaffen, in der die geschlossenen Kreisläufe des Bildungssystems lokal durchbrochen werden — um so bedeutsamer, nachdem das Anziehen der BAFÖG-Schraube die Studierquote der Arbeiterkinder auf läppische 8 % gedrückt hat (neueste Sozialerhebung des Studentenwerks). Das Jubiläum gab freilich Anlaß, das ursprüngliche Projekt in Erinnerung zu rufen. Die Gründer wollten durch eine Art westzonales Pendant zur »Arbeiter- und Bauernfakultät« den institutionellen Hebel ansetzen, um Veränderungen in diesem Bildungssystem selbst zu bewirken. Bärbel Pusback hat in ihrem lesenswerten Beitrag zur HWP-Festschrift* nachgezeichnet, wie die tatsächliche Gestalt der Hochschule als Kompromißbildung mit den in Wirtschaft, Politik und, last not least, Wissenschaft überdauernden Strukturen des Faschismus zustandekam. Wir fassen einige Denkwürdigkeiten zusammen und blättern zusätzlich in den vergilbten Seiten eines Artikels, den H.-J. Hauß und Reinhard Opitz anläßlich der Berufung Schillers zum Wirtschaftsminister der Großen Koalition veröffentlicht haben.**

Karl Schiller wurde zum Stiefvater eines Gedankens, den Vertreter der Hamburger SPD, der Gewerkschaften und der Genossenschaften in die Welt setzten, ohne sich seiner Realisierung besonders anzunehmen. Im Dezember 1945, bei der Beratung über eine Neuorientierung des Bildungswesens »auf die Belange der Massenorganisation des Volkes«, einigt man sich auf die Errichtung zweier Lehrstühle für Gewerkschafts- und für Genossenschaftswesen an der Hamburger Universität. Den Gewerkschaften ging es um eine Bildungsstätte für den Führungsnachwuchs einer nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen neugeordneten Wirtschaft, verknüpft mit dem alten Traum, das Bildungsmonopol der Gymnasien zu brechen und Arbeiterkindern den Zugang zu leitenden Positionen zu eröffnen. Die (Konsum-)Genossen-

* Bärbel Pusback: Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft. Vortrags-Ms. der Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP. Erscheint in erw. Fassung in der Festschrift zum 40-jährigen Bestehen der HWP, Hamburg 1990. Dort die Quellenangaben.

** Hanns-Jochen Hauß und Reinhard Opitz: Zu Karl Schillers Werdegang. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, XII. Jg., 5/1967, 454-466.

schaften wollten einen Ersatz für das ehemalige Seminar für Genossenschaftswesen an der Universität Halle. Beide Organisationen fordern die Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Besetzung der Lehrstühle, und die Genossenschaften unterbreiten Anfang Februar 1946 einen ersten Besetzungsvorschlag.

Aufgenommen wurde statt dessen der Vorschlag einer »Akademie für Gemeinwirtschaft«. Er kam von Erich Klabunde, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion und Direktor des Verbands Norddeutscher Wohnungsunternehmen. Der institutionelle Aufbau wurde nach dem Vorbild der Frankfurter *Akademie der Arbeit* konzipiert, die nach dem ersten Weltkrieg in einer vergleichbaren politischen Konstellation gegründet wurde und vor allem die Funktionäre der Gewerkschaften ausgebildet hatte. Ihre *Akademie für Gemeinwirtschaft* hatte die Arbeiterbewegung allerdings in der Nachkriegslandschaft regelrecht ausgesetzt. Während SPD, Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften sich bereits die Plätze im anführenden Zug des Westzonen-Kapitalismus sicherten, sollte sie für eine gemeinwirtschaftlich neugeordnete Wirtschaft ausbilden, die zusehends zum frommen Wunsch wurde. So kam es, daß die braune Universität, um deren Strukturveränderung es ursprünglich ging, sich ihrerseits der Akademie annahm.

Karl Schiller war am 1. November 1946 dem Ruf auf den volkswirtschaftlichen Lehrstuhl der Hamburgischen Universität gefolgt. Die Nachkriegswirren durchquert er im freien Fall nach oben. Die britische Militärregierung zieht ein einziges Mal die Bremse, als ihn die neuen Parteifreunde 1947 ins Kieler Wirtschaftsministerium befördern wollen. Der Professor, Jahrgang 1911, hat eine brillante Nachwuchskarriere im NS-Wissenschaftsbetrieb hinter sich und brauchte dieser Vergangenheit nie untreu werden. Bereits die Dissertation *Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland* (1936) widmet sich der Frage einer »Wirtschaftsankurbelung« (70) durch Staatsinvestitionen und würdigt die konjunkturpolitische Dimension der »Arbeitsschlacht« um die berühmten Autobahnen. Im Kieler Institut für Weltwirtschaft, dessen Forschungsgruppe »Marktordnung und Außenwirtschaft« Schiller ab 1936 leitet, befaßt er sich mit Fragen der Wirtschaftsregulierung in einer europäischen »Großraumwirtschaft«. Was der Agrarexperte z.B. über *Die Regulierung der niederländischen Schweinewirtschaft* (1937) in Erfahrung brachte, trug seine Früchte nach dem Einmarsch in die zunächst wirtschaftswissenschaftlich besetzten »Räume«. Wie wissenschaftlich die Kriegsvorbereitung und wie kriegsvorbereitend Schillers Wirtschaftstheorie war, zeigen Publikationen des Jahres 1940: *Die Selbstversorgungsmöglichkeiten und die versorgungspolitischen Maßnahmen Italiens auf dem Gebiete der NE-Metalle und sonstigen Mineralien* (10.6.1940 Kriegseintritt Italiens); *Die griechische Eisen- und Stahlindustrie einschließlich der Kleiseisenindustrie* (April 1941 Besetzung Griechenlands); *Chinesisches Auslandskapital und chinesischer Einfluß in Südostasien und im westlichen amerikanischen Küstengebiet* (Ende 1941 Kriegseintritt gegen die USA an der Seite Japans); *Die wirtschaftlichen Kräfte Palästinas* (1941 Nordafrikafeldzug). Die Fäden zieht eine »Gesellschaft für Europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e.V.«, in der sich Nazigrößen, Regierungsbeamte und Wirtschaftsführer absprechen mit Wissenschaftsführern wie Reinhard Höhn, Carl Schmitt oder eben Andreas Predöhl, dem Leiter des Kieler Weltwirtschafts-Instituts und Förderer des jungen Schiller.

1943 bekleidet der 32jährige, der nach fachlicher Beurteilung »in glücklicher Weise Gründlichkeit mit Schwung verbindet«, eine Rostocker Volkswirtschafts-Professur. Schiller war zwar nicht immer Sozialdemokrat (1933 SA und NS-Studentenbund, 1937 NSDAP-Mitglied Nr. 4663250, 1938 Vertrauensmann und Politischer Leiter der Kieler Ortsgruppe »Klaus Groth«, 1939 NS-Dozentenbund), aber immer

Karl Schiller. Sein wirtschaftspolitisches Credo des »Ankurbelns«, Steuerns, Bremens und Gasgebens erwarb er beim Übergang von der »alten liberalen Handelsvertragslehre« zur »Gesamtlenkung der Volkswirtschaft durch den Staat« (in: *Das neue Europa*, Dresden 1941, 200ff.), seinerzeit »Führungswirtschaft« genannt (*Marktregulierung und Marktordnung in der Weltagrarswirtschaft*, 1940, 403). Sein konjunkturtheoretisches Instrumentarium bewährte sich an den Ausnahmehedingungen »übergreifenden Einsatzes aller Kräfte des Staates, der Bewegung und des Volkes« (*Arbeitsbeschaffung ...*, 1936) und beim Anwenden der »bisher entwickelten Regulierungstechniken« auf einen »zukünftigen Austausch«, der zum Vorteil Nazideutschlands »großräumlich geordnet ist« (»Von Handelsverträgen zu Wirtschaftsverträgen«, in *Nationale Wirtschaftsordnung und Großraumwirtschaft*, Dresden 1941). Die Blitzkarriere, die der »Wiederaufbau« diesem Ökonomen beschert (1947 wiss. Beirat des Bizonen-Wirtschaftsrates), wird im nachfolgenden »Wirtschaftswunder« gestoppt. Die Stunde schlägt für ihn, als die herrschenden Kreise sich erneut auf »Wirtschaftsankurbelung« zu verständigen haben. Das Gespann Strauß/Schiller, das sich zur Überraschung mancher so gut verstand, konnte den gemeinsam errungenen Sieg über die »Depression« als Wiederholung des nationalen »Aufschwungs« erleben.

Daß dem jungen Nazi-Professor der entscheidende Einfluß auf Lehrpläne und Berufungen der *Akademie für Gemeinwirtschaft* zuwächst, handeln sich die Gewerkschaften dadurch ein, daß sie auf ihren Forderungen beharren: Gleichstellung der Lehrkräfte mit denen der Universität und Zuerkennung der Hochschulreife für die künftigen Absolventen. Schiller setzt die Ausrichtung am universitären Lehrplan durch und sichert dem Lehrkörper größere Selbstverwaltungskompetenz gegenüber dem Kuratorium. Im August 1947, nachdem er die Position des künftigen Akademieleiters akzeptiert hatte, fordert er, »daß sie keine bloße Fachschule oder gar 'Presse' zur schnellen Ausbildung von Funktionären sein dürfe, sondern daß ihre Aufgabe die umfassende Erziehung einer hochqualifizierten Schicht von Menschen sein müsse, die in Zukunft die Gemeinwirtschaft verantwortlich mitgestalten« solle. Er fand damit »volles Verständnis« bei den anwesenden Mitgliedern des Planungsausschusses. Was diese in den Formulierungen wiedererkannten, dürfte dem, was Schiller mit »Gemeinwirtschaft« assoziierte, schwerlich entsprochen haben. Der Begriff war durch antagonistische Beanspruchung ideologisiert, die Bedeutung umkämpft.

Unter Schillerscher Federführung hatte die »Denkschrift zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs« Anfang 1947 ausdrücklich auf Annahmen hinsichtlich einer veränderten Wirtschaftsordnung verzichtet. Die britischen Militärbehörden lassen zunächst nicht locker und verlangen ein Sozialisierungsgutachten. Es wird unter der unvermeidlichen Federführung Schillers im Februar desselben Jahres vorgelegt und bringt die gemeinsamen Vorstellungen von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Genossenschaftlern zum Ausdruck. Die Rede ist nunmehr von einem gemeinwirtschaftlichen Sektor, dessen Unternehmen sich unter Marktwirtschaftsbedingungen in der Konkurrenz zur Privatwirtschaft bewähren müssen. Dazu bedürfe es »eines neuen, gemeinwirtschaftlich orientierten Typus von Unternehmensleitern«. Auf dem SPD-Parteitag im September 1947 wies Erich Klafunde der zu errichtenden Akademie die Aufgabe zu, neben den Funktionären der Gewerkschaften und Genossenschaften vor allem diesen »Typus« des Unternehmers hervorbringen, an dessen Neuheit man wohl seine Zweifel haben darf.

Karl Schiller hat als designierter Leiter der Akademie, später als Gutachter bei der Berufung der ersten Dozentengeneration mitgewirkt. »Seinen Berufungsvorschlägen haben die in der Planungskommission und später im Kuratorium vertretenen Gewerkschafter, Genossenschaftler und Sozialdemokraten zugestimmt«, bilanziert Bärbel

Pusback. »Sie haben damit zu einer vergleichbaren personellen 'Restauration' an der Akademie beigetragen, wie sie sich ohne ihr Zutun auch an den Universitäten vollzog.« Stark ist der Zustrom von der faschistischen Musteruniversität Königsberg und der dortigen Handelshochschule. Schiller achtete darauf, daß möglichst nur Habilitierte in Betracht gezogen wurden. Das formale Kriterium filterte systematisch Bewerber heraus, die vor 1933 der Arbeiterbewegung zur Verfügung standen und die nun geforderten Qualifikationen nicht erwerben konnten. Wer die geforderte Qualifikation aufwies, hatte sie mit gewisser Zwangsläufigkeit vor 1945 erworben, was nach der *Reichshabilitationsordnung* von 1934 Schulungslager und »politische« Beurteilungen durch Parteidienststellen einschloß. Heinz-Dietrich Ortlieb, der spätere Direktor des Hamburger Weltwirtschafts-Archivs, Ende 1948 Schillers Nachfolger auf der Volkswirtschafts-Dozentur, habilitierte sich bei Kriegsbeginn, ohne wenigstens NSDAP-Mitglied zu werden. Anders war es bei Hans Seischab, dem ersten Fachvertreter für Betriebswirtschaftslehre und letzten Königsberger Nazi-Rektor — sein Lehrbuch von 1944 wurde noch Ende der 60er Jahre von den Studenten benutzt —, und im Falle des prominentesten Dozenten, den Karl Schiller der Akademie in ihrer Frühzeit vermittelte: Helmut Schelsky.

Schelsky übernimmt anstelle von Schiller, der Hamburger Wirtschaftssenator wird, am 15. Juni 1949 die Leitung der *Akademie für Gemeinwirtschaft*. Er war als 21-jähriger Funktionär des NS-Studentenbundes mit einem eigenständigen Schulungstext über *Sozialistische Lebenshaltung* (Leipzig 1934) hervorgetreten. Das Kapitel »Sozialismus in der Wirtschaft« betrachtet die »Verstaatlichung der großen Werke, die Enteignung der Kapitalisten« als einen »Widersinn«. Der junge Schelsky sieht mit bemerkenswerter Klarheit, daß der geforderte »Sozialismus« der »Haltung« den Besitzindividualisten geradezu voraussetzt. »Wir müssen unbedingt das Eigentum der arbeitenden Menschen, also das Privateigentum (sic) anerkennen, weil dies die Verantwortung und die Leistung der Menschen steigert.« (44f.) Zu Unrecht hat er sich 1980, bei der späten Publikation seiner Habilitationsschrift über *Thomas Hobbes* (Königsberg 1940) — eine Einschaltung in die Debatte über Möglichkeiten und Grenzen des »totalen Staates«, die Carl Schmitt auf das Terrain der Hobbes-Rezeption verlagert hatte — von der angeblichen Jugendsünde distanziert. Schelsky assistierte seinem Lehrer Hans Freyer 1940/41 am »Deutschen Wissenschaftlichen Institut« in Budapest, wo man den »kulturellen Einfluß« in Südosteuropa vergrößerte und Berichte über die ungarische Intelligenz nach Berlin schickte; er arbeitete mit seinem Mentor Arnold Gehlen in Königsberg und zensierte mit ihm »wissenschaftliches Schrifttum« für das Amt Rosenberg. Wie Schiller erhält er 1943 eine Professur (in Straßburg), die er kriegsbedingt nicht antreten kann. Die Berufungsverhandlungen mit der Hamburger Universität scheitern 1948 aus fachlichen und politischen Gründen. So mußte die *Akademie für Gemeinwirtschaft* (wie die neugegründete Verwaltungshochschule Speyer im Falle Gehlen) auch als Zwischenstation für wissenschaftliche NS-Prominenz dienen, die an den Universitäten *noch* nicht tragbar war. Das Kuratorium hatte Schillers Empfehlung einstimmig akzeptiert. Schelskys Gegenkandidatin für den Soziologie-Lehrstuhl war Charlotte Lütken, eine nach England emigrierte Sozialdemokratin, die neben der erforderlichen Qualifikation auch die gewünschte Beziehung zur Arbeiterbewegung hatte. Sie war bereit, nach Deutschland zurückzukehren, doch sieht es so aus, als seien mit ihr nur Schein-Verhandlungen geführt worden. Die Akademie wollte Schelsky.

Die Entscheidung wird plausibler, erscheint aber auch in ihrer ganzen Doppelbödigkeit, wenn wir uns Schelskys Beitrag zur Rekonstruktion der Nachkriegsordnung ansehen. Die preisgekrönte Schrift über *Das Freiheitswollen der Völker und die*

Idee des Planstaates (Karlsruhe 1946) ging aus dem ersten politischen Wettbewerb nach 45 hervor, der unter den Auspizien französischer Militärs von einer »Überparteilichen Demokratischen Arbeitsgemeinschaft« veranstaltet wurde. Die Preisfrage: »Die verfassungsmäßige Sicherung staatsbürgerlicher Freiheiten in Vergangenheit und Gegenwart« brachte den Leviathan-Forscher nicht in Verlegenheit. Nicht die Rechtsnormen einer Verfassung vermögen für den Bewunderer Gehlens die neuen Freiheiten auf Dauer zu stellen, sondern die Institutionen des »sozialistischen Planstaates«. Unter diesem Titelbegriff die Forderungen und Hoffnungen der Zeit aufnehmend, optiert Schelsky für einen postfaschistischen Staat der »totalen Daseinsfürsorge« (81). Aber dieser »Planstaat« widersetzt sich keineswegs privatem Unternehmungsgeist und individueller Leistungsbereitschaft, ja indem »er den persönlichen Freiheitsbereich des Einzelnen selbst plant und die Fürsorge dafür übernimmt«, widmet er sich der planmäßigen Zucht jener »zupackenden« Subjekte (15), deren »wetterfesten Individualismus« (14) ein kapitalfreundlicher Wiederaufbau benötigte. »Dies geschieht durch eine auf Herrschaft gestützte Planung und Führung aller Lebensgebiete, und insofern ist die Totalität der zum Staat gewordenen Gesellschaft in der Tat unzurücknehmbar.« (78) Stärker als im zerschlagenen Faschismus wird freilich zu beachten sein, daß die staatliche Besetzung des Sozialen nicht Eigenaktivität und -verantwortung erstickt. Sowohl der bürokratische Staatssozialismus wie — wenn auch nicht in dem von Schelsky nun behaupteten Maße — der NS, soziales Versuchslabor der Nachkriegsordnung, verletzen das »Gesetz der Zwangsgrenze« (81). Im planmäßigen Hervorbringen individueller Initiative statt in ihrer plan-fixierten Lähmung besteht die neue Modalität staatlicher Herrschaftssicherung; in der Fähigkeit, »bei Anerkennung der staatlichen Aufgabe der totalen Daseinsfürsorge die Rolle aufzuweisen, die darin der freien Tätigkeit des Einzelnen zukommt« (ebd.), gründet jene fortan als »demokratisch« entnannte Regierungskunst, deren philosophische Voraussetzungen Schelsky, Gehlen, Freyer, Schmitt, Spranger oder Joachim Ritter 1945 aus den Schubladen ziehen — Intellektuelle, die aus dem Vergangenen gelernt haben, allerdings nicht im Sinne der Sonntagsredner. An der neuen Arbeiter-Hochschule widmet sich Schelsky, der sich 1953 bereits auf den Universitätslehrstuhl verabschieden kann, den Erziehungs-Institutionen der Wirtschafts-Subjekte. Er führte »mit den Studenten eine Reihe wichtiger empirischer Untersuchungen zur Stabilität der deutschen Familie und zur Lage der Jugend in der Nachkriegszeit durch, die der Akademie viel Publizität verschafften und zu ihrem guten Ruf in den fünfziger Jahren beitrugen. Er war ein gern gesehener Gast und vielbeachteter Redner auf gewerkschaftlichen Kongressen zur Bildungspolitik und hatte sehr gute Beziehungen zu dem beim DGB für die Akademie zuständigen Bildungsreferenten Heinz Küppers.« (B. Pusback)

Schwer abschätzbar, aber kaum gering ist Schelskys Einfluß auf die ins Schillern geratene Lehre von der »Gemeinwirtschaft«. Seine preisgekrönte Formel einer »Planung ohne Dogma« (1946, 84) findet ihren Widerhall in Ortliebs *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik ohne Dogma* (1954) und in den mit Ortlieb edierten Studien über *Wege zum sozialen Frieden* (1954). »Von den Gründerorganisationen überwiegend sich selbst überlassen, versuchten die Dozenten und insbesondere Heinz-Dietrich Ortlieb den Begriff 'Gemeinwirtschaft' so zu interpretieren, daß er der tatsächlichen Lehr- und Forschungstätigkeit, die sich von der an der Universität nicht wesentlich unterschied, nicht hinderlich werden konnte. De facto paßte die Akademie für Gemeinwirtschaft mit ihrer Ausbildung gut in die Wiederaufbauphase der Bundesrepublik, und schon mehr als die Hälfte der Absolventen der ersten fünf Lehrgänge gingen erfolgreich in die private Wirtschaft.« (B. Pusback)

Dokumentation

Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED

Eines der Zentren, in denen sich gegenwärtig die Perestrojka-Intelligenz der DDR formiert, ist das Forschungsprojekt »Philosophische Fragen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus« in der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie der Humboldt-Universität. Das kurz vor dem Führungswechsel verfaßte Diskussionspapier gliedert sich in I. »Hauptthesen«, II. »Gesichtspunkte zur Begründung« und III. »Einige kurz- und mittelfristige Maßnahmen«. Wir dokumentieren die Hauptthesen in Auszügen. Die Redaktion

1. These

Die grundlegenden und komplizierten, teilweise offen krisenhaften Reformprozesse in einer Reihe europäischer sozialistischer Länder ... werden gegenwärtig von den imperialistischen Staaten, insbesondere von den USA und der BRD, für eine aggressive, die internationale Situation destabilisierende Strategie der »Öffnung« der sozialistischen Länder für kapitalistische Orientierungen genutzt. (...) Angesichts dieser Strategie kommt der Erneuerung des sozialistischen Entwicklungsweges gerade in der DDR ... eine fundamentale Bedeutung zu.

2. These

Diese Erneuerung ... verlangt ... einen qualitativen Wandel der Formen der Verwirklichung der sozialistischen, sich selbst ändernden Ziele unter den neuen Bedingungen. Das Erreichte kann nur durch qualitativen Wandel erhalten werden. Ein Land wie die DDR, das viel erreicht hat, muß sich diesen Veränderungen mit souveräner Selbstverständlichkeit zu stellen suchen.

3. These

(...) Es ist abzusehen, daß es in den nächsten zwei bis drei Jahren mit der Verschmelzung der ungelösten Probleme in den jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereichen zu einer Krise des gesamten Reproduktionsmechanismus kommen wird. Eine Politik der partiellen Reformen, durch die neue Inhalte und Formen in eine grundsätzlich unveränderte Grundstruktur der ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Reproduktion implementiert wurden, hat sich endgültig erschöpft. (...)

4. These

Die tendenziell krisenhafte Zuspitzung vieler Probleme und die Gefahr ihrer explosiven Überlagerung ... haben in der wachsenden Ohnmacht der Individuen gegenüber den geschaffenen gesellschaftlichen Strukturen den zentralen Punkt. Die Vergesellschaftung hat fast ausschließlich Formen der Verstaatlichung angenommen. Vor- und Fürsorge für bestimmte, staatlich festgelegte Bedürfnisse der Menschen einerseits und andererseits Anwendung repressiver Maßnahmen dort, wo auf Veränderung wesentlicher gesellschaftlicher Strukturen gedrängt wird, bedingen einander. Für ein auf eigene Einsicht gegründetes Handeln, für eigene Verantwortung und Risikobereitschaft als Grundwerten heutiger Generationen bleibt nur wenig Raum. (...) Erfahrene Bevormundung und Schönfärberei treiben in lethargische Passivität,

kompensierende private Aktivität, zu verzweifelterem Aktionismus oder außer Landes. In der jetzigen Durchsetzungsform verkehren sich durchaus richtige soziale Zielstellungen und politische Absichten gerade in den Augen breiter Massen oftmals in ihr Gegenteil. (...)

5. These

Globale Probleme, Systemwettstreit und die sich daraus ergebende Notwendigkeit von Kooperation stellen prinzipiell neue Anforderungen an den Sozialismus gerade in der DDR. Bezogen auf diese Fragen stellen ... die zur Zeit praktizierten gesellschaftlichen Reproduktionsformen in vieler Hinsicht keine gegenüber einem seit 1945 wesentlich veränderten Kapitalismus überlegene Entwicklungsweise von Ökonomie, Ökologie, Politik, Wissenschaft, Lebensweise und Kultur dar. (...) Die Fähigkeit und Bereitschaft der DDR zur aktiven Teilnahme an Globalisierungs- und Europäisierungsprozessen, insbesondere am KSZE-Prozeß, stellen gleichzeitig einen äußerst wichtigen Bestandteil des innenpolitischen Konsens in der DDR dar.

6. These

Die DDR ist als *der andere deutsche Staat* entstanden. Seine Funktion im politischen Kräfteverhältnis in Europa — die Begrenzung der Expansionsfähigkeit des Imperialismus der BRD, die Verhinderung der Herausbildung einer erneuten regionalen Übermacht »Deutschland« im Herzen Europas — war und ist mit dem Zwang und der großen Herausforderung verbunden, einen *anderen deutschen Weg* zu gehen. Für die DDR ist eine glaubhafte, die Massen ergreifende sozialistische Entwicklungsweise buchstäblich die Existenzberechtigung. (...) Es bedarf souverän praktizierter Offenheit, die in der Souveränität der Bürger gegenüber ihrem eigenen Staat ihre Grundlage hat. Wird ein solcher Weg nicht erfolgreich begangen, so kann langfristig eine Vereinnahmung der DDR durch die BRD im Rahmen neuer internationaler Regelungen nicht ausgeschlossen werden. (...)

7. These

(...) Die Globalisierung der Existenz- und Reproduktionsbedingungen sowie die veränderte internationale Politik der UdSSR werden den Charakter der internationalen Beziehungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Situation der DDR wesentlich ändern (europäisches Haus, Haltung zu den Integrationsprozessen in Westeuropa, einheitlicher europäischer Rechtsraum). (...) Die Probleme umfassender und weitreichender Öffnung sind groß, stellen zum Teil auch ein Dilemma dar (massenhafte Ausreisen würden bei einem Beginn von Reformen in der DDR nicht unmittelbar aufhören). Es kann jedoch nicht die Frage gestellt werden, ob und wie die Öffnung auf politischem, ökonomischem und humanitärem Gebiet vermieden werden, sondern nur, wie sie die DDR ohne Destabilisierung und einseitige Abhängigkeiten vom Westen bewältigen kann. Diese Frage läßt sich primär nur mit einer demokratischen Erneuerung und prinzipiellen Weiterentwicklung des Sozialismus beantworten.

8. These

(...) Noch gibt es ein beträchtliches Potential von Bürgern, die ehrlich an einer sozialistischen Alternative zur BRD interessiert sind und bereit wären, sich für eine solche aktiv einzusetzen. Die Fortsetzung der jetzigen Politik unserer Partei führt aber

zwangsläufig dazu, daß beschleunigt jene politischen und massenpsychologischen Voraussetzungen entstehen, die es den imperialistischen Kreisen in der BRD ermöglichen, massenhafte Unzufriedenheit, Veränderungswillen, Formen des zivilen Widerstandes zu manipulieren und einer politischen Krise konterrevolutionäre Ausrichtung zu verleihen. (...)

9. These

(...) Jede jetzige Einleitung eines neuen Kurses ist ... damit konfrontiert, daß die eingeleiteten Maßnahmen als defensive Anpassung gewertet und politisch wie moralisch entwertet werden. Dieser Zustand muß schnell überwunden werden. Dazu ist eine strategische Radikalität notwendig, die sowohl von einem neuen Verständnis politischer Stabilität ausgeht, als auch eruptive Gefährdung politischer, ökonomischer und sozialer Stabilität nicht zuläßt. Politische Stabilität muß abnehmend auf administrativer Unterordnung und zunehmend auf einem demokratisch gewonnenen Konsens gegründet sein, wie er nur aus der öffentlichen Diskussion widerstreitender Interessen und Ansichten hervorgehen kann. (...)

10. These

Es ist zu prüfen, wie oppositionellen Kräften in der Öffentlichkeit ein begrenzter legaler Raum eingeräumt wird, da ihre repressive Unterdrückung ... den Veränderungsprozeß grundlegend diskreditieren könnte. Dabei ist die Sicherung dieser Begrenzung mit größter Verantwortung zu gewährleisten, damit der Inhalt von Opposition auf die Entscheidung für unterschiedliche Varianten des Sozialismus reduziert wird. Opposition gegen den Sozialismus ist nicht zuzulassen. Hier bedarf es verfassungsgemäßer Verfahren, die der gerichtlichen Nachprüfung unterliegen.

11. These

(...) Ausgangspunkt einer einzuleitenden Veränderung muß die öffentliche, realistische und selbstkritische Bestandsaufnahme des Erreichten, die nüchterne Kalkulation der bestehenden Gefahren und die öffentliche Diskussion möglicher und notwendiger Entwicklungsalternativen sein — bei Sicherung der sozialistischen Machtverhältnisse durch die Mobilisierung allen konzeptionellen Vorlaufs innerhalb der Partei selbst und entschlossener Führung der notwendigen Umbauprozesse durch sie. Nur wenn sich die widersprüchlichen Interessen und Sichtweisen öffentlich in der SED und auch darüber hinaus artikulieren können, differenzierende Bewertungen deutlich werden und Alternativen argumentativ aufeinandertreffen, können Entwicklungswege gefunden, der dafür notwendige Konsens gebildet und die Änderungen durchgesetzt werden, ohne daß eine offene politische Krise erfolgt. (...)

8. Oktober 1989

Kongreßberichte

Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht.

200 Jahre Aufklärung — 200 Jahre französische Revolution. Internationaler Frauenkongreß an der Universität Frankfurt, 5. bis 8. Oktober 1989

Unerwartet wird Geschichte lebendig. 2000 meist sehr junge Frauen kamen zu diesem Kongreß nach Frankfurt, um den Streit der inzwischen grau gewordenen Kämpferinnen aus der »neuen« Frauenbewegung zur Geschichte und heutigen Politik um »Gleichberechtigung oder Differenz« mitzuführen. Auf unserem ersten Frauenkongreß in Frankfurt vor 18 Jahren waren wir 400 und fühlten uns so stark und besonders, daß wir die Presse in die Vorräume verwiesen, weil sie aus lauter Männern bestand. Zu diesem neuen Kongreß wurde selbst der Bus von einer Frau gefahren, der uns zur Paulskirche brachte, wo ein weiblicher Vertreter des Magistrats zur Eröffnung sprach. Frauen musizierten, tanzten, trugen vor schrieben Presse-Berichte und filmten. Die Welt der Öffentlichkeit scheint weiblicher geworden. So konnten die wenigen männlichen Besucher und Journalisten geduldet werden.

Die Wahl der Paulskirche als Ort der Eröffnung zeigt, es ging den Veranstalterinnen auch um eine Besetzung der Räume und der Symbole. Sibylle Pomorin und Pamela Scheiner improvisierten temperamentvoll zur Marseillaise, und die Magistratsvertreterin Margarethe Nimsch übte die neue Anrede: »Liebe Frauen, meine Herren und Damen«. Ute Gerhardt beschwor in ihren einführenden Worten einen Zusammenhang zwischen etablierter Frauenforschung und Bewegung von unten, zwischen Politik und Wissenschaft, zwischen Geschichte und Gegenwart, indem sie auf die Allianz von Buchladenfrauen — dem bis heute funktionierenden Netzwerk der Bewegung — und Universität bei der Gestaltung des Kongresses verwies und gegen allen postmodernen Zweifel Olympe de Gouges als geheime Patronin der kommenden Veranstaltungen behauptete. »Ihr müßt es nur wollen!« — die verzweifelte Anstrengung in diesen Worten scheint in der freundlichen Rede von Ute Gerhardt überwindbar, das Ungetane ab sofort machbar. So war es vielleicht auch nicht bloß die Berühmtheit Rossana Rossandas, sondern mehr noch, daß ihr Leben für einen Feminismus steht, der sich unerschrocken und unbedingt in alle Politik einmischt, daß sie für den »Festvortrag« ausgewählt war. Eine gute Organisation von oben und eine Einmischung von unten sind nicht notwendig unvereinbar. Das Manuskript der Rede Rossandas hatte jede Frau in deutscher Sprache in Händen. Als sie nach wenigen einleitenden Worten ihrer Übersetzerin das Wort überlassen wollte, gab es eine anschwellende Unruhe, aus der sich zu ihrer Überraschung der Wille von mehr als 1 000 Anwesenden formulierte, die Stimme Rossanas direkt und den Inhalt in italienischer Sprache zu hören, deutsch konnten die Frauen selbst mitlesen.

Diese Art einer freundlichen Willensbildung der jeweils mehr als 1000 Frauen in den Parallelveranstaltungen charakterisierten den Kongreß und verunsicherten zugleich die an eindeutige Stellungnahmen gewohnten Referentinnen. Die als Arbeitsgruppen bezeichneten Großveranstaltungen sahen teilweise bis zu drei Stunden Vorträge und Kommentare vom Podium vor, bevor das Wort für kurze Zeit an die übrigen Teilnehmerinnen ging. Trotz dieser Passivierung applaudierte das Plenum ohne Unterschied den häufig einander ausschließenden Vorträgen. Unmut und Zwischenrufe gab es bis zum Abschlußplenum nur, wenn die Kommentatorinnen ganz offenbar ungerecht und allzu polemisch mit ihren Vorrednerinnen verfahren (so etwa als Veronika Bennholdt-Thomsen eine so abschreckende Karikatur aus meinen Auffassungen machte, daß niemand mich mehr erkennen konnte).

Die wesentlichen Inhalte der Konferenz sind knapp gesprochen: Historisch ging es um die Aufarbeitung des Ausschlusses der Frauen aus den Menschenrechten. Das war zum Teil Geschichtsunterricht, noch einmal erzählt vom Standpunkt der Frauen, zum Teil wurde neue Forschung vorgestellt. Referentinnen und Kommentatorinnen waren Frauke Stübig, Viktoria Schmidt-Linsenhoff (deren Ausstellung *Sklavin oder Bürgerin? Französische Revolution und neue Weiblichkeit 1760-1830* parallel zum Kongreß eröffnet wurde), Susanne Petersen, Brigitte Rauschenbach, Lieselotte Steinbrügge, Claudia Honegger, Ulrike Prokop, Pia Schmid, Friederike Hassauer und Elvira Scheich. In diesen Veranstaltungen gab es kaum Streit. Das Auditorium war voller Wißbegierde und harnte eingeklemmt in die unbequemen engen Stuhlreihen über viele Stunden aus. Aber die Rückbesinnung auf die Männlichkeit der Menschenrechte sollte den Boden bereiten wenigstens für eine theoretische Klärung heute möglicher Emanzipationsstrategien. »Eine Geschlechterdialektik der Aufklärung« in eben dem Saal zu diskutieren, in dem Adorno seine Vorlesungen gehalten hat, war das formulierte Ziel der Veranstalterinnen. So kam es zum Streit um Gleichheit oder Differenz heute. Hier gab es zwar heftigere Kontroversen, auch emotionale Beteiligung aus dem Plenum, jedoch war schnell klar, daß es keine Vertreterin der Vorstellung gab, Männer und Frauen seien gleich oder Frauen sollten den Männern gleich werden (wie es im Grundgesetz vorgesehen ist), gegen die die Kunde vom weiblichen Anderssein kämpferisch hätte gehalten werden können. Statt dessen wurde herausgearbeitet, wie weit gleiche Rechte einerseits noch erstritten werden müssen, andererseits einen Rahmen abgeben, innerhalb dessen Frauen sich als Menschen entfalten könnten. Der Kampf um die Frauenquote war ein Beispiel, und der Zusammenhang von sozialer Gleichstellungs- und alltäglicher Erfahrungspolitik ein wichtiges Ziel für künftige Frauenpolitik. Fruchtbare Verwirrung gab es, als die Vertreterin des (zunächst aus Frankreich, dann aus Italien kommenden, fast religiös sich einführenden Differenzansatzes (»Wie weibliche Freiheit entsteht«) einen Teil des Plenums zunächst durch das Versprechen des ganz anderen Weiblichen gegen männliche Begriffe und Theorien einnehmen konnte, um sich dann als Mitglied der kommunistischen Partei Italiens vorzustellen. Die Schwierigkeit, sich im alten Gelände nicht mehr zurechtfinden zu können, führte im übrigen zum schnellen Überdenken ehemaliger Feindschaften unter den »alten« Frauen aus der Bewegung zugunsten eines fast euphorischen Zusammenschlusses. (Referentinnen in diesem Komplex waren: Adraiana Cavarero, Frigga Haug, Veronika Bennholdt-Thomsen, Gisela Anna Erler, Cornelia Klinger, Annedore Pregel, Ute Gerhardt, Catharine MacKinnon, Doris Alder, Heide Pfarr, Ursula Vogel, Karin Hausen, Myra Marx Ferree, Regina Becker-Schmidt, Barbara Holland-Cunz, Ilona Ostner, Silvia Bovenschen, Adrienne Goehler, Hilde Wackerhagen).

Kann man über einen Kongreß schreiben, auf dem Luce Irigaray auftrat, ohne über sie zu berichten? Ich sah sie zum ersten Mal und war überrascht, das Exotische, auch Schreiende ihrer Theorien überhaupt nicht in ihrem Äußeren wiederzufinden. Gleichwohl gelang es ihr in dieser unauffälligen Art, umgeben von Übersetzerinnen mit feurigfarbenen Stirnbändern, eigensinnige Autorität zu setzen. Niemand durfte fotografieren, Fehler der Übersetzerin wurden von ihr heftig öffentlich gemaßregelt, ein Code civile für Frauen verlesen, in dem die Jungfräulichkeit zum Rechtsgut werden soll, ebenso wie alles andere, was wir bislang im Privaten lebten. Beeindruckend egalitär klatschte das Auditorium wie bei jeder anderen Referentin.

Das Wichtige an diesem Kongreß war die Bewegung, die unverstanden noch, aber doch unübersehbar durch die 2 000 Frauen lebte. Überrascht waren nicht nur die ausländischen Teilnehmerinnen, auch die Veranstalterinnen hatten sich kleine Gruppen

gedacht und so diese über 1 000-Frauen-Sitzungen entsprechend mit dem Titel Arbeitsgruppen versehen. Was aber taten diese Frauen und was werden sie in Zukunft tun? In der gegebenen Anordnung war es schwer, wirklich herauszufinden, was diese Frauen bewegte. Ebenso schwer wird es mir, die nicht gesprochene Stimmung des Kongresses zu vermitteln. Ich versuche es zum Abschluß mit einem Einblick in »Zwischenfälle«. Da war das erste Podium zwischen einem sozialistischen Feminismus und der »Perspektive der sexuellen Differenz« — das Auditorium hatte schon fast drei Stunden zugehört, da ging das Wort an seine erste Sprecherin. Unter wachsendem Buhen, Pfeifen, Rufen entlud sich die gestaute Anteilnahme auf eine Gestalt, die auch vom Podium zurechtweisend als »Mann, der das erste Wort ergreifen möchte« gemaßregelt wurde. Hier setzte schon das Gegenkonzert der Buhrufe gegen die ersten Empörungen ein, um endlich einem schamhaft befreiten Applaus auf den ersten Satz jener Gestalt am Mikrofon zu weichen: »Es ist eben nicht so leicht mit der Differenz«. Hier wie später wurde beklagt, daß die lesbische Orientierung in der Frauenbewegung ganz offensichtlich keinen Einfluß auf die Theoriebildung der Referentinnen hatte. Eine Frau aus dem Plenum wies zurecht darauf hin, daß sich auch die praktische Politik vom Kampf gegen die Ehe überhaupt zum Kampf gegen schlagende Ehemänner gewandelt habe und durch diesen Perspektivwechsel die Heterosexualität als allgemeine Lebensform hinterrücks die Strategien bestimme. Lange angestaute Äußerungslust und überhaupt der Gedanke, daß jetzt zum Abschlußabend Konsequenzen gezogen werden müßten, traf die Podiumsteilnehmerinnen der als Resümee angekündigten Veranstaltung schwer. Unter beständigen empörten Zwischenrufen, der Aufforderung, aufzuhören, dem Gegenruf, fortzufahren, dem Kompromiß, schnell zu sprechen, verlas Silvia Bovenschen eine ästhetisch aufbereitete Diskursanalyse zu Hanns Henny Jahn über die Frage der Differenz, wobei sie auch auf Literaturhinweise nicht verzichtete. Der Abstand zum Auditorium war so groß, daß der Temperaturanstieg von oben nicht rechtzeitig bemerkt wurde, bis zwei Iranerinnen das Podium erklommen und eine empörte Stellungnahme gegen das Fehlen des Migrantinnenproblems auf diesem Kongreß vortrug. Der als unwiderruflich behauptete Abgang nach hinten sollte der Resolution Kraft verleihen. Die Empörung übertrug sich auf das Auditorium, dem Silvia Bovenschen weitere Sätze zu Hanns Henny Jahn vorzulesen versuchte. Noch bevor Hörbereitschaft sich überhaupt einstellen konnte, traten die Iranerinnen unter dem Jubel der Menge wieder auf: die hintere Tür war geschlossen gewesen. »Die Sublimation ist dahin ...«, fuhr Bovenschen in ihrer Zitierung fort. Realität und Zitat verschmolzen im nicht enden wollenden Applaus, den das Auditorium sich selbst, den Iranerinnen und schließlich doch auch Silvia Bovenschen spendete.

Das Fazit: wir brauchen mehr große Veranstaltungen, auf denen sich Frauen versammeln können. Viel Phantasie ist noch für die Beantwortung der Frage nötig, wie aus der Passivierung des Auditoriums herauszukommen ist, wie die Vielen sich beteiligen können.

Ich habe nicht alle Namen derer genannt, die als Referentinnen oder Organisatorinnen am Kongreß beteiligt waren (insbesondere fehlt die Gruppe zu den Reproduktionstechnologien, weil ich an deren Sitzung nicht teilnehmen konnte) — vielleicht aber sollten wenigstens noch Andrea Mayhofer als Organisatorin und Irmgard Schultz vom Frauenbuchladen als Initiatorin genannt werden. Beide haben zudem die übliche Trennung von Organisation und Rede überschritten und Diskussionen geleitet oder selbst referiert.

Frigga Haug (West-Berlin und Hamburg)

Frauenwelt — Computerräume

Fachtagung, veranstaltet von der Fachgruppe »Frauenarbeit und Informatik« des Fachausschusses 8 »Informatik und Gesellschaft« der Gesellschaft für Informatik. Bremen, 21. bis 24. September 1989

Zum ersten Mal in der Bundesrepublik machten Informatikerinnen und EDV-Fachfrauen aus Industrie und Hochschule auf einer Konferenz sich selbst, ihr eigenes Verhältnis zur Informatik, ihre Betroffenheit und ihre Handlungsperspektiven zum Thema. Über 300 TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland — darunter eine Handvoll Männer — kamen, SozialwissenschaftlerInnen, PhilosophInnen, KünstlerInnen, LehrerInnen, GewerkschafterInnen, Frauen und Männer aus dem Industriemanagement, StudentInnen, Computerfreaks und ComputergegnerInnen. Das Programm war dicht und stellte (auch uns) vor die Qual der Wahl: den Einführungsvorträgen des ersten Tages folgten am zweiten Tag Vortragsreihen, die in fünf ganztägigen, parallel stattfindenden Themenbereichen mit mehr als 40 Einzelvorträgen zusammengefaßt waren. Der dritte Tag bot in über 20 Veranstaltungen der »Werkstatt« Gelegenheit zur praktischen Demonstration und zur intensiveren Auseinandersetzung unter den TeilnehmerInnen über Softwaresysteme, Bildungsmaßnahmen u.a.m. Der »äußere« Rahmen war ein gutes Gegengewicht zur Kopfarbeit: Ausstellungen und blumengeschmückte Sitzcken, reichhaltige Vollwertkost, Entspannungsübungen in der Mittagspause, kulturelle Abendveranstaltungen. Dennoch: die musisch umrahmte Podiumsdiskussion zur »Suche nach unserer Zukunft« war nach dieser sehr produktiven, aber auch sehr dichten Tagung von Erschöpfungserscheinungen gekennzeichnet. Am Ende blieben erwartungsgemäß viele Fragen offen, vor allem auch die nach einer weiblichen Identität, aus der heraus Frauen einen spezifischen Beitrag zu einem »geglückten Leben« leisten könnten. Einerseits wurde darauf hingewiesen, daß auch in traditionellen Weiblichkeitsbildern Momente gesellschaftlicher Utopien enthalten sind, die nicht einfach aufgegeben werden dürfen. Andererseits dienten diese Weiblichkeitsbilder zur Sicherung der Herrschaft über Frauen. Frauen müssen daher heute, in einer Umbruchphase der technischen Zivilisation, ihren Weg in Abgrenzung von traditionellen Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildern suchen. Frauen sollten sich verstärkt qualifizieren und sich in Gestaltungsentscheidungen einmischen, um nicht bloß Verliererinnen des voranschreitenden Einsatzes neuer Technologien zu sein — so der Tenor des Kongresses. Es ging darum, wie der Beitrag von Frauen — vor allem über Qualifizierung und Professionalisierung — erhöht werden und wie er inhaltlich aussehen könnte. (Der Tagungsband ist, von Heidi Schelhowe herausgegeben, im Springer-Verlag erschienen.) Wir berichten über vier der fünf Themenschwerpunkte.

1. Die Ausbreitung des Computertechnologie in der Erwerbsarbeit: Hier waren die Frauen als Betroffene des Einsatzes der Computertechnologie angesprochen. Das Plenum setzte sich hauptsächlich aus aktiven Gewerkschaftsfrauen und den Gewerkschaften nahestehenden Frauen zusammen. Bestimmend war die Frage: Werden durch den Einsatz neuer Technologien in Produktion und vor allem in Büro und Verwaltung Frauenarbeitsplätze durch Wegrationalisierung oder Dequalifizierung bedroht? Rationalisierung und Dequalifizierung, das könnte den Eindruck erwecken: Frauen werden mal wieder als Verliererinnen dargestellt. Lösungsansätze für dieses Dilemma wurden in Form von kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen diskutiert. Anne Röhm berichtete aus ihrer Projektarbeit am Bremer Institut für Betriebstechnik und angewandte Arbeitswissenschaft über die durch den Einsatz neuer Technologien veränderten Arbeitsbedingungen in der Nahrungs- und Genußmittel-

industrie. Sabine Heinig vom Institut für Soziologie in Münster referierte über den Einsatz neuer Technologien im Bürobereich. Monika Jaeckel vom Deutschen Jugendinstitut in München berichtete über ein abgeschlossenes Projekt zur Telearbeit, wobei die herkömmlichen negativen Urteile zu diesem Arbeitsbereich keine Bestätigung fanden. Gisela Schwellach und Gabriele Winkler stellten in einem Rollenspiel plastisch die Veränderungen der Arbeitssituation von Frauen in der bremischen Verwaltung durch den Einsatz von Personalcomputern im Bereich Text- und Sachbearbeitung dar. Anne von Soosten-Höllings (IG-Metall-Hauptvorstand) referierte über HdA-Gestaltungsprojekte der IG Metall im Bürobereich von Industriebetrieben. Sie favorisierte das neue Berufsbild der »Fachfrau für Bürotechnik/-arbeit/-kommunikation« sowie Mischarbeitsplätze. Nach einem historischen Rückblick von Gisela Hülsbergen, Vorsitzende der ÖTV Bremen, auf die Entwicklung des Arbeitsplatzes der Schreibkraft, sprach sich Karin Bergdoll, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt »Organisationsentwicklung und computerunterstützte Sachbearbeitung in der bremischen Sozialhilfeverwaltung« (PROSOZ), gegen das Konzept des Mischarbeitsplatzes aus, da damit ebenso wie mit den neu geschaffenen Berufsbildern (qualifizierte Assistenz) Arbeitsplätze geschaffen werden, die nur für Frauen attraktiv wären. In der kontrovers geführten Diskussion wurde das Spektrum lang- und kurzfristiger Lösungsansätze deutlich. Die Schaffung von Mischarbeitsplätzen (von Soosten-Höllings) und die Erweiterung der Qualifikationsbewertung um das weibliche Arbeitsvermögen (Heinig), die die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung erneut manifestieren, waren als kurzfristige Lösungsmöglichkeiten gedacht. Langfristig sollte über eine Möglichkeit nachgedacht werden, typische Frauendarbeitsplätze nicht mit schillernden Berufsbezeichnungen zu verschönern, sondern ganz abzuschaffen und Frauen gleich für die Sachbearbeitung zu qualifizieren (Bergdoll). Brigitte Bojanowsky (Akademie des Deutschen Beamtenbundes) referierte über Problemlösungsmöglichkeiten für Frauen und Personalvertreterinnen. Positive Technikgestaltung zugunsten von Frauen in qualitativer und quantitativer Hinsicht muß die Möglichkeit zur Qualifikation genauso beinhalten wie die Partizipation von Frauen in institutioneller und nicht-institutioneller Form — so die übereinstimmende Ansicht. Des weiteren benötigen Frauen ein Forum zum Erfahrungsaustausch in unterschiedlichen Formen.

2. Schulische und berufliche Bildung: Vom »Defizit« zur »Differenz«, von der »Technikdistanz« zum »spezifischen Zugang« oder zu »latenten Fähigkeiten« von Frauen im Umgang mit Neuen Technologien, so faßte Sigrid Metz-Göckel (Dortmund) die Diskussion um das Verhältnis von Frauen und Computer zusammen. Mit diesem »besonderen« Verhältnis von Frauen zu Technik und Computer sowie dem unumstrittenen Qualifizierungsbedarf war der Ausgangspunkt der Arbeitsgruppe umschrieben, die sich mit Fragen zur Vermittlung informationstechnischer Kenntnisse sowie mit Konzepten befaßte, die den »spezifischen Zugang« von Frauen als didaktische Anforderung berücksichtigen: Renate Schulz-Zander (Kiel) stellte ein außerschulisches Konzept und die Empfehlungen der Curriculum-Konferenz »Informationstechnische Bildung für Mädchen« vor. Edeltraut Egger und Silvia Miksch (Wien) gaben in einem inszenierten Fernsehinterview Einblick in Umfang und Notwendigkeit einer LehrerInnenfortbildung zum Thema »Mädchen und Computer« als Gegengewicht zu einem Informatikunterricht, der als reiner Programmierkurs praktiziert wird. Gertrud Effe-Stumpf (Bielefeld), Maria Meyer und Inge Voigt-Köhler (Bremen), Uta Münch (Marburg) und Vera Reineke (Hannover) beschrieben inner- und außerschulische Konzepte frauenorientierter Computerkurse. In einer kontroversen Diskussion wurden Unterschiede in der Einschätzung zum Stellenwert des

Programmierens im schulischen Unterricht deutlich. Die Ausgangsthese des »spezifischen Zugangs« wurde nicht hinterfragt bzw. in den didaktisch-methodischen Schlußfolgerungen nicht erörtert.

Mangelnde Partizipationschancen von Frauen an innerbetrieblicher Weiterbildung nahm Hannelore Faulstich-Wieland (Frankfurt/M.) zum Anlaß, außerbetriebliche Computerkurse zu untersuchen. Kommerzielle Träger dominieren das unübersichtliche Angebot an Weiterbildungskursen. Gravierende Mängel (der Aufwand an Zeit und Geld, die pädagogische Qualifikation der zumeist männlichen Dozenten und vor allem die Kurs- und Programmqualität) reduzieren die Möglichkeit der Inanspruchnahme durch Frauen und den Erfolg dieser Kurse. Zwei Projekte, auf die die Mängelliste von Hannelore Faulstich-Wieland nicht zutreffen, stellten ihre Konzepte vor: Andrea Erkes und Gudrun Schön präsentierten den Hattinger Modellversuch »Neue Technologien von Frauen für Frauen« in seiner Entstehung, dem Angebot und den Rahmenbedingungen (Kinderbetreuung, freie Übungszeiten etc.). »Frauen für Neue Technologien« und gewerblich-technische Berufe zu interessieren, ist Aufgabe von Birgitt Feldmann und Sabine Weinem vom Berufsförderungszentrum Essen e.V.

Versäumt wurde die Chance einer (AG-übergreifenden) Verbindung von didaktisch-methodischen Entwürfen und dem Verständnis von »Aneignungsweisen«, von Vermittlungsinhalten und dem gesellschaftlichen Kontext, in dem »Frauen und Technik« stehen. Die Bedeutung der (Selbst-)Reflexion zeigte sich aktuell am Beispiel der anwesenden Fachfrauen, von denen viele als Honorarkraft, mit zum Teil unzureichender Bezahlung, ohne Gewährleistung einer kontinuierlichen Fortbildung, ungeschützt beschäftigt sind. Diese Situation von (Fach-)Frauen, ihre Unterrepräsentanz in der Schule, die Ausgrenzung des Geschlechterverhältnisses aus der informationstechnischen Bildung, spiegelte sich in der geringen Zahl anwesender LehrerInnen und im Vorherrschen außerschulischer freiwilliger mädchenorientierter Angebote.

3. Fachfrauen im Bereich Datenverarbeitung: Die Beiträge waren in zwei Gruppen unterteilt: Sozialwissenschaftlerinnen aus verschiedenen Forschungsprojekten referierten über Beteiligungschancen und Barrieren für Frauen in Informatik und Datenverarbeitung (Bettina Schmitt, TH Darmstadt; Christine Roloff, Universität Dortmund; und Monique Turkenburg, Freie Universität Amsterdam). Angelika Wagner, Psychologieprofessorin und Vizepräsidentin der Universität Hamburg, beschäftigte sich mit geschlechtsspezifisch differenten Wahrnehmungsmustern, Verhaltensstilen und Verhaltensstandards, die einen Aufstieg von Frauen in Managementpositionen behindern. Anschließend berichteten berufstätige Fachfrauen aus ihrer Praxis und formulierten Vorschläge und Forderungen zur beruflichen Integration und inhaltlichen Mitwirkung von Frauen (Marlene Wendt, West-Berlin; Christiane Eckardt, IG Metall, Frankfurt). — TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen waren überwiegend Datenverarbeitungs-Fachfrauen (und einige wenige Männer). Grundtenor aller Beiträge war, daß eine größere Beteiligung von Frauen an qualifizierten Berufen im Bereich Datenverarbeitung/Informatik prinzipiell sinnvoll und wünschenswert sei. Allerdings wird keine Integration »um jeden Preis«, d.h. um den Preis der umstandslosen Anpassung an männlich gesetzte Standards angestrebt, vielmehr wird nach Möglichkeiten einer aktiven (und auch alternativen) Mit-Gestaltung gesucht. Bei dieser Suche ergibt sich eine spezifische Arbeitsteilung zwischen den Disziplinen: Die *Sozialwissenschaftlerinnen* analysieren vor allem die sozialen Strukturen der Berufe und der geschlechtlichen Arbeitsteilung und sehen in einer »aktiven Professionalisierung« der Frauen eine Möglichkeit, diese Strukturen langfristig zu verändern. Ziele solcher Veränderungsstrategien wären etwa eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder die Aufhebung der Trennung in Männer- und Frauenberufe, welche in

der Regel mit einer Minderbewertung der Frauenarbeit einhergeht. — Die Frage nach anderen Inhalten der Berufsarbeit, nach einer Mit- bzw. Neu-Gestaltung der Technik selbst, wird dagegen von den *Informatik-Fachfrauen* gestellt. Erste Ansätze für Gestaltungsmöglichkeiten — etwa im Bereich der Systementwicklung oder auf der Ebene der Technologiepolitik — wurden in den beiden letzten Beiträgen der Arbeitsgruppe vorgestellt.

4. Kritik und Weiterentwicklung der Computertechnologie: Hier waren Frauen explizit als (Mit-)Gestalterinnen der Computertechnologie angesprochen. Wenn, dann hätte sich gerade hier verdichten müssen, was auf dem Kongreß als Hypothese in der Luft lag: daß der Beitrag von Frauen zur Technik-, speziell zur Systementwicklung möglicherweise ein ganz spezifischer ist bzw. sein kann. Vor allem hier sollten Ansprüche und Wirklichkeit in der Systementwicklung aus der Sicht der damit beschäftigten Frauen vorgestellt und diskutiert werden. Letzteres kam leider viel zu kurz. Michaela Reisin, TU Berlin, und Margrit Falck, Humboldt-Universität, Berlin (DDR) präsentierten ihre beiden selbst (mit-)entwickelten Methoden zur Systementwicklung. Die Gemeinsamkeiten beider lagen vor allem darin, die Gestaltungsoptionen herauszuheben, Varianten der technisch-organisatorischen Gestaltung der mit dem System zusammenhängenden Arbeitsplätze und -prozesse aufzuzeigen und die enge und kontinuierliche Kommunikation und Kooperation zwischen NutzerInnen und EntwicklerInnen als unabdingbar vorauszusetzen für das Ziel einer »menschenzentrierten«, »interessengeleiteten« Systemgestaltung. Gemeinsam war beiden Methoden auch, daß sie zwar erprobt, aber im beruflichen Alltag keineswegs durchgesetzt sind, ihnen im Gegenteil zuwidergehandelt wird, auch von Frauen. Es blieb (zu) vieles im Dunkeln. Ist »menschengerecht« automatisch »frauenfreundlich« — was immer das genau sein mag? Liegt der besondere Beitrag von Frauen vor allem in ihrem auch auf dem Kongreß postulierten stärkeren Bezug auf Menschen, ihre Kompetenzen zur Kommunikation und Kooperation u.ä.m.? Und, dies einmal als wahr vorausgesetzt, wie sieht er konkret aus? Diese Fragen blieben auch in den mitreißenden Schilderungen von Gisela Jasper, selbständige Softwareentwicklerin, und Britta Schintzel, Professorin für theoretische Informatik an der RWTH Aachen, über ihre Berufserfahrung offen. Leider nutzte nur eine Handvoll Frauen die Gelegenheit, einen Erfahrungsaustausch über den »Frauenalltag in der Softwareentwicklung zwischen Anspruch und Wirklichkeit« mitzugestalten, den Roswitha Behnke (Universität Dortmund) und Claudia Korch (Institut für Angewandte Informatik, TU Berlin) leiteten. Hier sollte diesen Fragen mit betroffenen, in ihrem Berufsalltag bekanntermaßen isolierten Frauen nachgegangen, insbesondere die oben genannten Methoden zur Systemgestaltung auf ihre Umsetzbarkeit hin diskutiert werden.

Die künftigen und bereits tätigen Fachfrauen dürften in diesem Themenschwerpunkt die Mehrheit gewesen sein. Wie sie über Gestaltungsoptionen und die Chancen ihrer Nutzung informierten und diskutierten, spiegelte deutlich die immer noch »besondere« Situation der in diesem Gebiet erwerbstätigen Fachfrauen wider, in der die Auseinandersetzung mit Widerständen und die Verstricktheit im Alltagsgeschäft viel von der Kraft raubt, die erst recht für die Durchsetzung, aber auch schon für die »bloße« Formulierung ihrer ureigensten, möglicherweise ganz spezifischen Ansprüche und Utopien mehr gebraucht werden könnte.

Heike Hengstenberg (Kassel), Hannelore Queisser (Bielefeld),
Bettina Schmitt (Darmstadt); Beate Schmitz (Bielefeld)

Europa 1992: Chance oder Risiko?

Internationales EG-Binnenmarkt-Diskussionsforum in Köln, 27. Mai 1989. Dokumentation: Europa 1992: Chance oder Risiko, Köln 1989

Die EG, lange fast synonym mit »Butterberg«, mausert sich zur industriellen Wettbewerbsgemeinschaft, die schieläugig zwischen Japan und USA um Vormachtstellungen kämpft. Die wirtschaftliche Integration, in der EG von jeher auch als Mittel der politischen Integration deklariert, schreitet mit Hilfe der »größten Deregulierungswelle in der Geschichte der Weltwirtschaft« (Huffschmid) voran. Hinter dem Feigenblatt des Europäischen Parlaments basteln Ministerrat und Kapitallobbyisten an einer neuen, umgreifenden Kapitalverwertungsstrategie. *Goldberg/Huffschmid* verstehen dies als die Antwort auf die »tiefgreifende ökonomische Funktionskrise, mit der das kapitalistische System sich in den siebziger Jahren weltweit konfrontiert sah« (14). Produktivkraftentwicklung auf der Grundlage neuer Technologien, Konzentrations- und Zentralisationsverstärkungen, Internationalisierung in der Produktion wie auf den Finanzmärkten und Deregulierung bilden die zentralen Momente des neuen Entwicklungsmusters (15). *Sam Aaronovitch* gelang es, den Bezug zu den globalen Umstrukturierungen herzustellen. Das Aufbrechen von vier Konsensen führe weltweit zu neuen Handlungsoptionen: Der erste Konsens betrifft »die Akzeptanz der Hegemonierolle der USA«, der zweite die »Dominanz der Sowjetunion in Osteuropa«, der dritte »die Existenz eines Wohlfahrtsstaates, mit dem Sozialnetz und der Rolle der Gewerkschaften«, und der »vierte Konsens ... ist: daß man nach dem Zweiten Weltkrieg glaubte, daß ökonomisches Wachstum immer gut sei« (29). Die Beteiligung an den in der Problematik anschließenden Debatten zu »EG und das künftige Verhältnis zu RGW und EFTA« bzw. »EG, europäischer Binnenmarkt und 'Dritte Welt'« blieb leider gering.

Inzwischen ist es ein offenes Geheimnis, daß die im Cecchini-Bericht verheißenen »positiven Beschäftigungseffekte«, eine Harmonisierung von Arbeitsschutzbestimmungen »nach oben« und die durch den offenen Wettbewerb klein- und mittelständischer Unternehmen versprochenen Profitzulagen unwahrscheinlich sind. *Frank Schwalba-Hoth* zeichnete ein düsteres Zukunftsbild, das soziales und ökologisches dumping, Entpolitisierung der Gewerkschaften, Verringerung der Industriestandorte, das Ende des Traums von der Öko-Steuer etc. prognostiziert (32ff.). Sein Aufruf an die Linke, in einer Doppelstrategie sowohl »eine radikale Vision von dem (zu) liefern, wie sie selber sich Europa vorstellt. Und parallel dazu dann wiederum pragmatisch sein und (zu) versuchen, das Schlimmste zu verhindern« (36), blieb eher programmatisch als pragmatisch. Gewerkschaftliche Defensivkonzepte, orientiert am »Primat eines nationalstaatlich verfaßten Klassenkampfes« (Dirk Buda, 39), der Mangel an tragfähigen und praktischen Internationalismuskonzepten, das schlichte Nichtvorhandensein von Entwürfen politischer Durchsetzungsfähigkeit sowie die regional und national sehr unterschiedlichen Hoffnungen bezüglich des Binnenmarktes machen es schwierig, weitreichende Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Frank Deppe stellte kritisch fest, »daß in den traditionellen proletarischen Milieus und Klassenkulturen ... der Gedanke des Internationalismus zwar in Gestalt der internationalen Solidarität ... lebendig ist, daß diese Form des Internationalismus jedoch gleichzeitig stark in solche lokalen bzw. regionalen Milieus integriert bleibt. Mit anderen Worten: Internationalismus als Form einer solchen Solidarität tangiert nicht die eigene Lebensweise und deren Vermittlung durch internationale Vergesellschaftungsprozesse.« Die Möglichkeiten des geforderten gewerkschaftlichen und linken Internationalismus sind nicht an der Geschichte der Verfeindungen und Aus-

einandersetzungen vorbei zu diskutieren. Die Frage, wie dem nationalen Protektionismus, der gerade im »Alltagsbewußtsein der Lohnabhängigen positiv besetzt sein kann« (Deppe, 22), zu begegnen ist, läßt sich auch nicht vom Tisch diskutieren, wenn die Auseinandersetzung geführt wird um das Problem, wo in Zukunft die Ansprechpartner zu suchen sind: auf der nationalen oder der internationalen Ebene. Goldberg beharrte auf der »Nation« als dem »Raum, wo sich demokratische Kontrollen entfalten können«, »wo sich der Kampf um Alternativen entfaltet, auch um Alternativen im Integrationsprozeß« (37). Das nimmt sich wie anachronistisches Wunschdenken aus, das aus der Not (fehlende Konzepte internationaler Zusammenarbeit) eine Tugend zu machen sucht. Deppe stellte dagegen m.E. die entscheidende Frage richtig: »... es geht nicht um die Alternative nationale oder EG-Politik. Es geht um den strategischen Begriff der neuen Determinanten, die konkret das Verhältnis von globalen, regionalen, nationalen und auch lokalen Konfliktlagen und Strategieansätzen definieren.« (27) Um diese »strategischen Determinanten« zu bestimmen, bleibt es allerdings notwendig, sich die national, regional und lokal unterschiedlichen Bedingungen, unter denen der Eintritt in den Binnenmarkt stattfindet, zu vergegenwärtigen. Aaronovitch hat wohl recht mit der Vermutung, daß die »Entwicklung von Bewegungen, die auf lokaler und regionaler Ebene ihre Bedürfnisse artikulieren und sagen, was sie brauchen, ... langfristig eine starke einigende Kraft sein« wird (51). Die Betonung der internationalen Ebene kann also nicht den Bedeutungsverlust jener Bewegungen meinen.

Deppe kritisierte an den DGB-Gewerkschaften, daß sie »das Thema des sogenannten 'Sozialdumpings', also des 'Ausverkaufs' des überdurchschnittlichen Lohn- und Sozialniveaus durch eine Nivellierung nach unten, einseitig in den Vordergrund« rücken (24), weil sie dadurch »unvermeidlich jene Tendenz zum nationalen Protektionismus verstärken, die dann ihrerseits sozial- partnerschaftliche bzw. korporatistische Arrangements (zwischen Gewerkschaften, Kapital und Staat) nach sich ziehen könnten, die Gewerkschaften und Betriebsräte zum Spielball der internationalen Konkurrenz degradieren.« (24) *Gerry Pocock* von der KP Großbritanniens zeigte, wie sich im Laufe der zehn Jahre Thatcherismus in der englischen Arbeiterbewegung die ablehnende Haltung in die Hoffnung verwandelt hat, über die europäische Ebene die nationale Politik beeinflussen zu können. Für *Pascal Addari* und die CPF dagegen geht es um den Versuch, im Rahmen der »nationalen Souveränität zu sozialer Kontrolle zu kommen.« Problematisch ist, daß im Europäischen Gewerkschaftsbund so wichtige nationale Gewerkschaften wie die französische CGT, die spanischen *Comisiones Obreras* und die portugiesische CGT nicht vertreten sind. Verstärkt werden muß der Dialog gerade mit den Bewegungen in den wirtschaftlich schwächeren Ländern. Am Beispiel der Forschungspolitik zeigte *Jörg Stremmel* die Mißachtung des in der Einheitlichen Europäischen Akte (Art. 130a) gesetzten Ziels, »den Abstand zwischen den verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern.« Durch die einseitige Forschungspolitik, wie sie im Forschungsrahmenprogramm 1987-1991 festgelegt wurde (in dem übrigens 63,1 % der bereitgestellten Mittel unter die Rubrik »Verbesserung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit« fallen, knapp 7 % unter »Lebensqualität«), wird das »technologische Gefälle zwischen den strukturschwachen Gebieten und den wirtschaftlich höherentwickelten Regionen sogar noch größer« werden (Stremmel, 71). Die von solchen Benachteiligungen besonders betroffenen Länder wie Griechenland, Spanien, Irland, Portugal waren jedoch auf dem Kongreß nicht vertreten. Beim nächsten Kongreß (9./10.12.1989 in Bonn) der Initiative: Dialog Europa, einer »überparteilichen linken Vereinigung«, deren Vorstand u.a. Frank Deppe, Karl-Heinz Hansen, Helga Genrich und Klaus-Peter Weiner angehören, sollte sich dies ändern.

Petra Dobner (West-Berlin)



Streitkultur

Wider die Denkfaulheit, auch die Linke

Klaus Naumann, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Arno Klönne, Wolfgang Kowalsky, Michael Charlier, Klaus Dorre u.a. über den Umgang mit den „Republikanern“.

Der Egoismus der Träumer

Alexander S. Zipko über die Quellen des Stalinismus.

Befreiungsmythen und Theorie-Ruinen

Thesen gegen entwicklungstheoretische Patentrezepte: von Roger Pelzer, Dieter Boris, Leopoldo Marmora und Dirk Messner.

Die neuen Wirklichkeiten und die Linke

Entwürfe von Peter Glotz bis Juri Krassin, von Peter Bartelheimer bis Robin Murray und Stuart Hall.

Blätter für deutsche und internationale Politik

ANFORDERUNGSCOUPON

Schicken Sie mir bitte ein kostenloses Probeexemplar, völlig unverbindlich und zum Testen.

Ich möchte abonnieren! Zum Preis von jährlich DM 72,60 (Schüler, Studenten DM 63,-) incl. Versandkosten.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ/Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Wenn ich in den nächsten 10 Tagen einen Widerruf an die Bestelladresse absende, wird meine Bestellung rückgängig gemacht.

Datum/Unterschrift _____

42



Bitte einsenden an: Blätter-Service für Leserinnen und Leser, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Besprechungen

Philosophie

Frank, Manfred, Gérard Raulet und Willem van Reijen (Hrsg.): Die Frage nach dem Subjekt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1988 (436 S., br., 22,- DM)

Was geschah wirklich mit dem Subjekt? Ist es de/konstruiert, ent/ausdifferenziert, sein Haltbarkeitsdatum heillos überschritten? Der mit 18 Beiträgen bestückte Sammelband — Resultat zweier Kolloquien, die die Herausgeber in Wien (1984) und Amsterdam (1985) inszenierten — gibt sehr unterschiedliche Antworten, deren kleinster gemeinsamer Nenner darin besteht, die Frage nicht schlichtweg für sinnlos oder prä-postmodernem Denken verhaftet zu halten. Vielmehr treten, in erfreulichem diskursivem Zugriff auf den zu erwartenden EG-Binnenmarkt, die unterschiedlichsten Positionen nicht nur auf, sondern auch miteinander in Beziehung: das sprachanalytische Denken (vgl. die Beiträge von *Mohr* und *Soldati*) ist ebenso präsent wie die hermeneutische Position (*Potepa*), Kant (immer wieder Kant!), Hegel, Schelling werden diskutiert, wie andererseits Habermas, Derrida, Lyotard (letzterer mit eigenem Beitrag) nicht fehlen dürfen. Doch nur *Raulet*, der nach der »soziologischen und philosophischen Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologie« fragt (283ff.) und angesichts der durch diese zu erwartenden fortschreitenden »Derealisierung« von Wirklichkeit für den »mehr oder weniger großen ... Widerstand der etablierten sozialen Netze« plädiert (310), und der empirisch gehaltvolle Beitrag von *Friedrich Kittler* (»Das Subjekt als Beamter«, 401ff.) beziehen reale gesellschaftliche Prozesse in ihre Überlegungen ein. Kittler geht es, im Anschluß an Foucault, darum, »die Frage nach dem Subjekt technischer und materialistischer zu reformulieren« (402). Kurz gesagt: Die Geburt des Subjekts aus dem Geiste des Idealismus fand in Deutschland um 1800 statt, und der Geburtshelfer war das pädagogisch motivierte Beamtentum. »Zwischen Pädagogik und von ihr produzierten Subjekten bestand eine Korrelation wie heute zwischen Medientechniken und den von ihnen produzierten Wesen ohne Namen.« (403) Adam Bergk, Schleiermacher, Hegel u.a. stehen an der Wiege einer Schulreform, die, am prägnantesten im Gymnasialbereich, durch Einübung in Schrift und Lektüre jenen Bildungsbürger erzeugt, der sich im Begriff des Subjekts wird wiedererkennen können. Die Herstellung von Subjektivität aber obliegt dem philosophisch gebildeten Staatsbeamten Humboldtscher Prägung, der »das autopoietische System Bildungsstaat« (414) angemessen repräsentiert. Das Ende dieses Prozesses wurde ab 1868 mit der Gründung Technischer Hochschulen eingeläutet, in deren Folge das Philosophicum an Bedeutung verlor. »Seitdem gibt es ... zwar noch Beamte, Lehrer, Philosophen usw., aber keinen universalen Beamten mehr, der alles Menschsein und nur das Menschsein verwaltet.« (415)

Immerhin eine interessante Bereichsstudie über einen ideologischen Staatsapparat. Ansonsten ergibt sich ein bisweilen mehr, bisweilen minder reizvolles merry-go-round der Namen, die die Zirkulationssphäre des objektiven Geistes definieren. Ob *Georg Mohr* Strawson und Kant gegen Manfred Frank ausspielt, *Herta Nagl-Docekal* (die einzige Frau) Kant vor Lyotard zu retten sucht, ob *Jochen Hörisch* Hegels »Phänomenologie des Geistes« und »Logik« semiologisch gegen Schelling wendet oder *Ludwig Nagl* zunächst mit Habermas gegen Foucault, sodann mit Kant gegen Habermas vorgeht — das alles ist für die innerphilosophische Diskussion sicher deswegen interessant, weil allzu globale Verwerfungen metaphysisch fundierter Begriffe relativiert und aufgehoben werden, die Positionen vielfältiger und dialektischer

geraten. Doch drängt sich dem rezensierenden Subjekt der Eindruck auf, daß diese Vielfalt der Diskurse zugleich Zeichen der *condition postmoderne* wie auch ihrer Beliebigkeit ist. Das Pasticcioartige des Sammelbandes läßt sich nicht übersehen, die Wahrheit über das Subjekt ist, daß es keine gibt. Insofern ist der Abschlußtext des Bandes symptomatisch, eine (improvisierte?) Rede von *Alain David* (»Beschreibung eines Kampfes. Das Subjekt im unendlichen Text«, 421ff.), dessen kalkulierte Rhetorik die Präntention des Improvisierten zu kassieren scheint. David geht von der Fiktion aus, mit der Bemerkung vor ein Auditorium treten zu müssen, er habe keine Zeit gehabt (nämlich, sich auf den Vortrag vorzubereiten). Dies Oszillieren zwischen der Intention des Subjekts (»Ich werde der Einladung folgen«) und ihrer Verneinung (»Ich werde keine Zeit haben«) nimmt er zum Anlaß für die In-Frage-Stellung des Subjekts, wie sie in der Literatur (Kafka, Malamud) und der Philosophie (Kant, Husserl, Lévinas) sich darstellt: einerseits als Übergang vom »Ich« zum »Er« in der literarischen *Beschreibung* (z.B. eines kaskaschen Kampfes), andererseits — jenseits der Vernunft als zu verwerfendem Paradigma von Subjektivität — im *Ereignis* des Glücks. Unabhängig von dieser (rhapsodischen) Darstellung einer rhapsodischen Subjektivität lehrt der Text immerhin etwas über das Subjekt als Rhetor: seine Masken, seine Verstellungen, seine Un(er)gründlichkeiten. Die Frage, was es heißen könnte, wenn ein Vortragender (ein Rhetor) »ich« sagt, wäre — mag dies nun in Davids »Intention« liegen oder nicht — Ausgangspunkt für eine gleichermaßen ideologie- wie subjektkritische Betrachtung. Aber Ideologiekritik ist in diesem Band ein gar toter Hund, wie im übrigen auch die Geschlechterverhältnisse keine Rolle spielen. Was es gibt oder zu geben scheint, ist einzig und allein *Das Subjekt*, dessen transzendentalen Schatten (Hamlet? Hamlets Vater?) wir mehr oder weniger chrfürchtig vorüberschleichen sehen, Morgenluft witternd. Michael Haupt (Hamburg)

Lévinas, Emmanuel: Totalität und Unendlichkeit. Versuch über die Exteriorität. Aus dem Französischen von W.N. Krewani, Karl Alber Verlag, München, Freiburg/Br. 1987 (470 S., br., 78,- DM)

Es ist zu bezweifeln, daß die Reihe der Lévinas-Übersetzungen, die der Verlag mit dem »Hauptwerk« dieses litauisch-jüdischen Philosophen vorläufig abgeschlossen hat, ihm einen großen Erfolg in Deutschland beschern werden. Dazu sind die Quellen seines Philosophierens (Husserl, der Heidegger von *Sein und Zeit*, Franz Rosenzweig, Martin Buber, Henri Bergson, Gabriel Marcel, um nur die zu nennen, deren Einflüsse ins Auge springen) der gegenwärtigen philosophischen Debatte in Deutschland zu fremd, und dazu ist auch das eigentümlich gedämpfte Pathos seines Denkens, dessen Metaphern haarscharf vor dem Obskurantismus stets wieder in die nüchterne Reflexion zurückfinden, allzu schwer zugänglich.

Wie Heideggers *Sein und Zeit* geht auch Lévinas' Philosophie von einer Kritik der abendländischen Ontologie aus. Sie war notwendig (seit Sokrates, andere Schriften von Lévinas gehen mit Heidegger bis auf Parmenides zurück) eine »Egologie« (53), d.h. sie entwarf von einem Identitätspunkt aus die Totalität des Seienden, deren Erkenntnismodus Abstraktion hieß. Die Abstraktion aber reduziert das Andere, das sie erfassen möchte, auf das Selbe, die Identitätsinstanz, die sie repräsentiert. Sie ist — in der Terminologie von Lévinas — ein Blick, der nicht erwidert werden kann. Diesem theoretischen Gewaltakt entspricht der praktische: so war z.B. Descartes »ich denke« gleichbedeutend mit »ich kann« und darf. Der permanente Kriegszustand, in den diese Ontologie notwendig führte, macht einen radikalen Neuansatz der Philosophie erforderlich: »Der Krieg zeigt nicht ... das Andere als anders; er zerstört die Identität des Selben« (20). Lévinas setzt dem Begriff einer abgeschlossenen theore-

tischen Totalität des Selben die Unendlichkeit entgegen. Das Unendliche aber ist kein Begriff, es gibt von ihm keine Definition, sondern allenfalls eine »Infinition«: »In der Idee des Unendlichen wird gedacht, was immer außerhalb des Denkens bleibt.« (26) Auf dem Hintergrund dieser »Metaphysik« (Lévinas) ergibt sich die Kritik der großen Vertreter der philosophischen Ontologie wie von selbst. So hat Hegel z.B. das Andere dadurch auf das Selbe reduziert, daß er es als reflexive Selbstunterscheidung des Selben begriff (40f.) und Heideggers notorisches politisches Engagement kann ohne die inquisitorischen Bemühungen der neuesten Heidegger-Kontroverse als philosophisch folgerichtig vorgeführt werden: »Dennoch bleibt die Heideggersche Ontologie, die das Verhältnis zum Anderen dem Bezug zum Sein überhaupt unterordnet, im Gehorsam gegenüber dem Anonymen; sie führt zwangsläufig ... zur imperialistischen Herrschaft« (57).

Lévinas denkt nicht einer begrifflichen Differenz zwischen dem Anderen und dem Selben nach, als vielmehr, um die Formulierung aus Derridas Lévinas-Aufsatz zu verwenden, der »différence originaire«. Ihm kann keinesfalls vorgeworfen werden, daß er dabei die Probleme, ein theoretisch Undenkbares zu denken, außer acht ließe; dies trennt ihn grundsätzlich von allen enthusiastischen Irrationalismen unseres Jahrhunderts. Insbesondere die ontologische Terminologie, der Lévinas spätere Bücher auszuweichen suchen, ruft die Denkschwierigkeiten hervor, die aus *Sein und Zeit* schon wohlbekannt sind. So wird einerseits gesagt, daß die Idee der Unendlichkeit philosophischen Vorrang vor dem Begriff der Totalität besitze (27), andererseits aber, daß ihr nichts (auch nicht das Nichts) attribuiert werden könne, denn sie ist nicht theoretische Adäquation an ein Objekt, sondern »Inadäquation« (29). Lévinas Philosophie ist jedoch nicht oskurantistisch (und verfällt darum nicht dem Kitsch), weil sich zeigt, daß die Umkehrung der philosophischen Perspektive von der Egoologie auf das Andere von einer Tatsache ausgehen darf, die philosophisch erst noch entfaltet werden muß: »Das absolut Andere ist *der* Andere. Er bildet keine Mehrzahl mit mir« (44). Wenn es also im Vorwort programmatisch heißt, dieses Buch sei eine »Verteidigung der Subjektivität« (27), wobei sich jeder Leser sofort an den frühen Heidegger erinnern fühlen wird, so handelt es sich dabei (ganz im Gegensatz zu Heidegger) nicht um die Subjektivität des Ich, sondern um die des Anderen. Heidegger verdankt seinen Ruhm dem Umstand, daß in seiner Philosophie die Ethik nicht eigentlich kritisiert wird als vielmehr keinen Platz hat. Lévinas dagegen begründet seine Philosophie nicht mehr auf Ontologie, Logik oder Erkenntnistheorie, sondern gerade auf der Ethik, denn die Beziehung zum Anderen ist eine ethische (32). Für die bisherige Philosophie waren Macht und Freiheit des Ich die Zentralbegriffe, für Lévinas steht die Gerechtigkeit (sowie korrelierte Begriffe wie Großzügigkeit, Gastlichkeit, Liebe u.a.) im Mittelpunkt (55f.). Dabei geht es nicht so sehr darum, Freiheit und Gerechtigkeit gegeneinander auszuspielen, als der Tatsache philosophisch Rechnung zu tragen, daß die Erfahrung des Anderen existiert: »Die Beziehung mit einem Seienden geht aller Ontologie voraus« (58). Um die Exteriorität des Anderen zu denken, bieten sich bis zu einem gewissen Grad religiöse Muster an; in der Eschatologie ist die »Möglichkeit einer Bedeutung ohne Kontext« (23) vorgedacht.

Das Medium der Begegnung mit dem Anderen ist die Sprache, und zwar genauer nicht der »kontext-freie« Diskurs der Schrift, sondern die Rede. Insofern ließe sich Lévinas' Philosophie vielleicht als Versuch der Rückgewinnung ursprünglicher (im historischen Sinn) Rede gegenüber der notwendigen Schriftlichkeit der abendländischen Philosophie seit Plato interpretieren. Mit der Sprache »erfüllt die Subjektivität ... die erstaunliche Tatsache, mehr zu enthalten, als zu enthalten möglich ist« (28). Die von dieser Tatsache ausgehende Ethik und Sprachphilosophie kann in diesem

Zusammenhang nicht ausgeführt werden. Insgesamt befindet sie sich wohl auf der Kehrseite jener in der modernen Literatur ausführlich dargestellten Absurdität der theoretischen Undenkbar- und Unnahbarkeit des Anderen.

Manfred Hinz (Augsburg)

Sommer, Manfred: Evidenz im Augenblick. Eine Phänomenologie der reinen Empfindung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1987. (436 S., Ln., 48,- DM)

Lenins scharfe Kritik des Empirio-kritizismus hatte fatale Konsequenzen für die marxistische Rezeption Ernst Machs. Einen Anstoß zu erneuter Auseinandersetzung und einer Revision des überkommenen Urteils könnte Sommers glänzend geschriebene Monographie liefern. Ihm gelingt nicht bloß die (historische) Rehabilitierung von Person und Werk, sondern darüber hinaus vermag er Machs Philosophie — »Gelegenheitsreflexionen und impressionistische Analysen« (10) — als Gegenspielerin des Rationalismus bzw. Cartesianismus aufzuwerten. Freilich tritt Mach nicht als reiner Antipode auf, vielmehr verkörpert seine Philosophie — zusammengefaßt im berühmt-berüchtigten Satz: »Alles ist Empfindung« — das »Ander«, mit Hegel zu sprechen, von Descartes. Mach präsentiert dem neuzeitlichen Rationalismus, dem Cogito, die Rechnung, indem er auf dessen Verlustseite hinweist. »Descartes: der angestrengt Wachsame, Mach: der flanierende Träumer. Und das, worauf es ankommt, führt der eine methodisch herbei, dem anderen aber begegnet es 'plötzlich'. — Der Philosoph und die Evidenz: dort verfügt er über sie, hier sie über ihn.« (25f.) Hierin liegt die Urszene der Moderne beschlossen. Und hieran scheiden sich schließlich die Geister — sprich: Diskurse — über das, was als Subjekt der Erkenntnis und Geschichte, das autonome Ich, angesprochen und wie es qualifiziert werden muß. Die »Evidenz im Augenblick«, das ist Machs grundsätzliche Überzeugung gewesen, die er gegen die rationalistische Usurpation gesetzt hat, kann man nie »haben«; sie widerfährt einem plötzlich, im Augenblick eben. »Die Evidenz des Augenblicks gibt es in der Zeit nur als Destruktion der Zeit. Diese Evidenz freilich kann nicht mehr gedacht werden: sie muß sich ereignen. Sie wird nicht in einem cogitativen Akt erfaßt, sondern blitzt auf als mystisches Ereignis.« (25lf.) Und was darin evident wird, ist gerade nicht die Identität des erlebenden Ich, sondern die Erfahrung des Nicht-Identischen, der Diffusion des Ich.

Die Entlarvung des Cartesischen Cogito als Schimäre also? Nicht ganz: zwar enthält und formuliert die Machsche Philosophie eine Kritik des Rationalismus und Logozentrismus, der, indem er »Beziehungssinn« (Nietzsche) stiftet, zugleich die Entfremdung von den Dingen vergrößert, auf der anderen Seite aber, so interpretiert Sommer Machs skeptisch geläuterten und phänomenologisch aufgeladenen Transzendentalismus, begreift Mach seine Philosophie doch als »eine Philosophie für Cartesianer und gegen den Cartesianismus«. Sie ist die »Pathologie eines Zeitalters, das mit der Evidenz des cogito anfang und in eine Situation der Dunkelheit und Verwirrung geraten ist«, und zugleich »Therapie und Befreiung« (352). Sie ist nicht zuletzt, wie Sommer im letzten Kapitel zeigt, die Gegenspielerin — und darin wiederholt sich zu Beginn unseres Jahrhunderts dieselbe Konstellation — von Husserls Phänomenologie. Wo Husserl monomanisch — den Cartesischen Impuls mit der protestantischen Ethik verbindend (Einsamkeit, Methode, Arbeit) — auf den Gedanken der restlosen Durchdringung und Aneignung der Wirklichkeit und damit der Identitätserhaltung setzt: »Ich darf nicht passiv sein (und Genuß ist Passivität), ich muß leben in Arbeit, Kampf, in leidenschaftlichem Ringen um den Kranz der Wahrheit ...« (396), da votiert Mach wiederum fürs mystische Ereignis, für das, was er gegenüber Hermann Bahr einmal wie folgt erläutert hat: »Wenn ich sage: 'das Ich ist unrettbar',

so meine ich damit, daß es nur in der Einfühlung des Menschen in alle Dinge, in alle Erscheinungen besteht, daß dieses Ich sich auflöst in allem, was fühlbar, hörbar, sichtbar, tastbar ist. Alles ist flüchtig; eine substanzlose Welt, die nur aus Farben, Konturen, Tönen besteht. Ihre Realität ist ewige Bewegung, chamäleonartig schillernd. In diesem Spiel der Phänomene kristallisiert, was wir unser 'Ich' nennen.«
 (397) Werner Jung (Duisburg)

Sommer, Manfred: Identität im Übergang: Kant. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1988 (202 S., br., 18,- DM)

Die Identität des Subjekts, die der Autor von *Evidenz im Augenblick* zu dekonstruieren suchte, wird hier im Rückgriff auf Kant rekonstruiert. Schon mit der Geburt werde der Säugling auf den Widerspruch zwischen äußerer Fremdbestimmung und innerer Freiheit gestoßen. Er reagiere mit »Unzufriedenheit«, »der erste Schrei ist die unartikulierte Version der dritten Antinomie« (22). Die »Erbitterung« (64) über das »Faktum der Fremderzeugung« (63) könne nur überwunden werden durch den Erwerb eines »Charakters«. Weil der Charakter das Handeln nach autonomen Maximen unabhängig von äußeren Tatsachen ist, gewährleistet er die Überwindung der Zufälligkeit, und damit die »Identität des Selbst« (61). Die Entwicklung dorthin, 1. der Menschen als Kinder, 2. des Menschengeschlechts wird gefördert durch Erziehung. In diesen Rahmen will der Autor auch die vier kleinen begriffsgeschichtlichen Aufsätze über die Selbsterhaltung der Vernunft, die Mündigkeit, das Glück und den Zufall integriert sehen.

Ist die Theorie eines freien Willens des Säuglings und die diffizile Konstruktion eines Vertrags-Verhältnisses zu den Eltern, als Führung zur Freiheit, bei Kant aus der historischen Situation verständlich — es geht 1. gegen ein gottgegebenes patriarchalisches Herrschaftsverhältnis, 2. um die Vereinbarkeit der These von der ursprünglichen Freiheit und Gleichheit aller mit der familiären Gewalt über Kinder — so wirkt sie heute fast lächerlich. Sommers ahistorische Konzeption der Moralisierung des einzelnen problematisiert nicht die einschneidende Verschiebung von der starken sozialen Kontrolle zur Selbstdisziplinierung, zum Pflichtbewußtsein, die mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaftsformation zum Beginn der Neuzeit stattgefunden hat. Die ganze Entwicklung des Kindes läuft nur auf eines hinaus: »mit anderen lernen, etwas auch *ohne* sie zu tun« (32). Es ist das alte, isolierte, bürgerliche Subjekt, das offenbar im »Postmodernismus« fröhliche Urständ feiert. Die Ausbildung des Charakters geht nur auf schnöde Berechenbarkeit des Anderen und seiner selbst (58). Konsequenter besteht Mündigkeit in finanzieller Unabhängigkeit von den Eltern (38).

Wie verhält sich diese Konstruktion des Subjekts zu seiner Dekonstruktion in der Studie über Ernst Mach? Der Autor verweigert die Festlegung auf »die geraden oder ungeraden Zahlen« und zieht sich zurück auf eine »als Wissenschaft betriebene Philosophie«, die intentionslose »theoretische Darlegung von Sachverhalten« (12) sei. Unter der standpunktfreien Theorie kommt aber — wie immer — ein Standpunkt zutage: die Apologie des privatbürgerlichen Menschenbildes durch eine kritiklose Übersetzung der Kantschen Anthropologie. Was wir heute benötigen, ist ein Entwurf von eigener Identität durch die Anerkennung anderer, was *hilft*, weg vom Einzelkämpfertum zu solidarischem Handeln zu kommen; Kantvorkauer aber, denke ich, brauchen wir nicht.
 Thomas Heinrichs (West-Berlin)

Horváth, Arpád: Sozialismus und Religion. Die Religion und ihre Funktion im Spiegel sozialistischer Ideologien. Band 1: 1835-1900. Verlag Peter Lang, Bern, Frankfurt/M., New York, Paris 1987 (505 S., br., 78,- sFr.)

Gegliedert ist der erste der auf vier Bände konzipierten Reihe in zwei Teile. Im ersten wird die Religionskritik von Marx und Engels behandelt (33-262), wobei der biographische und theoretische Werdegang beider nachgezeichnet (bis 140) und das Verhältnis von historischem Materialismus und Religionskritik untersucht wird (141-262). Die Beziehung von »Sozialismus und Religion bis 1900« wird im zweiten Teil vor allem an Lassalle, Bebel, Dietzgen und Kautsky festgemacht. Der Autor bekennt, »daß unsere Sympathien nicht gleichmäßig verteilt, sondern immer auf der Seite derer waren, die korrekt gekämpft und weniger ideologisch argumentiert haben, die den *Gegner erkennen und nicht vernichten* wollten« (21). Die Sympathien gelten Lassalle (262-266), Bernstein (388) und z.T. Engels, dagegen sind von seiner Antipathie Marx und Bebel (279-294) betroffen. Christlicher Glaube und vernünftiges Denken werden als der Rechtfertigung enthobene Größen eingeführt. »Es braucht keine Rechtfertigung, daß wir das Erkannte aus jenem Orientierungssystem heraus verstanden haben, das sich dem vernünftigen Denken und dem christlichen Glauben verpflichtet fühlt.« (22)

Die bisherige Forschung habe noch nicht das Material bezüglich der Religion zutage gefördert, nicht einmal im Falle von Marx, Engels und Lenin (12). Bei der Durchsicht der Sekundärliteratur über die marxistische Religionskritik seien »fragwürdige Thesen der Religionsphilosophie« (16) festgestellt worden. Horváth beansprucht »*Quellenforschung und Dokumentation*« (12), die den »*ganzen Marx und Engels*« (16) umfaßt. Methodisch wird proklamiert, so vorzugehen, wie es Marx und Engels in ihrer Analyse der Religion taten. Der Titel könnte statt »Sozialismus und Religion« »Sozialismus und Christentum« heißen (16f.). Um so erstaunter ist der Rezensent, daß in der Arbeit die Analysen und Beobachtungen von Marx und Engels zu Hinduismus, Buddhismus und Islam nicht erwähnt sind (vgl. MEW 9, 127-133; 14, 280; 20, 294; 28, 246-248 usw.). Ebenfalls äußert sich Bebel zu unterschiedlichen Religionen, wie dem Islam, Buddhismus, Konfuzianismus, Hinduismus und den Lehren des Zoroaster (vgl. Bebel: Zur Entstehung der Religion).

Horváth erklärt den Marxismus mit dem Tod von Engels für »abgeschlossen«; was folgte, sei »Interpretation, Revision, Verlängerung, Verkürzung ... kurz: Erbe« (29). Inhaltlich und methodisch wird Marxismus als »*monistische Ganzheit*« (15; vgl. 18) und als »*marxistische Axiomatik*« (201) bestimmt, in dem es getreu nach »den Prinzipien der Basis-Überbau-Lehre« (198) gehe. Anstelle einer kritischen Lektüre, die die Arbeitsweise von Marx, Engels u.a. rekonstruiert, steht bei Horváth alles fest: Die »*Deutsche Ideologie*« sei »das erste, bereits voll im Geiste des historischen Materialismus geschriebene Werk« (141). Engels habe die »*Basis-Überbau-Frage einer leichten Korrektur unterzogen*« (ebd.). Da Marxismus als wissenschaftliche Methode deartikuliert wird, gibt es nach der »*Deutschen Ideologie*« nur noch Wiederholung.

Ein Blick ins Literaturverzeichnis: Die jüngste Publikation datiert 1975 und ist Raddatz' Marxbuch. Als Sekundärliteratur zur Religionskritik werden aufgeführt: Gollwitzer, Kadenbach, Post u.a., die sich vor allem mit Marx befassen. Es fehlen: Desroche, der besonders zu Engels wichtige Beiträge verfaßte, Frostin, der ein Standardwerk zur Religionskritik im *Kapital* schrieb, Rolfes' »Jesus und Proletariat« (1982), das für den zweiten Teil der Untersuchung wichtig gewesen wäre, und, der eurozentristische Einschlag ist offenkundig, lateinamerikanische Beiträge: Mirandas »*Marx y la Biblia*« (1973) sowie Hinkelammerts und Dussels Religionskritik und Fetischismusforschung (1977 u. 1985). Beachtet wurden dafür zwei Arbeiten von 1935,

geschrieben von Seeger und von Sens, die in Halle erschienen sind. Seeger dient als wichtige Grundlage im Abschnitt über den jungen Engels (vgl. 35-66), Sens ist einer der Referenzpunkte in bezug auf den jungen Marx. Sens' »Beitrag zur geistigen Auseinandersetzung des neuen Reiches [d.h. des NS; BW] mit Marx, nachdem der machtpolitische Kampf gegen den Marxismus zum Abschluß gekommen ist« (W. Sens: Karl Marx. Seine irreligiöse Entwicklung und antichristliche Einstellung. Halle 1935, 3), kann bei Horváth kritiklos passieren.

Das Versprechen, die Religionskritik auch beim späten Marx zu analysieren, wird nicht eingelöst. Bezüge zu Arbeiten nach 1855: MEW 13, 8-10 wird siebenmal, MEW 19, 31 (Kritik des Gothaer Programms) einmal und MEW 23, 94 ebenfalls einmal zitiert bzw. erwähnt. Das Zitat aus dem *Kapital* wird falsch interpretiert: Es wird übersehen, daß Marx von der fetischisierten Religion spricht (vgl. 253f.).

Marx lehne die Religion ab, »weil er die Religion von vornherein verabscheute und haßte« (155). Im Anschluß an Raddatz wird ein Marxpopanz aufgebaut, der zum Fürchten ist. Nicht nur sei er »überheblich, draufgängerisch, selbstsüchtig und intrigantisch« (152, vgl. 197), vielmehr habe er einem »schockierten Freunde« verkündet: »Dich werde ich vernichten« (Raddatz, zit. 155). Im Umgang mit Marx ist dann auch alles erlaubt: Unpräzise Lektüre: »Im Jahre 1859 gelingt Marx eine Zusammenfassung der Thesen des historischen Materialismus, sozusagen eine Definition desselben«. Daß es bei Marx »Leitfaden« (MEW 13, 8) heißt und nicht »Definition«, ist gleichgültig. Für Horváth gilt: »Wie bis anhin wollen wir die Texte von Marx und Engels auch hier keiner terminologischen Exegese unterwerfen.« (211) Falsche Zitation (vgl. 157-161, 165, 196, 198f., 213-215, 225, 238, 250, 253), z.B.: Statt »religiöse Phantasien-Produktion« (MEW 3, 40) heißt es »religiösen Phantasien-Produkte« (158, vgl. auch 160).

Auf vielen Seiten handelt es sich schlicht um eine antimarxistische Arbeit, die den wissenschaftlichen Stand der Forschung kaum zur Kenntnis genommen hat. Wer sich mit der Thematik befassen will, greife zu den in der Rezension erwähnten Büchern oder zum *Kritischen Wörterbuch des Marxismus*, Stichwort »Religion«, wo genug Sekundärliteratur verzeichnet ist. Bernhard Walpen (Luzern/Schweiz)

Bensussan, Gérard: Questions Juives. Éditions Osiris, Paris 1988
(117 S., br., 70,- FF)

Die Judenfrage mit dem Marxismus in Zusammenhang zu bringen, könnte »willkürlich« und »impertinent« erscheinen (23). Dennoch, so Bensussan, sei gerade diese »Frage« für die Beurteilung des Marxismus von entscheidender Bedeutung, stelle sie doch seine analytische Kraft an einem zugleich einzigartigen und theorieresistenten Gegenstand auf die Probe. Einführend läßt der Autor die einschlägigen Texte der klassischen Theoretiker Revue passieren: Hegel, Feuerbach, Marx, Bruno Bauer, W. Sombart und Kautsky, der in seiner Schrift »Rasse und Judentum« den »soziobiologischen« Rassebegriff durch die Theorie eines »Kastenvolkes« zu widerlegen suchte (29). Am freiesten ging Max Weber mit der materialistischen Tradition um, als er die Urbanisierung der Juden aus den Eigenheiten des für das agrarische Leben sperrigen Ritualgesetzes ableitete und so von einem reduktionistisch-monokausalen Verständnis des Basis-Überbau-Modells Abschied nahm. Rosa Luxemburg wird mit ihrem Diktum, die Judenfrage »als solche« sei für sie im selben Maße inexistent wie die »Negerfrage« oder die »der gelben Gefahr«, auf eine überraschende Weise beim Wort genommen, indem von den Vergleichspunkten her (chinesische Revolution, Entkolonialisierung Afrikas!) auf die nationale Dimension der jüdischen Frage hingewiesen wird, was sie in ihrem »nationalen Nihilismus« weder sehen konnte noch

wollte (43). Insgesamt entsteht das Bild einer in ihren wissenschaftstheoretischen und begrifflichen Distinktionen verstrickten Wissenschaft, die an ihrem Gegenstand scheiterte, was namentlich daran anschaulich wird, daß sie den bleibenden Antisemitismus nicht erklären konnte und dadurch sogar an der Entstehung eines Mythologems mitwirkte (35). Eine zentrale Stellung in der Kritik der traditionellen Marxismen nimmt die Behandlung des Fortschrittsgedankens ein, die von Benjamins Überlegungen zum Begriff der Zeit ihren Ausgang nimmt. Bensussan möchte seinen Neuansatz am jüdischen Konzept von Exil und Erlösung orientieren und sich von der Vorstellung einer »homogenen und leeren Zeit« (so Benjamin in seiner 13. These über den Begriff der Geschichte) lösen (36, 108).

Hier wird deutlich, daß die im Titel angekündigten Fragen in mehrere Richtungen gehen. Einmal ist der durch das Judentum in Frage gestellte historische Materialismus im Blick. Diesbezüglich erweckt der Autor manchmal den Eindruck, als sei der letztere, um mit dem Bild in der ersten These Benjamins zu sprechen (39), mit der Zeit so klein und häßlich geworden, daß er mit dem bucklichen Zwerg unter den Tisch habe steigen und beim mosaischen Gotteswort Anleihen machen müssen. Zum anderen handelt es sich um eine Frage nach »dem Jüdischen« im Werk von Moses Hess, Benjamin und Kafka, deren Besprechung den zweiten Teil des Buches ausmacht. Ist eine solche Verallgemeinerung hinsichtlich dieser und anderer, die so unterschiedlich von ihrem Erbe beeinflusst wurden, aber überhaupt sinnvoll? Fußt das, was gemeinhin »jüdische Theologie« genannt wird, in erster Linie nicht doch auf den von Antisemitismus und Ghetto diktierten Eintrittsbedingungen in die bürgerliche Kultur, auf einer »Distanziertheit des ursprünglich fremden Blicks« (Habermas) (15, 116)? Oder ist es eine späte Weiterentwicklung dessen, was damals einer jüdischen Elite das philosophische Rüstzeug dazu gab, in *Abwendung* vom Rabbinitismus ihr religiöses und soziales Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen? Schade, daß der Autor in der Behandlung des »Jüdischen« auf weiten Strecken nicht über das Aporistische, das Zitieren liturgischer Verse hinausgeht und den konkreten Nachweis, wie das Benjaminische Amalgam aus Materialismus und »Theologie« in der jüdischen Tradition wurzelt, unterläßt. Andernfalls hätte er vielleicht die Entdeckung gemacht, daß in der Religion bisweilen eben nicht, wie behauptet (III), die Bibellektüre sich dem Rhythmus der Lesung der Geschichte, sondern gerade umgekehrt die letztere sich den Weisungen des Heiligen Buches zu unterwerfen hatte. Von hier aus könnten sich dann kritische Fragen an die »experience du Livre« (ebd.) als durchaus nicht unangebracht erweisen. Auch hinsichtlich der Diastase von Zeit und Raum — das Judentum baue seinen Tempel in der liturgisch ausgefüllten Zeit und überlasse als Diasporavolk den Raum dem »anderen« (36) — wäre es m.E. ratsam, vorsichtiger zu argumentieren. Diese These, die sich in idealer Weise dazu eignet, mit dem alttestamentlichen Bilderverbot in Verbindung gebracht zu werden, kann schon durch einen Blick in die Tageszeitung widerlegt werden: Im Sommer 1989 wurde in einer Artikelserie im Tel Aviver Blatt *HaAretz* die moderne israelische Malerei unter dem Blickwinkel ihrer Auffassung des Raumes erörtert! Auch Bensussan selbst gibt ein schönes Gegenbeispiel, indem er seinen philosophischen Überlegungen eine ausführliche Interpretation des auf dem Umschlag abgebildeten Chagall-Gemäldes »Revolution« aus dem Jahre 1937 voranstellt — der wohl gelungenste Teil des Buches. »Das Jüdische« läßt sich eben weder in der Konfrontation mit den unterschiedlichen Marxismen noch in den »Befreiungstheologien« deutsch-jüdischer Provenienz leicht feststellen, »identifizieren« (116).

Matthias Morgenstern (Tübingen)

Blank, Renold J.: Der Aufstand des domestizierten Gottes. Mit einem Vorwort von Leonardo Boff. Illustrationen ausgewählt und erläutert von Franz Joseph van der Griten. Edition liberación, Münster 1988 (173 S., br., 22,80 DM)

Der brasilianische Philosoph und Theologe parallelisiert die biblische Glaubenserfahrung Israels mit dem Befreiungskampf des lateinamerikanischen Volkes. Er folgt der biblischen Chronologie vom Auszug Abrahams aus seinem Heimatland bis zum Auftreten Jesu, wobei der Hauptteil der Exoduserfahrung gewidmet ist. Sehr freizügig gebraucht er dabei biblische Textfragmente, um Großstadtszenen, Unterdrückung, Folter und Konsumzwang des 20. Jahrhunderts theologisch zu kommentieren. Blank ist bemüht, »den unfügsamen, unbequemen, nicht zu zähmenden Gott der Offenbarung«, kurz, »den Gott der Bibel«, dem »domestizierten Gott der Plüschsalons« gegenüberzustellen, eingedenk der Tatsache, daß der »widerspenstige Gott der Freiheit« bereits in der Bibel selbst »gezähmt« wird »zum beruhigenden Bild der Ordnungsbewahrer«. Blank zieht in seiner Geschichte des ideologischen Mißbrauchs Gottes das Fazit, daß »ein Gott für alle« eine Lüge sei, da er in »Wahrheit der Gott der wenigen« sei, deren Macht über die anderen er legitimiert. Die Praxis dieser wenigen, die sich in Einkommensstatistiken, Weltbankberichten und kirchlicher Frömmigkeit niederschlägt, wird durch Worte eines Amos, Jeremia, Jesaja, der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Puebla und gar von Johannes Paul II. kontrastiert. Immer wieder läßt Blank kritische Prophetie in Situationen unserer Zeit hineinsprechen und da, wo inmitten der Korruption, Folter und Schlachtfelder die Frage »Wo ist Gott?« auftaucht, spricht er vom gekreuzigten im Leid anwesenden Gott. Jesus schließlich ist der, der alle bestehende Ordnung in Frage stellt, der »nicht totzukriegen« ist, dessen »Option für die Armen« in der Auferstehung legitimiert wird. In den vergangenen zweitausend Jahren sei diese Erfahrung von den Herrschenden wieder unterdrückt worden, bis die »Habenichtse der Dritten Welt« den Gott der »konkreten Geschichte und Gerechtigkeit« wiederentdeckten.

Bei seiner Aktualisierung dieses Gottes, der dort, wo Blank religiöse Sprache zu korrumpiert erscheint, lyrisch umschrieben wird, verschwindet die konkrete Geschichtlichkeit des biblischen Gottesbegriffs selbst. Die gezeichnete Traditionslinie des befreienden Gottes entsteht durch eine kerygmatische Verengung: »Was interessiert denn die Bibel jene Außenseite des Geschehens? — Nur die Botschaft ist wichtig«, heißt es da in bezug auf den »brennenden Dornbusch« in EX 3. Blank will durch seinen offenbarungstheologischen Zugriff das »wirkliche Bild« Gottes — das des »unbekannten Gottes« — vor Vereinnahmung schützen. Von dieser Intention her ist auch sein rigoroses Gegeneinander-Ausspielen von Glauben und Religion zu verstehen.

Abgesehen davon, daß auch sein »wirkliches Bild« vom »aufstehenden« Gott zu einem Bild wird, und zwar zu einem kräftig konturierten und beunruhigenden, das mit Arbeiten von Arnulf Rainer, Rudolf Hoflehner, Jürgen Brodenwolf und Joseph Beuys untermalt wird, ist Blanks Buch ein gelungener erster Einstieg in die Lesart der Bibel von seiten der Befreiungstheologie. Wer in Sachen Theologie nichts oder nichts Gutes gewohnt ist, sollte ruhig mit dieser derben Kost anfangen, aber nicht dabei stehen bleiben.

Frank A. Meier (München)

Erziehungswissenschaft

Lenhart, Volker: Die Evolution erzieherischen Handelns. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1987 (245 S., br., 55,- Sfr)

Für eine Disziplin, der ihr Gegenstand: die Realität wie die Dignität pädagogischen Handelns prinzipiell problematisch ist, ist mit einer Theorie, die »die Evolution erzieherischen Handelns« zum Thema hat, eine anspruchsvolle Perspektive anvisiert: Gestellt ist das Problem einer einheitlichen und universellen Bestimmung von Erziehung ebenso wie das des evolutionären Wandels in der Konkrektion dieser Bestimmung. Es ist nun allerdings die evolutionstheoretische Perspektive, die diesem — im engeren Sinne — konstitutionstheoretischen Hintergrund der pädagogischen Disziplin eine entproblematisierende Wendung gibt. Wenn die Fragestellung sich angeben läßt dahingehend, inwieweit Erziehung sich mit der gesellschaftlichen Evolution verändert habe und inwieweit gar diese Evolution selbst durch Erziehung beeinflusst worden sei, so ergibt sich die Perspektive einer Rekonstruktion relativ unproblematisch anzunehmender Funktionszusammenhänge. Was dies bedeutet, wird in Lenharts Buch nicht nur deutlich darin, daß die Referenzpunkte der Theorie von evolutionären Formen pädagogischen Handelns nicht in pädagogischen Begriffsbestimmungen liegen, nicht in einer »Evolution« des Denkens über Erziehung, pädagogischen Problemwahrnehmungen und -lösungen, sondern daß diese in sozialwissenschaftlichen Evolutionstheorien (Habermas, Schluchter, Parsons, Luhmann) festgemacht werden. Deren Darstellung nimmt allein schon ein Drittel des Buches ein.

Deutlich wird diese Perspektivenverschiebung auch und gerade dort, wo die konstitutionstheoretische Problematik durch die rekonstruktiv-funktionale der Evolutionstheorie ersetzt wird, derart, daß die Fragen der ersteren (Frage nach dem, was sinnvoll unter Erziehung verstanden werden kann) in der zweiten als empirisch gelöste und rekonstruktiv zu klassifizierende erscheinen. So löst Lenhart die Frage nach dem universalen Erziehungsbegriff durch eine formalisierende Abstraktion, die nicht nur als Begriff auf alle Epochen anwendbar sein soll (1), sondern der auch empirische Gegebenheiten in allen historischen Gesellschaften entsprechen sollen (15). Erziehung wird als spezifische Klasse sozialisatorischer Handlungen verstanden, die von den Handelnden als Erziehung auch verstanden und akzeptiert wird, die weiterhin auf »kommunikative Verbindungen mit dem Erzogenenhandeln verwiesen« und zugleich im Rahmen einer nicht-symmetrischen Interaktion situiert sind, und deren letztes Kennzeichen in der Realisierung einer Wertintention besteht (14f.). Dieses »begriffsstrategische Minimalprogramm« (15) reicht in evolutionstheoretischer Perspektive hin, alle historischen Wandlungen als inhaltliche Konkretisierungen in ihm zu verorten — Wandlungen sowohl in den Erziehungsformen wie auch in den Spielräumen pädagogischen Handelns (15).

Die rekonstruierte Entwicklungslogik dieser Formen lehnt sich an Habermas' Ansatz und dessen Differenzierung von vorhochkulturellen, hochkulturellen und modernen Gesellschaften sowie die Unterscheidung von System und Lebenswelt an. Evolution selbst kann dabei rekonstruiert werden — vor dem Hintergrund der abstrakten, aber realen Gegebenheit von Erziehung — in Form eines Differenzierungsmodells: von einfach/ungeschieden zu komplex/autonomisiert/ausdifferenziert. Die Maßstäbe, an denen diese Entwicklung festgemacht werden, werden nicht aus der Logik pädagogischen Handelns gewonnen, sondern durch Rekurs auf andere (soziologische, entwicklungspsychologische u.ä.) Entwicklungsmodelle. So wird die »institutionelle Komponente der Erziehungslogik« in ihrer Ausdifferenzierung als Wechselspiel zwischen einem Organisationsniveau (positional/situativ — rollen-

mäßig — koordiniert — im System vernetzt) und einem Spezifikationsniveau (pädagogisches Handeln vermischt mit anderen Handlungsformen — umrißhaft eigenständig — hervortretend und andere Handlungsformen bestimmend) als Entwicklung darstellbar, indem man den drei gesellschaftlichen Entwicklungsstufen je eigene Kombinationen von Organisations- und Spezifikationsniveaus zuordnet (97ff.). Die »curriculare Komponente der Erziehungslogik« geht von einer Einheit von Geltungs- und Wirkungszusammenhängen über das Auseinandertreten beider und die klare Trennung von Natur, Mitwelt und innerer Welt hin zur bereichsspezifischen Geltungsprüfung in kritischen Diskursen (107ff.). Die »relationale Komponente der Erziehungslogik« beschreibt die Differenzierung von Makro-, Meso- und Mikroebene sozialen Handelns, die Ausdifferenzierung von Systemen aus der Lebenswelt — ebenso von Systemen der Erziehung und Bildung (114ff.).

Die Frage, wie die Erziehung selbst in den evolutionären Prozeß einwirkt, beantwortet Lenhart dahingehend, daß Erziehung beim Übergang auf die Ebene von Hochkulturen stabilisierend mitgewirkt habe (141), während sie beim Übergang und der Festigung der Moderne nicht nur stabilisierend, sondern auch selektiv-mitgestaltend gewirkt habe (143ff.). Heute habe sie gar die »kreative Funktion des Vorentwurfs eines neuen Strukturprinzips« (146). Auch solche Überlegungen leiten sich nicht aus einer Realanalyse dessen ab, was pädagogisch-praktisch oder erziehungstheoretisch gegeben oder möglich erscheint, sondern bezeichnen nur eine gesellschaftsfunktionale Konstruktion. Zum Beispiel: Da Erziehung in vorhochkulturellen Gesellschaften stabilisierend und prohibitiv gewirkt habe und man keine Probleme kenne, die durch Erziehung beim Übergang zu Hochkulturen entstanden seien, könne man schließen, daß sie auch dort stabilisierend gewirkt habe — ein Schluß aus der Unmerklichkeit auf Funktionalität.

Die »Dialektik der erzieherischen Rationalisierung« (148) kann vor diesem Hintergrund auch nicht in Konstitutionsproblemen neuzeitlicher Pädagogik (Einwirkung auf autonome Subjektivität und damit: Wirkungsmythen, moralische Verantwortung des nicht Verantwortbaren im Kontext politischer Verantwortungszuschreibung usw.) verankert werden, sondern nur noch in der konfliktuösen, aber nicht auflösbaren Verwiesenheit von Systemcharakter und rationalisierter Lebenswelt von Erziehung (148ff.). Der Vorteil der Evolutionstheorie gegenüber einer »Geschichte der Erziehung«, die die Vielgestaltigkeit und historische Bedingtheit pädagogischer Problemspektiven und -lösungen zu formulieren sucht, liegt in ihrem Preis: dem Unterlaufen der Konstitutionsproblematik bzw. der sozialfunktionalen Vergegenständlichung von etwas, das in seiner Gegenständlichkeit das Resultat wissenschaftlicher wie politischer Auseinandersetzungen darstellt. Alfred Schäfer (Köln)

Winkel, Rainer (Hrsg.): Pädagogische Epochen. Von der Antike bis zur Gegenwart. Schwann Verlag, Düsseldorf 1988 (351 S., br., 68,- DM)

Das Buch ist hervorgegangen aus einer Artikelserie über die »wichtigsten Epochen in der Geschichte der Pädagogik«, die 1986 in *Westermanns Pädagogischen Beiträgen* erschien. In der nun vorliegenden überarbeiteten und erweiterten Fassung ist die Geschichte pädagogischen Denkens nach pragmatischen und didaktischen Gesichtspunkten in sieben Epochen eingeteilt. *Prange* behandelt die Pädagogik im Altertum, *März* die Zeit des Mittelalters, *Schmidt* das 16. und 17. Jahrhundert (Reformation und Gegenreformation). *Tenorths* Thema ist die Pädagogik der Aufklärung, *Lenzen* beschäftigt sich mit der Pädagogik der »Moderne« (19. Jahrhundert), *Oelkers* beschreibt die Entwicklung der Reformpädagogik und *Winkel* geht auf die Pädagogik der Gegenwart ein.

Diese — und jede andere — Einteilung läßt sich kritisieren. Es gibt in der Zunft keinen Konsens darüber, wie die Geschichte der Pädagogik zu epochalisieren sei. Meine Kritik setzt an einem anderen Punkt an: Zum Problem werden Einteilungen, wenn Zeitabschnitte bzw. Entwicklungen nicht behandelt werden, weil sie sich den Ordnungskriterien nicht fügen. *Winkel* meint, eine »faschistische Pädagogik« habe es nicht gegeben (»faschistische Pädagogik ist eine contradictio in adjecto«). Die Zeit des Nationalsozialismus sei die Zeit der »Liquidation jedweder Pädagogik« gewesen, »in der es nichts Pädagogisches nachzuweisen« gibt (237). Der Herausgeber meint wohl, die Geschichte der Pädagogik sei die Geschichte der Humboldt, Pestalozzi oder Petersen gewesen. Eine solche Vorstellung impliziert die (geisteswissenschaftliche) Denkfigur, Pädagogik und Politik seien zwei getrennte Bereiche, Politik sei keine — sich verändernde — Dimension des Pädagogischen. Die Jahre 1933 bis 1945 werden daher lediglich von *Oelkers* im Kapitel über die Reformpädagogik auf zwei Seiten kurz angeschnitten. Auf Grund dieser Ausklammerung wird auch versäumt, Kontinuitäten und Brüche im pädagogischen Denken aufzuzeigen.

Der Herausgeber klammert nicht nur wichtige Zeitabschnitte aus. Es wird auch eine — nicht ausgewiesene — Beschränkung auf pädagogisches Denken über organisierte (Schul-)Erziehung vorgenommen. Die Familie als Erziehungsinstanz, die sogenannte funktionale Erziehung, der Erziehungsalltag und alltägliche Vorstellungen über Erziehung werden nicht behandelt. Und ganz selbstverständlich wird offenkundig davon ausgegangen, daß »pädagogische Epochen« nur im europäischen Kulturkreis auszumachen sind.

Die einzelnen Beiträge sind sehr unterschiedlich in der Herangehensweise. In der Darstellung der ersten drei Epochen überwiegt die Schilderung der Ideen großer Pädagogen, Philosophen und Kirchenmänner. Nur am Rande wird nach Beziehungen zwischen diesen Ideen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemen gefragt. Lediglich *Tenorth* macht den Versuch, mit der Charakterisierung der Epoche zugleich in die aktuelle Diskussion und Forschung über die Aufklärung einzuführen. *Lenzens* Beitrag ist ein interessanter Essay, der grundlegende Informationen voraussetzt und auf wichtige Repräsentanten der Zeit nicht eingeht. *Winkel* beschreibt sehr knapp, verknüpft mit persönlichen Erinnerungen, die Entwicklung der Bildungs- bzw. Schulpolitik nach 1945. Während in allen anderen Beiträgen pädagogische Konzepte der Zeit im Vordergrund stehen, geht *Winkel* auf zeitgenössische Strömungen der Pädagogik nicht ein.

Der fehlende rote Faden schmälert den Wert des Buches für Studierende, für die es auch gedacht ist. Nützlich hingegen sind die Zeitleisten, die einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse in der jeweils behandelten Epoche geben. Anregend ist der Quellenteil (261-339), der ausgewählte Texte zu jeder der sieben Epochen enthält. Das Sach- und das Personenregister ermöglichen es, das Buch auch als Nachschlagewerk zu nutzen.

Norbert Franck (West-Berlin)

Kanz, Heinrich: Einführung in die Erziehungsphilosophie. Ein inhaltlicher Entwurf. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1987 (197 S., br., 36,- Sfr)

Was mit »Erziehungsphilosophie« gemeint sein kann, wenn man davon ausgehen muß, daß jede allgemeine Pädagogik, also jeder Entwurf pädagogischer Kategorien in der angemessenen Systematik mit philosophischen Argumenten gestützt zu werden pflegt — dies ist die Frage, die man wohl an eine »Einführung in die Erziehungsphilosophie« stellen müssen. Naheliegender wäre es, erziehungsphilosophische Reflexion auf die kritische Vergewisserung allgemeinpädagogischer Universalitäts-

ansprüche, auf die Überladung pädagogischer Theoriebildung mit unterschiedlichsten Ansprüchen zu richten. Kanz allerdings scheint die Aufgaben der Erziehungsphilosophie eher darin zu sehen, eben diese Vielfalt an heterogenen Zumutungen bezogen auf pädagogische Theoriebildung für sich zu reklamieren. Da wird die Reflexion auf das Verhältnis von individuell und allgemein, von praktischen Erfahrungen und Abstraktionswissen, auf die ethische Konkretisierung der Würde des Kindes, auf die Geschichtlichkeit der menschlichen Existenz, auf die real bedeutenswerten Wertgehalte (die objektiv daseiende Sittlichkeit), auf die sokratische Kritik, auf die Konkretisierung von Erziehungszielen angesichts nicht zu transzendierender Subjektivität ebenso postuliert wie die Vermittlung von Theorie und Praxis unter dem Signum der Humanität (45-54). Anvisiert ist damit das, wofür traditionell die allgemeine Pädagogik stand: die »Darstellung der wirklichen Grundlagen des Fachs«, die »Hereinholung der wertenden Bezüge in das Grundlagengespräch« und nicht zuletzt die »Markierung der echten Entscheidungsalternativen für die pädagogischen Handlungen« (11). Die Attribuierung »wirklich« und »echt« deutet darauf hin, daß auch das Problembewußtsein traditionell bleibt. Jenseits der Reflexion auf die Dialektik der Aufklärung stellt sich die Frage, »welche Methoden anzuwenden sind, um das dringend erforderliche Wertbewußtsein historisch-situativ anzuregen« (49).

»Erziehungsphilosophie wagt den Schritt zur Frage nach dem Guten, Ganzen, nach ethischen Verbindlichkeiten, Wert, Sinn und anderem, ohne zu suggerieren, daß damit zusammenhängende anzusprechende Sachbezüge einer entsubjektivierten »wissenschaftlichen« Beantwortung unterlägen« (166). Deutlich ist von daher auch, was die Inhaltlichkeit im Entwurf der Erziehungsphilosophie anzeigt. Nicht intendiert ist die konkretisierende Beantwortung der oben erwähnten Aufgabenstellungen, eine Theorie pädagogischer Realität in ihrer Wirklichkeit und ihren konkreten Möglichkeiten, sondern »inhaltlich« verweist auf die im Buch eigentümlich leer bleibende Normativität. Da wird ein auf »Basisvorstellungen« von den Merkmalen menschlichen Handelns aufruhender Tugendkatalog des Erziehers aufgestellt, der konventionell bleibt (pädagogische Hoffnung, Ironie, Mut zum selbständigen Urteil, Glaubwürdigkeit, Achtung der Würde des Educanden, Vermittlung von Geborgenheit, Sinnkompetenz; 65-71). Da wird die Fähigkeit der Erziehungsphilosophie postuliert, jenseits aktueller politischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen um den Sinn des Guten, von Ideologien und Utopien, Freiheit und Gleichheit, Gegenwart und Zukunft, das alle diese unterschiedlichen Positionen verbindende normative Fundament nicht nur zu finden, sondern diese objektiv daseiende Sittlichkeit auch noch für pädagogische Praxis fruchtbar zu machen. Das Ziel, die Feststellung eines objektiven Werthorizontes (in Anlehnung an Tindemans: »Europa ist auch als historische Gemeinschaft eine Sammlung unersetzlicher Werte«; 106) ersetzt dabei die Konkretisierung des »Was«, des Inhalts und seiner Konkretion im Hinblick auf analysierte pädagogische Wirklichkeit.

Dieser Schwäche auf Analyseebene und der Ebene inhaltlicher Sinnoptionen entspricht die fehlende Reflexion auf die Geltung der eigenen Vorgehensweise. Erziehungsphilosophie als Super-Theorie, als bereichsspezifisch wahrnehmende und verarbeitende Methode der Aufarbeitung wissenschaftlich gewonnener Erkenntnisse durch Personalisierung und Ethisierung (153), kommt ohne die Reflexion auf das Problem neuzeitlicher Subjektivität im Spannungsfeld von Ethik und Politik aus. Die Probleme der normativen Begründung pädagogischer Optionen im Kontext konkreter Praxisbezüge sind hier nicht einmal systematisch benannt: Der Ansatz verliert sich in der Grauzone zwischen ethischer Wahrheit und objektiv gegebener Sittlichkeit.

Alfred Schäfer (Köln)

Dudek, Peter: Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und Freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935. Westdeutscher Verlag, Opladen 1988 (308 S., br., 46,- DM)

Über Pädagogik und Pädagogen im Übergang von der Weimarer Republik zur nationalsozialistischen Herrschaft ist unter bundesdeutschen Erziehungswissenschaftlern eine heftige Kontroverse ausgebrochen. Anlaß war der an Gamm (1964) und Lingelbach (1970) gerichtete Vorwurf Tenorths (1985, 5), daß diese in ihren erziehungstheoretisch orientierten historischen Forschungen von einem »gesellschaftskritisch aufgeladenen Erziehungsbegriff« ausgegangen seien, so daß sie zwar die Realität der nationalsozialistischen Erziehung noch beschreiben und ideologiekritisch abwehren, jedoch »kaum noch systematisch und nüchtern analysieren« konnten. Die zweite heftig umstrittene These Tenorths (1986, 300f.), »daß die Erziehungswissenschaft in Deutschland nach 1933 sowohl nach ihrer sozialen Struktur wie nach den typischen Kennzeichen ihres pädagogischen Wissens wie ihres Wissenschaftsbegriffs eine historisch singuläre Figuration darstellt«, stellt zudem ein Kernstück der bisherigen Forschungsergebnisse — die These von der Kontinuität der deutschen Erziehungswissenschaft vor und nach 1933 — in Abrede. Dementsprechend deutlich ist die Gegenreaktion ausgefallen (vgl. Gamm und Tenorth 1987 in: *Demokratische Erziehung*, Lingelbach 1988 in: *Zeitschrift für Pädagogik* sowie diverse Beiträge in Keim 1988).

Vor diesem an den »Historikerstreit« erinnernden Hintergrund sollte Dudeks Studie über die Entwicklung des Arbeitsdienstgedankens während der Zeit der Weimarer Republik gelesen werden. Da der Reichsarbeitsdienst (RAD) auch und gerade im Selbstverständnis der nationalsozialistischen Pädagogik als wesentliche Erziehungsinstitution zur Formung des völkischen Idealmenschen galt, kann nämlich geprüft werden, ob dem 1931 eingeführten Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD) eine Vorläuferrolle zukam — nicht nur im zeitlichen Ablauf, sondern auch in den pädagogischen und politischen Begründungs- und Legitimationsmustern.

Auch wenn in der lebensphilosophisch und kulturpädagogisch fundierten herrschenden Pädagogik der Weimarer Zeit und in der nationalsozialistischen Erziehungstheorie gleichlautende Begriffe verwendet wurden und das erziehungstheoretische Denken der Weimarer Zeit überwiegend durch fest verwurzelte oder durch die Erfahrung der politischen und sozialen Krise vor 1933 entstandene anti-republikanische und anti-parlamentarische Auffassungen und nationalistische gesellschaftspolitische Utopien gespeist wurde, die zumindest Affinitäten zum faschistischen Denken aufweisen, läßt dieses keinen Schluß auf Identität zu. Umgekehrt jedoch ist die Vermutung, daß manche »Ergebnisadresse« führender Pädagogen an die neuen Machthaber, nicht aus Überzeugung geschah, sondern durch politischen Opportunismus und materielle Ängste motiviert war, ebensowenig wie die Tatsache, daß etliche Pädagogik-Professoren durch die Nationalsozialisten aus ihren Ämtern entfernt wurden, ein hinreichender Beleg dafür, daß die Erziehungstheorie der pädagogischen Bewegung im Kern antifaschistisch, durch politische Weltläufe unberührt und damit grundsätzlich bewahrenswert sei. Von Interesse sind also weder Identitätsbehauptungen noch »Persilscheine«, sondern vielmehr der Umschlag von Affinität und semantischem Gleichklang in Akzeptanz, aktive Teilhabe und Fortschreibung der Theorie so, daß aus semantischem Gleichklang inhaltliche Übereinstimmung wird. Mit Dudeks Studie liegt nun erstmals in der Bundesrepublik eine Monographie zur Entwicklung des Arbeitsdienstes und des Arbeitsdienstgedankens vor, die diese Frage thematisiert.

Obwohl die Arbeitsdienstpropaganda in Zielsetzung, Begründung und Ausgestaltungsvorstellungen in sich selbst und in ihrer personellen und ideologischen Träger-

schaft ausgesprochen differenziert war, wendet sich der Autor dabei verstärkt dem Teil dieser »Bewegung« zu, der disziplingeschichtlich von besonderem Interesse ist: der Arbeitslager- und Volksbildungsbewegung, die eng mit der bürgerlichen (bündischen) Jugendbewegung verknüpft war. Die von der Schlesischen Jungmannschaft in Verbindung mit Eugen Rosenstock und den die freie Heimvolkshochschule Boberhaus tragenden bildungsbürgerlichen Kreise durchgeführten bündischen Arbeitslager für Arbeiter, Bauern und Studenten beschreibt er als Idealtypus eines politisch, pädagogisch und volksbildnerisch begründeten Arbeitsdienstes. An Hand der Rosenstockschen Lagerpädagogik kann Dudek zeigen, wie in diesem Konzept des »dritten Weges« zwischen Sozialismus und Kapitalismus, im Rahmen der geschlossenen Erziehungsgemeinschaft des Lagers mit politisch und sozial heterogener Teilnehmer-schaft, durch gemeinsame körperliche, geistige und musische Arbeit, der Typus des neuen Menschen geschaffen werden sollte, der getragen von einem ausgesprochenen Volksmythos weltanschauliche Gegensätze überwindet und im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Volksganze handelt. Die Arbeitslager sollten also die didaktische Vorwegnahme der neuen Volksordnung sein, in der Weimars Gezänk und der Klassegegensatz überwunden ist. Dies ist sicherlich noch kein faschistisches Gedankengut — auf Rosenstock bezogen, wäre ein derartiger Vorwurf auch absurd —, aber es zeigen sich Affinitäten, die verbunden mit dem in der bündischen Jugendbewegung exzessiv gepflegten Jungendkult und ihrem Führermythos auf mögliche Umschlagspunkte verweisen. Dudek zeigt dies am Bruch zwischen Rosenstock und der Mehrheit der Führer der Deutschen Freischar sowie den Volksbildnern des Boberhauses, die sich überwiegend dem Nationalsozialismus zuwandten.

Nun fragt sich jedoch, ob Dudek nicht die Bedeutung dieser volksbildnerischen und sozialpädagogischen Konzepte für die Geschichte des Arbeitsdienstgedankens überschätzt. Es mag wohl sein, daß mit der Einführung des FAD das Ende der Arbeits- und Volkslagerbewegung in ihrer pädagogischen Idealvorstellung gekommen war, weil die Institutionalisierung zu Anpassungsleistungen zwang und die »Bewegung« somit aus dem Diskurs der bürgerlichen Jugendbewegung und Erwachsenenbildung herausgelöst und zu einem Moment des staatlichen Kriseninstrumentariums der Notverordnungsregierungen wurde (vgl. 252), aber für viele Protagonisten des Arbeitsdienstes war der FAD die Erfüllung ihrer Hoffnungen oder zumindest ein akzeptabler Schritt zum eigentlichen Ziel — und dies hieß Arbeitsdienstpflicht. Bedenkt man die Vielfalt der Motive und die ideologische Buntscheckigkeit der Arbeitsdienstbefürworter, dann erscheint es zweifelhaft, daß die Geschichte des Arbeitsdienstgedankens als eine der Umdeutung einer pädagogischen Idee in staatliches Krisenmanagement geschrieben werden kann.

Demgegenüber wäre das Augenmerk stärker auf das erklärungsbedürftige Phänomen zu richten, warum der Arbeitsdienstgedanke von pädagogisch und politisch so unterschiedlichen Gruppen, wie den faschistischen Artamanen und dem Stahlhelm einerseits und sozialdemokratischen, sozialistischen und gewerkschaftlichen Jugendbewegungen andererseits getragen wurde. Dudek untersucht diese Frage, allerdings nicht schwerpunktmäßig. Sein Ergebnis ist eindeutig: »Der common sense deutet sich an bei der positiven Bewertung von Arbeits- und Pflichttugenden, den Postulaten des Dienstes und des Dienens für die 'Gemeinschaft' und damit der Zurückstellung individueller Interessen zugunsten vermeintlicher Aufgaben für die 'Volksgemeinschaft'. Damit ist im FAD jene Entindividualisierung und Entsolidarisierung angelegt, die im Spatenkult des RAD zum Programm der nationalsozialistischen Formationserziehung wurde.« (253).

Insgesamt sprechen die Ergebnisse Dudeks kaum für die Tenorthsche These von

der Singularität der nationalsozialistischen Erziehung in Theorie und Praxis, sondern eher für die Möglichkeit — nicht den Automatismus — des fließenden Übergangs zwischen dieser und den politisch-pädagogischen Theorie- und Praxisentwürfen der bürgerlichen pädagogischen Bewegung der Weimarer Zeit. Wenn man abschließend die Frage aufwirft, mit welchem Ziel die Erziehungstheorie und Praxis dieser Zeit untersucht wird, und darauf im Sinne des heutigen common sense antwortet, damit 1933 und Auschwitz nie mehr werde, dann spricht vieles dafür, an dem inkriminierten »gesellschaftskritisch aufgeladenen Erziehungsbegriff« festzuhalten.

Holger Reinisch (Oldenburg)

Karsten, Maria Eleonora, und Hans-Uwe Otto (Hrsg.): Die sozialpädagogische Ordnung der Familie. Beiträge zum Wandel familialer Lebensweise und sozialpädagogischer Interventionen. Juventa Verlag, Weinheim, München 1987 (264 S., br., 32,- DM)

Die sozialen Evolutionsprozesse der Lebensweise und aktuelle, mehrschichtige soziale Krisenphänomene machen die Lebensform Familie zum Brennpunkt vielfältiger soziale Widersprüche, wie nicht zuletzt die politische Debatte um die Familie immer wieder zeigt. In Anlehnung an Donzelots 1979 erschienenen Buch »Die Ordnung der Familie« wird auch hier ein Blick auf die Familie gerichtet, der sie im Spannungsverhältnis von sozialen Lebensformen, (vergesellschafteter) privater Sphäre und öffentlichen Institutionen verortet. Der sozialpädagogische Blick auf die Familie analysiert familiäre Lebensformen als einen sozialen Ort, an dem staatliche Ordnungsinstrumente ansetzen (Familien- und Sozialpolitik), in dem Sozialpädagogik interveniert und wo sich der soziale Wandel der Wertorientierungen, Sinnfindungen und Lebensstile niederschlägt. Familie wird hier als Focus zahlreicher Wandlungsprozesse zwischen wohlfahrtsstaatlichen Veränderungen und sozialen Entwicklungen, Krisen und sozialpädagogischer Interventionen thematisiert. Die faszinierend geschriebene Einleitung der Herausgeber entfaltet diese Forschungsperspektive vor einem breiten Hintergrund.

Vor dem gesellschaftlichen Hintergrund der Auflösung schichten- und klassenbezogener Milieus und einem allgemeinen Wohlstandsschub, vermehrter Bildung und Mobilität haben sich die herkunfts- und milieubezogenen Determinierungen der Lebensverläufe und Lebensstile zusehends aufgelöst zugunsten einer übergreifenden Individualisierung und Diversifizierung von Lebenszuschnitten. Arbeit und Familie verändern ihre Rolle als Sinnkristall des individuellen Lebens, wiewohl sich infolge dieser Entwicklungen die Bedeutung privater Sozialbeziehungen als Kern von Identitätsstrukturen erhöht. Weniger denn je besteht dieser Kern jedoch in der familialen dauerhaften Lebensgemeinschaft, vielmehr werden neben der Familie familienähnliche Lebensgemeinschaften u.a. die Orte, in denen neue soziale Identitäten konflikthaft ausgebildet werden. Die mit dem gesellschaftlichen Individualisierungsschub gegebenen neuen Chancen privater Lebensgestaltung und Sinnstrukturen brechen sich zudem an den gesellschaftlichen Beschränkungen von Arbeitsmarkt und Mobilität, sozialökonomischen Disparitäten und sozialen Benachteiligungen. So erscheinen die Familie und ähnliche Formen von Lebensgemeinschaft wie die sie umgebenden sozialen Netze in einen Prozeß sozialer und kultureller Evolution einbezogen, der zu vielfältigen Variationen der Intimitätsformen, Identitäten und der Gestaltung sozialer Kontexte führt und dessen »Ergebnis in seiner Widersprüchlichkeit nicht vorhersehbar ist« (XV). Im Binnenbereich der Familie lassen sich grob drei Ebenen des Wandels herausheben: die Enttraditionalisierung und Pluralisierung familialer Lebenswelten, Lebensstile, Familienkarrieren; die Individualisierung familialer

Leistungsbeziehungen (Rollenwandel der Frau, Wandel von Liebe, Ehe und Partnerschaft); der Wandel der Eltern-Kind-Beziehung (Elternschaft, Wandel der Rolle des Kindes).

Angesichts der Modernisierung sind die herkömmlichen Selbstverständlichkeiten über die Ordnung der Familie obsolet geworden. Das Thema ist mithin aktuell und brisant, denn es geht um Anspruch und Chance einer gesellschaftlichen (Mit-)Gestaltung von Lebensformen durch Sozialpädagogik. Der Sammelband gliedert sich in drei Schwerpunkte: Wandel familialer Lebensweisen, Probleme und Krisenphänomene und sozialpädagogische Interventionen. Der Vielfalt der Einschätzungen, Aspekte und Blickrichtungen, die in diesem Band versammelt sind, ist in einer Rezension nicht gerecht zu werden. Hervorgehoben seien einige Argumente: Ideologiekritische Beiträge zeigen z.B., wie schnell das Fehlen einer komplexen Betrachtungsweise sozialer Evolution dazu führt, eine bestimmte Form der Familie, die kleinbürgerliche, »sowohl zum Endpunkt der Geschichte als auch unter der Hand zum normativen Kriterium der Bewertung dieser Geschichte zu machen«. Die Geschichte der Verwissenschaftlichung der Mutter-Kind-Beziehung (»Mutterliebe«), die Umwidmung der Motive der Mutter von traditionalem zu methodisch-rationalem Handeln, läßt sich auch als Station auf dem Weg einer Emanzipation der Frau von der Gefühlsgebundenheit und Intimität als spezifisch weiblicher Persönlichkeitsstruktur verstehen. Mit dem Ansatz »Familienkultur« wird eine Forschungsperspektive vorgestellt, die in differenzierter Weise die Familie als aktiv ihre Lebensprobleme gestaltend versteht und ein fruchtbares Konzept gerade für die Untersuchung des Wechselverhältnisses von Familiendynamik und wohlfahrtsstaatlicher/gesellschaftlicher Entwicklung werden könnte.

Die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und sozialpolitischen Initiativen ist Gegenstand weiterer Beiträge. Am Beispiel des Erziehungsrechts, Erbrechts, der Sozialhilfe u.a. ergibt sich, daß Rechtssystem und Rechtspraxis bisher unzulänglich auf das Auseinanderfallen von Ehe und Familie und die Pluralisierung von Lebensstilen reagieren. Auch im Handlungsfeld von Familien- und Frauenpolitik sind eher größer gewordene Widersprüchlichkeiten zu konstatieren. Andererseits läßt sich das zunehmende Bewußtsein dieser sozialen und politischen Spannungsverhältnisse als Möglichkeit interpretieren, zu einer Neudefinition der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und der gesellschaftlichen Anteile an Erziehung in den verschiedenen Lebensphasen des Kindes zu kommen.

Obleich sich gerade im Armutproblem recht offensichtlich Veränderungen der gesellschaftlichen Entwicklungslogik und Strukturen ausdrücken, scheint die Sozialarbeit gegenwärtig bar jeder — auch präventiven — Strategien. Erziehungsprobleme, Sucht- und Drogenprobleme, Überlastungsphänomene, Verhaltensauffälligkeiten der Kinder usw., d.h. als familiäre definierte Krisen, rufen erst die Sozialarbeit/Sozialpädagogik auf den Plan, womit die Familie zum Ort der Krisenentstehung wird. Demgegenüber steht eine Perspektive, die Krisen im Hinblick auf Familienformen »als gleichzeitig individuellen, sozialen und kulturellen Evolutionsprozeß« (137) versteht. Nur in dieser Handlungsorientierung wird der strukturelle Prozeß des sozialen Wandels für die in den gesellschaftlichen Lebensbedingungen Benachteiligten nicht zum Dementi möglicher Lebensvariationen und Entwicklungsmöglichkeiten werden, sondern zu einer Neubestimmung familienbezogener Sozialarbeit beitragen, die Krisen nur im Kontext gesellschaftlicher, öffentlich-institutioneller und privater Produktion von Lebensweisen bestimmt.

Ein dritter Schwerpunkt versucht u.a., die Problematik der sozialpädagogischen Familienhilfe zwischen Alltagsorientierung und sozialstaatlich-normativer Kolonali-

sierung der Familie aufzuklären. Die Chancen des Lebensweltbezugs, der Unterstützung und Beratung »vor Ort«, in der Familie selbst, der Freiwilligkeit und des definitiven Aushandelns von Lösungen und Interventionen in und mit der Familie werden nur dann wirklich greifen können, wenn diese Form von Überwindung traditionelle Familienfürsorge und Einzelfallhilfe in Richtung Gemeinwesenarbeit, kommunaler Sozialarbeitspolitik und Überwindung von Isolation durch Anregung neuer sozialer Netze weitergeführt wird.

Karl August Chassé (Trier/Frankfurt)

Jantzen, Wolfgang: Allgemeine Behindertenpädagogik. Band 1: Sozialwissenschaftliche Grundlagen. Ein Lehrbuch. Beltz Verlag, Weinheim, Basel 1987 (368 S., br., 52,- DM)

Jantzen teilt dem Leser gleich im ersten Satz des Vorworts mit: »Dieses Buch, das in zwei Bänden erscheint, fällt aus dem üblichen Rahmen von Büchern über Behindertenpädagogik.« (11) Wie wahr!

Jantzen konstatiert, uns fehle »viel weniger Einzelwissen als eine systematische theoretische und praxisbezogene Durcharbeitung des Einzelwissens« (11). Recht hat er! So löblich der Versuch ist, diese Durcharbeitung vorzunehmen, so wenig gelungen erscheint mir das Ergebnis. Die Arbeit, die der Autor hätte leisten sollen, nämlich die für das Gebiet der Behindertenpädagogik relevanten, in verschiedenen Forschungs- und Praxisfeldern gesammelten Wissensbestände (Annahmen, Begriffe, Befunde und Deutungen, Erkenntnisse, Interpretationsansätze, Theorien) zu einem einheitlichen Aussagensystem zu fügen, wird weitgehend dem Kopf des Lesers überlassen. Das macht die Lektüre dieses »Lehrbuchs« sehr beschwerlich. Man hätte dem Autor didaktisches Geschick gewünscht, zumal es ja wohl darum geht, möglichst viele Leser(innen) einzuführen in »eine allgemeine Wissenschaft von der Möglichkeit, humanes Leben und Lernen für alle zu realisieren« (12).

Da dieses »Lehrbuch«, wie sein Autor entschuldigend voraussagt, »viele Überlegungen erst beim mehrmaligen Lesen hergeben« (13) wird, steht kaum zu erwarten, daß es die konventionellen Standardwerke ablöst — schade um die vielfältigen und umfangreichen Lesefrüchte und die vielen Fragen aus unkonventioneller Perspektive, die ungelesen zwischen zwei Buchdeckeln ruhen. Damit verfehlt der Autor die angestrebte Mitgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse; er betont, daß er »eine Pädagogik und Therapie anstrebe und darzustellen versuche, die in solidarischem Miteinander mit den Betroffenen und ihren Familien das Ändern der Umstände begünstigt« (16), unterzieht sich aber nicht der Mühe, diese Solidarität durch eine verständliche und klare Darstellung zu fördern. — Eine willkommene Verständnishilfe bieten die 29 Abbildungen, die einen zusammenfassenden Überblick über jeweils zuvor erörterte komplexe Zusammenhänge liefern.

Im ersten Kapitel entfaltet Jantzen souverän den Zusammenhang von »Behinderung und Gesellschaftsstruktur«, wobei er dem Leser zugleich einen Zugang zur »Soziologie der Behinderung« aus marxistischer Perspektive eröffnet. Diesem didaktisch reflektierten Kapitel folgt ein relativ amorphes und diffuses Kapitel, das die »historische Herausbildung des sozialen Tatbestands Behinderung« darstellen will, dabei aber ein geradezu ungenießbares Gebräu aus sozial-, theorie- und ideologiegeschichtlichen Daten, Dogmen und interpretativen Versatzstücken liefert. Dieses Kapitel ist seinerseits Ausdruck des noch unentwickelten Forschungsstandes einer »Sozialgeschichte der Behinderung«; dankenswerterweise weist es auf Desiderata hin und regt Fragen an — aber gleichwohl habe ich den Eindruck, daß der Leser hier zu oft mit schablonenhaften Fertigmeynungen gespeist wird. Wenn der Autor ohne nähere Erklärung von »der aktuellen Psychologie der Rechtskräfte« (62) spricht, drängt

sich gar der Eindruck auf, hier reproduziere er jenen Dogmatismus, den er bei der bürgerlichen Psychiatrie unnachtsichtig geißelt.

Im dritten Kapitel erörtert Jantzen methodologische Grundfragen einer materialistischen Behindertenpädagogik — ein unerlässliches Unterfangen für den von ihm beabsichtigten »gänzlichen Umbau der Behindertenpädagogik als Wissenschaft« (105). Die letzten drei Kapitel erörtern auf der Basis der Tätigkeitstheorie die inneren Zusammenhänge im System des Psychischen, die Entwicklung des Psychischen in der Tätigkeit und schließlich psychopathologische Prozesse. Der noch in Arbeit befindliche zweite Band soll sich Fragen von Diagnose, Pädagogik und Therapie zuwenden. Im vorliegenden Band arbeitet Jantzen für die Behindertenpädagogik vielfältige und umfangreiche Forschungs- und Praxisfelder auf, um den Leser zu einem »Neuverständnis« zu führen, das im Kern darin besteht, »sämtliche psychopathologischen Prozesse nicht vom Standpunkt des Defekts, sondern vom Standpunkt der Entwicklung zu sehen« (345).

Wer sich der Mühe unterzieht, Jantzens »Lehrbuch« durchzuackern, erwirbt eine Fülle von (entwicklungs-)psychologischen Detailkenntnissen und erfährt mancherlei Wissenswertes über Gestaltpsychologie und Psychoanalyse, über den französischen Strukturalismus und die kulturhistorische Schule der sowjetischen Psychologie sowie über neuere Forschungen und offene Fragen der speziellen Psycho-Pathologie.

Martin Kipp (Kassel)

Psychologie

Bataille, Laurence: Der Nabel des Traums. Von einer Praxis der Psychoanalyse. Aus dem Französischen von Norbert Haas. Quadriga Verlag, Weinheim, Berlin 1988 (115 S., br., 36,- DM)

Seifert, Edith: »Was will das Weib?« Zu Begehren und Lust bei Freud und Lacan. Quadriga Verlag 1987 (203 S., br., 28,- DM)

Den dunklen Kontinent der weiblichen Psyche hat Freud eher gewaltsam kolonisiert als wirklich entdeckt. Die Frau erscheint in seinen Schriften als unkultiviert, amoralisch, ohne Über-Ich, als unvollständiger Mann — so gängige und durch Luce Irigarays Schriften (zuletzt *Éthique de la différence sexuelle*, Paris 1984) nachhaltig bekräftigte Einwände. Die an Freud kritisierte Geste voreiliger Ausschließung wird allerdings in der Charakterisierung seines Weiblichkeitsverständnisses als »Zeugnis autoritätskonservativer Patriarchatsideologie« (Seifert, 75) nur reproduziert, während Irigarays eigene Theorie im Mythos des Weiblich-Mütterlichen ein »weiblich attribuiertes neues Transzendental« (Seifert, 186) konstruiert. Die Fronten zwischen »Phallogozentrismus« (Seifert, 173) und Mystizismusvorwurf scheinen fixiert, und selbst die inzwischen verstärkt betriebene ideologiegeschichtliche Situierung Freuds in der patriarchalischen Tradition des Judentums kommt dem Problem des *Weiblichen* in der Psychoanalyse nicht näher.

Edith Seifert und Laurence Bataille, beide an Lacan geschult, eröffnen hier ein neues Diskussionsfeld, indem sie das bei Freud Fehlende oder Vernachlässigte nicht als Mangel oder gar böswilliges Verschweigen interpretieren, sondern als Indiz einer prinzipiellen Unmöglichkeit von Erkenntnis. Seiferts Arbeit ist eher theoretisch-analytisch orientiert, diejenige Batailles versammelt Erfahrungsberichte aus der psychoanalytischen Praxis, die zumeist in den Zeitschriften *Ornicar?* und *Études freudiennes* publiziert wurden. Das theoretische Instrumentarium Lacans bleibt aber auch hier ständiger Bezugspunkt. So lassen sich beide Arbeiten an vielen Punkten

miteinander verknüpfen: Das populäre Vorurteil gegenüber der männerzentrierten Psychoanalyse löst sich praktisch nachvollziehbar in den Begriff der Differenz auf.

Die Aura, mit der Lacan sich und die »École freudienne« umgab, wird hier durchsichtig, und dies ist insbesondere Laurence Bataille hoch anzurechnen, gehörte sie doch als Tochter des Surrealisten George Bataille und Stieftochter Lacans (ihre Mutter, Sylvia Maklès, war in zweiter Ehe mit Lacan verheiratet) zum Kreis der »Eingeweiheten«. Dennoch bleiben ihre Fallstudien, Parabeln und Traumprotokolle völlig frei von jener Selbstmystifikation, die das Vorurteil von der Psychoanalyse als Geheimwissenschaft nährt. Vermittelt wird vielmehr der Prozeß der Deutungsarbeit, die Fülle der Interpretationsansätze, die ständig revidiert werden müssen. Nicht gesicherte Erkenntnis ist das Ziel, sondern die Widerspruchserfahrungen der PatientInnen, für die die Psychoanalyse nicht Reparaturwerkstatt, sondern Medium der Selbsterkenntnis bedeutet. Damit sind aber auch Grenzen psychoanalytischer Arbeit bezeichnet, die sich durch feministische Allmachtsgesten nicht verschieben lassen: Wenn Bataille mit ihren PatientInnen in die »weißglühenden Archive« des Unbewußten hinabsteigt, weiß sie noch nicht, was sie zutage fördern wird. Ihre Aufgabe sieht sie darin, »zu ermöglichen, daß sich der Signifikantenschatz in der Diachronie entfalten kann« (56). Ein solches prozessual gefaßtes Verständnis von Psychoanalyse verhält sich flexibel gegenüber männlichen und weiblichen Anteilen im psychischen Geschehen, weil es sie nicht an den realen Geschlechtergegensatz, sondern an ihre Funktion in der psychischen Ökonomie bindet.

Hier setzt Seifert an, wenn sie die gesamte Diskussion von der erfahrungsgesättigten Ebene der Repräsentation auf diejenige der sprachlich vermittelten Differenz verlagert. Die vielleicht zunächst verwirrende Einbuße an Realitätsgehalt, der aufwendige Apparat der lacanschen Formalisierungen (128, 145) ermöglichen Erkenntnisse, die sich an die Diskussion um »gender« und »sex« zurückbinden lassen (Kaplan/Rogers in: *Das Argument* 165 und: Kaplan in: *Das Argument* 169). Der dort entwickelte Unterschied zwischen sexueller und sozialer Identität wird hier auf die Differenz von biologischem und psychischem Geschlecht bezogen. Insbesondere erweist sich der Begriff der Differenz selbst, den Lipowatz 1986 für die Formulierung eines politischen Ethos fruchtbar zu machen versucht hat, als Konzept für eine weder resignative noch mystifizierende Charakterisierung des Weiblichen (vgl. meine Rezension in: *Das Argument* 165, 732f.) Die weibliche Lust unterscheidet sich für Lacan von der männlichen gerade darin, daß sie sich nicht aussagen und darstellen, sondern nur genießen läßt, weil sie dem Zwang von phallischer Repräsentation und Versagung entzogen ist. Lacans oft kritizierter Satz von der »Nicht-Existenz der Frau« (161) wird so verständlich als Markierung eines Feldes, das sich der eindeutigen Definition entzieht. Das Spezifikum des Weiblichen erscheint nicht mehr als Gegensatz des Männlichen, sondern als eine eigenständige Sphäre jenseits der Geschlechterdichotomie. Daher könne es nicht mehr als Identität definiert werden, und folglich spricht Lacan auch nicht mehr von sexuellen Eigenschaften, sondern von »Mann und Frau als männlichen und weiblichen Parts oder Funktionen« (193), die in der Realität in den verschiedensten Mischungsverhältnissen auftreten können. Sie bleiben allerdings auch in der aktuellen Diskussion — wie an der zunehmend thematisierten »Faszination des Androgynen« (Kaplan in: *Das Argument* 165) abzulesen — noch oft genug auf eine Einheit bezogen, deren Unerreichbarkeit Lacan bereits in aller Schärfe hervorgehoben hatte.

Gegenüber einem derart als Widerspruch gedachten Weiblichkeitsverständnis ist es — wie Seifert vorführt — Irigarays »Rettungsversuch der Frau« (173), der sich den Vorwurf obsoleten Ganzheitsdenkens gefallen lassen muß. Ihr Konzept vermeide

gerade jene Aporien, die bei Lacan zum Motor der Differenz werden, und garantiere »positive Aussagbarkeit« (173). Das Reich des Ewig-Weiblichen mag damit zwar befestigt werden, für eine produktive Diskussion des realen und des imaginären Geschlechtergegensatzes dagegen ist so nichts gewonnen.

Ein Verlag, der sich solchen Gedankengängen verpflichtet fühlt, sollte auf das mißverständliche Signal des lila Umschlages verzichten, und wer Lacan ediert, sollte sich gegenüber Druck- und Kommaatafehlern (z.B. 109, 126f., 132, 183ff.) nicht gleichgültig verhalten.

Claudia Albert (West-Berlin)

Vogt, Irmgard: Alkoholikerinnen. Eine qualitative Interviewstudie. Lambertus-Verlag, Freiburg i.B. 1986 (208 S., br., 28,- DM)

Nicht die »Trinkgeschichte« interessiert Vogt, sondern die »Lebensrealität« von alkoholabhängigen Frauen. Was für eine Biographie haben diese Frauen? Wie sehen ihre Lebenszusammenhänge aus? Und vor allem: Wie gehen sie damit um? Wie sehen sie sich selbst? Diese Fragen sind in der Belletristik nicht mehr neu, wohl aber in der Alkoholismusforschung. Dort wird zwar mittlerweile die Frau erwähnt; aber die wissenschaftlichen Vorannahmen bezüglich Alkoholabhängigkeit wie auch die empirische Forschung orientieren sich weiterhin an der männlichen Lebensrealität. Genau dies reklamiert Vogt: Sie verlangt einen frauenspezifischen Blick auf die »Krankheit Alkoholabhängigkeit« (9), und dies setze ein Erfassen weiblicher Lebenszusammenhänge voraus. Ihre Ausgangsthese lautet denn auch: Alkoholikerinnen scheiterten oft an ihrem Lebenslauf, welcher subjektiv als Abweichung von der Normalbiographie erlebt werde.

Eine kurze Darstellung der weiblichen Durchschnittsbiographie bildet den Ausgangspunkt ihrer Studie: Die normativen Lebensereignisse zentrierten sich nach wie vor um das Familienleben; Heirat, Kinder, das Wohl der Familie seien Aufgabe der Frau. Eigene Lebensziele, Selbstbehauptung stünden ihr nicht zu, sie habe sich anzupassen und die männliche Dominanz zu akzeptieren. Daß die Berufstätigkeit der Frau und die damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten wie aber auch Zerrissenheiten heute immer mehr auch zur Normalbiographie gehören, läßt Vogt dabei außer acht. In ihrer Untersuchung befragte die Autorin 37 alkoholabhängige Frauen zwischen 35 und 50 Jahren. Zur Gewichtung der Aussagen bzw. Spezifizierung der biographischen Entwicklung der Frauen führt sie eine Vergleichsgruppe von 37 nicht-alkoholabhängigen Frauen an. Die Interviews führte sie offen, die Frauen bestimmten selbst den Ablauf. Zur Strukturierung diente Vogt einzig ein Interviewleitfaden, welcher fünf, durch empirische Studien/Literaturanalysen als problematisch ermittelte Themenbereiche enthält: Kindheitserfahrungen; Familienstand und Beruf; Liebe und Ehe; Alkohol und Prügel; die Beziehung zu den Kindern; Lebens- und Krankheitsgeschichte.

Die Darstellung im Buch orientiert sich an diesen Themenbereichen, jeweils aufgliedert in Interviewauswertung, getrennt nach beiden Gruppen sowie einem zusammenfassenden Vergleich. Leider erschöpfen sich die Resultate in einer bloßen Wiederholung der vorhergehenden Darstellung. Beispielhafte Protokollauszüge machen ihre deskriptive Analyse anschaulicher; teilweise erscheinen sie jedoch aus dem Zusammenhang gerissen bzw. lesen sich als Antworten auf konkrete, allerdings nicht genannte Fragestellungen. Vogt bearbeitet die Interviews eng an den durch den Leitfaden vorgegebenen Themenbereichen und behandelt jeden für sich. So werden andere, sich möglicherweise aus den Interviews ergebende Schwerpunkte — z.B. Sexualität — vernachlässigt und Zusammenhänge zwischen den Bereichen nicht aufgezeigt. Innerhalb des zentralen Themenbereichs »Liebe und Ehe« entwickelt sie zwei

»Idealtypen« (63), die die Komplexität der Lebenszusammenhänge aufweisen sollen, in welcher sich Alkoholabhängigkeit bei Frauen entwickeln könne. Beiden gemeinsam sei eine schwierige Kindheit, geprägt von Härte, Strenge und Prügel. Außer einer unverarbeiteten Beziehung zu den Eltern gäbe es keine engen Bezugspersonen. Schulausbildung und Berufsstatus seien schlechter als bei der Vergleichsgruppe. Der erste Idealtyp lebe angepaßt und beginne relativ spät mit erhöhtem Alkoholkonsum. Im Zentrum dieses Entwicklungsweges liege die Beziehung zum Mann, die von einem selbstzerstörerischen Machtkampf geprägt sei. Bei 73 Prozent der Befragten gehöre physische Gewalt dazu. Vogt interpretiert diese als Ausdruck der Machtfülle des Mannes. Die Schläge trafen die Frauen nicht nur physisch, sondern auch in ihrem schon eingeschränkten Selbstbewußtsein. »Für sich selbst die Sklavenrolle« (139 akzeptierend, sehe die Frau sich als die Schuldige: am Scheitern der Beziehung, an ihrer Alkoholabhängigkeit. Der zweite Idealtyp beginne mit lustvoll gelebtem hohem Alkoholkonsum und lebe in ungeordneten Verhältnissen. Einen hohen Stellenwert nehme der Körper ein, über welchen Zuwendung und Aufmerksamkeit gewonnen werde. Dieser Typ habe ein zerrissenes Selbstbild: Größenphantasie stehe neben Selbsterniedrigung. Widersprüche gehörten also zur Frau — sie dürfte nicht als »chronische Lügnerin« (126) etikettiert werden.

Die Biographie beider Typen zeige eine stete Verletzung und Beschädigung der Frauen und ihres Selbstbewußtseins. Vogts Leistung liegt darin, die Identitätskrise der Frau nicht erst an der Alkoholabhängigkeit festzumachen, sondern den Prozeß der Identitätsbildung wie dessen Störung und Behinderung schon von Kindheit an zu verfolgen. Ihre Schlußfolgerung lautet: »Gewaltverhältnisse sind es ..., die die Erfahrungen der Frauen prägen, und in denen sie ihre Ohnmacht immer wieder von neuem schmerzlich erleben.« (179)

Wie aber definieren sich diese »Gewalt-, Herrschafts- und Machtverhältnisse« genau? Vogt befragt die Frauen nicht nach ihrer Aneignung und Verinnerlichung gesellschaftlicher Strukturen; sondern sie fragt nach ihren interaktionellen Erfahrungen, um diese dann zu interpretieren. Sie bleibt dadurch personenzentriert, analysiert die beiden Typen auf der Beziehungsebene: Abhängigkeit von Männern und Alkohol; die Frau als Opfer. Würde sie die Frauen als handelnde Subjekte begreifen, müßte sie auch nach der subjektiven Sinnhaftigkeit der Droge fragen. D.h. sie müßte ihre Analyse in einen größeren Zusammenhang stellen, welcher eine differenzierte gesellschaftliche Analyse bedingt. Wie sehen die Lebensbedingungen für Frauen aus, und wie werden sie vermittelt? Wie bauen sich die Frauen in die vorhandenen Strukturen ein? Mit welchen Widersprüchen leben sie?

Vogt theoretisiert die Erfahrungen der Frauen kaum, legt ihr methodisches Vorgehen nicht offen und benennt die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nur ungenau. Die Frage nach der Funktionalität der Droge bleibt unbearbeitet. Vogt beschränkt sich auf individuelle Bewältigungsstrategien (mehrheitlich Fertigkeiten, wie Frauen besser funktionieren können). Zwar fordert sie als Wissenschaftlerin und Therapeutin, die Geschlechterverhältnisse im Hinblick auf Alkoholabhängigkeit kritisch zu hinterfragen und benennt auch die Herrschafts- und Machtstrukturen in den männerdominierten therapeutischen Institutionen treffend; aber die Lebenserfahrungen der Frauen verlieren sich. Eine gemeinsame Verarbeitung und eine Einsicht in Vergesellschaftungsmechanismen und damit Entwicklungsmöglichkeiten der Frauen kann Vogt durch ihre Blickweise nicht in ihre Therapieforderungen einbeziehen.

Silvia Häfliger (Hamburg)

Neuwirth, Barbara (Hrsg.): Frauen, die sich keine Kinder wünschen. Eine liebevolle Annäherung an die Kinderlosigkeit. Frauenverlag, Wien 1988 (288 S., br., 34,- DM)

Zehn Wissenschaftlerinnen ziehen mit ihren Beiträgen gegen die öffentliche Meinung zu Felde, die unterstellt, Frauen ohne Kinder hätten ihren Lebenszweck verfehlt. Die Psychologin Christiane Schmerl und die Soziologin Lindy Ziebell rücken die »freie Frau ohne Kinder, die sich nicht für andere opfert und [dennoch; Anm.d.Rez.] nicht auf ihre Sexualität verzichtet« (41), in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen. Sie versuchen nachzuweisen, daß der Kinderwunsch keinesweg zur biologischen Natur der Frau gehört, sondern einzig das Ergebnis patriarchalischer Sozialisation ist. Die historischen Studien von Elisabeth Wallinger und Claudia Opitz sind dem gesellschaftlichen Dualismus von Mutterschaft und Kinderlosigkeit gewidmet, wie er von Frauen im antiken Rom wie im späten Mittelalter zwischen Fluch und Heiligkeit ausgetragen werden mußte. Die Romanistin und Slavistin Erna Pfeiffer untersucht die spanische Literatur der letzten hundert Jahre hinsichtlich zwei entgegengesetzter Prämissen: tragisches Stigma der verheirateten unfruchtbaren Frau einerseits und Ehrverlust der fruchtbaren unverheirateten Frau andererseits. Die Ethnologin Ruth Linhart-Fischer benutzte einen Japanaufenthalt im Jahre 1988 dazu, das veränderte Selbstverständnis der japanischen Frau von heute mittels Interviews und der Auswertung statistischer Materialien darzustellen. Die ethnologische Studie von Elfi Höckner ist den Lovedu gewidmet, deren Königreich im nordöstlichen Transvaal, Südafrika, liegt und von einer rituellen Königin regiert wird (177). Die Lovedu verfügen über eine Gesellschaftsstruktur, die ein von dem unsrigen völlig verschiedenes Verständnis der Geschlechter ermöglicht. Die empirischen Untersuchungen von Roswitha Roth repräsentieren die Einstellung österreichischer Studentinnen und Studenten zum Thema »Kinderwunsch«. Monika Pelz illustriert an Hand zahlreicher Interviews, wie schwer es Frauen fällt, sich bewußt für oder gegen Kinderlosigkeit zu entscheiden. Der ideologiekritische Beitrag von Karin Rick schließlich ist als politischer Appell an die Frauen zu verstehen, den Preis der Kinderlosigkeit hinzunehmen, um aus den traditionellen weiblichen Mustern auszubrechen — auf Mutterschaft zu verzichten, um die individuelle Lebensqualität zu verbessern.

Karin Weingartz-Perschel (Düsseldorf)

Geschichte

Koenigsberger, Helmut G. (Hrsg.): Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit. Oldenbourg Verlag, München 1988 (323 S., Ln., 88,- DM)

Mit »Republiken und Republikanismus« sind zwei Teilthemen genannt: Republikanismus als politische Bewegung zur Erlangung einer entsprechenden Staatsform wirft die Frage nach den Ursprüngen, Triebkräften und der sozialen Basis auf. Für die Republik an der Macht stellt sich das Problem der Oligarchisierung.

Nippel erläutert Aristoteles' Konzeption einer gemäßigten Oligarchie, die sich des Rückhalts der breiten Bürgerschaft versichern will. Von diesem Ausgangspunkt formuliert er Fragen an die Renaissance-Republikaner und lenkt so das Augenmerk auf die abgestufte Teilhabe an der Herrschaft. Weitere Hinweise auf Kriterien der Partizipation finden sich in den anderen Aufsätzen. Für Antworten wird gezeigt, daß die Mittelklasse zwar nicht an der Regierung, aber am politischen Konsens beteiligt war, ohne den der Rat sich nicht halten konnte (*Wells*). In Venedig wurde die Oligarchisierung — hier innerhalb des bevorrechtigten Standes — durch die Verarmung vordem

vollberechtigter Teilhaber an der Macht ausgelöst, während die kaufmännisch erfolgreiche Gruppe die Herrschaft monopolisierte (*Cozzi*).

Durchweg wird die republikanische Bewegung und die Entstehung von Republiken nicht aus den Wirkungen der politischen Philosophie erklärt, sondern aus den realgeschichtlichen Voraussetzungen. Für die Niederlande ist vor längerem schon bemerkt worden, daß erst dann, als die praktischen Verfassungsprobleme nach der Unabhängigkeit gelöst waren, republikanische Ideen ausgearbeitet wurden (*Mout*). Für Genf (*Oresko*), die deutschen (*Schilling*) und die englischen Städte (*Roy*) gilt dasselbe. *Blockmans* zeigt, daß der niederländische Freiheitskampf eine bis ins 14. Jahrhundert zurückreichende Tradition in den Städten hatte, ihre Selbstverwaltung auszubauen und die Macht des Fürsten zurückzudrängen. Dagegen beruhte, wie Wells und Roy hervorheben, die unabhängige Stellung der Städte vor der Revolution auf ihrem Bündnis mit dem Kaiser bzw. König; jedoch gaben die Gegensätze zur Kirche, die der örtlichen Selbstverwaltung und der unter den Bürgern entstandenen religiösen Freiheit im Wege standen, den Ausschlag für die republikanische Seite gegen die Allianz von König und Kirche. Daher übrigens die enge Verbindung von republikanischer und reformatorischer Bewegung. Überall sind es bürgerliche Freiheiten und lokale Selbstverwaltung, aus denen die republikanische Bewegung entspringt. Das Streben nach Erweiterung der Autonomie untergräbt die Macht des Fürsten, der entweder als Personifizierung der nationalen Einheit nominelles Oberhaupt bleibt oder gestürzt werden muß. Vielversprechend ist daher der von Schilling formulierte Frageansatz, inwieweit der gemeindlich-genossenschaftliche Partizipationsanspruch Bausteine für eine republikanische Theorie lieferte. Dem Prinzip nach bestand allezeit der Anspruch der ganzen Bürgergemeinde auf Mitwirkung an der Verwaltung der Stadt; er wurde durch gemeindliche Kontrollorgane gewährleistet und in der Formel der »Mischverfassung« (halb oligarchisch, halb demokratisch) ausgedrückt. Am Beispiel Emden wird die Entwicklung eines autochthonen republikanischen aus dem gemeindlich-genossenschaftlichen Denken des Stadtbürgertums gezeigt: Übergang von positiv-rechtlichen zu naturrechtlichen Argumentationen, Entwurf eines republikanischen Modells für das fürstliche Territorium.

Am konsequentesten wird der Zusammenhang von Gemeindeautonomie und Republik bei *Blickle* gefaßt. Historisch aus der Fortentwicklung der gemeindlichen Autonomiebewegung entstanden, war die Republik auch verfassungssystematisch von den Gemeinden her aufgebaut. Die gemeindliche Selbständigkeit wird auf die Gewinnung wirtschaftlicher Autonomie zurückgeführt. »Kommunalismus« erscheint daher als ein dem Republikanismus entsprechender Begriff. »Je höher der Kommunalismus in einer Region entwickelt ist, desto wahrscheinlicher wird sich in dieser Region eine Republik herausbilden.« (60) Mit dieser Konzeption wird eine Erklärung der Republik als Flächenstaat ermöglicht, während die anderen Autoren den Republikanismus nur als städtische Angelegenheit behandeln.

Die Mehrzahl der Beiträge verharrt in der geistesgeschichtlichen Tradition. Einleitend definiert *Koenigsberger* Republikanismus als politische Theorie und Staatsideologie. In der Schlußbetrachtung verfällt er in den alten Fehler, am republikanischen Ideal die Wirklichkeit zu messen. Die historische Realität erscheint jetzt als Abweichung vom Eigentlichen. Oligarchie, »Pöbelherrschaft«, Tyrannis kann man so nicht erklären. Die Materialstudien zeigen, daß die Entstehung der frühbürgerlichen Republiken der Ausarbeitung republikanischer Ideologien vorausgeht. Daraus sollen methodologische Konsequenzen gezogen werden. Die verfassungsgeschichtlich orientierten Arbeiten, vor allem von *Blockmans* und *Blickle*, sind geistesgeschichtlichen Erklärungen deutlich überlegen.

Hartmut Zückert (West-Berlin)

Blickle, Peter: Gemeindereformation. Die Menschen des 16. Jahrhunderts auf dem Weg zum Heil. Oldenbourg Verlag, München 1987 (234 S., br., 38,- DM)

Der Berner Historiker möchte mit dem Begriff der »Gemeindereformation« die »reformatorische Bewegung bis 1525« erfassen (14); geographisch ist die Studie im wesentlichen auf den oberdeutschen Raum beschränkt. Die reformatorische Bewegung wird als soziale behandelt: »Nicht aus Frömmigkeitsformen und Religionspraktiken erklärt das Buch die Reformation als soziale Bewegung, sondern aus den realen Lebensbezügen der Bauern und Bürger« (21). Die Darstellung ist flüssig und in einer eingängigen Sprache geschrieben.

Zunächst geht es um die »bäuerliche Reformation« auf dem Land (24-76), die zu recht als Kommunalisierung der Kirche beschrieben wird: Es setzte sich die Auffassung durch, daß die Gemeinde »zuständig und fähig« sei, über die richtige Lehre zu befinden (71), um auf diesem Wege die Mißstände in der römischen Kirche zu überwinden. Im Zentrum des bäuerlichen Reformationsverständnisses stand die freie Pfarrwahl durch die Gemeinde. Diese Reformsbestrebungen blieben freilich nicht auf die Kirche beschränkt, sondern sie gaben, wie der Verfasser überzeugend darlegt, auch der »politischen Institution Gemeinde eine neue Würde und Legitimität, die ihr als Basis für politische Ordnungen einen völlig neuen Stellenwert im Bewußtsein der ländlichen Gesellschaft einräumte« (67). Sodann wendet er sich der »bürgerlichen Reformation« zu (76-110). Auch diese läßt sich als Prozeß der Kommunalisierung der Kirche charakterisieren. Allerdings hat sie in den Städten keine »auf die Gemeinde gegründete Kirche gestiftet (109). Wie auf dem Land so blieben auch in den Städten die Reformansätze nicht auf den kirchlichen Bereich beschränkt, sondern griffen auf auf Wirtschaft und Politik über. Abschließend arbeitet der Verfasser Spezifika und Gemeinsamkeiten beider Reformationen heraus (110-122). Um die Gemeinsamkeiten hervorzuheben, wird der Begriff der Gemeindereformation eingeführt: »Gemeindereformation bedeutet Reformation der Kirche und Gesellschaft auf kommunaler, gemeindlicher Grundlage.« (112)

Der zweite Teil behandelt das Thema Kirche und Evangelium in der Theologie der Reformatoren und deren Rezeption durch die bäuerliche und bürgerliche Gesellschaft (123-164). Verschiedene Reformatoren, so z.B. Luther, Bucer oder Zwingli, haben in ihren frühen Schriften der Gemeinde Rechte zuerkannt — etwa Luther 1523 das Pfarrwahlrecht —, die sie dann allerdings unter dem Eindruck des Bauernkrieges zurückgenommen oder doch zumindest restriktiv verstanden wissen wollten. Dieser Teil dient im wesentlichen der argumentativen Untermauerung des Konzeptes Gemeindereformation. Wichtige Schriften von Luther, die nach 1525 geschrieben worden sind, werden dabei nicht berücksichtigt.

Die Rezipienten der Schriften und Flugblätter der Reformatoren übernahmen nicht einfach deren theologische Argumentationszusammenhänge zum Kirchenbegriff und einer auf die Gemeinde zu gründenden Kirche, sondern sie fügten deren Gedankenarbeit noch etwas hinzu: eine »Theorie der christlichen Republik, in der das Göttliche Recht normativen Charakter hat« (165). Dies sei nur vor dem Hintergrund der Kommunalisierung der spätmittelalterlichen Gesellschaft möglich gewesen (165-204). Im Schlußabschnitt erörtert der Verfasser den Übergang der Gemeindereformation zur Fürstenreformation, den er traditionell mit dem Jahr 1525 ansetzt. — Ob sich Blickles Versuch, die bäuerliche und bürgerliche Reformation als Komponenten eines einheitlichen Entwicklungsprozesses aufzufassen, als ein tragfähiges Erklärungskonzept erweisen oder sich gar durchsetzen wird, möchte ich bezweifeln.

Dirk Fleischer (Reken)

Schulze, Winfried (Hrsg.): *Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität*. Oldenbourg Verlag, München 1988 (X und 416 S., Ln., 98,- DM)

Die in dem Band enthaltenen Referate wurden 1985 auf einem von der Stiftung des Historischen Kollegs in München organisierten Kolloquium vorgetragen. Sie repräsentieren in erster Linie den Stand der bundesdeutschen Forschung. Die meisten Aufsätze beschäftigen sich mit den Sozialstrukturen und den Formen sozialer Mobilität in der Frühen Neuzeit (Epochenschwelle 1500). Alle Beiträge kennzeichnen das Interesse, die Entwicklungsschritte im Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft zu rekonstruieren.

Der spezifische Diskussionsgegenstand bildet die von den Teilnehmern seit dem Spätmittelalter beobachtete Gleichzeitigkeit von zwei einander widersprechenden Phänomenen, die O.G. Oexle als »Kluft zwischen Wirklichkeit und Wirklichkeitswahrnehmung« bezeichnet (47): Die im Zeitraum vom 9. bis 11. Jahrhundert in Frankreich und England entwickelte Ordnung dreier streng voneinander geschiedener Stände (Kleriker-, Ritter- und Bauernstand) blieb bis in das 18. Jahrhundert das vorherrschende Deutungsmodell der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die auf diese Sozialordnung bezogene »Idealvorstellung einer Gesellschaft ohne Konflikte« (3) — so der Herausgeber, die nach Oexle auf dem antiken und vorreformatorischen Ordnungsprinzip »Harmonie durch Ungleichheit« (*sum cuique*) beruhte, entsprach nicht den territorialstaatlichen Verhältnissen, die sich in einigen Ländern Europas durch soziale und politische Umbrüche seit dem Spätmittelalter abzeichneten.

Die Referate differenzieren allerdings den Eindruck einer sich in der Frühen Neuzeit durchhaltenden Diskrepanz zwischen »Theorie und Realität«. Die fünf mentalitätsgeschichtlichen Aufsätze ermitteln einerseits einen Bedeutungswandel an manchen Grundwerten der ständischen Gesellschaft, z.B. an dem der Ordnung, der Haustugenden, der Hausnotdurft oder an dem der Ehre (R. Blickle, P. Münch); andererseits zeigen sie an Beispielen der auf Beeinflussung des Publikums abzielenden Hausväterliteratur, an einem Tafelbild und an Holzschnitten das Festhalten an dem nur geringfügig modifizierten Dreiständemodell (R. u.T. Wohlfeil, G. Frühsorge). — Mit der Sozialstruktur einiger Länder und den die einzelnen Stände und Berufsgruppen betreffenden sozialen Umbrüchen befassen sich die anderen zehn Referate. Sie zeigen, daß die angedeutete Diskrepanz bis zum 16. Jahrhundert nur zeitweilig auftritt; dann verstärkt sie sich durch die sowohl dem niederen Adel und dem Patriziat als auch manchem Handwerker und Bauern eröffneten hohen sozialen Mobilitätschancen. Die Möglichkeiten vertikaler Mobilität verringerten sich dann wieder Mitte des 17. Jahrhunderts im Zuge der Aristokratisierungs- und Oligarchisierungstendenzen bei den korporativen Gruppen und Ständen. — Entsprechend der übergreifenden Fragestellung dieses Kolloquiums kann der z.B. von den Mobilitätsprozessen indizierte soziale Wandel nach Ansicht des Herausgebers nur unter Berücksichtigung des okzidentalen Modernisierungsprozesses und seiner länderspezifischen Verlaufsformen und Grenzen plausibel interpretiert werden. In der Forschung werden allgemein die Staatsbildung, die Konfessionalisierung, die Bevölkerungszunahme, die Entstehung der Weltmärkte und der frühkapitalistischen Produktionsweisen als die wesentlichen Faktoren angesehen.

Der Vergleich länderspezifischer Modifikationen des Dreiständemodells zeigt, daß im Zuge der frühmodernen Staatsbildung den bürgerlichen und adligen Gruppen durch die Vergabe von Ämtern in der Verwaltung, im Militär oder am Hof Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet wurden. Die Mobilitätsprozesse forcierten die Auflösung der feudally legitimierten Ständegesellschaft. Die alten Stände nahmen in den entstehenden Territorialgesellschaften durch die vom Landesherrn vergebenen

Privilegien, Aufträge und Ämter einen berufsständischen Charakter an. Diese Entwicklung war nach Darstellung K. Wrightsons in England am weitesten fortgeschritten, wenn man den Hochadel außer acht läßt. Die beiden unteren Stände hatten sich in eine Vielzahl von »Status- und Berufsgruppen« (202) aufgelöst (vgl. die Beiträge zu Frankreich von G. Huppert und A. Jouanna, zu Spanien von H.R. Guggisberg und zum Deutschen Reich von V. Press, M. Reinhard und S. Jahns).

Die Mobilitätsprozesse verliefen von seiten des Fürstenstaates über Rangerhöhungen und Nobilitierungen; hingegen kontrollierten die korporativen Berufsgruppen und Stände die über Eheschließungen, Verwandtschaft, Patronage, Bekanntschaft und Landsmannschaft sich vollziehende Mobilität. Weiterhin begünstigten und beschränkten die verfügbaren Finanzmittel, die soziale Herkunft und die korporativen und institutionellen Zugangsbedingungen die Mobilitätschancen (vgl. die Beiträge über die Reichskammergerichtsassessoren von S. Jahns und die von R. Endres über das süddeutsche und von W. Reinhard über das italienische Patriziat). Im Gegensatz dazu zeigt E. Schubert, daß die »ehrlösen« und vagierenden Berufsgruppen und religiösen bzw. ethnischen Minderheiten, wie z.B. die Leineweber, die Heilkundigen, die Zigeuner oder Betteljuden, von den Formen sozialer Mobilität ausgeschlossen waren. Darüber hinaus begann bereits im Spätmittelalter ihre von den Territorialstaaten mit Unterstützung der Stände initiierte Diskriminierung und Verfolgung. Der von Schubert für den Zeitraum von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts angesetzte Höhepunkt der »Kriminalisierung« (136) von Randgruppen korrespondiert mit der von den Staaten eingeleiteten, alle Stände betreffenden Sozialdisziplinierung. Vor allem die Territorialstaaten des Deutschen Reiches, aber auch die absoluten Monarchien Spaniens und Frankreichs reagierten mit Rechtsverordnungen, restriktiver Stafrechtspraxis und rigidem Kirchenregiment auf die durch die Religions- und Bürgerkriege, Hungersnöte und Seuchen ausgelösten Krisen des 17. Jahrhunderts. Auf die ordnungspolitischen Maßnahmen verschärfend wirkte der von den Handelsmächten diktierte wirtschaftliche Wettbewerb. Die Kontinentalstaaten reagierten nach Maßgabe kameralistischer und physiokratischer Doktrinen mit einer dirigistischen Finanz-, Agrar- und Gewerbepolitik. Diese Wirtschaftspolitik richtete sich nach Ansicht des Herausgebers gegen »adelige und klerikale Privilegien« (9) und beförderte die Auflösung der ständischen Gesellschaft.

Frank Konersmann (Bielefeld)

Vierhaus, Rudolf (Hrsg.): Aufklärung als Prozeß (Aufklärung. Interdisziplinäre Halbjahresschrift zur Erforschung des 18. Jahrhunderts und seiner Wirkungsgeschichte, Jg. 2, Heft 2). Felix Meiner Verlag, Hamburg 1988 (167 S., br., 58,- DM)

Gut ein dreiviertel Jahr nach der Publikation eines von Bödeker und Herrmann herausgegebenen Bandes *Über den Prozeß der Aufklärung in Deutschland im 18. Jahrhundert* (s. *Das Argument* 169, 456-58) ist als 4. Heft der 1986 gegründeten Zeitschrift *Aufklärung* eine Themenausgabe *Aufklärung als Prozeß* erschienen. Der Zeitschriftencharakter wird vor allem in den drei Rubriken *Diskussion und Berichte*, *Rezensionen* und *Mitteilungen* deutlich, die nicht auf die übergeordnete Thematik bezogen sind, sondern aktuelle Informationen beinhalten; eine vierte Rubrik *Kurzbiographie* setzt die bereits in den drei ersten Heften begonnene Tradition fort, einen in der Regel wenig bekannten Aufklärer zu porträtieren (hier: R. Vierhaus über Chr. Garve).

Der Hauptteil des Heftes umfaßt neben einer programmatischen *Einleitung* des Herausgebers insgesamt sechs *Abhandlungen*, die eine gewisse thematische Einheit bilden. Diese Beiträge stammen von ausgewiesenen Spezialisten verschiedener

Disziplinen; sie verbinden jeweils detaillierte Quelleninterpretationen mit der Auswertung und Kritik der modernen Forschung. Hervorheben möchte ich drei Beiträge. U. Herrmann diskutiert das Thema *Aufklärung als pädagogischer Prozeß* in dreifacher Hinsicht: als individuellen Prozeß der (Selbst-)Aufklärung des einzelnen Subjekts, als gesellschaftlichen (d.h. vor allem institutionell zu organisierenden und abzusichernden) Prozeß der Volksaufklärung, schließlich auch »als einen gattungsgeschichtlichen Prozeß der sich aufklärenden 'Menschheit' als eines 'Subjektes' der Geschichte, deren Verlauf (Prozeß) als Fortschritt (Progreß) entworfen wird.« Diese drei Aspekte sind eng miteinander verflochten und setzen sich in der historischen Wirklichkeit wechselseitig voraus. Freilich, wenn die Bedingungen und Intentionen individuellen und kollektiven Handelns nicht in Übereinstimmung sind (was häufig der Fall ist), ist dieser Prozeß der Aufklärung durch innere Widersprüche gekennzeichnet; er droht dann an den gegenläufigen Tendenzen zu scheitern, die er selber freigesetzt hat. D. Klippel gibt einen Überblick über *Politische Theorien im Deutschland des 18. Jahrhunderts*; er wendet sich gegen die gängige These, die deutsche Aufklärung sei unpolitisch gewesen, und unterscheidet fünf Hauptströmungen politischen Denkens. H.E. Bödeker schließlich beschreibt in seinem Beitrag *Aufklärung als Kommunikationsprozeß* grundlegende Strukturen des fortschreitenden und sich stetig beschleunigenden gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses: Aufklärung gründete in Kommunikation und produzierte ihrerseits vielfältige, ausführliche und intensive Kommunikation. Bödeker skizziert zunächst die aufklärerische Konzeption von Kommunikation, um sich dann mit dem Briefwechsel der deutschen Gebildeten zu beschäftigen, dem für die Entfaltung der Aufklärung große Bedeutung zukam. Anschließend behandelt er das Zeitschriftenwesen, dessen Expansion und den damit verbundenen Strukturwandel: Dies war Voraussetzung für die Entstehung eines Kommunikationszusammenhanges, der die territoriale, kulturelle und intellektuelle Zersplitterung Deutschlands allmählich überwinden half. Neben Briefwechsel und Zeitschriftenpublikation spielten die so vielschichtigen Aufklärungsgesellschaften (s. *Das Argument* 164, 605f.) eine außerordentlich wichtige Rolle für den aufklärerischen Kommunikationsprozeß.

Horst Walter Blanke (Bielefeld)

Bödeker, Hans Erich, und Ulrich Herrmann (Hrsg.): Aufklärung als Politisierung — Politisierung der Aufklärung. Felix Meiner Verlag, Hamburg 1987 (302 S., Ln., 98,- DM)

Der Band versammelt Vorträge, die auf der 8. Tagung der Deutschen Gesellschaft für die Erforschung des 18. Jahrhunderts im November 1983 in Wolfenbüttel gehalten worden sind. Leider fehlen einige der zentralen Beiträge der Tagung, so z.B. der Eröffnungsbeitrag von Rüdiger Bubner »Säkularisierung und Geschichtserfahrung«, der an anderer Stelle veröffentlicht worden ist.

Der Prozeß der Aufklärung wurde im 18. Jahrhundert nicht nur von der reflexiven Kraft des Verstandes getragen, sondern er war »vor allem auch die (Sache) des praktischen Verhaltens zur Welt und Umwelt, eine alle Lebensbereiche umfassende Reformbewegung« (5). Eine so begriffene Aufklärung war die »Bedingung der Möglichkeit für die Herausbildung eines politischen Bewußtseins« (ebd.). Hieraus ergeben sich zwei zentrale Fragen, die in den meisten Beiträgen behandelt werden: Wie hat die so verstandene Aufklärung »Politisierung« gefördert, und welche Veränderungen hat die Aufklärung dabei selbst erfahren? Die Autoren haben zur Beantwortung dieser beiden Fragen unterschiedliche Zugänge gewählt. So enthält der Band neben einer Reihe von — zumeist personenbezogenen — Einzelfallstudien auch einige eher als systematisch zu bezeichnende Abhandlungen (H. Wiegmann: Redekunst

und Politik; D. Klippel: Naturrecht als politische Theorie) und — besonders erwähnenswert — eine Liedinterpretation (H.-W. Jäger). Thematisch wurden verschiedenartige Sachverhalte und Probleme untersucht. Dies gilt insbesondere für die Aufsätze von W. Martens (Die deutsche Schaubühne im 18. Jahrhundert — moralische Anstalt mit politischer Relevanz?), J. Schmitt-Sasse (Der Patriot und sein Vaterland. Aufklärer und Reformator im sächsischen *Rétablissement*) und den instruktiven Beitrag von D. Hoffmann (Überlegungen zum Problem einer politischen Ikonographie der deutschen Aufklärung), der herausarbeitet, daß im 18. Jahrhundert eine politische Ikonographie entstand, die kennzeichnend für das aufklärerische Streben nach Humanisierung der allgemeinen Lebensbedingungen ist. Leider fehlt ein Beitrag, der die Bedeutung der Aufklärungstheologie für die Politisierung behandelt, wenn man einmal von dem Aufsatz von U. Becher (Moralische, juristische und politische Argumentationsstrategien bei Friedrich Carl von Moser) absieht, in dem auf die pietistische Prägung von Moser hingewiesen wird, die als solche auch in seine aufklärerische Argumentationsstrategie Eingang gefunden hat.

H.E. Bödeker untersucht »Prozesse und Strukturen der politischen Bewußtseinsbildung der deutschen Aufklärung«. Er kann zeigen, daß die Gebildeten in Deutschland, die zumeist als Publizisten und Beamte tätig waren, in »kritischer Kooperationsbereitschaft mit den Fürsten« ihr »Programm politischer Aufklärung und Reform anstelle von Revolution« vertraten (28). In seiner Studie über J.H.G. von Justi kommt H. Dreitzel zu einem vergleichbaren Ergebnis: Auch Justi ging es nicht um Revolution, sondern um Kritik und Reformen. Dazu »politisierte er die Kameralwissenschaften, indem er sie zu Staatswissenschaften erweiterte und zu einem Instrument der Kritik ausbaute« (172). Weitere personenbezogenen Einzelstudien sind J. Mauvillon (J. Hoffmann), I. Kant (R. Brandt) und E.F. Klein (E. Hellmuth) gewidmet. W. Schneiders analysiert das Verhältnis von Philosophie und Politik an Hand von Äußerungen von C. Thomasius, C. Wolff, Friedrich II. und I. Kant im aufgeklärten Absolutismus. U. Herrmann belegt, daß Erziehung und Unterricht, Schule und Universitäten nach 1762 (dem Erscheinungsjahr einer deutschen Übersetzung von Rousseaus »Emile«) zu einem »Politikum ersten Ranges geworden sind und maßgebliches zur Politisierung der Aufklärung beigetragen haben. Den Politisierungsprozesse innerhalb der Schauspielkunst geht K. Wölfel nach. Dieser Beitrag gehört zu den wenigen, in dem der Begriff Politisierung explizit behandelt wird.

Dirk Fleischer (Reken)

Soziale Bewegungen und Politik

Leggewie, Claus: Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten. Mit Beiträgen von Ulrich Chaussy, Volker Hartel, Volker A. Zahn. Rotbuch Verlag, West-Berlin 1989 (153 S., br., 14,- DM)

Das gut lesbare Buch geht über ein »Phantombild« für die Fahndung hinaus, welches oberflächlich ablehnend und kämpferisch bliebe. Eher ist es der Versuch einer Krankengeschichte des Patienten: Statt blindem Aktionismus der Linken gegen die REPs regt es zu einem ernsthaften »(Selbst-)Aufklärungsprozeß über diesen politischen Gegner« (10) an. Interviews mit einem jugendlichen REP-Wähler, einem jungen Karrieristen in der Partei (C. Pagel), dem Parteiführer Schönhuber sowie Eindrücke aus Wahlversammlungen und einer Mitgliederversammlung lassen die Diskurse, die sich hier verknoten und neu artikulieren, plastisch werden. Die Entwicklung der REPs seit 1983 wird als Geschichte der Krisen, Intrigen und Spaltungen

beschrieben (60ff.). Auch die Person Schönhubers wird mit »soziologischer Neugier«, so Leggewies Zielsetzung (10), porträtiert (108ff.).

Die Analyse der schriftlich niedergelegten Programmatik (87ff.) arbeitet Elemente heraus, die auch in anderen politischen Strömungen vertreten werden: z.B. die populistische Rhetorik, die Nähe zu bestimmten ökologischen Tendenzen (z.B. der ÖDP), antiamerikanische Elemente bei Schönhuber, die Tendenz zur Blockfreiheit, die Forderung nach Kooperation mit den Völkern der »Dritten Welt« sowie die Forderung einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft mit genossenschaftlicher Selbstverwaltung bei den jungen REPs. An dieser Verknotung unterschiedlicher Diskurse müßte die weitere Analyse einsetzen, um die Handlungsfelder der Linken schnell, also vor einer organisatorischen Verfestigung dieser Diskursstruktur sowie des damit verbundenen sozialen Bündnisses in der Partei abzustecken. Von einem aktuellen Buch kann eine solche Analyse wohl nicht erwartet werden.

Den theoretischen Rahmen seines Herangehens an das Problem »REP« steckt Leggewie mit den folgenden Bemerkungen ab: In der Bundesrepublik gab es, wie insgesamt in Westeuropa, immer einen »Bodensatz« rechtsextremistischer Einstellungen, der jedoch von der Union integriert werden konnte (32). Das Integrationsmodell der modernisierten Union hat »am rechten Rand« des »Parteienspektrums« versagt (zum folgenden: 54). In der Union haben sich zwei Linien (Überholung des sozialliberalen Politikmodells gegen konsequente Revision) herausgebildet, die sich mehr und mehr bekämpfen. Die rechtsextremistischen Potentiale verselbständigen sich jetzt am rechten Rand, weil sich die politischen Verhältnisse auf ein westeuropäisches Maß »normalisieren« (»Heraustreten aus dem Schatten Hitlers«), weil rechtspopulistische Erfolge in den Nachbarländern hiesige Versuche ermuntern, weil in einer »Art Symmetrieeffekt« auch auf der rechten Seite des Parteienspektrums neue Spaltungslinien entstehen (28), weil die alte Kernwählerschaft der Union (Bauern, alter Mittelstand) materiell von der Regierungspolitik enttäuscht wird und der neue Mittelstand vom »Wertewandel« erfaßt ist. So entsteht ein Vakuum, in das die neuen rechten Parteien eintreten können.

Ich denke, daß die Analyse mit dem Modell des fast natürlichen, ausbalancierten Spektrums von »Rechts« nach »Links«, wie es hier, aber auch an anderen Stellen (z.B. 150), durchscheint, die Entstehung der REPs, ihre soziale Bündnisstruktur und die diskursive Struktur nicht systematisch erfassen kann, also nicht hinreichend politische Eingriffsmöglichkeiten bereitstellt: Die REPs können weder politisch noch theoretisch als ein Problem der Union angegangen werden. Indizien dafür nennt auch Leggewie: Nicht nur Wähler, sondern auch Funktionäre kommen von der SPD (17, 75), die Wahl der REPs ist ein grundsätzlicher Protest gegen das gesamte politische System, jedoch in diesem (27). Trotzdem sieht Leggewie die Lösung des Problems REP bei der Union: Sie soll über die Integration ihrer Strömungen im Sinne der »Reformer« (Geißler u.a.) auch die Abspaltung »REP« integrieren (147ff.).

Jörg-Michael Vogl (Marl)

Girvin, Brian (Hrsg.): The Transformation of Contemporary Conservatism. Sage Publications, London 1988 (232 S., br., 10,95 £)

Die gegenwärtigen politischen Positionen konservativer Parteien und deren Kurswechsel sind Gegenstand des vorliegenden Bandes, der aus einem Workshop des »European Consortium for Political Research« (ECPR) in Göteborg 1986 hervorgegangen ist. Im Unterschied zu einem großen Teil der Neokonservatismus-Literatur konzentrieren sich die zehn Beiträge, in denen neun westliche Länder behandelt werden, vor allem auf die parteiförmige Erscheinung. D.h. es geht weniger um die

Ideologien intellektueller Protagonisten oder das Alltagsverhalten bzw. die Stimmungslage des Massenpublikums. Dabei wird das rechte parteipolitische Spektrum in seiner Entwicklung vorwiegend in der Zeit nach 1945 analysiert.

In seiner Einleitung unterscheidet der Herausgeber drei Grundformen konservativer Parteien in demokratisch-kapitalistischen Systemen (9ff.). Bei der »liberal-konservativen«, die in Großbritannien und den USA anzutreffen ist, sind (Markt-)Liberalismus und Konservatismus vollständig verschmolzen und zu einer homogenen Ideologie und zu einer konsistenten sozialen Basis zusammengewachsen. Die »Christdemokraten« sind gekennzeichnet durch eine beachtliche Spannung zwischen christlichen Moralvorstellungen und Marktindividualismus. Zwar zeichnet sich eine zunehmende Annäherung an die liberal-konservative Strömung ab, doch bleiben charakteristische Unterschiede, vor allem bezogen auf die Rolle des Staates und sein Verhältnis zum Individuum. Der »autoritäre Konservatismus« hingegen ist stark etatistisch und nimmt, um konservative Werte zu schützen und zu erhalten, ein erhebliches Maß an Staatsintervention in Kauf. Typische Fälle hierfür sind die französischen Gaullisten, die Fianna Fáil in Irland und mit Abstrichen die CSU. Konservative Parteien und ihre Politik werden im Unterschied zur bekannten Definition Greifenhagens (s. Grande, 56f.) nicht nur als bloß reaktiv verstanden. Im Gegenteil, sie stellen eine alternative und parallele Betrachtungsweise der politischen Realität dar, und sie versuchen, ihre politische Hegemonie über die Gesellschaft zu entfalten. In dieser Hinsicht bedeutet konservativ eine spezifische Variante von Fortschritt (10f.).

Gillan Peele nimmt sich des neokonservativen Musterfalles Großbritannien an und arbeitet zutreffend heraus, wie wichtig der Wahlsieg von 1979 für die Entfaltung des neokonservativen Programms in der Conservative Party war. Dieser erst hat dem thatcheristischen Kurs zum Durchbruch verholfen und es der Parteiführerin erlaubt, innerparteiliche Kritik zu ersticken. Zugleich warnt sie aber vor der Überschätzung des Thatcherismus, denn ein erheblicher Teil des Erfolgs basiert auf der geringen Anziehungskraft der konkurrierenden Parteien (33). Komplizierter ist die Lage der französischen Rechten. *Volkmar Lauber* unternimmt es, die unterschiedlichen Strömungen, Parteigründungen und Wandlungen nachzuzeichnen. Er stellt trotz aller Differenzen und Widersprüche einen zunehmenden Verbreitungsgrad neokonservativer Ideen, vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik, fest (52). *Edgar Grande* beschreibt am deutschen Fall die Entwicklungsstadien des hiesigen Konservatismus und analysiert die politische Basis der derzeit regierenden Koalition. Trotz der unverkennbar betriebenen Versuche, Ökonomie, Gesellschaft und kollektive Identität nach neokonservativen Vorstellungen zu gestalten, sind seines Erachtens diesen Bemühungen enge Grenzen gesetzt. Restriktionen erwachsen vor allem aus der politischen Schwäche des westdeutschen Neokonservatismus, der sich über mehrere Parteien hinweg aufsplittert; ja, diesen zum Teil immer noch fern steht. Innerhalb des Regierungslagers macht er verschiedene Sperren wie Koalitionsregierung, »sperrige« Gruppierungen in der CDU (vor allem die Sozialausschüsse) und ein fragmentiertes Regierungssystem (Ressortprinzip, Föderalismus) aus, die ein neokonservatives Programm an seiner Durchsetzung hemmen (68ff.). Allerdings bemißt sich der Erfolg des neokonservativen Projekts nicht nur daran, was umgesetzt, sondern auch daran, welche Entwicklung blockiert wird (73). In ähnlicher Weise werden die anderen Länder abgehandelt: die Niederlande (*Lucardie*), Österreich (*Müller*), Norwegen und Schweden (*Ljunggren*), Spanien (*Montero*) und die USA (*Girvin*). Deutlich wird dabei, daß es *die* neokonservative Partei nicht gibt; vielmehr sind in den meisten Fällen die bürgerlichen Parteien »more than Conservative, less than Neoconservative« (145).

Josef Schmid (Bochum)

Borsdorf, Ulrich (Hrsg., unter Mitarbeit von Gabriele Weiden): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945. Mit einem Vorwort von Ernst Breit und Ilse Brusis. Bund-Verlag, Köln 1987 (600 S., Ln., 38,- DM)

Potthoff, Heinrich: Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik. Droste Verlag, Düsseldorf 1987 (435 S., Ln., 78,- DM)

In den letzten fünfzehn Jahren sind eine Reihe bedeutender Arbeiten über historische Knotenpunkte und »Schicksalsperioden« der deutschen Gewerkschaften erschienen, die zumeist auf hohem wissenschaftlichem Niveau den sozialhistorischen — anstelle des früher bevorzugten organisations- und politikgeschichtlichen — Zugang präferieren. Gewagt wurde nun eine neue, den wissenschaftlichen Forschungsstand repräsentierende Gesamtdarstellung der deutschen Gewerkschaftsgeschichte. Ihr erster Band (»Von den Anfängen bis 1945«) wurde von U. Borsdorf mit einem informativen bibliographischen Nachwort herausgegeben; der zweite Band, »Von 1945 bis heute«, steht vor dem Abschluß. Verfasser des in vier Teile gegliederten ersten Bandes sind ausgewiesene Historiker. *Klaus Tenfelde*, Autor einer anregenden Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft und ihrer Organisationen, behandelt die Entstehungsgeschichte der deutschen Gewerkschaften vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes. Sein sozialhistorischer Ansatz stellt die Organisationsgeschichte in den Kontext wirtschaftlicher, demographischer, politischer, rechtlicher und soziokultureller Bedingungen und Entwicklungen. Die Prozesse kollektiver Organisation werden nicht nur in dem (engen) Zusammenhang von sozialem Protest und Streik diskutiert, sondern auch in dem (weiten) von Klassenbildungsprozessen, deren Substrat soziale Lage, Arbeitserfahrungen, Arbeiterkultur und obrigkeitstaatliche Repressionen bildeten. Insbesondere letzteres trug — neben der wirtschaftlichen Konstituierung durch die Industrialisierung — zur politischen Konstituierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bei: »... es war die repressiv-obrigkeitliche Politik in Preußen-Deutschland, die die Arbeiterbewegung immer wieder auf ihre Klasseneinheit zurückdrängte und damit die Gewerkschaften an die Seite der Sozialdemokratie zwang.« (121f.)

Klaus Schönhoven behandelt die Periode des Durchbruchs zur Massengewerkschaft bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Neben den bereits in seiner Würzburger Habilitationsschrift (»Expansion und Konzentration«) untersuchten Gegenständen — Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsformen und Binnenstrukturen, des Verhältnisses zwischen Organisation und Mitgliedern — diskutiert Schönhoven das wechselvolle Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat, Kapital und zur Sozialdemokratie. Angemessenen Raum findet die Verbandsbildung der Arbeitgeberbewegung im Zusammenhang des Crimmitschauer Textilarbeiterstreiks 1903 und die Burgfriedenspolitik während des Ersten Weltkrieges, die er als »Kriegsopportunistische Politik der Gewerkschaften« (272) bezeichnet.

Michael Schneider, Autor einer großen Studie über die christliche Gewerkschaftsbewegung und anderer Arbeiten über die Gewerkschaftsproblematik in der Weimarer Republik, beschreibt die »Höhen, Tiefen und Krisen« in den Jahren 1918 bis 1933. Ihrer von der politischen Geschichtsschreibung herstammenden Einteilung in drei Phasen — Revolution und Inflationsjahre, Stabilisierungsperiode, Ära der Präsidialkabinette — hat er Stadien gewerkschaftlicher Entwicklung zugeordnet: »Scheinblüte« (1918/19-1923), »Konsolidierung« (1924-1929), »Auflösung« (1930-1932/33). Die »Scheinblüte« bezieht er auf den explosiven Mitgliederzuwachs in den Jahren 1919/20 auf über acht Millionen und ihrer Halbierung in den Jahren 1923/24; auf die hohen Erwartungen, mit der die Ära der Zentralarbeitsgemeinschaft begonnen und

die herben Enttäuschungen, mit der sie beendet wurde; auf den erfolgreichen Widerstand gegen den Kapp-Putsch und auf die Mißerfolge in der tariflichen Lohn- und Arbeitszeitpolitik während der Inflationsjahre. Erst in den Jahren der »Konsolidierung« konnten die Gewerkschaften wieder tarif- und sozialpolitische Erfolge vorweisen. Ohne Beschönigung schildert Schneider das Lavieren der Gewerkschaftsführung in den letzten Jahren der Republik, ihre bis zur Selbstaufgabe gehende Anpassungsbereitschaft und ihre kampflöse Kapitulation. (Potthoff spricht von einer »Kapitulation auf Raten«.) — *Detlev J.K. Peukert*, Autor mehrerer Arbeiten über den Arbeiterwiderstand gegen das NS-Regime, stellt die Lage der Arbeiter und den gewerkschaftlichen Widerstand im Dritten Reich dar.

Der Band ist materialreich, flüssig geschrieben und gut strukturiert. Gegenüber früheren Gewerkschaftsgeschichten zeichnet sich die Darstellung durch den breiteren sozialwissenschaftlichen Zugriff aus. Immer wieder werden wirtschaftliche Bedingungen, Indikatoren der Soziallage, Arbeitskämpfe und Stand der Organisierung mit Daten und Tabellen präsentiert. Neben der Entwicklung der »freien Gewerkschaften«, die naturgemäß im Zentrum der Darstellung stehen, beschreiben die Autoren auch die Entwicklung der anderen Richtungsgewerkschaften. Breiter Raum wird dem Verhältnis Gewerkschaften und Staat — sowohl unter den repressiven wie sozialpolitischen Aspekten — gewidmet, weniger breiten dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Tarifvertragsbeziehungen und Tarifpolitik kommen eindeutig zu kurz. Es ist dies ein Defizit, das beim Vergleich mit der angelsächsischen Gewerkschaftshistoriographie besonders deutlich wird. Die Ausweitung der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte zu einer Geschichte der »industriellen Beziehungen« hat die deutsche Geschichtsschreibung noch nachzuvollziehen.

Potthoffs Monographie ist eine fakten gesättigte Studie, die »aus einer organisations-, sozial- und politikwissenschaftlichen Perspektive Selbstverständnis, Strukturen und Wirken der Freien Gewerkschaften in der ersten deutschen Republik« (5) untersucht. Anders als Schneider hat sich Potthoff gegen eine Verlaufsgeschichte und für eine sachlich-systematische Gliederung entschieden. Somit werden die einzelnen Komplexe — Organisations- und Mitgliederstruktur; Arbeitsmarkt, Lohn und soziale Sicherheit; Programmatik; parteipolitisches Umfeld; Gewerkschaften und politisches System — jeweils für den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik abgehandelt. Erfreulich ist, daß auch die Tarifpolitik und das Tarifvertragssystem auf gut 25 Seiten ihre Darstellung finden. Die systematische Gliederung und die vielen Tabellen im Text und Anhang verleihen der Monographie den Charakter eines soliden Handbuches, das die Merkmale eines Standardwerkes trägt. Die knappe politische Bilanz, die der Autor in der Schlußbetrachtung zieht, lautet, daß die Gewerkschaften ihre in den Anfangsjahren der Republik behauptete und erkämpfte Autonomie — beginnend mit der Inflationszeit — sukzessive einbüßten und in wachsende Abhängigkeit vom Staat gerieten. »Durch die innere Auszehrung und die fortschreitende Entmachtung der Freien Gewerkschaften verlor die Demokratie von Weimar eine Stütze, die sie gerade in der letzten Phase bitter nötig gehabt hätte.« (314)

Walther Müller-Jentsch (Paderborn)

Hensche, Detlef, und Martin Kutscha (Hrsg.) im Namen der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDI): Recht und Arbeiterbewegung. Zum Gedenken an Wolfgang Abendroth. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987 (226 S., br., 16,80 DM)

Neben einigen kurzen Beiträgen und dem Einleitungsreferat von Hensche (»Aufgaben einer handlungsorientierten Staats- und Rechtstheorie. Zur Funktion des Rechts und der fortschrittlichen Juristen«) enthält der Band 16 Referate einer Tagung in Erinnerung an Wolfgang Abendroth (2.5.1906—15.9.1985). Es geht um ein Bekenntnis zur »Verbindung von materialistischer Analyse der Geschichte und politischer Verwirklichung der sozialen Demokratie« (10); wer solche Bekenntnisse mag, dem wird auch dieser Band gefallen. Für den eiligen Leser empfehlen sich die knappen Einführungen zu den Beiträgen der drei Themengruppen »Politische Demokratie und Parlamentarismus«, »Deutsche Nation und deutsche Frage«, »Die Gewerkschaftsbewegung im politischen System — Ihre Chancen gegenüber Staat und Kapital«. In der dritten Themengruppe befinden sich illustrative und informative Beiträge zur Rechtsprechung über Warnstreiks und Streikposten sowie zum Konflikt über § 116 AFG (171f., 179ff., 188ff.) und zum Tarifvertrag (192ff.). Aus der zweiten Gruppe sei der Beitrag »Aushöhlung des internationalen Asylstandards?« von H. Weber (Hamburg) hervorgehoben; dort wird sehr deutlich die radikale Differenz herausgearbeitet zwischen einem Flüchtlingsrecht auf Asylgewährung und einem Staatsrecht, Asyl unter bestimmten Bedingungen zu gewähren. Die Beiträge der ersten Gruppe gehen allesamt von dem besonders von C.-H. Ott thematisierten Gegensatz zwischen »autoritären Regierungsentscheidungen« und der »Volkssouveränität« aus, wobei das Volk unbefragt positiv als Subjekt von Demokatisierung beschworen wird: »Nicht aus den Gewalttaten einzelner entspringt die Furcht der Herrschenden, sondern aus der Möglichkeit einer Radikalisierung der Volksmassen in der Krise, einer Umsetzung der Unzufriedenheit in politische Bewegung, die die Massen ergreift und damit zur materiellen Gewalt wird« (Kutscha, 70). Im einzelnen werden aber die Verfassung des Souveräns und der Übergang von der Apathie zur politischen Produktivkraft zu wenig analysiert. Daß alle Meinungsforschungen darauf hinweisen, daß unter den Vertretern der Eliten »liberalere« Einstellungen häufiger vertreten sind als beim »Volk«, wird nirgends angesprochen, würde aber z.B. das Votum Obsts für den Volksentscheid relativieren (vgl. 42ff.) und die Problematik von Legalität und Legitimität stärker in den Vordergrund rücken (vgl. nur 157f.). Gerade von Abendroth läßt sich doch lernen, daß mit Rechtsformen, Freiheitsrechten und verfassungsrechtlichen Organisationsprinzipien kein politisch opportunistischer Umgang betrieben werden sollte (bei Strafe negativer Rückwirkungen auf die »Linken«). Hensche, stellvertretender Vorsitzender der IG Medien, sieht dies deutlich (29). Ihm gelingt es, am Beispiel der Tarifautonomie und des Streikrechts (bes. 17) die Tendenz zur Individualisierung zu interpretieren als Verwandlung kollektiver Grundrechte in Regulierungsinstrumente (25ff.). Allerdings verläßt er den rechtlichen Argumentationsrahmen zu schnell und macht alles »abhängig von gesellschaftlichen Machtverhältnissen« (31). Daß diese Verhältnisse qua Rechtsbewußtsein auch in die Gewerkschaften selbst hineinreichen, sieht Hensche (32), aber er diskutiert dieses Problem nicht aus und erklärt so nicht, wie es zu den »Grundlagen (einer) anerkannten Legitimität gewerkschaftlicher Handlungen« kommt. Rein äußerlich (32) delegiert Hensche diese Aufbauarbeit an »Fortschrittliche Juristen«.

Der Sammelband zeigt insgesamt, daß das Thema »Gewerkschaften in der Demokratie« zwar alt, aber immer noch (auch nach Abendroth und F. Neumann) schwierig und ungelöst ist. In dieser Beziehung wäre es gut gewesen, wenn mehr selbstkritische

Töne angeschlagen worden wären. So aber überwiegt der Ton des Bekenners, und Stubys Einleitung (37) zum ersten Arbeitsschwerpunkt charakterisiert weite Teile der gesamten Tagungsberichterstattung: »Dem Radikalansatz Abendrohts wurde eher hilfloses Unverständnis entgegengebracht. Im Grundsätzlichen wie im Einzelfall (bleibt) viel zu tun für demokratische Juristen!« Eike Hennig (Kassel)

Schimmeyer, Bernd: Warum schrei'n wir nicht? Zur Innenansicht der Stahlkrise. DISS-Verlag, Duisburg 1988 (183 S., br., 19,80 DM)

Der Autor, Hüttenarbeiter und Betriebsrat bei Hoesch in Dortmund, will mit seinem Buch »die Betroffenheit ausweiten« (8) und zur Solidarisierung gegen den weiteren Abbau der Belegschaften in der deutschen Stahlindustrie beitragen. Von Januar 1983 bis Februar 1988 wurde die Zahl der Beschäftigten von 290 000 auf 150 000 verringert (85, 142). Was dazwischen lag, schildert Schimmeyer aus der Perspektive der betrieblichen Vertrauensleute, die als der initiative, am aktivsten für die Erhaltung der Arbeitsplätze sich einsetzende Teil der Betroffenen vorgestellt werden. Dabei wird anschaulich, daß ihre Bewegung Fortschritte machte: von der standortzentrierten Forderung »Stahlwerk jetzt!« (1979 bei Hoesch) zur Koordination der Aktionen in verschiedenen Betrieben. Die aktiven Gewerkschafter mußten sich dabei nicht nur gegen immer neue Varianten von Rationalisierungs- und Umstrukturierungsplänen der Firmenleitung wehren, sondern hatten mit entnervten, in »Rette sich wer kann«-Kalkülen befangenen Belegschaften und mit der allzeitigen Kompromißbereitschaft der Gewerkschaftsführung zu rechnen. Ist die Abwehrbewegung der Vertrauensleute einer »Lösung, die nicht ausschließlich den Profit im Auge hatte«, nahe gekommen (48)? Tatsache ist, daß die Kapitalhoheit über die betrieblichen Umbauprozesse nicht eingeschränkt werden konnte. Was übrig blieb, waren Verhandlungen über die gestufte Behandlung der »überschüssigen« Arbeiter. Schimmeyers »Einschätzung« der Politik der IG Metall fällt zu knapp aus. Hier wäre von dem dezidierten Kritiker der eigenen Organisation mehr zu erwarten gewesen.

Ulrich Rasche (Bielefeld)

Burns, Rob, und Wilfried van der Will: Protest and Democracy in West Germany. Extra-Parliamentary Opposition and the Demoratic Agenda. Macmillan, Basingstoke, London 1988 (318 S., Ln., 35,- £)

Gegen eine in englischsprachigen Ländern verbreitete Sicht der BRD als Modell einer stabilen parlamentarischen Demokratie und eines funktionierenden »welfare state«, der meist mit »sozialer Marktwirtschaft« identifiziert wird, entwerfen die Autoren eine andere Geschichte der Bundesrepublik: »Indem die protestierenden Ränder der Gesellschaft eine direkte parlamentarische Stimme durch die Grünen erhielten, drangen sie massiv in das Zentrum der Politik ein, das von den etablierten politischen Parteien besetzt war.« (270) Burns/van der Will legen einen breiten Begriff außerparlamentarischer Opposition zugrunde, der zwar von der historischen APO ausgeht, aber zugleich erlaubt, folgende Massenbewegungen in einen systematischen Zusammenhang zu bringen: die gegen Wiederaufrüstung und atomare Bewaffnung der Bundeswehr gerichtete Ostermarschbewegung der fünfziger und sechziger Jahre (Kap. 2), die Neue Frauenbewegung seit 1968 (Kap. 4), die Bürgerinitiativen der siebziger Jahre (Kap. 6) sowie die Friedensbewegung der achtziger Jahre (Kap. 6). Im Anschluß an Joachim Raschke wird außerparlamentarische Opposition übergreifend definiert als »... relevante kritische Meinungen und Handlungen von Gruppen, die über einen gewissen Organisationsgrad verfügen und deren oppositionelle Stellung relativ stabil ist, ... die gegen die Machthaber insgesamt oder spezielle

institutionalisierte Mächte gerichtet sind.« (12) Dieser der Studentenbewegung verpflichteten Definition entsprechen zwei Kapitel kaum, in denen allerdings die Prämissen des Demokratiekonzepts der Verfasser deutlich werden: Kapitel 1 porträtiert die kritischen Intellektuellen — vor allem die Schriftsteller der »Gruppe 47« — als außerparlamentarische Wächter der Demokratie; Kapitel 7 beschreibt »Die Grünen« als parlamentarische Tribüne der Protestbewegungen. Wenn die Funktion des kritischen Intellektuellen im Offenhalten der Gesellschaft gesehen wird (31/32), so die der aus der außerparlamentarischen Opposition hervorgegangenen Partei darin, den Protest einerseits demokratisch zu legitimieren, andererseits innerhalb des politischen Systems wirksam zu machen (230). Folgerichtig wird das Koalitionsfähigwerden der Grünen (262) zum entscheidenden Merkmal jener »Reife« (252), die die freischwebenden Intellektuellen mit ihrem Bekenntnis zum Parlamentarismus erreichten: in der Form der Selbstreflexion von Demokratie (11).

Das hieraus folgende Interpretationsmuster, das den historischen Abschnitten zugrunde liegt, ließe sich so zusammenfassen: Die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik, die auf Grund des verfassungsrechtlichen Rahmens und der integrativen Praxis des Parteiensystems zur Überstabilisierung tendiert habe, sei durch die außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen erweitert worden, insofern die Projekte der Wohlstandsgesellschaft und des Sozialstaats auf die versprochene und durch technologisches Wachstum und staatliche Bürokratie vorenthaltene Lebensqualität und Autonomie hin kritisch überprüft worden seien. Was in den fünfziger Jahren kritisch-oppositionelles Privileg der Schriftsteller gewesen sei, habe letztlich der Einzug der Grünen in die Parlamente demokratisiert: »Der breite Konsens, der das Projekt unkontrollierten ökonomischen Wachstums trug, begann unter dem Druck eines Protestes zu zerbrechen, der neue Vorstellungen ausdrückte, die allmählich sogar die traditionellen Parteien zwangen, ihre Grundprämissen für dieses Projekt zu überdenken.« Die Zentrierung des politischen Diskurses auf die neuen Werte diagnostizieren Burns/van der Will als »secular changes« (270), die in der BRD beispielhaft für andere Länder zu studieren seien. An zwei Stellen wird ausdrücklich auf die Postmaterialismus-These Bezug genommen, einmal unter Berücksichtigung ihrer Rezeption durch die CDU (184, 271). Da der Wandel im politischen Prozeß der BRD sehr allgemein erklärt wird, bleibt fraglich, ob die hegemoniale Kultur der BRD explizit im politischen Sinn als nicht-konservativ zu bezeichnen ist; denn die politische Bedeutung von »Kreativität, ethischen Erwägungen und dem Wunsch nach größerer Beteiligung an Entscheidungsprozessen« (184) dürfte wohl nicht so eindeutig sein. Die Verfasser sprechen aber sogar von tiefgreifenden anti-konservativen Veränderungen in der politischen Kultur (271).

So sympathisch die gegen den Thatcherismus zielende Stoßrichtung der Analyse, so problematisch bleibt die quasi-teleologische Verpflichtung aller Oppositionsbewegungen in der Geschichte der BRD auf eine Rolle als Vorläufer der Grünen. Kehrseite dieser »Vollstreckertheorie« ist, daß der präzisen Unterscheidung von sozialen, politischen und ideologischen Tendenzen in den Bewegungen der fünfziger bis siebziger Jahre keine Differenzierung der Grünen entspricht. Während mit einer wohl nicht nur dem fremden Blick von jenseits des Kanals geschuldeten Unerschrockenheit auch bundesrepublikanisch tabuisierte Akteure in den Blick genommen werden, wenn es um die Friedens- oder Frauenbewegung geht, finden sich für die inhaltliche Darstellung der Unterschiede zwischen den Tendenzen innerhalb der Partei der Grünen nur dreizehn Zeilen (258/259; vgl. auch 243, 260). Überdies wird diese Vielfalt nicht in Beziehung gesetzt zu der von den Autoren emphatisch behaupteten »holistischen Philosophie« (234) oder des »holistischen Bewußtseins« (241) der alternativen

Partei. Die grüne »Vision einer neuen Gesellschaft« (234) wird an eher versteckten Stellen einer Frontalkritik ausgesetzt (242, 277), die leider ebenso unausgeführt bleibt wie die massive Attacke auf die Kritische Theorie wegen ihrer systematischen Verbindung zum Terrorismus (III). Ähnlich wenig differenziert fällt nur die Darstellung der Studentenbewegung aus.

Trotz dieser Einwände bleibt festzuhalten, daß den Autoren mit dieser unzeitgemäß kollektiv verfaßten Darstellung aus einem Guß nicht nur etwas gelungen ist, was kein Pendant auf dem westeuropäischen Büchermarkt hat, sondern auch eine — trotz kleinerer faktischer Irrtümer, leider auch in der Zeittafel — zuverlässige Informationsquelle, eine sehr gut lesbare, spannende Geschichte und vor allem ein auch zum Widerspruch anregendes Diskussionsangebot von Fragen, die auf der Tagesordnung stehen.

Helmut Peitsch (Swansea)

Ökonomie

Galbraith, John Kenneth: Die Entmythologisierung der Wirtschaft. Grundvoraussetzungen ökonomischen Denkens. Aus dem Amerikanischen von Monika Streissler. Verlag Paul Zsolnay, Wien, Darmstadt 1988 (394 S., br., 48,- DM)

Mit diesem Buch — 1987 unter dem Titel »Economics in Perspective: A Critical History« erschienen — legt Galbraith seine Version einer Theoriegeschichte der Ökonomie vor. Sein kritischer Grundgedanke ist mittlerweile auch keine rechte Sensation mehr: ökonomische Theorien und deren Veränderungen lassen sich adäquat nur im Kontext der ökonomischen Entwicklung begreifen, die Entwicklung der ökonomischen Theorie verläuft nicht »immanent« und ergibt sich keineswegs aus der wachsenden Kenntnis und Beherrschung analytischer Techniken (wie Schumpeter behauptete). Was bei Galbraith immer wieder auf die Feststellung hinausläuft, daß es ohne große und drängende ökonomische Probleme bzw. bei Abwesenheit der entsprechenden ökonomischen Institutionen auch keine ökonomischen Theorien darüber geben könne. Ohne Lohnarbeit keine Lohntheorie, ohne große Depression keine Theorie des Unterbeschäftigungsgleichgewichts, ohne umfassende Warenproduktion und allgemeinen Marktverkehr keine Preistheorie usw. Der Nachdruck liegt in Galbraiths Darstellung auf »ökonomischen Ideen«, d.h. nicht unbedingt Theorien; ökonomische Ideen von Nicht-Ökonomen werden ebenso einbezogen wie die mehr oder minder verborgenen politischen Ideen der Ökonomen.

Robert Heilbroner hat mit dem noch stets (zu Recht) vielgelesenen Buch »The Worldly Philosophers« einen ähnlichen Versuch unternommen, ökonomische Theorien als Gedanken ihrer Zeit darzustellen. Er stellte zu diesem Zweck die »großen Ökonomen« in ihrer Zeit dar. Galbraith wählt den schwierigeren Weg einer Darstellung in Epochen. Das tut er in lockerem Vorlesungsstil, Sprünge und Überschneidungen nicht scheuend. Seine Epocheneinteilung folgt vielbegangenen Pfaden der Theoriegeschichte: Antike, Mittelalter, aufsteigender Handelskapitalismus, Anfänge des Manufakturkapitalismus, Industrielle Revolution. Dann, nach Adam Smith und nach Ricardo, beginnt die Professionalisierung und Akademisierung der Ökonomie. Hier wechselt Galbraith die Darstellungsweise: Auf die »große klassische Tradition« folgen allerlei Kritiker der Klassik, Marx eingeschlossen. Dann springt er nicht in die »Vulgärökonomie« — wie viele Marxisten sagen würden —, sondern in die Niederungen der politischen Diskussion über ökonomische Dinge wie die Geld- und Kreditordnung, die Unternehmensverfassung, Folgen der Entstehung von Großkonzernen und, last not least, die Denk- und Machbarkeit einer sozialistischen öko-

nomischen Ordnung. Was spannend ist an der politischen Ökonomie, so verstehe ich ihn, spielt sich bis zu den Jahren der Großen Depression vorwiegend außerhalb der akademischen Fachökonomie ab. Mit der »Katastrophe der großen Depression« (Kap. 15) ist er wieder ganz bei seinem Thema: Die akademische Fachökonomie hält Nichtstun und Abwarten für die einzig mögliche Reaktion, eine Reihe von Außenseitern durchbrechen den von der herrschenden Lehre verbreiteten falschen Schein der Notwendigkeit. Institutionalistische Ökonomen mischten sich in die Politik und überzeugten Politiker wie Roosevelt davon, daß mit der Rezeptur der herrschenden neoklassischen Lehre zu brechen sei. Was als pragmatischer Ausbruch aus der von der herrschenden Lehre verordneten Ratlosigkeit begann, erhielt mit den Arbeiten von Keynes einen ernstzunehmenden theoretischen Unterbau. Keynes und die Keynesianer sind als eminent politische Ökonomen ganz nach Galbraiths Geschmack. Die praktisch und theoretisch gegen die Doktrin der »gesunden Finanzen« rebellierenden »Keynesianer« vor Keynes (in Schweden, den USA), Keynes' eigene, den Keynesianismus vielfach vorwegnehmende wirtschaftspolitische Beiträge aus den zwanziger Jahren, schließlich die Hauptpunkte des Keynes'schen Angriffs auf die herrschende Lehre mit der »Allgemeinen Theorie« von 1936 werden ausführlich dargestellt (Kap. 17, 18). Die »Allgemeine Theorie« ist für Galbraith »vor allem ein Dokument der Großen Depression« (319). Kein Wunder also, daß sie durch die Nachkriegsentwicklung überholt wird. Während der fünfundzwanzigjährigen Prosperitätsphase ist sie nicht aktuell; beim Ausbruch der nächsten Großen Depression erweist sie sich rasch als unangemessen. Galbraith zeigt in aller Deutlichkeit auch die innertheoretische Ursache dafür: die außerordentliche Begrenztheit des »Keynes'schen Kompromisses« in der ökonomischen Theorie. Der »Kern des großen Kompromisses« (321) ist nämlich die simple Aufspaltung der Ökonomie in eine (dynamische) Makroökonomie und eine Mikroökonomie, in der die gute alte Modellvorstellung der reinen Tauschbeziehungen zwischen vollkommen rationalen und vollkommen asozialen Individuen unberührt fortlebt (281f., 321f., 331 u.ö.). Der Kompromiß wird zuschanden, sobald sich mit der permanenten Inflation (Lohn-Preis oder Preis-Lohn-Spirale) Phänomene zeigen, die in keine der sorgfältig abgeschotteten Abteilungen mehr passen. Das Buch endet mit einem Ausblick auf die Zukunft der Ökonomie: Es gibt starke Gründe für das Festhalten vieler, so nicht der meisten Fachökonomien an der Überlieferung der neoklassischen Lehre; andererseits sind die empirischen Fragen, vor denen die Ökonomen heute stehen, so beschaffen, daß sie nur von einer erneuerten Politischen Ökonomie zu bewältigt sein werden (Kap. 21, 22).

Galbraith ist einer der bekanntesten lebenden Institutionalist. Der institutionalistischen Schule gilt denn auch seine große Sympathie. Den amerikanischen Institutionalist, ihrem (vorübergehenden) Einfluß auf die Theorieentwicklung in den USA und nicht zuletzt ihrem bemerkenswerten politischen Einfluß, der seinen Höhepunkt mit dem »New Deal« erreichte, widmet er einigen Raum. Für den europäischen Leser, der in der Regel höchstens einmal den Namen Veblen gehört hat, durchaus ein Gewinn. Einige europäische Ahnherren des Institutionalismus, Friedrich List, auch Karl Marx, werden gewürdigt. Galbraith betrachtet überhaupt Institutionalist und Anhänger der (neo-)klassischen Lehre als die beiden wichtigsten Strömungen oder Richtungen in der Ökonomie (158, im Kapitel über Marx).

Die bekannte Schwäche des Institutionalismus zeigt sich auch in dieser Theoriegeschichte: Galbraith kennt und behandelt Theorien oder Ideen, aber keine systematische Theorie. Unüberschbar hat er Schwierigkeiten im Umgang mit großen Theoretikern, die Darstellung verwickelter Theoriegebäude gelingt ihm oft daneben. Vor

allem Ricardo und Marx kommen schlecht weg. Adam Smith z.B. liegt ihm mehr. Keynes behandelt er mit großer Sympathie. Alle übrigen Ökonomen, soweit erwähnt, werden recht kurz, mitunter schief abgefertigt. Das ist ein Problem aller theoriegeschichtlichen Darstellungen: Wie weit soll man sich auf den Gedankengang eines einzelnen Autors einlassen, wieviel Raum soll man der immanenten Entwicklung von Theorien — von einem Autor zum nächsten, innerhalb einer Schule bzw. über die Schulgrenzen hin — zugestehen? Das gilt insbesondere, wenn man eine bewußt nicht theorieimmanente Darstellungsweise bevorzugt. Allerdings umschiffte Galbraith diese Klippe häufiger auf wenig elegante Weise, indem er gangbare Vorurteile aus der Sekundärliteratur reproduzierte — siehe z.B. seine Darstellung der Marx'schen Ausbeutungstheorie als Mixtur aus Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung und moralischem Anspruch auf den »vollen Arbeitsertrag« (164f.). Auch die dampfenden Phrasen Joseph Schumpeters über den angeblichen »Reichtum dampfender Phrasen« bei Marx braucht man heute doch nicht mehr kommentarlos zu wiederholen. Es ist auch nicht gerade up to date, Ricardo mit dem Argument von Adam Smith abzufertigen, eine Arbeitswerttheorie könne allenfalls in einer Wirtschaft von jagenden und fischenden Robinson Crusoes gelten (129).

Damit sind die beiden Hauptschwächen des Buchs benannt. Seine anekdotischen und polemischen Stärken wird nur der recht genießen können, der die behandelten Theoretiker und Theorien schon kennt und keinen systematischen Leitfadens durch die Theoriegeschichte sucht. Das Buch ist stark auf die Vereinigten Staaten konzentriert. So werden beispielsweise die »Anfänge des Wohlfahrtsstaates« ausschließlich im Zusammenhang mit der Großen Depression und dem New Deal behandelt, was — mit einem großen Salzkorn — für Amerika noch zutrifft, aber nicht für Europa.

Am Ende skizziert Galbraith die Probleme, die die Ökonomie in der Zukunft beschäftigen werden. Die klassischen Lehrbuchprobleme, mit denen man heute noch Ökonomievorlesungen bestreiten kann, werden in absehbarer Zeit zu den Akten gelegt, so meint er. Zwar werden die meisten Fachökonomien an der überlieferten Lehre festhalten — aus Glaubens- und Bequemlichkeitsgründen; aber die Teilung der Ökonomie in Mikro- und Makroökonomie wird durch die Arbeit an heutigen Problemen — etwa der Stagflation und der strukturellen Arbeitslosigkeit — weiter verschwimmen (353ff.). Soweit die ökonomische Realität die in der neoklassischen Orthodxie gebildeten Ökonomen noch zu erreichen vermag, werden sie nicht umhin können, sich mit den Problemen eines hochorganisierten und internationalisierten Kapitalismus und der staatlichen Wirtschaftspolitik im Kontext internationaler Märkte auseinanderzusetzen. So werden sie lernen, daß die Ökonomie »nicht sinnvoll von der Politik zu trennen« ist (357).

Es war ein historischer Irrtum, die einstmals politische Ökonomie von der Politik zu trennen, so lautet Galbraiths Fazit. Diese Trennung ist fruchtlos, sie dient der Verschleierung der Wirklichkeit ökonomischer [und politischer; Anm.d.Rez.] Machtverhältnisse, sie ist eine Hauptursache für Fehlteile und Irrtümer in der Wirtschaftspolitik. Hoffen wir also mit dem politischen Ökonomen Galbraith, daß die Ökonomie »von neuem mit der Politik vereint werden und wieder das größere Gebiet der politischen Ökonomie bilden möge« (358). Eine Entmythologisierung der heutigen Ökonomie und eine gründliche Besinnung auf die mehr oder minder verborgenen »politischen Theorien der politischen Ökonomie« wären dazu nötig. Kritik der (scheinbar) unpolitischen Ökonomie also. Galbraiths Theoriegeschichte ist dazu nur ein erster Ansatz.

Michael Krätke (Amsterdam)

Pestel, Eduard: Jenseits der Grenzen des Wachstums. Bericht an den Club of Rome. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1988 (208 S., br., 24,- DM)

Eduard Pestel, einer der Mitbegründer des Club of Rome, hat in seinem letzten Buch vor seinem Tod den Meadows-Bericht auf der Grundlage der im Club geführten Debatten (ohne Berücksichtigung der von links oder rechts eingebrachten Einwände) kritisiert und statt des »undifferenzierten« Wachstums der bisherigen Industriegesellschaften ein »organisches« gefordert. Er versteht darunter eine in Spezialisierungen verlaufenden »systemar-interdependente Entwicklung«, in der jedoch »kein Teil (Subsystem) zum Schaden des anderen sich entfaltet« (66). Organisches, zugeordnetes Wachstum bleibt unrealisierbar, so lange die »Dichotomie« besteht, »daß die Subsysteme auf der ersten Ebene von handelnden Personen betrieben werden, während auf der globalen Ebene — mangels einer Weltregierung — keine äquivalenten real handelnden Personen existieren« (69). Dies könne nur durch Konsens — »in erster Linie unter den Reichen und Mächtigen« (70) herbeigeführt werden; zu der so bezeichneten Gruppe gehört auch die UdSSR. Daß die Wachstumsform geändert werden muß, wird auch im historischen Rückblick deutlich: Die industrielle Gesellschaft habe sich seit 1850 auf etwa 20 Prozent der Weltbevölkerung ausgeweitet. Bis 2050 werde sie vermutlich die Hälfte der Menschheit umfassen. Um jedoch nicht die bisherigen Entwicklungsfehler zu wiederholen, muß die im »Zentrum« lebende Menschengruppe eine Vorbildfunktion übernehmen.

Die politische Position Pestels, ehemals Minister in einem niedersächsischen Kabinett der CDU, wird durch die Organismus-Analogie deutlich. Sie steht in der Tradition des Agrippa Menenius, welcher im Auftrag des adligen Senats der aus Rom ausgezogenen Plebs ihre Rolle als Glieder zur Versorgung des nur scheinbar untätigen Magens verständlich machte. Pestel legitimiert mit dieser Analogie Differenzen im Weltssystem als funktional, er begründet die politische Führungsrolle des »Zentrums« im Sinne eines neuen »White-Mans-Burden« und wendet sich an die Reichen und Mächtigen. Sein Buch gehört in den Kontext eines neuen Konservatismus, welcher die Beherrschung der Nation (der Subsysteme) als unzureichend erkannt hat und für eine Weltregierung plädiert. Deutlich wird dabei gerade hier, daß das Bündnis mit dem Liberalismus der jüngsten Expansionsphase des Kapitalismus zur Disposition gestellt wird. Im einzelnen sind viele Vorschläge Pestels diskussionswürdig — seine Forderung, beide deutsche Staaten sollten gemeinsam auf Waffenexport in die Peripherie verzichten (105), ist aktuell, sein Plädoyer für Biotechnologien (153ff.) überzeugend. Auch sein Argument, daß dem Treibhauseffekt nur mit Atomkraftwerken zu begegnen sei, sollte man nicht einfach als Ausdruck von Atomlobby abtun.

Das Buch macht ex negativo ein Defizit der linken Diskussionen und wissenschaftlichen Arbeiten deutlich. Pestel wurde nicht von der Sorge umgetrieben, wie es in der »einen Welt« mit der realen Gleichheit all derer bestellt ist, die Menschenantlitz tragen. Aber welche politische Strategie haben diejenigen, welche sich zu dieser Sorge bekennen (nachdem die Dissoziationsmodelle weithin aufgegeben sind)? Ist es ausreichend, darauf zu warten, bis die Diffusion des — zu einer »organischen« Spezies reformierten — Industriekapitalismus um 2050 (nach Pestel) die Hälfte der Menschheit umfassen wird? Kann man auf die Hoffnung bauen, daß dann wenigstens die »Gleichheit« der Chancen der Konsumgesellschaft für diese Hälfte der Welt erreichbar sein wird? Die sowjetische Rezeption des Club of Rome hat in den siebziger Jahren eine Soziologisierung der globalen Modelle gefordert (vgl. W. Geierhos: Das Kräfteverhältnis. Lüneburg 1980, 128ff.), ohne solche meines Wissens zu erarbeiten. Gorbatschow hat ohne Zweifel die reale Interdependenz aller Gesellschaften der Welt zutreffend erkannt und mit dem Versuch zur Abrüstung einen Schritt in eine

überzeugende Richtung getan. Aber die Planungskapazität der UdSSR ist begrenzt und auf interne Probleme gerichtet, so daß von ihr allein ein brauchbares alternatives Gesamtkonzept kaum erwartet werden kann. Wie würde ein Modell aussehen, in dem z.B. als Grunddatum eingegeben wird, daß Einkommen und Lebenschancen der dann zu erwartenden Weltbevölkerung — bleiben wir bei 2050 — nicht stärker als etwa in einem Verhältnis von 1 : 5 differieren dürfen?

Um wenigstens über das Niveau an Komplexität nachzudenken, das alternative Modellentwicklungen besitzen müßten, ist »Jenseits der Grenzen des Wachstums« ein gutes Lernbuch. Hans-Heinrich Nolte (Barsinghausen)

Beckenbach, Frank, und Michael Schreyer (Hrsg.): Gesellschaftliche Folgekosten. Was kostet unser Wirtschaftssystem? Vorwort von Joschka Fischer. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1988 (197 S., br., 29,80 DM)

Bis Anfang der siebziger Jahre galt noch jedes Wirtschaftswachstum als Steigerung der »Lebensqualität«. Seither sind vor allem die ökologischen Folgen und Folgekosten unseres Arbeits- und Lebensmodells in den Blick der Kritik geraten. Allerdings sind Definition und konkrete Berechnung dieser »Kosten des Fortschritts« heftig umstritten. Für die Bundesrepublik werden die ungewollten gesellschaftlichen Folgekosten auf 5 bis 15 Prozent des Bruttosozialprodukts geschätzt. Zudem wachsen sie wesentlich schneller als das Sozialprodukt selbst.

Beckenbach und Schreyer (inzwischen Umweltsenatorin in West-Berlin) gehören zum wissenschaftlichen Braintrust der Grünen. Die übrigen Beiträge des Bandes stammen von MitarbeiterInnen wissenschaftlicher und Verwaltungsinstitutionen, die unterschiedliche theoretische und politische Ansätze vertreten. Schwerpunkte sind einerseits Definition und statistische Erfassung gesellschaftlicher Folgekosten (Beiträge u.a. von Th. Baumgartner, A. Endres/K. Holm, Chr. Leipert, R. Pfriem), andererseits Analysen einzelner Bereiche wie Gesundheitskosten (H. Reiners), Verkehr (N. Walter) oder Luftreinhaltung (I. Heinz).

Bei vielen gesellschaftlichen Aktivitäten — vor allem der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und dem Autoverkehr — lassen sich ungewollte, aber in Kauf genommene Begleiteffekte aufzeigen. Dazu gehören Tod oder Beeinträchtigung der physischen und psychischen Gesundheit von Menschen, Materialschäden sowie Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung. Wie lassen sich die Kosten solcher Begleiteffekte analysieren? Ein Problem ist schon die Abgrenzung der »direkten« Kosten bestimmter Systeme von den gesellschaftlichen Folgekosten. Auch die Komplexität möglicher Einflüsse erschwert die Zurechnung von Folgekosten spürbar. Zudem vermischen sich in vielen Fällen natürliche, mehr oder weniger unvermeidliche Prozesse mit zivilisatorisch bedingten. Selbst wenn eine exakte Abgrenzung möglich ist, lassen sich nicht alle nachgewiesenen Effekte ohne weiteres monetär, also in Geldbeträgen, ausdrücken (etwa Tod, Schmerzen, Beeinträchtigung durch Lärm oder Landschaftszerstörung). Daher liegen die Berechnungsergebnisse oft weit auseinander.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion ist die Bedeutung des Konzepts der gesellschaftlichen Folgekosten für Politik und Sozialwissenschaften, besonders auch für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Strukturpolitik (dazu: H.-H. Härtel, K. Löbbe, C. Stahmer, R. Pfriem). Beckenbach gibt einen differenzierten Überblick über die Geschichte des Begriffs der Folgekosten in der Wirtschaftstheorie. Von der Klassik über den Marxismus bis in die jüngste Zeit wurde dank eines allgemeinen Fortschritts- und Wachstumsoptimismus dieses Problem nur am Rande (etwa in der Theorie der »externen Effekte« bei Marshall und Pigou) behandelt oder

völlig ignoriert. Wichtigste theoretische Grundlage der Folgekostenrechnung sind die Arbeiten von W. Kapp. Auch im vorliegenden Buch gibt es keine einheitliche Definition des Begriffs »gesellschaftliche Folgekosten«. Übereinstimmung besteht darin, daß es erstens Kosten sind, die nicht von den VerursacherInnen — Unternehmen oder Individuen — getragen, sondern auf Dritte (Beschäftigte, Staat usw.) abgewälzt werden; und daß zweitens diese Kosten möglicherweise wirtschaftliches Wachstum, aber keinen »Wohlfahrtsgewinn« bedeuten. Auch die Ära des »Wirtschaftswunders« in den fünfziger und sechziger Jahren erscheint heute in einem anderen Licht, wenn man die Folgekosten betrachtet, die sie hinterlassen hat. Auf jeden Fall trägt deren Analyse dazu bei, den traditionellen Sozialproduktbegriff kritischer zu betrachten. Schreyer analysiert am Beispiel einer »Großen Anfrage« der grünen Bundestagsfraktion die ignorante Haltung der gegenwärtigen Bundesregierung in dieser Frage.

Freilich bleiben Zweifel am Konzept der Folgekostenrechnung. Sie werden vor allem von Reiners formuliert. Dabei geht es in erster Linie um die Bewertung immaterieller Güter. Eine Minderheit der AutorInnen (etwa Endres und Holm) tritt dafür ein, auch Güter wie Leben oder Gesundheit — über die unmittelbar feststellbaren medizinischen Kosten hinaus — in Geldgrößen zu bewerten. Dabei wird das willkürliche Moment einer solchen Bewertung nicht bestritten. Nur so könne aber eine *wirtschaftliche* Vergleichbarkeit von Alternativen, um die es ja geht, erreicht werden. In dem Buch überwiegt aber die Auffassung, bestimmte Risiken und Belastungen könnten nicht sinnvoll in Geldgrößen ausgedrückt werden. Stahmer z.B. plädiert dafür, neben die eindeutig berechenbaren Kosten andere, nicht-monetäre Daten zu stellen, etwa die Anzahl von Todesfällen und Erkrankungen als Effekte einer bestimmten Technologie.

Ein weiteres Problem — und hier werden die Grenzen dieses *ökonomischen* Forschungsansatzes besonders deutlich — besteht in der Notwendigkeit, Folgekosten wenigstens teilweise mit »Folgerträgen« zu verrechnen. Umweltzerstörung schafft Investitionen und Arbeitsplätze in der Umweltschutzbranche, Autounfälle sichern die Einkommen von ÄrztInnen oder Kfz-MechanikerInnen, die Mißachtung ökologischer Kriterien verbilligt zahllose Güter und Dienstleistungen. Auch ist eine Abgrenzung, wo bloße Schadensminderung aufhört und tatsächliche Wohlfahrtssteigerung beginnt, oft schwierig. Schließlich sollten — so wird auch in verschiedenen Buchbeiträgen hervorgehoben — monetäre Kosten und Folgekosten gerade nicht zum entscheidenden Kriterium gesellschaftlicher Entwicklung werden. Außerdem könnte es durchaus sein, daß auch unter Einbeziehung aller Folgekosten sinnvolle Maßnahmen teurer sind als qualitativ unterlegene, etwa umweltschädigende Alternativen. Die Folgekostenrechnung kann nur ein Kriterium unter vielen bei wirtschaftlichen, technologischen und politischen Entscheidungen sein. Nützlich ist sie vor allem, wenn bestimmte Veränderungen — gerade im Umweltschutz — mit dem Hinweis auf ihre angebliche Unbezahlbarkeit blockiert werden.

Winfried Roth (West-Berlin)

Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

Anders, Günther: siehe *Argument* 173

Albert, Claudia: siehe *Argument* 173

Beckenbach, Frank, 1950; Dr.rer.pol., Mitarbeiter am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung. V: *Gesellschaftliche Folgekosten* (Mithrsg., 1988); *Zwischen Gleichgewicht und Krise* (1987). A: Politische Ökonomie

Braun, Völker, Mitarbeiter am Berliner Ensemble. V: *Unvollendete Geschichte* (1977); *Großer Frieden*, Schauspiel (1979); *Training des aufrechten Gangs*, Gedichte (1980); *Geschichten von Hinze und Kunze* (1983); *Hinze-Kunze-Roman* (1985); »Die hellen Orte«, in *Argument* 167 (1988)

Chassé, Karl August, 1948; Dr.phil., Dipl.Päd., Wiss. Mitarbeiter an der Univ. Trier. V: *Armut nach dem Wirtschaftswunder* (1988); *Wohnhaft* (Mithrsg., 1988). A: Armut, Sozialarbeit und gesellschaftlicher Wandel

Cockburn, Cynthia, 1934; Senior Research Fellow. The City University, London. V: *The Local State* (1977); »Weibliche Aneignung der Technik«, in *Argument* 144 (1984); *Die Herrschaftsmaschine* (1989). A: Frauenarbeit, Gewerkschaften, Neue Technologien, Männlichkeit

Dobner, Petra: siehe *Argument* 174

Fleischer, Dirk, 1955; M.A. V: *Allgemeine und historische Wahrheiten. Chladenius und der Verwissenschaftlichungsprozeß der Historie* (Mitautor, 1988). A: 18. u. 19. Jahrhundert

Franck, Norbert: siehe *Argument* 174

Häfliger, Silvia, 1959; Studium der Psychologie und Ethnologie an der Univ. Bern. A: Sucht, weibliche Vergesellschaftung

Hall, Stuart, 1934; lehrt Soziologie an der Open University, Milton Keynes, Großbritannien; davor Leiter des Centre for Contemporary Cultural Studies in Birmingham. V: *Policing the Crisis* (Mitautor, 1978). Mithrsg. der beiden Fernuniversitätskurse *State and Society in Contemporary Britain* und *The Idea of the Modern State* (beide 1984); dt.: *Ausgewählte Schriften* (1989)

Haug, Frigga: siehe *Argument* 174

Haupt, Michael, 1951; Dr.phil., z.Zt. Mitarbeiter im Argument-Verlag. V: *Von Holbach zu Marx* (1987). A: Materialismus, Kritische Theorie, Sozialphilosophie. M: GEW

Heinrichs, Thomas: siehe *Argument* 174

Hennig, Eike, 1943; Dr.phil., Prof. für Politikwissenschaft an der GH Kassel. V: *Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland* (1982); *Hessen unterm Hakenkreuz* (Hrsg., 1983). A: Faschismusanalyse, Neonazismus/Extremismus.

Hinz, Manfred: siehe *Argument* 174

Jung, Werner, 1955; Dr.phil. V: *Georg Lukács* (1989); *Karl Otten: Das tägliche Gesicht der Zeit* (Mithrsg., 1989). A: Frühaufklärung, Georg Simmel, Literatur und Alltag

Kipp, Martin, 1945; Dr.phil., Prof. für Berufspädagogik an der GH Kassel. V: *Arbeitspädagogik in Deutschland* (1978); *Didaktische Innovationen als Folge neuer Technologien in der beruflichen Rehabilitation* (Hrsg., 1989). A: Historische Berufspädagogik, Berufliche Rehabilitation

Konersmann, Frank: siehe *Argument* 175

Krätke, Michael: siehe *Argument* 175

Laugstien, Thomas: siehe *Argument* 175

Meier, Frank A., 1964; Studium der Geschichte, Theologie und Philosophie an der Univ. Münster. A: Sozial- und Literaturgeschichte der Antike und des frühen Christentums

Metzner, Andreas, 1961; Studium der Soziologie, Biologie, Philosophie an der Univ. Münster

Morgenstern, Matthias: siehe *Argument* 174

Müller-Jentsch, Walter, 1935; Dr.rer.pol., Prof. f. Sozialwissenschaft an der Univ.-GH Paderborn. V: *Soziologie der industriellen Beziehungen* (1986); *Zukunft der Gewerkschaften* (1988); *Basisdaten der industriellen Beziehungen* (1989). A: Arbeits- und Industriesoziologie; Industrielle Beziehungen; Sozialgeschichte des 19. Jh.

Nolte, Hans-Heinrich: siehe *Argument* 173

Peitsch, Helmut, 1948; Dr.phil., Senior Lecturer am University College of Swansea V: *Nachkriegsliteratur in Westdeutschland*, AS 83 und AS 116 (Mithrsg., 1982/83); *Eine Kulturmetropole wird geteilt* (Mitautor, 1987); *Berlin seit dem Kriegsende* (Mithrsg., 1989)

- Queisser, Hannelore**, 1953; Dipl.-Soz., Wiss. Mitarb. an der Univ. Bielefeld. A: Frauenerwerbsarbeit
- Reinisch, Holger**, 1948; Dr.phil., Dipl.Kfm., Dipl.Hdl., Akad. Rat an der Univ. Oldenburg. V: *Jugendarbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise* (1986); *Handlung und Situation als Kategorien wirtschaftsberuflicher Curriculumentwicklung* (1989). A: Didaktik der Wirtschaftslehre, Historische Berufsbildungsforschung
- Roth, Winfried**, 1952; Dipl.-Volkswirt, freier Journalist. V: *Orlando Wardones: »Mensch, du lebst noch!« Ein Chilene erzählt* (Hrsg., 1989). A: Politik, Wirtschaft, Kulturgeschichte
- Schäfer, Alfred**, 1951; PD, Dr.päd., Bildungsreferent/Priv.Do. an der Hochschule Lüneburg. V: *Systemtheorie und Pädagogik* (1983); *Aufklärung und Verdinglichung* (1988); *Zur Kritik pädagogischer Wirklichkeitsentwürfe* (1989). A: Allgemeine Pädagogik, Bildungstheorie, Sozialisationstheorie, Erziehungsphilosophie
- Schmid, Josef**: siehe *Argument* 174
- Schmitt, Bettina**, 1958; Dipl.-Soz., Doktorandin, Lehrbeauftragte an der TH Darmstadt. A: Frauenforschung, Techniksoziologie, Bildungssoziologie
- Schmitz, Beate**, 1954; Dipl.Päd., Dipl.Betriebswirtin, Wiss. Mitarb. an der Univ. Bielefeld. A: Berufsfindung von Mädchen
- Sigrist, Christian**, 1935; Dr.phil., Prof. f. Soziologie an der Univ. Münster. V: *Indien* (1976); *Regulierte Anarchie. Unters. z. Fehlen und zur Entstehung pol. Herrschaft in segment. Ges. Afrikas* (1979); *Gesellschaften ohne Staat* (Mithrsg., 1978). A: Entwicklungssoziologie, polit. Soziologie, Anthropologie
- Vogl, Jörg Michael**: siehe *Argument* 173
- Walpen, Bernhard**, 1959; lic.theol., Studium der Sprachwissenschaft, Philosophie und Ethnologie an der Univ. Zürich. A: Gramsci, marxist. Theorie, Faschismus
- Weingartz-Perschel**: siehe *Argument* 177
- Zimmermann, Klaus**, 1957; Dr.phil., Studium der Philosophie, Soziologie und Politikwissenschaft an der Univ. Münster. A: Philosophie (19. und 20. Jh.), soz. Theorie

Soziale oder sozialistische Demokratie?



Jürgen Seifert, Heinz Thörmer,
Klaus Wettig (Hg.)

Soziale oder sozialistische Demokratie?

Beiträge zur Geschichte der
Linken in der Bundesrepublik.
Freundesgabe für Peter von
Oertzen zum 65. Geburtstag

1989, 302 S., DM 24,80,
ISBN 3-924800-56-1

Peter von Oertzen kann auf über 40
Jahre Engagement als streitbarer
Sozialdemokrat und Gewerkschaf-
ter zurückblicken. Die praktische
Regierungsarbeit beeinflusste er als

Landtagsabgeordneter und Kultusminister in Niedersachsen. Sein
Konzept der Gestaltung des demokratischen Sozialismus versuchte
der Professor für Politikwissenschaft als Mitglied des Parteivorstan-
des der SPD und verschiedener Programm-Kommissionen durchzu-
setzen. In der vorliegenden Schrift würdigen Freunde und Wegge-
nossen sein Leben und seine politische Arbeit.

Mit Beiträgen von Jürgen Seifert, Oskar Negt, Ernest Mandel, Tilman
Fichter u.v.a.



SP-Verlag
Schüren
3550 Marburg

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

Inhaltsverzeichnis

31. Jahrgang

Nr. 173-178

Argument

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter

Heinz-Harald Abholz (Berlin), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Georg Auernheimer (Marburg), Theodor Bergmann (Stuttgart), Jutta Brückner (Berlin), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei † (Wien), Kuno Füssel (Münster), Karlheinz A. Geißler (München), Helmut Gollwitzer (Berlin), Heiko Haumann (Freiburg), Josef Held (Tübingen), Jutta Held (Osnabrück), Eike Hennig (Kassel), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin), Urs Jaeggi (Berlin), Baber Johansen (Berlin), Heiner Keupp (München), Arno Klönne (Paderborn), Michael Krätke (Amsterdam), Annette Kuhn (Bonn), Thomas Metscher (Bremen), Oskar Negt (Hannover), Brita Rang (Amsterdam), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Antje Vollmer (Bielefeld), Rainer Zoll (Bremen)

Redaktion

Dieter Borgers, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Peter Jehle, Helga Karl (z.Zt. beurlaubt), Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jo Rodejohann, Werner van Treeck, Thomas Weber, Frieder O. Wolf, Erich Wulff

Autonome Frauenredaktion

Sünne Andresen, Claudia Gdaniec, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Barbara Ketelhut, Jutta Meyer-Siebert, Eva Stäbler, Ellen Woll

Redaktionsanschrift: Onkel-Tom-Straße 64a, 1000 Berlin 37, Tel.: (030) 813 50 24

Verlagsleitung: Georg Stenzaly

Umschlag: Johannes Nawrath

Argument-Verlag, Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13, Tel.: (040) 45 60 18 u. 45 36 80

Auslieferung für Buchhandel

Rotation, Mehringdamm 51 c, 1000 Berlin 61, Tel.: (030) 692 79 34

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1989 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 1056 (ca. 980 + LXXVI) Seiten. — Einzelheft 14,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 11,- DM. Jahresabo 72,- DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57,- DM zzgl. Versand. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten haben (1 1/2zeilig, 60 Anschläge, 2-fache Ausfertigung). Autoren, die mit «Microsoft Word» arbeiten, tragen zur Verringerung unserer Satzkosten bei, wenn sie uns zusätzlich zu 2 Ausdrucken eine 5 1/4- oder 3 1/2-Zoll-Diskette schicken. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postgiroamt Berlin West 5745—108. Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BfG) 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — Nov./Dez. 1989. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3.

Editorials und Verlagsmitteilungen

Editorial	173/ 1
Zum Tode Erich Frieds (<i>D. Sölle</i>)	173/ 7
Editorial	174/167
Editorial	175/335
Editorial	176/501
Editorial	177/667
Erinnerungen an Johannes Hodek (<i>W.F.Haug</i>)	177/670
Erinnerung an Joseph Wulf (<i>J. Rodejohann</i>)	177/676
Editorial	178/829

Literarische Texte

<i>Günther Anders</i> : Der Ruhm	173/ 5
<i>Dorothee Sölle</i> : für erich fried im september 83	173/ 6
<i>Günther Anders</i> : Die Tabletten	174/169
<i>Helga Königsdorf</i> : Kirchengang	174/170
<i>Günther Anders</i> : Noch nicht einmal »nur gewesen«	175/338
<i>Erich Wulff</i> : Requiem für einen vietnamesischen Freund	175/339
<i>Ruth Rehmann</i> : Volksuni-Gesichter	176/505
<i>Günther Anders</i> : Kein Ketzler mehr	176/507
<i>Karen Ruoff</i> : No Reprieve	177/669
<i>Günther Anders</i> : Das perverse Gerät	177/678
<i>Ruth Rehmann</i> : Fortgehen	177/681
<i>Volker Braun</i> : Antikensaal	178/835
<i>Günther Anders</i> : Über ein Wort Jesu	178/833

Aufsätze

<i>Joan Acker</i> : Was wurde aus dem Paradigmenwechsel?	177/683
<i>Leena Alanen</i> : Von kleinen und von großen Menschen. Plädoyer für eine Soziologie der Kindheit	173/ 79
<i>Sünne Andresen</i> : Frauen — Technik — Arbeit. Ein Literaturbericht	174/225
<i>Georg Auernheimer</i> : Kulturelle Identität — ein gegenaufklärerischer Mythos?	175/381
<i>Etienne Balibar</i> : Gibt es einen »neuen Rassismus«?	175/369
<i>Frank Beckenbach</i> : Zu Luhmanns »Wirtschaft der Gesellschaft«	178/887
<i>Jan Christer Bengtsson</i> : Im Namen des Gesetzes. Peter Weiss und die Filmzensur	174/259
<i>Dick Boer</i> : Den Himmel nicht den Spatzen überlassen. Thesen zur Intervention ins Religiöse	177/767
<i>Diemut Bubeck</i> : Marx' »Reich der Freiheit« und die Frauenarbeit	177/719
<i>Cynthia Cockburn</i> : Perestrojka und Feminismus	178/905
<i>Irene Dölling</i> : Marxismus und Frauenfrage in der DDR	177/709
<i>Thomas Fecker</i> : s.u. <i>Heinz Hartmann</i>	
<i>André Gunder Frank</i> : Weltverschuldungskrise, Europäische Herausforderung und 1992	177/759
<i>Petra Frerichs und Margareta Steinrücke</i> : Symbolische Interessen von Frauen im Betrieb ..	174/209
<i>Heiner Goebbels</i> : Prince and the Revolution	175/421
<i>Volker Gransow und Wayne Miller</i> : Carl Schmitt: Feind oder Fundgrube? Zur neueren Rezeption in den USA	175/427
<i>Stuart Hall</i> : Rassismus als ideologischer Diskurs	178/913
<i>Heinz Hartmann und Thomas Fecker</i> : Kritik auf Knopfdruck. Zur Praxis und Inventur von Buchbesprechungen im letzten Jahrzehnt	173/105
<i>Frigga Haug</i> : Die Perestrojka auf sozialdemokratisch?	174/175
<i>Frigga Haug und Kornelia Hauser</i> : Frauenerfahrung und Geschlechtsbegriff	177/695
<i>Wolfgang Fritz Haug</i> : Die Perestrojka als Revolution — wogegen?	176/547
<i>Wolfgang Fritz Haug</i> : Musik gegen die Dummheit. Erinnerungen an Johannes Hodek	177/670

<i>Kornelia Hauser</i> : Der Sozialismus bleibt untröstlich. Zu Christa Wolfs »Sommerstück«	176/579
<i>Kornelia Hauser</i> : Wissenschaftlicher Feminismus als Befreiungsprojekt	177/741
<i>Kornelia Hauser</i> : s.u. <i>Frigga Haug</i>	
<i>Klaus Heinrich</i> : Zur Geistlosigkeit der Universität heute	173/ 9
<i>Dietmar Heubrock</i> : Argumente für eine materialistische Utopieforschung	176/568
<i>Heiner Keupp</i> : Der verrückte Hunger nach Psychologie	176/582
<i>Annette Kuhn</i> : Vom schwierigen Umgang der Frauengeschichtsforschung mit dem Nazismus	177/733
<i>Gudrun-Axeli Knapp</i> : Zur Mikropolitik von »Technikdistanz«	175/409
<i>Georges Labica</i> : Der Begriff der Revolution	176/511
<i>Eberhard Lämmert</i> : Verfügungsmasse der Industriegesellschaft. Zum Status der Geistes- und Sozialwissenschaften	173/ 33
<i>Thomas Laugstien</i> : Die Gründung der »Hochschule für Wirtschaft und Politik« als postfaschistischer Kompromiß	178/923
<i>George Leaman</i> : Warum die »Demokraten« die Präsidentschaftswahlen nicht gewinnen wollten	173/ 75
<i>Norman Levine</i> : Der Jakobinismus und die europäische revolutionäre Tradition	176/519
<i>Richard Lichtman</i> : Psychoanalyse als Prototyp der Kritischen Sozialwissenschaften. Eine Kritik an Jürgen Habermas	176/594
<i>Alain Lipietz</i> : Europa als letztes Aufgebot für einen weltweiten Wirtschaftsaufschwung? ...	173/ 49
<i>Andreas Metzner</i> : Die ökologische Krise und die Differenz von System und Umwelt	178/871
<i>Robert Miles</i> : Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus	175/353
<i>Wayne Miller</i> : s.u. <i>Völker Gransow</i>	
<i>Matthias Morgenstern</i> : Zionismus, Chassidismus und Messianismus. Religiöse Parteipolitik in Israel	174/251
<i>C. Ulisses Moulines</i> : Zur Zwangsversetzung des Instituts für Philosophie der FU Berlin ...	173/ 45
<i>Wolfgang Nitsch</i> : Vom beamteten Gelehrtentum zum soziokulturellen Dienstleistungsbetrieb. Die Geistes- und Sozialwissenschaften in der Krise	173/ 21
<i>Roxana Ng</i> : Geschlecht, Ethnizität oder Klasse?	175/395
<i>Erik Nohara</i> : Geistige Wurzeln der Revolution in Nicaragua	173/ 69
<i>Jan Rehmann</i> : Christlich-Marxistischer Dialog in Perestrojka-Zeiten	174/235
<i>Su Shaozhi</i> : »Niemand hat das Recht, darüber zu urteilen, wer Marxist ist und wer nicht.«	177/747
<i>Christian Sigrist</i> : Das gesellschaftliche Milieu der Luhmannschen Theorie	178/837
<i>Dorte Marie Søndergaard</i> : Revolutionierung der Geschlechterverhältnisse?	176/561
<i>Margareta Steinrücke</i> : s.u. <i>Petra Frerichs</i>	
<i>Doris Tijerino</i> : Polizeipräsidentin in Nicaragua (Interview)	174/271
<i>Victor Tirado</i> : Wirtschaftliche Unabhängigkeit: Ein fundamentales Ziel der nicaraguanischen Revolution (Interview)	175/437
<i>Anja Weberling</i> : Politik der Frauen in der Französischen Revolution	176/531
<i>Toshio Yamada</i> : Marxismus in Japan	173/ 59
<i>Klaus Zimmermann</i> : Die Abschaffung des Subjekts in den Schranken der Subjektphilosophie	178/855

Interventionen

<i>Hans G. Mittermüller</i> : Die Grünen und die Linke	176/607
--	---------

Dokumentation

Überlegungen zur »Internationalen Peter-Weiss-Gesellschaft«	176/608
Sektion marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität: Diskussionsmaterial zur gegenwärtigen Lage der DDR	178/928

Kongreßberichte

Geschichte und Zukunft des Sozialismus in der Sowjetunion. Tübingen, 29.10.1988 (<i>S. Veil</i>)	173/ 90
Nikolai I. Bucharin als Theoretiker des Sozialismus. Wuppertal, 10. bis 13.10.1988 (<i>B. Gransow</i>)	173/ 92

Internationaler Zukunftskongreß der IG Metall. Frankfurt/M., 27. bis 29.10.1988 (<i>J. Schmidt</i>)	173/ 93
Acteurs et terrain du mouvement social de 1968. Paris, 24. bis 30.10.1988 (<i>W. Kowalsky</i>) ...	173/ 95
4. Europäisches Forum sozialistischer Feministinnen. Manchester, 18. bis 20.11.1988 (<i>J. Meyer-Siebert, B. Jansen</i>)	173/ 96
Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien (2. Kongreß). Frankfurt/M., 28. bis 30.11.1988 (<i>G. Gräning</i>)	173/ 98
Turning Points in History. Amsterdam, 26. bis 30.9.1988 (<i>A. Kuhn</i>)	173/100
37. Historikertag. Bamberg, 12. bis 16.10.1988 (<i>A. Kuhn</i>)	173/100
Ästhetik, Revolte und Widerstand im Werk von Peter Weiss. Hamburg-Winterhude, 10. bis 13.11.1988 (<i>P. Kamp</i>)	173/101
UNiMUT — Alternativen zur Fremdbestimmung. Internationaler StudentInnenkongreß. West-Berlin, 6. bis 9.1.1989 (<i>P. Dobner</i>)	174/275
The Long Wave Debate. Brüssel, 12. bis 14.1.1989 (<i>A. Kleinknecht</i>)	174/276
New Frontiers in Social Research: Ethnic, Race and Minority Relations. Amsterdam, 8. bis 11.12.1988 (<i>N. Rätzkel</i>)	174/277
1. Feministisches Ökonomieforum. West-Berlin, 24. bis 26.2.1989 (<i>C. Gather, S. Hübner</i>)	175/441
75 Jahre Meißnerformel 1913. Jurtenlager am Hohen Meißner, 12. bis 16.10.1988 (<i>E. Holler</i>)	175/442
Franz Mehring — Historiker der Literatur, der Philosophie und der Arbeiterbewegung. Hamburg, 27. bis 29.1.1989 (<i>S. Timpf</i>)	175/444
1789/1989: Die Revolution hat nicht stattgefunden. V. Symposium der Internationalen Assoziation von Philosophinnen. West-Berlin, 6. bis 9.4.1989 (<i>A. Barkhaus, A. Krebs, T. Orozco</i>)	176/609
Frauenforschung und Kunst von Frauen. Bonn, 16. bis 18.2.1989 (<i>B. Lausch</i>)	176/611
Freiburger Frühling. StudentInnenkongreß. Freiburg, 22. bis 26.5.1989 (<i>J. Lögler</i>)	176/613
Subjektbezogene Forschung als Basis für die Jugendarbeit. Tübingen, 17. bis 18.2.1989 (<i>H. W. Horn</i>)	176/614
BdWi-Jahrestagung: Kritische Ökologie — Boden. Düsseldorf, 7. bis 8.4.1989 (<i>R. Czeskleba-Dupont</i>)	176/615
Eisler-Tage. Lund, 10. bis 11.3.1989 (<i>J. Pacheco</i>)	176/615
Der wirkliche Antonio Gramsci. Hamburg, 29. bis 30.4.1989 (<i>P. Jehle</i>)	176/616
10. Westberliner Volksuni. 12. bis 15.5.1989 (<i>C. Hahn</i>)	177/775
Nordseetribunal. Bremen, 20. bis 21.5.1989 (<i>W. Wessolleck</i>)	177/777
Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht. 200 Jahre Aufklärung — 200 Jahre französische Revolution. Internationaler Frauenkongreß. Frankfurt/M. 5. bis 8.10.1989 (<i>F. Haug</i>)	178/931
Frauenwelt — Computerräume. Bremen, 21. bis 24.9.1989 (<i>H. Hengstenberg, H. Queisser, B. Schmitt, B. Schmitz</i>)	178/934
Europa 1992: Chance oder Risiko? Internationales EG-Binnenmarkt-Diskussionsforum. Köln, 27.5.1989 (<i>P. Dobner</i>)	178/938

Besprechungen

Philosophie	
<i>Bensussan, Gérard: Questions juives (M. Morgenstern)</i>	178/947
<i>Blank, Renold J.: Der Aufstand des domestizierten Gottes (F.A. Meier)</i>	178/949
<i>Boschetti, Anna: Sartre et «Les Temps Modernes» (R. Koch-Oehmen)</i>	174/281
<i>Clévenot, Michel: Von Jerusalem nach Rom: Geschichte des Christentums im 1. Jahrhundert (D. Eileri)</i>	175/449
<i>Cohen-Solal, Annie: Sartre (R. Koch-Oehmen)</i>	174/281
<i>Derrida, Jacques: Feuer und Asche (M. Jäger)</i>	173/119
<i>Fariás, Victor: Heidegger und der Nationalsozialismus (R. Alisch)</i>	176/619
<i>Fracchia, Joseph G.: Die Marxsche Aufhebung der Philosophie und der philosophische Marxismus (J. Koivisto)</i>	174/282
<i>Frank, Manfred, Gérard Raulet und Willem van Reijen (Hrsg.): Die Frage nach dem Subjekt (M. Haupt)</i>	178/941
<i>Habermas, Jürgen: Nachmetaphysisches Denken. Philosophische Aufsätze (H. Fallschessel)</i>	173/117
<i>Hayman, Ronald: Jean-Paul Sartre. Leben und Werk (R. Koch-Oehmen)</i>	174/281

<i>Himmelheber, Max</i> (Hrsg.): Scheidewege 1988/89 (<i>H. Fallschessel</i>)	175/447
<i>Höffe, Otfried</i> : Politische Gerechtigkeit. Grundlegung einer kritischen Philosophie von Recht und Staat (<i>F. Konermann</i>)	175/450
<i>Hofmann, Rupert</i> (Hrsg.): Gottesreich und Revolution. Zur Vermengung von Christentum und Marxismus in politischen Theologien der Gegenwart (<i>Th. Klein</i>)	175/448
<i>Horkheimer, Max</i> : Gesammelte Schriften 14: Nachgelassene Schriften 1949-1972 (<i>V. Heins</i>)	176/622
<i>Horváth, Arpad</i> : Sozialismus und Religion (<i>B. Wälpen</i>)	178/946
<i>Lévinas, Emmanuel</i> : Totalität und Unendlichkeit. Versuch über die Exteriorität (<i>M. Hinz</i>)	178/942
<i>List, Elisabeth, und Herlinde Studer</i> (Hrsg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik (<i>K. Hauser</i>)	177/741
<i>Lokhorst, Gert J.C.</i> : Brein en Bewustzijn (<i>H. Längin</i>)	175/451
<i>Maryama, Masao</i> : Denken in Japan (<i>H. Fallschessel</i>)	173/122
<i>Ott, Hugo</i> : Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie. (<i>R. Alisch</i>)	176/619
<i>Riedel, Manfred</i> : Fra mito e scienza. L'inizio della filosofia greca (<i>F.O. Wolf</i>)	173/124
<i>Schmidt-Biggemann, Wilhelm</i> : Theodizee und Tatsachen. Das philosophische Profil der deutschen Aufklärung (<i>Th. Heinrichs</i>)	174/283
<i>Schwan, Alexander</i> : Politische Philosophie im Denken Heideggers (<i>R. Alisch</i>)	176/619
<i>Sommer, Manfred</i> : Evidenz im Augenblick. Eine Phänomenologie der reinen Empfindung (<i>W. Jung</i>)	178/944
<i>Sommer, Manfred</i> : Identität im Übergang: Kant (<i>Th. Heinrichs</i>)	178/945
<i>Türcke, Christoph</i> : Gewalt und Tabu. Philosophische Grenzgänge (<i>M. Barthlott</i>)	173/121
Sprach- und Literaturwissenschaft	
<i>Belaval, Yvon</i> : Digressions sur la rhétorique (<i>M. Hinz</i>)	175/452
<i>Berger, Renate, und Inge Stephan</i> (Hrsg.): Weiblichkeit und Tod in der Literatur (<i>H. Schwarz</i>)	177/790
<i>Buhl, Barbara</i> : Bilder der Zukunft — Traum und Plan. Utopie im Werk B. Brechts (<i>F. Vaßen</i>)	177/783
<i>Combes, André, u.a.</i> (Hrsg.): Nazisme et antinazisme dans la littérature et l'art allemands (<i>E. Völker</i>)	174/287
<i>Deussen, Christiane</i> : Erinnerung als Rechtfertigung. Autobiographien nach 1945 (<i>C. Albert</i>)	174/285
<i>Fuchs, Peter</i> : Bertolt Brecht. Der aufdringliche Dichter. Das Selbstverständnis Bertolt Brechts im Kontext der Moderne (<i>G. Berg</i>)	177/779
<i>Jameson, Frederic</i> : Das politische Unbewußte. Literatur als Symbol sozialen Handelns (<i>R. Fricke</i>)	174/284
<i>Kaufmann, Hans</i> : Über DDR-Literatur (<i>V. Gransow</i>)	175/457
<i>Kebir, Sabine</i> : Ein akzeptabler Mann? Streit um Bertolt Brechts Partnerbeziehungen (<i>G. Berg</i>)	177/779
<i>Kiefer, Klaus H.</i> (Hrsg.): Carl-Einstein-Kolloquium (<i>G. Berg</i>)	173/127
<i>Laitmann, Dieter</i> : Kennen Sie Brecht? Stationen seines Lebens (<i>G. Berg</i>)	177/779
<i>Lins, Ulrich</i> : Die gefährliche Sprache. Die Verfolgung der Esperantisten unter Hitler und Stalin (<i>G. Simon</i>)	175/453
<i>Lins, Ulrich</i> : La dangera lingvo. Studo pri la persekutoj kontraŭ Esperanto (<i>G. Simon</i>)	175/453
<i>Lucchesi, Joachim, und Ronald K. Shull</i> : Musik bei Brecht (<i>A. Dümling</i>)	177/784
<i>Mahoney, Dennis F.</i> : Der Roman der Goethezeit (<i>R.G. Bognér</i>)	177/787
<i>McGlathery, James M.</i> : Mysticism and Sexuality: E.T.A. Hoffmann (<i>R. Schmidt</i>)	177/788
<i>Momberger, Manfred</i> : Sonne und Punsch. Die Dissemination des romantischen Kunstbegriffs bei E.T.A. Hoffmann (<i>R. Schmidt</i>)	177/788
<i>Müller, Maria E.</i> (Hrsg.): Eheglück und Liebesjoch. Bilder von Liebe, Ehe und Familie in der Literatur des 15. und 16. Jahrhunderts (<i>R. Schlechtweg-Jahn</i>)	177/785
<i>Newmeyer, Frederick J.</i> : The Politics of Linguistics (<i>G. Simon</i>)	175/455
<i>Pietzcker, Carl</i> : »Ich kommandiere mein Herz«. Brechts Herzneurose — Ein Schlüssel zu seinem Leben und Schreiben (<i>G. Berg</i>)	177/779
<i>Schlosser, Horst Dieter, und Hans Dieter Zimmermann</i> (Hrsg.): Poetik. Essays über Bachmann, Bichsel, Böll, Enzensberger, Hildesheimer, Jandl, Johnson, Kaschnitz, Lenz, Nizon, Rühmkorf, Walser, Christa Wolf und andere Beiträge zu den Frankfurter Poetik-Vorlesungen (<i>T. Schmidt</i>)	173/126

<i>Schön, Erich: Der Verlust der Sinnlichkeit / oder die Verwandlungen des Lesers (C. Albert)</i>	173/124
<i>Wagner, Frank Dietrich: Bertolt Brecht. Kritik des Faschismus (G. Berg)</i>	177/779
<i>Wege, Carl: Bertolt Brecht. Lion Feuchtwanger. »Kalkutta, 4. Mai« (G. Berg)</i>	177/779

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Autorenkollektiv (Ltg. Erwin Pracht): Ästhetik der Kunst (Th. Themann)</i>	175/458
<i>Gebauer, Gunter (Hrsg.): Körper- und Einbildungskraft. Inszenierungen des Helden im Sport (A. Kühling)</i>	173/132
<i>Gramsci, Antonio: Gedanken zur Kultur (S. Kebir)</i>	173/129
<i>Jürgens, Martin: Moderne und Mimesis. Vorschlag für eine Theorie der modernen Kunst (J. Held)</i>	173/130
<i>Kausch, Michael: Populärkultur und Kulturindustrie (C. Ujma)</i>	177/792
<i>Lesle, Ulf-Thomas: Das niederdeutsche Theater. Von »völkischer Not« zum Literaturtrost (F. Vaßen)</i>	177/793
<i>Pfeiffer, Helmut, Hans-Robert Jauß und Françoise Gaillard (Hrsg.): Art social und art industriel. Funktionen der Kunst im Zeitalter des Industrialismus (W. Kühnert)</i>	175/459

Soziologie

<i>Bergner, Dieter, und Reinhard Mocek: Gesellschaftstheorien (K. Wagner)</i>	173/136
<i>Bonß, Wolfgang, und Heinz Hartmann (Hrsg.): Entzauberte Wissenschaft. Zur Relativität und Geltung soziologischer Forschung (J. Weyer)</i>	173/138
<i>Brecher, Deborah L.: Go Stop Run. Das Frauencomputerbuch (S. Andresen)</i>	176/627
<i>Breyvogel, Winfried, und Heinz-H. Krüger (Hrsg.): Land der Hoffnung — Land der Krise. Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900-1987 (J. Ecarius)</i>	175/463
<i>Bruder, Wolfgang (Hrsg.): Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland (J. Weyer)</i>	174/296
<i>Deutsches Architekturmuseum Frankfurt a.M. (Hrsg.): Ernst May und das Neue Frankfurt 1925-1930 (E. Konter)</i>	177/796
<i>Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Die ergraute Gesellschaft (F. Karl)</i>	175/464
<i>Farge, Arlette, und Michel Foucault: Familiäre Konflikte: Die »Lettres de cachet« (B. Ketelhut)</i>	176/630
<i>Grelon, André (Hrsg.): Les ingénieurs de la Crise (N. Beckenbach)</i>	174/292
<i>Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen (J. Lichtenberger)</i>	175/461
<i>Hildebrandt, Eckart, und Rüdiger Seltz (Hrsg.): Managementstrategien und Kontrolle. Eine Einführung in die Labour Process Debate (U. Mill)</i>	174/289
<i>Hondrich, Karl Otto, und Jürgen Schumacher: Krise der Leistungsgesellschaft (N. Dimmel)</i>	173/133
<i>Informationszentrum Sozialwissenschaften (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft (A. Scherr) ...</i>	173/142
<i>Janssen, Helmut, Rainer Kaulitzky und Raymond Michalowski (Hrsg.): Radikale Kriminologie (Th. Tugendheim)</i>	177/799
<i>Karl, Fred: Alte Menschen im Stadtteil (A. Labisch)</i>	175/466
<i>Klingemann, Carsten (Hrsg.): Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland (F. Thieme)</i>	173/140
<i>Libreria delle donne di Milano: Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis (K. Hauser)</i>	176/628
<i>Lullies, Veronika, Friedrich Weltz, Heinrich Bollinger und Rolf G. Ortman: Einsatz neuer Technik im Büro (W. van Treeck)</i>	174/295
<i>Pirker, Theo, Hans-Peter Müller und Rainer Winkelmann (Hrsg.): Technik und Industrielle Revolution (W. van Treeck)</i>	177/795
<i>Prigge, Walter (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen (E. Konter)</i>	177/796
<i>Prigge, Walter, und Wilfried Kaib (Hrsg.): Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich (E. Konter)</i>	177/796
<i>Prigge, Walter, und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Das Neue Frankfurt. Städtebau und Architektur im Modernisierungsprozeß 1925-1988 (E. Konter)</i>	177/796

<i>Sachverständigenkommission Arbeit und Technik: Arbeit und Technik. Ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm (F. Haug)</i>	176/625
<i>Schenk, Herrad: Freie Liebe — wilde Ehe. Über die allmähliche Auflösung der Ehe durch die Liebe (B. Ketelhut)</i>	176/632
<i>Schröder, Burkhard: Unter Männern (P. Hocke)</i>	177/800
<i>Tausch, Arno: Jenseits der Weltgesellschaftstheorien (H.-H. Nolte)</i>	173/134
<i>Weingart, Peter, Jürgen Kroll und Kurt Bayertz: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland (U. Bosum/W. Grode)</i>	175/460
<i>Wintersberger, Helmut: Arbeitermedizin in Italien (E. Göbel)</i>	174/291
<i>Zillich, Norbert: Homosexuelle Männer im Arbeitsleben (K.-H. Kammertöns)</i>	174/296
 Erziehungswissenschaft	
<i>Dudek, Peter: Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und Freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935 (H. Reinisch)</i>	178/954
<i>Ebert, Joachim, und Jürgen Herter: Neue Allgemeinbildung. Grundzüge eines demokratischen Bildungsverständnisses (N. Franck)</i>	174/298
<i>Faulstich-Wiegand, Hannelore (Hrsg.): Abschied von der Koedukation? (A. Lindberg)</i>	177/805
<i>Fromm, Martin: Die Sicht der Schüler in der Pädagogik (Ch. Mürner)</i>	174/301
<i>Funk, Heide, und Anita Heiliger (Bearb.): Mädchenarbeit — Schritte zur Verwirklichung der Chancengleichheit (M. Wens)</i>	177/802
<i>Giesche, Sigrid, und Dagmar Sachse (Hrsg.): Frauen verändern Lernen. Dokumentation der 6. Fachtagung der AG Frauen und Schule (B. Ketelhut)</i>	177/806
<i>Gieseke, Wiltrud, u.a.: Professionalität und Professionalisierung (B. Koring)</i>	176/633
<i>Harney, Klaus, Dieter Jütting und Bernhard Koring (Hrsg.): Professionalisierung der Erwachsenenbildung. Fallstudien — Materialien — Forschungsstrategien (J. Kade)</i>	176/635
<i>Jantzen, Wolfgang: Allgemeine Behindertenpädagogik. Band I: Sozialwissenschaftliche Grundlagen. Ein Lehrbuch (M. Kipp)</i>	178/958
<i>Kade, Jochen: Erwachsenenbildung und Identität. Eine empirische Studie zur Aneignung von Bildungsangeboten (K.A. Geißler)</i>	176/636
<i>Kakar, Sudhir: Kindheit und Gesellschaft in Indien. Eine psychoanalytische Studie (G. Auerheimer)</i>	174/305
<i>Kanz, Heinrich: Einführung in die Erziehungsphilosophie. Ein inhaltlicher Entwurf (A. Schäfer)</i>	178/952
<i>Karsten, Maria Eleonora, und Hans-Uwe Otto (Hrsg.): Die sozialpädagogische Ordnung der Familie. Beiträge zum Wandel familialer Lebensweisen und sozialpädagogischer Interventionen (K.A. Chassé)</i>	178/956
<i>Keim, Wolfgang (Hrsg.): Pädagogen und Pädagogik im Nationalsozialismus. Ein unerledigtes Problem der Erziehungswissenschaft (H.-J. Gamm)</i>	175/468
<i>Lenhart, Volker: Die Evolution erzieherischen Handelns (A. Schäfer)</i>	178/950
<i>Mannoni, Maud: »Scheißerziehung«. Von der Antipsychiatrie zur Antipädagogik (G. Miller-Kipp)</i>	174/300
<i>Nestmann, Frank: Die alltäglichen Helfer. Theorien sozialer Unterstützung und eine Untersuchung alltäglicher Helfer aus vier Dienstleistungsberufen (Ch. Lüders)</i>	173/144
<i>Olk, Thomas, und Hans-Uwe Otto (Hrsg.): Soziale Dienste im Wandel. Helfen im Sozialstaat (A. Schaarschuch)</i>	173/143
<i>Roedel, Judith: Das heilpädagogische Experiment Bonneuil und die Psychoanalyse in Frankreich (R. Kaufhold)</i>	174/304
<i>Rutschky, Katharina: Deutsche Schul-Chronik. Lernen und Erziehen in vier Jahrhunderten (Ch. Mürner)</i>	175/469
<i>Schlupeit-Beck, Dagmar (Hrsg.): Mädchenräume. Initiativen — Projekte — Lebensperspektiven (G. Heinrich)</i>	177/800
<i>Schlüter, Anne (Hrsg.): Quellen und Dokumente zur Geschichte der gewerblichen Berufsbildung von Mädchen (M. Kipp)</i>	175/471
<i>Schlung, Franz H.: Sozialgeschichte des Schulwesens in Hessen-Kassel (N. Franck)</i>	175/470

<i>Schwänke, Ulf</i> : Der Beruf des Lehrers (<i>B. Koring</i>)	176/637
<i>Schweitzer, Jochen</i> (Hrsg.): Bildung für eine menschliche Zukunft (<i>G. Miller-Kipp</i>)	174/300
<i>Specht, Edith</i> : Schön zu sein und gut zu sein. Mädchenbildung und Frauensozialisation im antiken Griechenland (<i>K. Weingartz-Perschel</i>)	177/804
<i>Wascher, Uwe, und Detlef Wutzke</i> (Hrsg.): Berufsorientierung: Mädchen im Blickpunkt. Probleme — Chancen — Perspektiven (<i>E. Niehoff</i>)	177/807
<i>Wenzel, Hartmut</i> : Unterricht und Schüleraktivität (<i>M. Schratz</i>)	174/302
<i>Winkel, Rainer</i> (Hrsg.): Pädagogische Epochen. Von der Antike bis zur Gegenwart (<i>N. Franck</i>)	178/951
<i>Ziefuß, Horst</i> : Jugendliche in der gewerblich-technischen Ausbildung in Industrie und Handwerk (<i>D. Kahsnitz</i>)	174/303
Psychologie	
<i>Bataille, Laurence</i> : Der Nabel des Traums. Von einer Praxis der Psychoanalyse (<i>C. Albert</i>)	178/959
<i>Neuwirth, Barbara</i> (Hrsg.): Frauen, die sich keine Kinder wünschen. Eine liebevolle Annäherung an die Kinderlosigkeit (<i>K. Weingartz-Perschel</i>)	178/963
<i>Seifert, Edith</i> : »Was will das Weib?« Zu Begehren und Lust bei Freud und Lacan (<i>C. Albert</i>)	178/959
<i>Vögt, Irmgard</i> : Alkoholikerinnen (<i>S. Häflicher</i>)	178/961
Geschichte	
<i>Babeuf, François Noël</i> : Die Verschwörung für die Gleichheit. Rede über die Legitimität des Widerstandes (<i>W. Mackenbach</i>)	176/645
<i>Becher, Ursula A.J., und Jörn Rüsen</i> : Weiblichkeit in geschichtlicher Perspektive (<i>A. Kuhn</i>)	173/146
<i>Becker, Heinrich, u.a.</i> (Hrsg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus (<i>Th. Laugstien</i>)	175/478
<i>Bergmann, Jürgen</i> : Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49 (<i>H.A. Marsiske</i>)	174/307
<i>Blaschke, Wolfgang, u.a.</i> (Hrsg.): Nachhilfe zur Erinnerung. 600 Jahre Universität zu Köln (<i>Th. Laugstien</i>)	175/478
<i>Blickle, Peter</i> : Gemeindereformation. Die Menschen des 16. Jahrhunderts auf dem Weg zum Heil (<i>D. Fleischer</i>)	178/965
<i>Bödeker, Hans Erich, und Ulrich Herrmann</i> : Aufklärung als Politisierung — Politisierung der Aufklärung (<i>D. Fleischer</i>)	178/968
<i>Boehncke, Heiner, und Harro Zimmermann</i> (Hrsg.): Reiseziel Revolution. Berichte deutscher Reisender aus Paris 1789-1805 (<i>M. Ewert</i>)	176/647
<i>Boockmann, Hartmut, und Hermann Wellenreuther</i> (Hrsg.): Geschichtswissenschaft in Göttingen (<i>H.W. Blanke</i>)	177/817
<i>Borth, Fred</i> : Nicht zu jung zum Sterben. Die »Hitler-Jugend« im Kampf um Wien 1945 (<i>S. Bajohr</i>)	175/479
<i>Bracher, Karl Dietrich, u.a.</i> (Hrsg.): Die Weimarer Republik (<i>H. Ammon</i>)	175/473
<i>Breuer, Mordechai</i> : Jüdische Orthodoxie im Deutschen Reich 1871-1918 (<i>H. Haumann</i>)	174/308
<i>Doerry, Martin</i> : Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs (<i>M. Uecker</i>)	174/310
<i>Dülmen, Andrea van</i> (Hrsg.): Frauen. Ein historisches Lesebuch (<i>B. Clemens</i>)	173/151
<i>Frevort, Ute</i> (Hrsg.): Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert (<i>A. Kuhn</i>)	173/149
<i>Grupp, Peter</i> : Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles (<i>W. Ruge</i>)	175/471
<i>Kämmerer, Jürgen</i> (Hrsg.): Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912-1945 (<i>H.W. Blanke</i>)	177/816
<i>Kocka, Jürgen</i> (Hrsg.): Max Weber, der Historiker (<i>H.W. Blanke</i>)	176/639
<i>Koenigsberger, Helmut G.</i> (Hrsg.): Republiken und Republikanismus im Europa der frühen Neuzeit (<i>H. Zuckert</i>)	178/963
<i>Küntler, Wolfgang</i> (Hrsg.): Marxistische Typisierung und idealtypische Methode in der Geschichtswissenschaft (<i>H.W. Blanke</i>)	176/639
<i>Hammerstein, Notker</i> (Hrsg.): Deutsche Geschichtswissenschaft um 1900 (<i>H.W. Blanke</i>) ..	177/814
<i>Herre, Franz</i> : Kaiser Friedrich III. Deutschlands liberale Hoffnung (<i>R. Rieß</i>)	174/309

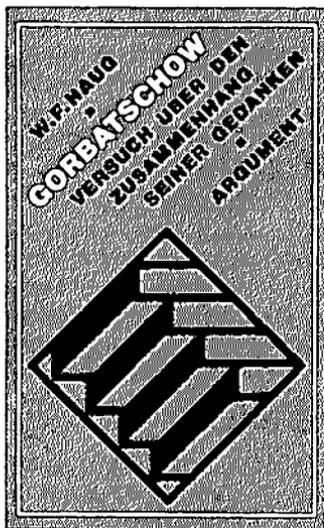
<i>Lamprecht, Karl: Alternative zu Ranke. Schriften zur Geschichtstheorie (H.W. Blanke)</i>	177/812
<i>Messerschmidt, Manfred, und Fritz Willner: Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus (G. Knobloch)</i>	175/477
<i>Mommsen, Wolfgang J., und Jürgen Osterhammel (Hrsg.): Max Weber and his Contemporaries (H.W. Blanke)</i>	176/639
<i>Müller, Ingo: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz (E. Hohmann)</i>	175/476
<i>Raulff, Ulrich (Hrsg.): Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse (W. Kowalsky)</i>	177/818
<i>Schulze, Winfried (Hrsg.): Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität (F. Konersmann)</i>	178/966
<i>Schwabe, Klaus (Hrsg.): Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815-1945 (H.W. Blanke)</i>	177/815
<i>Soden, Kristine von: Die Sexualberatungsstellen der Weimarer Republik 1919-1933 (U. Daniel)</i>	173/153
<i>Seffens, Horst: Autorität und Revolte. Alltagsleben und Streikverhalten der Bergarbeiter an der Saar im 19. Jh. (H. Haumann)</i>	174/308
<i>Sternheim-Peters, Eva: Die Zeit der großen Täuschungen. Mädchenleben im Faschismus (S. Bajohr)</i>	175/480
<i>Vierhaus, Rudolf (Hrsg.): Aufklärung als Prozeß (H.W. Blanke)</i>	178/967
<i>Vovelle, Michel: Die Französische Revolution — Soziale Bewegungen und Umbau der Mentalitäten (H. Geiling)</i>	176/643
<i>Wädle, Anni: Mutti, warum lachst Du nie? Erinnerungen an Zeiten der Verfolgung und des Krieges (B. Bromberger)</i>	173/154
<i>Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte (G. Wegner)</i>	177/809
<i>Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon (H. Ammon)</i>	175/475
 Soziale Bewegungen und Politik	
<i>Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation (H. Melber)</i>	173/155
<i>Arnold, Heinz-Ludwig (Hrsg.): Vom Verlust der Scham und dem allmählichen Verschwinden der Demokratie (J. Schmid)</i>	174/318
<i>Bölsche, Jochen (Hrsg.): Waterkantgate. Die Kieler Affäre oder Wieviel Skandale verträgt die Demokratie? (J. Schmid)</i>	174/318
<i>Borsdorf, Ulrich (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945 (W. Müller-Jentsch)</i>	178/972
<i>Bukow, Wolf-Dietrich, und Robert Llaryora: Mitbürger aus der Fremde. Zur Soziogenese ethnischer Minderheiten (G. Auernheimer)</i>	173/157
<i>Burns, Rob, and Wilfried van der Will: Protest and Democracy in Western Germany (H. Peitsch)</i>	178/975
<i>Conquest, Robert: Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929-1933 (J. Becker)</i>	177/824
<i>Critica marxista 3-4/1988: Esperienze e identità dei comunisti italiani (S. Ghisu)</i>	174/313
<i>Didion, Joan: Miami (E. Nohara)</i>	176/652
<i>Ernst, Werner W.: Legitimationswandel und Revolution. Studien zur neuzeitlichen Entwicklung und Rechtfertigung politischer Gewalt (H. Albrecht)</i>	176/654
<i>Geiges, Adrian: Revolution ohne Schüsse. Meine Erlebnisse mit der Perestrojka — am Fließband und im Klassenzimmer (U. Hirschfeld)</i>	174/315
<i>Girvin, Brian (Hrsg.): The Transformation of Contemporary Conservatism (J. Schmid)</i>	178/970
<i>Gössner, Rolf: Widerstand gegen die Staatsgewalt. Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte (N. Neumann)</i>	174/319
<i>Grottian, Peter, u.a.: Die Wohlfahrtswende. Der Zauber konservativer Sozialpolitik (P. Gitschmann)</i>	175/484
<i>Guevara, Ernesto Che: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik (W. Mackenbach)</i>	176/650
<i>Hansen, Klaus, und Hans Lietzmann (Hrsg.): Carl Schmitt und die Liberalismuskritik (C. Knobloch)</i>	173/159
<i>Hensche, Detlef, und Martin Kuschka (Hrsg.): Recht und Arbeiterbewegung. Zum Gedenken an Wolfgang Abendroth (E. Hennig)</i>	178/974
<i>Hildebrandt, Eckart, Eberhard Schmidt und Hans Joachim Sperling (Hrsg.): Zweidrittelgesellschaft. Eindrittelgewerkschaft. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1988/89 (M. Bauer) .</i>	173/163

<i>Hodges, Donald C.</i> : Intellectual Foundations of the Nicaraguan Revolution (<i>E. Nohara</i>) ...	173/ 69
<i>IMSF</i> : Die Politische Ökonomie des Lohnverzichts. Oskar Lafontaine und die linke Zukunftsdiskussion (<i>F. Haug</i>)	174/204
<i>Keane, John</i> (Hrsg.): Civil Society and the State. New European Perspectives (<i>R. Axtmann</i>)	176/655
<i>Kellmann, Klaus</i> : Die kommunistischen Parteien in Westeuropa (<i>M. Hinz</i>)	174/312
<i>Lafontaine, Oskar</i> : Die Gesellschaft der Zukunft (<i>F. Haug</i>)	174/175
<i>Lambsdorff, Otto Graf, und Lothar Späth</i> : Aktive Industriepolitik (<i>U. Fedderies</i>)	175/483
<i>Leggewie, Claus</i> : Die Republikaner. Phantombild der Neuen Rechten (<i>J.M. Vogl</i>)	178/969
<i>Lewin, Moshe</i> : Gorbatschows neue Politik (<i>U. Hirschfeld</i>)	174/315
<i>Löwy, Michael</i> : Marxismus in Lateinamerika 1909-1987 (<i>S. Lettow</i>)	176/649
<i>Lüscher, Kurt, u.a.</i> (Hrsg.): Die »postmoderne« Familie (<i>J. Schmid</i>)	175/488
<i>Memmi, Albert</i> : Rassismus (<i>K.F. Geiger</i>)	175/491
<i>Meyer, Gert</i> (Hrsg.): Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion (<i>U. Hirschfeld</i>)	174/315
<i>Murarka, Dev</i> : Michail Gorbatschow: Die Grenze der Macht (<i>E. Nohara</i>)	177/825
<i>Nater, Ehrenfried, und Alois Riedlsperger</i> (Hrsg.): Zweidrittelgesellschaft. Spalten, splintern — oder solidarisieren? (<i>G.-U. Watzlawczik</i>)	175/486
<i>Noetzel, Thomas</i> : Die Revolution der Konservativen. England in der Ära Thatcher (<i>J.-M. Vogl</i>)	173/160
<i>Pothoff, Heinrich</i> : Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik (<i>W. Müller-Jentsch</i>)	178/972
<i>Rüb, Friedbert W.</i> : Die Auswirkungen der Computertechnologie auf das politische System (<i>J. Perels</i>)	175/489
<i>Schimmeyer, Bernd</i> : Warum schrei'n wir nicht? Zur Innenansicht der Stahlkrise (<i>U. Rasche</i>)	178/975
<i>Schmid, Thomas</i> (Hrsg.): Entstaatlichung (<i>R. Axtmann</i>)	175/481
<i>Schnibben, Cordt, und Völker Skierka</i> : Macht und Machenschaften. Die Wahrheitsfindung in der Barschel-Affäre (<i>J. Schmid</i>)	174/318
<i>Šik, Ota</i> : Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen (<i>E. Scheunemann</i>)	173/162
<i>Troitzki, Leo</i> : Schriften I. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur (<i>W. Mackenbach</i>) .	177/820

Ökonomie

<i>Beckenbach, Frank, und Michaela Schreyer</i> (Hrsg.): Gesellschaftliche Folgekosten. Was kostet unser Wirtschaftssystem? (<i>W. Roth</i>)	178/981
<i>Demmer, Christine</i> (Hrsg.): Frauen ins Management. Von der Reservearmee zur Begabungsreserve (<i>C. Weber</i>)	174/320
<i>Flora, Peter, e.a.</i> : State, Economy and Society in Western Europe 1815-1975 (<i>M. Krätke</i>) ..	175/496
<i>Galbraith, John Kenneth</i> : Die Entmythologisierung der Wirtschaft (<i>M. Krätke</i>)	178/977
<i>Luhmann, Niklas</i> : Die Wirtschaft der Gesellschaft (<i>F.Beckenbach</i>)	178/887
<i>Mahnkopf, Birgit</i> (Hrsg.): Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation (<i>D. Messner</i>)	175/494
<i>Matzner, Egon, u.a.</i> (Hrsg.): Arbeit für alle ist möglich (<i>U. Becker</i>)	176/657
<i>Möller, Carola</i> : Flexibel in die Armut. Empirische Untersuchung und theoretische Verortung ungeschützter Arbeitsverhältnisse (<i>S. Katz</i>)	174/327
<i>Noz, Gisela</i> : Arbeit ohne Geld und Ehre. Zur Gestaltung ehrenamtlicher Arbeit (<i>I. Vogt</i>) .	174/329
<i>Pasinetti, Luigi L.</i> : Vorlesungen zur Theorie der Produktion (<i>D. Bergemann</i>)	175/495
<i>Pestel, Eduard</i> : Jenseits der Grenzen des Wachstums (<i>H.-H. Nolte</i>)	178/980
<i>Rapin, Hildegard</i> (Hrsg.): Frauenforschung und Hausarbeit (<i>U. Hornung</i>)	174/323
<i>Rudolph, Hedwig, u.a.</i> (Hrsg.): Ungeschützte Arbeitsverhältnisse — Frauen zwischen Risiko und neuer Lebensqualität (<i>S. Katz</i>)	174/328
<i>Scharpf, Fritz W.</i> : Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa (<i>U. Becker</i>)	176/657
<i>Schmidt, Manfred G.</i> : Der schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung (<i>U. Becker</i>)	176/657
<i>Schweitzer, Rosemarie von</i> : Lehren vom Privathaushalt (<i>B. Ketelhut</i>)	174/325
<i>Therborn, Göran</i> : Why Some People are More Unemployed Than Others (<i>U. Becker</i>)	176/657
<i>Tornieporth, Gerda</i> (Hrsg.): Arbeitsplatz Haushalt. Zur Theorie und Ökologie der Hausarbeit (<i>B. Ketelhut</i>)	174/325

Perestrojka — Aktualität der Revolution



Wolfgang Fritz Haug

Gorbatschow

Versuch über den Zusammenhang
seiner Gedanken

480 S., br. DM 34,—, Ln. DM 44,—

In diesem Buch findet man die erste umfassende Darstellung der Theorie der Perestrojka, analysiert wird eine in Gedanken erfaßte Praxis. Dabei geht W.F. Haug in wahrhaft grundlegender Weise auf den Vordenker dieser Praxis ein: Anhand von über fünfzig Reden, Berichten und Diskussionsbeiträgen von Gorbatschow (nicht zu vergessen sein aufsehenerregendes Buch) wird der Denkprozeß rekonstruiert, die theoretische Umwälzung als integrales Moment der politisch-praktischen aufgewiesen.

Der Titel (eine Anspielung auf Lukács' 1924 erschienenes Buch über Lenin) deutet die Kontinuitätslinie an, die Haug von 1917 zur Perestrojka zieht. Er benennt zugleich aber auch die Differenzen, die sich aus der historischen Situation ergeben. Auch ist Gorbatschow für Haug kein genialer Einzelgänger, sondern der Exponent einer vielschichtigen politischen Kultur, an deren Freisetzung er allerdings führenden Anteil hat. Was die Perestrojka für die Erneuerung des Marxismus (nicht nur) in der UdSSR bedeuten kann, ist die zentrale Fragestellung des Buches.

»... die bisher fundierteste Studie zum Perestrojka-Projekt ...«

(WOZ, Zürich)

»... getragen von sprachkräftigem Enthusiasmus über das nicht erwartete fundamentale Neue ... Ein geistreiches Werk, weithin glänzend formuliert.«

(Badische Zeitung)

»Haug wendet sich ... gegen die im Westen verbreitete Ansicht, Gorbatschows Politik sei nichts anderes als pragmatische, kurzatmige Realpolitik.« (Deutschlandfunk)

»Haug unternimmt es, das Perestrojka-Projekt aus über 100 Reden und Schriften Gorbatschows, seiner Mitdenker und Gegner im In- und Ausland als gigantisches Umbau-Unternehmen in seine Komponenten zu zerlegen.«

(die tageszeitung)

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

blätter

links

Sozialistische Zeitung

160 '89

Welthandel

GATT

Liberalisierung des Weltagrarhandels

Regionalentwicklung

Ökologische Auswirkungen der Agrarordnung

Verhandlungen der Uruguay-Runde

Länderberichte

Sri Lanka — Türkei — Thailand — Palästina

Außerdem

Lobbyarbeit oder Basisbewegung?

GEPA-Diskussion

Rezensionen

Kurzberichte

161 '89

Counterinsurgency

Low Intensity Warfare

Länderbeispiele Bolivien — Guatemala —

Philippinen — Südafrika

Das CIA-Secret-Team als Drogendealer

Länderberichte

Libyen — Afghanistan — Namibia — El Salvador

Außerdem

Fatah-Kongreß

Flüchtlinge in Honduras

Kampagne zu Südafrika

Einzelheft 5 DM, Jahresabo 40 DM. Aktion Dritte Welt e.V., Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg i.Br.

9'89

Aktuell

C.Segbers: Gesellschaftsieber — Vorspiele zur »autoritären Variante

N.Mina: Die neue Staatsführung im Iran

W.Schwarz: Was Daimler mit MBB vorhat

Hintergrund

S.Kontos: Memmingen — Annäherungen an eine Niederlage

I.Zander: »Realo-Manifest«

Herbert Marcuse

H.Marcuse: Ökologie und Gesellschaftskritik/Marcuse über Marcuse

links-Redaktion: Herbert Marcuse — »Kritischer Theoretiker der Emanzipation«

links-Gespräch: Das politische Realitätsprinzip wird ausgeknipst

P.Kern: Eindimensionale Kritik — »Text + Kritik« über Herbert Marcuse

International

E.Rittmeyer: Mordkommandos in Sri Lanka
Zentrale China-Koordination: China Solidarität

Interview: Elemér Hankiss über die neue Führungsklasse in Ungarn

medico international: »Beirut stirbt und keiner kümmert sich drum«

F.Ulano-Dethal: Nie wieder? Die Menschenrechte 200 Jahre nach ihrer Erklärung

E.M.Krampe: Alternativer Pauschal Tourismus

19. Jg. 1989

Redaktion: N.Apostolidou, P.Bonavita-Lindloff, H.Burgwinkel, M.Brümlik, D.Behrens, D.Diner, P.E.Jansen, D.Claussen, J.Easer, H.Grün, J.Hirsch, P.Kern, B.Krampe, L.Lodovico, D.Maier, R.Pusch, S.Reinfeldt, F.Schneider, R.Spiss, R.Staudhammer, A.Werle. - Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1. - Erscheint monatlich, Einzelheft DM 5., Jahresabo DM 54., incl. Versand. - Verlag 2000 GmbH, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1

mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

31 '89

Kriminalität und Ökonomie

K.Dohse: Untergrundökonomie — Fragen zum Verhältnis von Ökonomie und Recht. Ein Problemaufriß

W.J.Chambliss: Staatlich organisierte Kriminalität

R.Dombois: Coca, Recht und Gewalt — zur Kokainökonomie in Kolumbien

R.Uessler: Mafia zwischen legaler und illegaler Wirtschaft

P.Arlacchi: Der Weltmarkt für Waffen

U.Paasch: Illegale Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland

X. Jg. 1989

Herausgeber: Verein zur Herausgabe des Mehrwerts e.V., Bremen. Redaktion: Sönke Hundt, Marlies Vespermann. — Erscheint unregelmäßig, ca. 2 Hefte pro Jahr. Einzelheft 17 DM, im Abo 15 DM. — Verlags- und Redaktionsanschrift: Mehrwert-Verlag, M.Vespermann, Friesenstraße 67, 2800 Bremen 1

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie
und Sozialismus

10 '89

J.Strasser: Ankunft

T. Graf Kerksenbrock: Politik und Moral

K.Hartung: Die antifaschistische Mehrheit

A.Tomforde: Britisches Lob für Momper-Senat

Gespräch mit Norberto Bobbio: Die gefährdete Utopie der Demokratie

P.Anderson: Norberto Bobbios intellektuelle Wahlverwandtschaften

Kriminalität und Politik

H.Boge: Organisierte Kriminalität — eine Herausforderung

F.Moll: Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität

R.Uessler: Staatliches Handeln und Organisiertes Verbrechen

L.Jung: Perestrojka und KGB

U.v.Alemann: Korruption — ein blinder Fleck in der Politikwissenschaft

R.Gronemeyer: Gewalt — ... dem Penner den Hut wegretzen

E.Tugendhat: Die Hilflosigkeit der Philosophen

H.Kern/M.Schumann: Moderne Arbeitnehmer zwischen Neokonservatismus und Sozialdemokratie (II)

N.Simon: Gewerkschaften und Volksgemeinschaft

B.Feldhaus: Sport am Scheideweg

36. Jg. 1989

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatlich. Einzelheft 9,50 DM zzgl. Versand; Jahresabo 66,- DM zzgl. Versand. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik 

76 '89

Flexible Individuen

F.Steinkühler: Individualisierung und Sicherheit neu gestalten

U.Mückenberger: Entwicklungsperspektiven des Normalarbeitsverhältnisses

B.Mahnkopf: Die dezentrale Unternehmensorganisation — (k)ein Terrain für neue »Produktionsbündnisse«?

S.Neckel: Individualisierung und Theorie der Klassen. Zwischenbemerkungen im Paradigmastreit

G.Vobruba: Individualisierung und Solidarität

J.B.Foster: Fordismus als Fetisch

Th.Freyberg: Flexibilität — Zur Geschichte eines Schlagworts

G.Rohwer: »Kritik der ökonomischen Vernunft«. Anmerkungen zu André Gorz

F.Bardelle: Jenseits des Atlantik — Zur Kritik der eurozentrischen Kultur- und Kolonialgeschichtsschreibung

A.S.Markovits: Wie sich der kleine Moritz Amerika vorstellt

M. Meyer/R.v.Capelleveen: Zur Aufklärung eines blinden Herausgebers. Plädoyer für ein kritisches »Amerika«verständnis

20. Jg. 1989

Hrsg. v. d. Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. — Redaktion: E.Altvater, H.Ganßmann, M.Heinrich, K.Hübner, B.Mahnkopf (geschäftsführend). — Erscheint mit 4 Nummern im Jahr. Einzelheft 16 DM, Jahresabo 52 DM — Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. — Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10.

psychosozial

Zeitschrift für Analyse,
Prävention und Therapie
psychosozialer Konflikte
und Krankheiten

38 '89

Familientherapie an den Grenzen

H.-E.Richter: Familie als Selbsthilfegruppe?

T.Neraal/M.Breuer: Geschichte unter Ver-schluß. Vergangenheitsbewältigung in der Therapie einer depressiven Familie

R.Schleiffer: Der Familientherapeut als »sozialer« Psychiater

A.Egetmeyer: Die soziale Psychiatrie und die Familien ihrer Patienten

E.M.Leyer: Familientherapie mit einer türkischen Migrantenfamilie

K.Tilli/A.Orduhan: Trennungserfahrungen — Begleiterscheinung der Migration

M.Bourgeon/E.Döring: Beratung bei der Familie zu Hause

N.Spangenberg: Familientherapie bei psychosomatischen psychoneurotischen Patienten

Aus Forschung und Praxis

S.Heenen-Wolff: Zur Psychoanalyse des NS und seiner Nachwirkungen

M.Opielka: Gibt es neue Lebensentwürfe für Männer?

A.Puhlmann: Über Drogen und andere Versuche von Frauen, ihr Leben zu bewältigen

Rezensionen

Hrsg. von H.Becker, D.Beckmann, J.Fetscher, H.Friedrich, A.Köhl, A.Overbeck, H.-E.Richter, H.Strotzka, A.Uchtenhagen, E.Ulich, J.Willi, H.-J.Wirth. — Erscheint viermal im Jahr. Einzelheft 18 DM, Jahresabo 58 DM zzgl. Versand. — Psychologie Verlags Union, Postfach 1120, 6940 Weinheim. — Redaktionsanschrift: Friedrichstraße 35, 6300 Gießen



49 '89

Fortschritt '90

U.Kremer/S.Möbbeck: Ökologisches Strohfeder oder Strukturreform?

Programmdebatte

H.Pfarr: »Die Arbeit ist weiblich«. Neuer Arbeitsbegriff und gesellschaftliche Gleichheit im neuen Programmentwurf

Deutsche Sozialdemokratie

N.Mappes-Niediek: Neun Thesen zum neuen »Vorwärts«

R.Roth: »Rentenreform '92«. Angebotsorientierung statt soziale Sicherheit mit Zustimmung der SPD?

Österreichische Sozialdemokratie

J.Hindels: Otto Bauer und die Sozialdemokratie

P.Pelinka: Zur Perspektive der SPÖ

Linke Theorie

S.v.Ingersleben: Linke Zustände

DDR

A.Wehr: Acht Thesen zur Entwicklung der DDR und zu den Aufgaben von Marxisten in der SPD

Italienische Kommunisten

A.Occhetto: Der neue PCI in Italien und in Europa. Die Zeit der Alternative

S.Ghisu: Der PCI als Teil der europäischen Linken. Partei und Programmatik seit dem 18. Parteitag

S.Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Demokratietradition im PCI

12. Jg. 1989

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Katrin Fuchs, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Ursula Pausch-Gruber, Olaf Scholz, Klaus Thüsing, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann. — Redaktion: J.Blume, J.Günther, F.Heidenreich, S.v.Ingersleben, M.Karnatz, D.Scholz, A.Wehr, A. Westphal. — *spw* erscheint 1989 in 6 Hefen, Jahresumfang 576 S. — Einzelheft: 9,50, Jahresabo 7,50, DM zzgl. Vers. Bestellungen: *spw*-Vertrieb, Grafestr. 71, D-1000 Berlin 61

TEXT+KRITIK

104 '89

Arnold Zweig

A.Zweig: Apollon bewältigt Dionysos. Zum achtzigsten Geburtstag Siegmund Freuds, 6. Mai 1936

H.-H.Müller: Arnold Zweig und der Zionismus

B.Naumann: »... an die Stelle romanhafter Empfindungen musikalische zu setzen«. Musikalische Themen in Arnold Zweigs Frühwerk

B.Hüppauf: Assoziationen. Über Arnold Zweigs Sprache als Aufhebung der Moderne

J.Hermand: Über die Tugend der Solidarität. Arnold Zweig und Bertolt Brecht

G.v.Davis: Der Briefwechsel zwischen Arnold Zweig und Robert Neumann in den Jahren des Exils

D.Victor-Engländer: Marx, Herzl oder deutsch-jüdische Symbiose? Ein kritischer Forschungsbericht

D.Midgley: Vita Arnold Zweig

D.Victor-Engländer: Auswahlbibliographie

Herausgeber: Heinz Ludwig Arnold. Redaktionelle Mitarbeiter: Ingrid Laurien, Otto Lorenz, Angelika Machinek und Michael Tötberg. — Erscheint viermal jährlich, Abopreis 38 DM zzgl. Versand. — Redaktion: Tuckermansweg 10, 3400 Göttingen — Verlag: edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

101 '89

Zeitfragen, Kommentare

R.Gössner: Zum Urteil gegen Ingrid Strobl

J.Roth: Schafft das Betäubungsmittelgesetz ab!

K.Naumann: Republikaner sind wir doch alle!

J.Feldhoff/U.Götting/B.Knopf: Anatomie einer Fluchtbewegung

P.Selling: Datenschutz, Forschungsbehinderung oder was?

Th.Leif: Entscheidungsstrukturen und Strategiebildung in der Friedensbewegung

Essay

F.Benseler: Literatur in der Studentenbewegung

Jugend an den Rändern

H.Busch: Anmerkungen zu den Autonomen

R.Krausz: Punx: »Normal, ganz normal«?

Th.Hestermann: Skinheads in Deutschland

F.Hundseder: »Republikanische Jugendarbeit«

H.-J.Wirth: Jugendliche und ihre Eltern im Prozeß der Ablösung

Kritik

S.Ott: Justiz im Dritten Reich

A.H.Noll: Aktuelle Sprachkritik

28. Jg. 1989

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 58 DM zzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

wiener tagebuch

marxistische
monatsschrift

10 '89

Tabu

Flüchtlingsparadies Ungarn (G.Dalos) / Alles deutsch (H.R.) / Spion und Paranoia (P.R.) / Alles unter Kontrolle (C.-W.Macke) / Privat-Staats-Funk (P.R.) / Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung (P.Bettelheim)

E.Grandits

Mein Tagebuch

L.Spira: Ideologische Monatsschau

Ch.Reinprecht: Versorgung versus Emanzipation. Anmerkungen zum sozialpolitischen Programm der »Grünen«

Ch.Rathner: Zwei Kirchen. Eine linke Opposition in der katholischen Kirche?

Z.Mlynář: Die schwierige Perestroika

P.Rosner: Aufstieg und Fall der Planwirtschaft III. Die Agrarfrage

A.Alape: Das Exil oder Die Kerker der Erinnerungen

U.Westphal: Maggie Thatchers ruinöse Theaterpolitik

R.Streibel: Der rote Reserl. Ein Gedenkblatt

K.-M.Gauß: Der wohlwollende Despot

... buch

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch«. — Chefredakteur: Leopold Spira, Redakteur: Christof Reinprecht. — Erscheint monatlich. — Einzelpreis ÖS 35,-; Jahresabo ÖS 320,- (Ausland ÖS 400,-/DM 60,-); Studenten ÖS 200,- (Ausland ÖS 250,-/DM 40,-). — Verlags- und Redaktionsadresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien

A L T E R N A T I V E
MONATSZEITUNG
M O Z FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR



*Radikal
gegen den
Extremismus
der Mitte*

Abo zu DM 50,- durch Einzahlung auf Konto Nr. 58297 BLZ 508 648 08, Volksbank Seeheim eG
oder Probeexemplar bei

Grün-Alternativ Verlag
Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Österreich, Telefon 0222/48 35 71

Summaries

Christian Sigrist: The Social Milieu of Luhmann's System Theory

The importance of Luhmann's version of the theory of social systems lies in specific advantages in comparison to Parsons' »grand theory«, whose failure in the realm of political application (as evident in Vietnam) has discredited mainstream sociological theory. Luhmann has »emancipated« this theory from Parsons' preoccupation with value-centered social integration by an epistemological criticism of ancient European values as formulated in political philosophy, since they don't correspond to the systemic conditions of societies primarily based on functional differentiation. The essay refutes Luhmann's basic assumptions on social evolution, class stratification and social movements. The deficiencies of his approach are explained by recourse to the social milieu of German jurisprudence.

Klaus Zimmermann: The Abolition of the Subject Within the Limits of the Philosophy of the Subject

Luhmann's theory of social systems shares its epistemological presuppositions with the idealist theory of subjectivity, especially Husserl's phenomenology. Luhmann recapitulates the abstract logic of modern society's self-understanding by reiterating its analytic premises. His self-affirmative social theory subsumes the individual subject under the social systems and vindicates the loss of subjectivity.

Andreas Metzner: The Ecological Crisis and the Difference between System and Environment

Luhmann's sociology is based upon transfer of theory from natural sciences, esp. the general-system-theory. These modern concepts of nature are related to a new quality of appropriation of nature. Through the import of patterns like that of »system-environment-difference« into a communication-centered sociology, the dimensions of material and energetic interactions between society and natural environment are lost. Luhmann's concept of solving the ecological problems is to absorb the protest and to compensate ecological »reactive effects« on the existent organisation of society.

Frank Beckenbach: The Economy of System Theory

The author shows the difficulties in interpreting money, payments and markets with the help of social system methodology. The usefulness of concepts like »self-reference«, »system/environment-difference« and »functional differentiation« for economics has to be questioned. The internal debates in economics are not picked up by such a subsuming procedure. The substitution of action and structure aspects by an overarching communication context is not convincing.

Cynthia Cockburn: Perestrojka and Feminism

The article highlights a recent debate on »The Woman Question« re-opened by soviet sociologists. Combined with a widespread feeling that women need increased support in fulfilling their childbearing role, Perestrojka may cause men to be preferred as workers. Thus, policy should encourage men to take their share of domestic responsibility.

**EUROPÄISCHE STUDIEN ZUR
DIALEKTIK in Verbindung
mit dem ISTITUTO ITALIANO
PER GLI STUDI FILOSOFICI,
Napoli**

Domenico Losurdo
Hegel und das deutsche Erbe
Philosophie und nationale Frage zwischen
Revolution und Reaktion
1989, 531 S., DM 48,-

Domenico Losurdo
**Immanuel Kant. Freiheit, Recht
und Revolution**
1987, 268 S., DM 19,80

Manfred Buhr / Peter Burg/
Jacques D'Hondt u. a.
Republik der Menschheit
Französische Revolution und deutsche
Philosophie
1989, 227 S., DM 24,80

**DIALEKTIK
Internationale Beiträge zu
Philosophie und Wissen-
schaften in Verbindung mit
dem ISTITUTO ITALIANO PER
GLI STUDI FILOSOFICI,
Napoli**

DIALEKTIK erscheint halbjährlich,
Umfang ca. 260 S., DM 22,80
Abonnement DM 14,-, Studierende DM 10,-

DIALEKTIK 18/1989
Philosophie als Geschichte. Probleme ihrer
Historiographie.

**EUROPÄISCHE ENZYKLO-
PÄDIE ZU PHILOSOPHIE UND
WISSENSCHAFTEN**

Herausgegeben von Hans Jörg Sandkühler
2000 Stichworte, 1000 Artikel zu Philoso-
phie, Natur- und Gesellschaftswissenschaf-
ten, Künsten, 400 Autorinnen und Autoren,
3600 S. in 4 Bänden, Zusammen DM 360,-,
Subskription DM 268,-
Auslieferung Herbst 1990

PAHL-RUGENSTEIN

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Leggewie, Claus: Die Republikaner (J.M.Vogl)</i>	969
<i>Girvin, Brian (Hrsg.): The Transformation of Contemporary Conservatism (J.Schmid)</i>	970
<i>Borsdorf, Ulrich (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945 (W.Müller-Jentsch)</i>	972
<i>Pothhoff, Heinrich: Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik (W.Müller-Jentsch)</i> ..	972
<i>Hensche, Detlef, und Martin Kutscha (Hrsg.): Recht und Arbeiterbewegung. Zum Gedenken an Wolfgang Abendroth (E.Hennig)</i>	974
<i>Schimmeyer, Bernd: Warum schrei'n wir nicht? Zur Innenansicht der Stahlkrise (U.Rasche)</i>	975
<i>Burns, Rob, und Wilfried van der Will: Protest and Democracy in Western Germany (H.Peitsch)</i>	975

Ökonomie

<i>Luhmann, Niklas: Die Wirtschaft der Gesellschaft (F.Beckenbach)</i>	887
<i>Galbraith, John Kenneth: Die Entmythologisierung der Wirtschaft. Grundvoraussetzungen ökonomischen Denkens (M.Krätke)</i>	977
<i>Pestel, Eduard: Jenseits der Grenzen des Wachstums. Bericht an den Club of Rome (H.-H.Nolte)</i>	980
<i>Beckenbach, Frank, und Michaela Schreyer (Hrsg.): Gesellschaftliche Folgekosten. Was kostet unser Wirtschaftssystem? (W.Roth)</i>	981

Forum Wissenschaft Studienheft Nr. 5**Wissenschaft: Geschichte und Verantwortung**

Dokumentationsband zur interdisziplinären BdWi-Arbeitstagung an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster vom 22. bis 23.01.1988.
Hrsg. von Gerd Kempen (Marburg) im Auftrag des BdWi
135 Seiten / 15.- DM (zuzügl. Porto).

**Wie geht die Wissenschaft mit Geschichte um?
Wie gehen die Wissenschaften mit ihrer Geschichte um?**

Vor dem Hintergrund der 1986 entstandenen »Historiker-Debatte« diskutieren 40 WissenschaftlerInnen in 42 Beiträgen, wie die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen mit (ihrer) Geschichte umgegangen sind und umgehen - insbesondere mit jener der beiden Weltkriege und der des Faschismus. Im Kern geht es also um das Geschichtsverständnis in den einzelnen Wissenschaften. Kognitive Affinitäten und Prä-Dispositionen einzelner Wissenschaften zum Faschismus und die Kontinuität »akademischer« Verarbeitungsmuster gegenüber der Verflechtung wissenschaftlicher Lehre und Forschung mit der faschistischen Theorie und Praxis werden analysiert und diskutiert anhand der Disziplinen Soziologie, Geschichtswissenschaft, Philosophie, Erziehungswissenschaft, Psychologie, Kunst- u. Kulturgeschichte, Biologie, Medizin u. Medizingeschichte, (Nat.-) Wissenschaftsgeschichte u. -theorie, Mathematik und Technikwissenschaften. Das Besondere der in diesem Dokumentationsband vorgelegten Beiträge besteht also im *ausgeprägt interdisziplinären Zugang*.

Erhältlich bei: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi),
PF 543, 3550 Marburg (06421/21395)